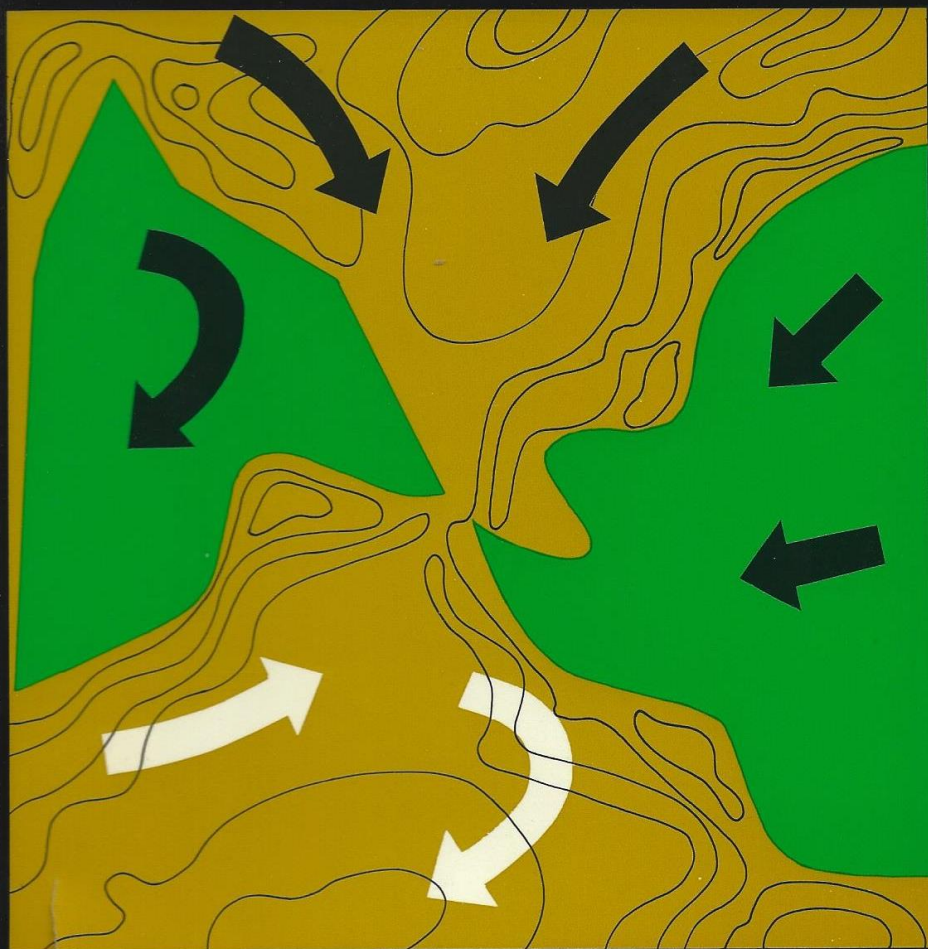


Alphons Matt

Zwischen allen Fronten

Der Zweite
Weltkrieg
aus der
Sicht des
Büros Ha



Dieses Buch gewährt erstmals Einblick in die Akten des legendären Büros Ha. Das Büro Ha war diejenige Stelle im schweizerischen Nachrichtendienst, die während des Zweiten Weltkrieges über die besten und sichersten Informationen verfügte. Sein Leiter, Hans Hausmann, arbeitete in völliger Selbständigkeit; durch seine weitsichtigen, eine erstaunliche Über- und Voraussicht verratenden Berichte gewann er entscheidenden Einfluss auf die Massnahmen der militärischen Führung. Nach Kriegsende hat Hausmann sein Archiv im Hinblick auf die kommende Geschichtsschreibung aufbewahrt. Er stellte es für das vorliegende Werk erstmals zur Verfügung. Das Buch von Alphons Matt enthält eine kommentierte Auswahl von Berichten und Meldungen, die sich auf das Kriegsgeschehen an allen Fronten und auf den inneren Schauplatz der Schweiz beziehen. Es will Materialien für die Geschichtsforschung liefern und damit einen Beitrag zur Zeitgeschichte leisten. Darüber hinaus vermittelt es ein deutliches Bild der Stimmungen und Gesinnungen massgeblicher Persönlichkeiten unseres Landes in jenen schicksalsschweren Jahren.



Alphons Matt

wurde 1920 in Zürich geboren. Seit 1947 war er Auslandskorrespondent für verschiedene Schweizer Zeitungen, seit 1949 für Studio Zürich in Wien; später weitete er seine Korrespondenz-tätigkeit auf Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Polen, die DDR, Rumänien und die Sowjetunion aus. Seit 1956 ist er freier Mitarbeiter des Schweizer Fernsehens. 1963 trat er in die politische Redaktion der «Weltwoche», 1970 übernahm er die Chefredaktion des «Schweizer Spiegels».

«Dieses Buch ist eine spannende Lektüre, weil es enthüllt, wie frühzeitig die neutrale Schweiz oft über die Pläne Hitlers und seiner militärischen Führer informiert war.»

Süddeutsche Zeitung, München

«Zwischen allen Fronten' stellt für die ältere Generation, die die ‚Gratwanderung‘ unseres kriegsverschonten Landes mitmachte, eine fesselnde Lektüre dar; die Jüngeren, die diese schwierigen Zeiten nicht mehr selber erlebt haben, werden reiche Belehrung daraus ziehen und zur Erkenntnis gelangen, dass schliesslich Land und Volk die schwerste Bewährungsprobe des Bundesstaates seit 1848 zu bestehen vermochten.»

Neue Zürcher Zeitung, Zürich

«Seine (des Buches) Vorzüge liegen darin, dass es Matt versteht, den Ablauf des Geschehens in plastischer Weise mit den Auszügen aus Berichten des Büros Ha zu kombinieren, und dass es dem Autor vorwiegend darum geht, den Kampf um den äusseren Widerstand und innere Bewährung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg in sachlicher Lebendigkeit auch der jüngeren Generation nahezubringen.»

Basler Nachrichten, Basel

Alphons Matt

Zwischen allen Fronten

**Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht
des Büros Ha**

Buchclub Ex Libris
Zürich

Berechtigte Lizenzausgabe für den
Buchclub Ex Libris Zürich

© 1969 Verlag Huber & Co. AG, Frauenfeld
Satz und Druck: Gebr. Maier, Schlieren Printed
in Switzerland

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Vorwort

Durch eine Reihe von Persönlichkeiten, auch von schweizerischen und ausländischen Verlagen, bin ich im Laufe der Jahre vielfach aufgefordert worden, ein Erinnerungsbuch zu Papier zu bringen. Ich habe es stets abgelehnt. Es widerstrebt mir, nachträglich über Vorgänge zu berichten, von denen ich zufolge meiner besonderen Stellung im Nachrichten- und Sicherheitsdienst des Armeekommandos vertraulich Kenntnis erhielt.

Von dieser Linie weicht auch das vorliegende Buch nicht ab, denn der Autor veröffentlicht nur eine durch ihn getroffene Auswahl von Berichten und Meldungen, welche auf das eigentliche Kriegsgeschehen Bezug haben. Dass er einleitend auch einiges über das Werden und Wirken des Büros Ha aussagt, ist nach seiner Auffassung zur Begründung desselben unvermeidlich.

Dieses Buch beansprucht, wie der Verfasser in seinem Vorwort sagt, nicht, als Geschichtswerk entgegengenommen zu werden. Als einen Beitrag zur zeitgeschichtlichen Literatur aber darf man es einstufen.

Teufen/St. Gallen, den 1. Januar 1969

Hans Hausamann

Was vor fünfundzwanzig und dreissig Jahren geschah, gehört der Geschichte an. Der Zweite Weltkrieg und noch mehr seine Vorgeschichte sind bereits Lehrstoff, obwohl der Abstand zu jenen Ereignissen noch relativ klein ist. Noch leben viele Menschen, die das Geschehen aus der Kulisse heraus – teils als Statisten, teils aber auch in bedeutungsvolleren Rollen – mit verfolgt haben. Noch sind sogar einige Prominente da, und wenn sie auch in Zurückgezogen-

heit ihren Lebensabend verbringen möchten, so sind sie doch oft gezwungen, ihre damalige Haltung zu begründen.

Denn die heutige Zeit ist unerbittlich. Sie rühmt, wo vielleicht weniger Lob am Platze wäre, sie urteilt, obwohl einzelne Zusammenhänge noch gar nicht geklärt sind, ja sie verurteilt, wo man, rückblendend, Milde walten lassen müsste.

Vor allem wird auch vieles aus der heutigen Kenntnis des geschichtlichen Ablaufes beurteilt und damit ein Wissen um Zusammenhänge vorausgesetzt, das die damals Verantwortlichen nicht hatten, teils gar nicht haben konnten.

Dieses Buch beansprucht nicht, diese Lücke zu schliessen. Vielleicht ver"hilft es aber doch in diesem oder jenem Punkt zu einer gerechteren Beurteilung, weil es von den Gegebenheiten ausgeht, wie sie zur Zeit des Geschehens bekannt waren.

Was ich schrieb, ist weder ein spannungsgeladener Geheimdienstroman noch ein nach allen Seiten hin abgestütztes Geschichtswerk. Dieses Buch greift jene Phase des Geschehens heraus, in der man das zur Lagebeurteilung erforderliche Wissen um die Zusammenhänge aus Quellen schöpfen musste, die nicht mehr offen zutage lagen, und wo die so beschafften Informationen nur auf ebenso geheimnisvollen wie komplizierten Wegen auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft werden konnten, bevor sie den zuständigen Stellen des Armeekommandos zugeleitet wurden.

Das Buch zeigt aber nicht nur, über welche Informationen die Verantwortlichen verfügten, es macht auch sichtbar, was damals als wesentlich taxiert wurde, und es orientiert über Vorgänge, die der breiten Öffentlichkeit zur Zeit des Geschehens verborgen blieben.

Das Büro Ha nahm in der gesamten Organisation der Gruppe Nachrichten- und Sicherheitsdienst im Armeekommando eine Sonderstellung ein. Es arbeitete in völliger Selbständigkeit. Es informierte über das Ergebnis seiner Erhebungen in gewissen Zusammenhängen und bei Notwendigkeit den Oberbefehlshaber und den Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes direkt. Damit kam der Chef des Büros Ha einem Befehl nach, der ihm auf Weisung des Vorstehers des Eidgenössischen Militärdepartementes durch die Gruppe Nachrichten- und Sicherheitsdienst erteilt worden war.

Von den verschiedenen Dienststellen, welche vor und während des Zweiten Weltkrieges Nachrichten beschafften und Weitergaben, kam als Grundlage für meine Arbeit nur dieses Büro Ha in Frage: Einmal weil es dank seiner Organisation über die nötige weite Sicht verfügte, dann aber auch aus dem praktischen Grund, weil dessen damaliger Chef sein Kriegsarchiv im Hinblick auf kommende Geschichtsschreibung vor der Vernichtung bewahrt hat. Darin finden sich zwischen 35'000 und 40'000 Berichte und Meldungen sowie zahlreiche Dokumente aus der Zeit vor und während des Krieges. Für das vorliegende Buch habe ich solche Berichte und Meldungen herausgegriffen, die das Geschehen «zwischen allen Fronten» darstellen. Die Auswahl war wohl der schwierigste Teil meiner Arbeit.

Selbstverständlich hatte das Büro Ha wie jede andere Nachrichten beschaffende Organisation in seiner Zentrale eine Unmenge von Kleinarbeit zu bewältigen. Aufzuzeigen, wie sich aus vielen Einzelmeldungen sukzessive ein Überblick über die Lage ergab, hätte den Umfang dieses Buches gesprengt. Einige der zahlreichen Lagebetrachtungen jedoch, welche der Chef des Büros Ha während des Krieges verfasste, möchte ich den Lesern, die sich dafür interessieren, im Anhang zur Kenntnis bringen. Die zahlreichen ausführlichen Zitate aus den Büro Ha-Berichten sind im Text wörtlich wiedergegeben, wie sie damals zu Papier gebracht worden waren. Allerdings sind zwei Ausnahmen zur Regel erhoben worden:

1. Alle Hinweise, die Rückschlüsse auf Quellen zulassen würden, sind eliminiert worden, denn ein Nachrichtendienst gibt unter keinen Umständen, auch nachträglich nicht, seine Informanten preis.
2. Die Namen von Persönlichkeiten, die sich – zumindest vorübergehend – als wenig standfest erwiesen haben, sind unterdrückt worden, wo nicht ein höheres Interesse deren Nennung verlangte.

Das Buch soll ja nicht Material zu einer «Hexenjagd» gegen Informanten oder Anpasser liefern, sondern einfach darlegen, was Armee- und Staatsführung über die Linien des Büros Ha zu wissen bekamen.

Übrigens hat Major Hausmann nur unter diesen Bedingungen Einsicht in sein Archiv gewährt. Sonst aber hat er uneingeschränkt seine Unterstützung geliehen, Einblick auch in Dokumente gewährt, die aus den erwähnten Gründen von vornherein nicht für eine Publikation in Frage kommen konnten, und bereit-

willig Ratschläge erteilt, wo ohne die Hilfe dessen, der damals mitten in diesem Problemkreis drinnen stand, in dieser zeitlichen und räumlichen Distanz eine abwägende Wertung nicht möglich gewesen wäre.

Für das mir entgegengebrachte Vertrauen, für die bereitwillige Hilfe und auch dafür, dass er das Manuskript, bevor es in Druck ging, nochmals genau überprüfte, möchte ich Herrn Major Hans Hausmann meinen verbindlichsten Dank aussprechen.

Zürich, den 1. Januar 1969

Alphons Matt

Wie kam es zum Büro Ha?

Am 31. August 1939 erlässt Adolf Hitler als Oberster Befehlshaber der deutschen Wehrmacht in der Form einer «Geheimen Kommandosache» die «Weisung Nr. 1 für die Kriegführung» mit den beiden entscheidenden Abschnitten:

«1. Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.

2. Der Angriff gegen Polen ist nach den für Fall Weiss getroffenen Vorbereitungen zu führen, mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben. Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.

Angriffstag: 1.9.1939. Angriffszeit: 4.45 Uhr.»

Tags darauf erklärt er vor dem Reichstag:

«Ich habe mich nun entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen uns gegenüber seit Monaten anwendet... Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen.»

Der Zweite Weltkrieg beginnt. Am gleichen Freitag, dem 1. September, ordnet der schweizerische Bundesrat im Einvernehmen mit dem kaum achtundvierzig Stunden vorher zum General und Oberbefehlshaber gewählten Henri Guisan die Generalmobilmachung der Armee an. Überall im Lande ziehen die Milizsoldaten und Offiziere, die traditionsgemäss ihre persönliche Ausrüstung und Bewaffnung zu Hause haben, die Uniform an. Eine der wenigen Ausnahmen bildet Hauptmann Hans Hausmann. Er wohnt im appenzellischen Teufen, etwa sechs Kilometer von der ostschweizerischen Metropole St. Gallen entfernt. Anstelle des ordentlichen Aufgebotes erhält er an jenem historischen Freitag frühmorgens einen Telefonanruf aus Bern:

«Was haben Sie mit dem Büro Ha vor?»

Der Fragesteller am andern Ende des Drahtes ist Oberstleutnant Roger Masson, der Leiter der Fünften Sektion der Generalstabsabteilung. Hauptmann Hausamanns Antwort ist klar und unmissverständlich:

«Ich arbeite vorläufig hier weiter.»

Das war das «Aufgebot» von Hauptmann Hausamann mit seinem Büro Ha. Die Fünfte Sektion der Generalstabsabteilung ist in Wirklichkeit der Nachrichten- und Sicherheitsdienst der Armee. Mit dem Büro Ha ist die geheimnisumwitterte Organisation gemeint, die Hauptmann Hausamann bereits während Jahren vor Ausbruch des Krieges aus eigener Initiative, auf eigenes Risiko, jedoch im engen Einvernehmen mit den Chefs der Fünften, also der Nachrichtensektion, Oberstdivisionär Dubois, ab 1936 Oberstleutnant Masson, aufgezogen hat.

Der Einsatz Hausamanns für Armee und Landesverteidigung geht bereits auf die zwanziger Jahre zurück, als Antimilitarismus und Defaitismus weit verbreitet waren. Dieser Entwicklung will Hausamann entgegenwirken. Das beste Mittel dazu sieht er in der systematischen Aufklärung der Bevölkerung. Er lässt sich vom Gedanken leiten, dass unser Volk auch für Unpopuläres zu gewinnen ist, wenn man ihm sagt, worum es geht. Von einem gewissen Zeitpunkt an werden die Schweizer Zeitungen durch einen von Hausamann aufgezogenen Pressedienst mit Artikeln in allen vier Landessprachen bedient, welche über die verschiedenen Belange der Armee und Landesverteidigung sachlich aufklären und sie kompromisslos bejahen. Es ist zunächst eine private Pressestelle, deren verantwortlicher Mann – ungeachtet der Angriffe, mit denen ihn Gegner bedenken, unbeschadet aber auch des Lobes, das ihm Freunde zuteil werden lassen – nur das Wohl des Landes im Auge hat.

Am 30. Januar 1933 wird unter Adolf Hitler in Deutschland ein Nationales Konzentrationskabinett gebildet. Im ersten Aufruf, den der neue Reichskanzler an sein Volk erlässt, heisst es unter anderem:

«In diesen Stunden der übermächtig hereinbrechenden Sorgen um das Dasein und die Zukunft der deutschen Nation rief uns Männer nationaler Parteien und Verbände der greise Führer des Weltkriegs auf, noch einmal, wie einst an den Fronten, nunmehr in der Heimat in Einigkeit und Treue für des Reiches Rettung unter ihm zu kämpfen...

Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren und dann urteile und richte uns.»

Das Gericht, das Hitler bei diesem Anlass beschwört, sollte später nicht von seinem Volk, sondern als Weltgericht über ihn hereinbrechen. Zwar spricht Hitler in seinem Aufruf nur vom Kampf in der Heimat. Das hindert ihn nicht, bereits vier Tage nach seiner Amtseinsetzung die Befehlshaber der Reichswehr zu sich zu berufen, um ihnen von der «Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung» zu sprechen.

Hitlers Gedankengänge bleiben der Umwelt nicht verborgen. Auch Hausmann horcht auf. Ihn beschäftigen zu dieser Zeit allerdings auch innenpolitische Probleme, denn die Arbeitslosigkeit und mit ihr die soziale Unrast greifen immer mehr um sich – angesichts des sich zunehmend abzeichnenden aussenpolitischen Geschehens eine für die Landesverteidigung gefährliche Entwicklung. Hausmann will mithelfen, der Arbeitslosigkeit zu steuern. Er propagiert in zahlreichen Zeitungsartikeln und in Vorträgen Arbeitsbeschaffung im Dienste der Landesverteidigung. «Schafft Arbeit, Wehr und Sicherheit» wird jetzt zur Parole seiner publizistischen Wirksamkeit. Mit Erfolg. Es geht nicht mehr lange, bis vom Parlament die Kredite zum Bau von Betonbunkern, Strassensperren und verschiedenen Feldbefestigungen entlang unserer Grenzen gefordert und schliesslich auch bewilligt werden. In Deutschland eilt die Entwicklung gespenstig rasch voran: Ermächtigungsgesetz, Verbot anderer Parteien, Aufrüstung, Austritt aus dem Völkerbund, Einholen der Zustimmung des Volkes zu dieser gewaltsamen Aussenpolitik, Röhm-Putsch, Putschversuch und Kanzlermord in Österreich.

Hausmann, der die Entwicklung aufmerksam verfolgt, ist überzeugt, dass es zum Krieg kommt, vor allem auch, dass das Dritte Reich diesen Krieg nicht mehr alten Bräuchen gemäss feierlich «erklären», sondern dass es ihn überfallartig vom Zaune brechen wird. Zu dieser Erkenntnis gelangte er durch das Studium der einschlägigen Literatur, aber auch durch zahlreiche Gespräche mit Leuten im Dritten Reich, die es wissen mussten. Damit aber, so erwog Hausmann weiter, werden die von ihm propagierten Grenzbefestigungen um ihren Wert gebracht, wenn sie nicht besetzt sind, wenn die Armee nicht rechtzeitig abwehrbereit ist.

Einer zusätzlichen Gefahr muss also begegnet werden: dem Überraschungs-

moment. So macht Hausamann allmählich seinen Pressedienst auch der Nachrichtenbeschaffung dienstbar, und es kommt irgendwann in der Zwischenkriegszeit zum Büro Ha. Nach wie vor bleibt aber in diesen Jahren die Verstärkung der Landesverteidigung für Hausamann das Hauptanliegen.

Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang, dass es unter anderem darum ging, die Ausbildung der Truppen zu vervollkommen. Die gesetzliche Grundlage für notwendige Dienstverlängerungen wird 1935 mit der sogenannten «Wehrvorlage» angestrebt, zu der das Schweizervolk Stellung zu nehmen hat. Das Büro Ha, dessen Leiter vom Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes, Bundesrat Minger, der Schweizerischen Offiziersgesellschaft als Verantwortlicher für die Propaganda der SOG vorgeschlagen wurde, setzt sich in der Abstimmungskampagne für das «Ja» zur Verlängerung der Ausbildungsdienste in der Armee ein. Die politische Linke ist gegen die Vorlage. Es kommt zu einem zähen Ringen, geführt in der befürwortenden und gegnerischen Tagespresse. Mit der Zeitungskampagne allein nicht zufrieden, nimmt Hauptmann Hausamann fünfzig stellenlose Unteroffiziere in seine Dienste, rüstet sie mit Filmprojektoren und einem Filmstreifen aus (er war zu jener Zeit zugleich Leiter des Lehrfilmdienstes der Armee, den er ebenfalls aus eigener Initiative und auf seine Kosten aufgebaut hatte, bis er später der Abteilung für Infanterie eingliedert wurde) und lässt sie während Monaten das Land durchreisen. 1'600mal wird der Film vorgeführt, begleitet von einem von Hausamann verfassten, von einer örtlich bekannten Persönlichkeit vorgetragenen Referat. Der Einsatz lohnt sich. Sogar die Pessimisten im Bundeshaus, die überzeugt sind, dass gegen die antimilitaristische Welle nicht aufzukommen sei, werden Lügen gestraft. Mit einem Mehr von 75'000 Ja-Stimmen wird die «Wehrvorlage» gutgeheissen. Ein paar Tage später, am

2. März 1935, richtet Bundespräsident Rudolf Minger an Hauptmann Hausamann einen Dankesbrief, in welchem es unter anderem heisst:

«Das Schweizervolk hat am 24. Februar 1935 in einer für unsere Heimat und unsere Armee bedeutsamen und im Hinblick auf die Auswirkungen im Auslande hochwichtigen Abstimmung die Wehrvorlage angenommen ...

An dem positiven Erfolg, den uns der Abstimmungstag brachte, haben Sie, Herr Hauptmann, einen hervorragenden Anteil.»

Das Büro Ha legt die Hände nicht in den Schoss. Eine Hürde ist zwar genommen, die Gefahr von aussen wächst aber unaufhaltsam. Bereits greifen die Ereignisse auch direkt in die Schweiz über. Wilhelm Gustloff, der Leiter der nationalsozialistischen Zentrale in der Schweiz, entwickelt eine unglaubliche Betriebsamkeit. Er bespitzelt nicht nur seine – hauptsächlich antinationalsozialistisch eingestellten – in der Schweiz lebenden Landsleute, sondern teilweise sogar die deutsche Gesandtschaft in Bern. Bereits beginnt sich das Parlament mit Gustloff und der von ihm herausgegebenen Zeitung «Der Reichsdeutsche» zu beschäftigen, doch will der Bundesrat die Vorwürfe und Einwände nicht wahrhaben. In der Septembersession des Jahres 1935 erklärt Bundesrat Baumann, für die Ausweisung Gustloffs oder anderer Nationalsozialisten liege zur Zeit kein genügender Grund vor.

Noch am 18. Januar 1936 mahnt die in St. Gallen erscheinende sozialdemokratische «Volksstimme»:

«Wann gedenkt der Bundesrat die Forderung ehrlich besorgter Schweizer endlich zu erfüllen und Herrn Gustloff vor die Tür zu stellen?» Am 5. Februar 1936 wird Gustloff in Davos von dem jugoslawischen Medizinstudenten David Frankfurter ermordet. Als Motiv der Tat gibt Frankfurter an:

«Weil ich ein Jude bin.»

In der Schweiz hält man deutsche Repressalien nicht für ausgeschlossen. Nun aber spielt das Büro Ha. Es erhält Kenntnis vom Inhalt der «streng vertraulich» gehaltenen «Anordnung Nr. 17/36» des Stellvertreters des Führers, Rudolf Hess, ausgefertigt von A. Hoffmann, der noch am Tag des Mordes verfügt:

«Unter Bezugnahme auf meinen Erlass zur Verhinderung von Ausschreitungen vom 20. 8. 1935 – III GR p 3710/59 – ordne ich im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Hess, an, dass Einzelaktionen gegen Juden aus Anlass der Ermordung des Leiters der Landesgruppe Schweiz der NSDAP, Wilhelm Gustloff in Davos, unbedingt zu unterbleiben haben. Ich ersuche gegen etwaige Aktionen nötigenfalls vorzugehen und die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Sofern es zu Ausschreitungen kommen sollte, ist mir unverzüglich fernmündlich oder telegraphisch zu berichten.»

Soweit der Wortlaut der «Anordnung Nr. 17/36» des Stellvertreters Hitlers,

Rudolf Hess. Das private Büro hat, indem es der Landesbehörde Kenntnis davon verschaffte, dieser unzweifelhaft einen wertvollen Dienst geleistet. Hausamann, der das Denken und Trachten der im Dritten Reich entscheidenden Männer nach bester Möglichkeit ergründet hat, ist davon überzeugt, dass diese Männer auch anders können, wenn es ihnen in ihr politisches Konzept passt. Er bringt dies im Sinne eines «Habt Acht» in einem Brief an die zuständige Behörde zum Ausdruck. Den gleichen Aufruf verschickt er vervielfältigt auch an einige ausgewählte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Durch eine Indiskretion gelangt der Inhalt des Briefes den Kommunisten zur Kenntnis, worauf Marinus Bodenmann am 14. März 1936 in der Zeitung «Kämpfer» unter dem Titel «Ein grosser Offiziersskandal» Hans Hausamann landesverräterischen Treibens bezichtigt. Hausamann wehrt sich, klagt, und Bodenmann wird schliesslich vom Schwurgericht des Kantons Zürich der wiederholten Verleumdung, begangen durch die Druckerpresse, schuldig befunden und zu drei Wochen Gefängnis unbedingt, einer empfindlichen Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt.

Oberstleutnant Roger Masson gratuliert Hausamann schriftlich:

«Justice a été enfin rendue à votre désintéressement, à votre esprit patriotique, à votre entier dévouement à la cause de notre défense nationale.»

Roger Masson ist seit Kurzem als Nachfolger von Oberstdivisionär Dubois Leiter der Fünften Sektion der Generalstabsabteilung. Wie bisher mit Dubois ist Hausamann nun auch mit Masson in engstem Kontakt. Masson kann diese Unterstützung brauchen, denn sein Jahresbudget von rund 20'000 Franken gestattet ihm, was Nachrichtenbeschaffung anbelangt, keine grossen Sprünge. Es reicht kaum für das Nötigste.

Von der Überzeugung beherrscht, dass es früher oder später zu kriegerischen Entwicklungen kommen werde, reist Hausamann in eine Reihe von europäischen Hauptstädten, um Kontakte anzuknüpfen. Die Funktion als Pressechef der Schweizerischen Offiziersgesellschaft gibt ihm den willkommenen Titel, darf er sich doch für Vorgänge militärischen Charakters interessieren, ohne deswegen aufzufallen. Auf diesem Wege verschafft er sich wertvolle Informationen, baut aber auch ein ganzes Netz von Informanten auf, das im Kriegsfall sofort arbeiten kann. Aus der Not macht er hier eine Tugend: Der Mangel an

finanziellen Mitteln schliesst von vornherein eine grosszügige Bezahlung, wie sie in anderen Geheimdiensten üblich ist, aus. Hausamann muss sich also nach Leuten umsehen, die nicht aus materiellen Erwägungen, sondern aus innerer Überzeugung für ihn zu arbeiten bereit sind. Er findet sie – in Deutschland, in Österreich, in Frankreich, Italien, England und Finnland, im Norden und Süden, im Osten und Westen.

Im Einvernehmen mit Oberstleutnant Masson wird das Büro Ha ausgebaut. Da nicht darauf vertraut werden darf, dass die in den Vorkriegsjahren geschaffenen persönlichen Kontakte auch im Kriegsfall unterhalten werden können, stellt Hausamann von Teufen aus Funkverbindungen in die wichtigsten ausländischen Zentren her. Hausamann versteht es, ausländische Geheimdienste davon zu überzeugen, dass sie interessiert sein müssten, auf funktelegraphischem Weg mit einer geheimdienstlich tätigen Stelle in der Schweiz verbunden zu sein.

Die private Initiative, die Hausamann entwickelt, wird von den politischen Behörden positiv gewertet, doch wollen sie zur Schaffung eines breit ausladenden Nachrichtendienstes noch immer nicht Hand bieten. Vor sprachten bei verschiedenen Bundesräten, um sie dazu zu bringen, für einen grösseren Kredit an Masson einzutreten, verlaufen erfolglos. Man empfindet es offensichtlich immer noch als gegen die Neutralitätspolitik des Landes verstossend, wenn eine amtliche Stelle, wie die Nachrichtensektion des Generalstabes, sich auf anderen als offiziellen Wegen ausländische Informationen beschafft, also Spionage betreiben lässt.

Der Leiter des Nachrichtenbüros Ha hat ob der geheimen Tätigkeit seine öffentliche Aufklärungsarbeit keineswegs eingestellt. Er beabsichtigt, einen mahnenden Aufruf zu erlassen. Bern hört davon und ist beunruhigt, noch bevor es vom genauen Wortlaut Kenntnis hat. Man versucht, Hausamann von der Verwirklichung seines Vorhabens abzuhalten. Bereits aber liegt das Manuskript in der Druckerei. Ein paar Tage später lässt Oberst Bircher, damals Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Hausamann in Berneck mitten aus einem Landesverteidigungsvortrag heraus ans Telefon rufen. Auch er bemüht sich, die Veröffentlichung des Aufrufs zu verhindern.

«Sie kommen zu spät, Herr Oberst», antwortet Hausamann. «Die Broschüre ist gedruckt und bereits im Versand.»

„Ist unser Heer heute kriegsgenügend und seiner Aufgabe gewachsen?“

Diese Frage untersucht Hausamann in seinem Mahnruf und kommt darin ganz eindeutig zu einer negativen Antwort:

«Wir werden unser besonderes Augenmerk richten müssen auf einen sorgfältig ausgebauten Nachrichtendienst (der etwaige feindliche Aktionen rechtzeitig genug, also schon aus der Planung heraus, feststellt), einen sehr starken aktiven Luftschutz (welcher den durch die Luft angreifenden Gegner wirksam abwehren kann), einen ständig abwehrbereiten Grenzschutz in ausreichender Stärke und – ganz allgemein – auf kriegsgenügende Ausbildung des Heeres überhaupt.»

Das sind die wesentlichen Forderungen, die Hausamann in seiner auf eigene Kosten in einer Auflage von 5'000 Exemplaren gedruckten und an Zeitungen und Offiziere verschickten Broschüre erhebt. Er weist darin auch ganz konkret auf herrschende Unzulänglichkeiten hin:

- «1. ... Bei uns ... weiss der Füsilier nicht einmal, wie er ein Maschinengewehr bedienen muss ...
2. Unsere Füsiliere wissen nicht, wie man mit einem Minenwerfer oder einer Infanteriekanone zu schiessen hat...
3. Unsere Truppen wissen erst zum kleinsten Teil, wie eine Gasmaske aufzusetzen ist...
4. In jedem Manöver ist zu sehen, wie wenig Truppe und unterste Führung vom taktisch richtigen Einsatz moderner Waffen wissen ...
5. Unsere Truppen wissen zum kleinsten Teil, wie Gelände richtig ausgenützt und dem militärischen Zweck dienstbar gemacht wird ...
6. ... Es haben ... nicht einmal alle Offiziere Handgranaten geworfen, von den Soldaten gar nicht zu reden ...
- 7.... Die grosse Masse des Heeres (des Heeres eines ausgesprochenen Gebirgslandes notabene)... weiss nichts von all dem, was ein Gebirgler beherrschen muss ...

Von Kriegsgenügen darf auf jeden Fall nicht gesprochen werden, auch wenn man nur die rein handwerkliche Ausbildung des Mannes ins Auge fasst.»

Dies schreibt Hauptmann Hans Hausamann im Jahre 1937. Zwei Jahre vor Kriegsausbruch! Er knüpft daran konkrete Verbesserungsvorschläge:

«Auch wir werden (bei voller Wahrung des Milizcharakters unseres Heeres, an dem grundsätzlich unter allen Umständen festzuhalten ist) der Heranbil-

dung ausreichender Berufskader (wir kommen auf Grund von Berechnungen auf zirka 600 Offiziere und Unteroffiziere) nicht länger mehr ausweichen können.»

Darüber hinaus empfiehlt Hausamann eine nochmalige Verlängerung der grundlegenden Ausbildungszeit:

«Wir müssen sie für alle kombattanten Waffen und technischen Truppen auf mindestens ein Jahr verlängern!»

Das ist keine populäre Forderung. Sie findet Anerkennung in Kreisen der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, doch stösst sie anderweitig auf ebenso energische Ablehnung. Immerhin löst sie eine Diskussion aus, die bald über das Offizierskorps hinaus das ganze Volk erfasst. Nicht zuletzt führt auch diese Diskussion – massiv unterstützt durch den Druck der Ereignisse, die sich im Norden unseres Landes abzeichnen – zu einer Änderung der Politik unserer Sozialdemokraten, die bisher den Gedanken der Landesverteidigung entschieden abgelehnt haben. Und wiederum wird das Büro Ha in die Vorgänge eingeschaltet.

Vom Anschluss Österreichs bis zur Polenkrise

Österreich erlebt in diesen Wochen seine Peripetie. Am 12. Februar 1938 begibt sich der österreichische Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg zu Reichskanzler Adolf Hitler nach Berchtesgaden. Die Regelung der deutsch-österreichischen Beziehungen auf der Basis des Abkommens von 1936 steht im Vordergrund. Nach Wien zurückgekehrt muss Schuschnigg den Vertrauensmann der österreichischen Nationalsozialisten, Dr. Arthur Seyss-Inquart, als Innenminister ins Kabinett aufnehmen. Schuschnigg erkennt die drohende Gefahr. Er wählt die Flucht nach vorn. Am 9. März kündigt er von Innsbruck aus eine Volksbefragung an, die bereits am 13. März durchgeführt werden und Klarheit darüber geben soll, ob die Mehrheit des österreichischen Volkes für ein «freies, unabhängiges, deutsches, christliches und ständisch gegliedertes Österreich» sei oder nicht. Es sollte dies ein Referendum über die Verfassung des Jahres 1934 werden. Es kommt nicht mehr dazu. Bereits zwei Tage später, am 11. März 1938, erklärt Schuschnigg in seiner letzten Rede:

«Der Herr Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volke mitzuteilen, dass wir der Gewalt weichen.»

Am 13. März 1938, jenem Sonntag, an dem nach dem Willen Schuschniggs das Plebiszit hätte durchgeführt werden sollen, setzen Hitler, Göring, Frick, Ribbentrop und Hess in Linz an der Donau ihre Unterschrift unter ein Gesetz, dessen entscheidender Artikel 1 folgenden Wortlaut hat:

«Das von der österreichischen Bundesregierung beschlossene Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 wird hiermit deutsches Reichsrecht.»

Der österreichische Nationalsozialist Seyss-Inquart hat – im letzten Augenblick in der Funktion eines österreichischen Bundeskanzlers – sein Ziel er-

reicht. Österreich hat aufgehört zu existieren. Es verschwand unter dem neu-deutschen Titel «Ostmark».

Tags darauf, am 14. März, telegraphiert der deutsche Gesandte in Bern, Otto Carl Köcher, an das Auswärtige Amt nach Berlin:

«Bundesrat Motta mir gegenüber ausdrückte Bewunderung über die Art und Weise der Durchführung des Anschlusses durch Führer, den er infolge innenpolitischer Zerrissenheit Österreichs seit Langem als unabwendbar angesehen habe.»

Dazu passt – leider – irgendwie der Text einer Erklärung des schweizerischen Bundesrates vom 21. März, in der es unter anderem heisst:

«Der Wille, die Völker Deutschlands und Österreichs zu vereinigen, war nicht neu... Die Schweiz hält sich von fremden Händeln fern. Jeder Angriff auf die Unversehrtheit ihres Gebietes würde ein verabscheuungswürdiges Verbrechen gegen das Völkerrecht darstellen.»

Die Reaktion der schweizerischen Öffentlichkeit auf die Vorgänge in Österreich ist eindeutiger. Für sie bleibt Überfall auf ein fremdes Land ein völkerrechtliches Verbrechen, auch wenn die Schweiz selbst nicht tangiert wird!

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, die zwar 1935 den Gedanken der Landesverteidigung guthiess, trotzdem aber die Wehrvorlage ablehnte, bekennt sich nun vor allem unter der Führung ihres weitblickenden Präsidenten, Nationalrat Dr. Hans Oprecht, eindeutig auch zu den Opfern, die die Landesverteidigung fordert. Um hier zu einer klaren Konzeption zu kommen, ersucht sie Hauptmann Hausamann, ihr als Militärexperte beizustehen.

Auf Drängen von Bundesrat Minger sagt Hausamann zu.

Noch am gleichen Abend trifft er im Berner Hotel Savoy mehrere führende sozialdemokratische Parlamentarier.

Jetzt, da die Kontakte zur Sozialdemokratie hergestellt sind, kommt dem Büro Ha die sozialpolitische Einstellung seines Leiters natürlich sehr zustatten. Er kann auf seine bisherigen Bemühungen, auf dem Weg über die Wehrpolitik die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, hinweisen und findet bereitwillige Ohren. Die Verbindung, im Hotel Savoy in Bern zaghaft aufgenommen, wird rasch gefestigt und wird sich bald als äusserst solid erweisen.

Deutschlands Schlag gegen Österreich hat aber dargetan, dass das Büro Ha

noch nicht so funktioniert, wie es nach dem Willen seines Leiters arbeiten sollte.

Er hat bereits Kenntnis von den Plänen, die von der Deutschen Reichsführung in Bezug auf die Tschechoslowakei erwogen wurden. In der Zeit vom 26. März bis zum 31. März 1938 begibt sich daher Hauptmann Hausmann nach «Deutschösterreich» und rapportiert darüber in einem Bericht vom 1. Juni an die Generalstabsabteilung:

«... Ich hielt es für tunlich, mich zu vergewissern, ob die angeknüpften Verbindungen nach wie vor intakt seien, ob vor allem auch auf das rechtzeitige Alarmsignal gerechnet werden könne für den Fall, dass Deutschland gegen die Tschechoslowakei überraschend losschlagen sollte...

Ich melde als wohl wichtigstes Ergebnis der Reise, dass die s. Zeit hergestellte Verbindung nicht mehr wie bisher nur ‚eindrig‘ besteht und dass diese Beziehung nach wie vor klappt, sondern dass ich neuerdings ‚mehradrig‘ verbunden bin. Nach meinem Ermessen sollte es nunmehr nicht mehr möglich sein,

1. dass Deutschland sich zum Angriff entschliesst, ohne dass ich es quasi ‚auf legalem Wege‘ rechtzeitig erfahre,
2. dass Deutschland Truppen in grösserer Anzahl in die Räume um die Tschechei in Marsch setzen kann, ohne dass ich es rechtzeitig weiss, wobei dann jedoch diese Meldungen von ‚illegalen‘ Stellen stammen. Es ist selbstverständlich, dass die ‚legale‘ Ader nichts davon weiss, dass neuerdings auch ‚illegale‘ Fäden laufen...

Rechtzeitig über die Vorgänge Bescheid zu wissen, ist für die Schweiz mit Blick auf den Beistandspakt wichtig, der seitens Frankreichs und Grossbritanniens mit der Tschechoslowakei besteht. Ich setze voraus, dass man zuständigemorts über die Verpflichtungen orientiert ist, welche die beiden Grossmächte gegenüber der CSR eingegangen sind.»

In diesem zitierten Bericht aus dem Jahre 1938 wird betont, dass Deutschlands Pläne nach Osten ausgerichtet seien. Als Beweis dafür werden erwähnt:

- «1. Konkrete Mitteilungen aus der nächsten Umgebung Hitlers,
2. das Bestehen von Kursen für staatliche Funktionäre, in denen vorab von der Besiedlung der Ukraine gesprochen wird,
3. die Ausbildung von SA-Leuten zu Siedlern.»

Zu diesem letzten Punkt erwähnt der Bericht:

«Um diesen Plan verwirklichen zu können, sollen demnächst der katholischen Kirche gehörende, angeblich (!) grösstenteils an Juden verpachtete, in Niederösterreich zwischen Donau und March liegende Ländereien zu Schulschwärzungen enteignet und parzelliert werden.»

Interessante Überlegungen enthält der folgende Abschnitt des Reiseberichtes vom 1. Juni 1938:

«Seine nach Osten zielenden Pläne verwirklichen aber kann Deutschland nur, wenn es daran nicht vom Westen her behindert wird. Diese Erkenntnis führte dazu, dass Deutschland seine Rheingrenze stark befestigte und neuerdings weiter ausbaut. Die deutschen militärischen Spitzen sind sich darüber klar, dass sie die von den Politikern gesteckten Ziele nur – und nur erreichen können, wenn die ganze vom deutschen Volk aufzubringende Kraft für den Einsatz im Osten zur Verfügung steht. Es muss also gegebenenfalls die Rheingrenze... mit relativ wenig aktiven Truppen auf die Dauer gehalten werden können. Diese ihre Aufgabe zu erfüllen, sind die Festungsbesatzungen hinwiederum nur solange in der Lage, als nicht durch die Schweiz hindurch gegnerische Truppen in den Schwarzwald vorstossen und damit die Verbindungen der ‚Rheinarmee‘ mit dem deutschen Hinterland abschnüren. Müsste anderseits Deutschland zur Deckung der Rheinfront verschiedene Armeekorps ausscheiden, dann wäre, beim derzeitigen Stand der Aufrüstung, damit wiederum der Erfolg in der Ostpolitik in Frage gestellt! Deutschland hat also ein eminentes Interesse daran, dass die Schweiz militärisch möglichst stark wird (es gilt wieder der Ausspruch Wilhelm des Zweiten von anno 1912: die Schweiz erspart mir 12 Divisionen – damaliger Grössenordnung)!

Deutschland hat des Weiteren ein eminentes Interesse daran, dass die Schweiz in Abwehrstellung und militärisch bereit ist, wenn deutscherseits im Osten der Schlag geführt werden sollte!

Eine starke, abwehrbereite und gewillte Schweiz ist für Deutschland geradezu eine der Voraussetzungen, damit es seine Ostpläne verwirklichen kann. Solange Deutschland seine Ostpläne (!!) verfolgt, haben wir (vorausgesetzt, dass wir deutscherseits als stark genug taxiert werden) nicht von Deutschland etwas zu fürchten, sondern gegebenenfalls-im Falle des deutschen Los-

schlagens im Osten – von Frankreich! Dies deshalb, weil für Frankreich die Erwägung sich aufdrängt, ob man nicht eventuell durch die Schweiz hindurch am harten und bewehrten Beton modernster deutscher Sperranlagen vorbei und diesen in den Rücken kommen könnte...»

Die Beobachtungen, die der Leiter des Büros Ha während seiner Österreich-Reise anstellte, fanden in diesem Rapport aber auch konkreten Niederschlag. Es sind darin die Nummern einer Reihe deutscher Heeresverbände aufgeführt, die jetzt in Wien und Niederösterreich stationiert sind, Formationen, die erst nach dem Anschluss Österreichs von Deutschland hierher verlegt worden sind.

Gespräche, die in Innsbruck geführt worden sind, bezogen sich auf das Problem Südtirol:

«... der Reichskanzler wie seine nächste Umgebung trauen dem italienischen Regierungschef trotz aller gegenseitigen Freundschaftsbezeugungen zu, dass er im tiefsten Grunde seines Herzens Pläne wäge, ob welchen die ‚Achse‘ in Brüche gehen könnte. Die massgebenden deutschen Stellen seien sich im Übrigen klar, dass der Brenner erst dann als in deutscher Hand gelten könne, wenn man ihn bis an dessen jenseitigen Fuss beherrsche. An eine solche Veränderung der Grenzen dürfe jedoch erst dann mit Aussicht auf sicheren Erfolg herangetreten werden, wenn die Ostpläne Deutschlands verwirklicht, wenn Österreich in jeder Richtung als militärische Basis ausgebaut sei oder wenn eine unvorhergesehene Entwicklung sofortiges Handeln erzwingen...»

Nach der kampflos verlaufenen Einverleibung Österreichs ins Deutsche Reich plant Hitler weiter. Die Tschechoslowakei wird, wie im Büro Ha bereits bekannt ist, sein nächstes Ziel sein, und deshalb wendet Hausamann diesem Land – wie schon erwähnt – das besondere Augenmerk zu. In einem Brief an Oberstleutnant Masson vom 6. Juli 1938 nimmt Hausamann Bezug auf Zeitungsmeldungen, wonach der Führer der Sudetendeutschen, Konrad Henlein, bei Reichskanzler Hitler und dessen Umgebung in Ungnade gefallen sei:

«Da dies für die Beurteilung der Situation von einiger Bedeutung ist, habe ich mich genauer erkundigt. Ich bin heute in der Lage, Ihnen zu melden, dass diesen Gerüchten keine weitere Bedeutung zukommt. Zwischen Berchtesgaden und den Henlein-Leuten soll nach wie vor das engste Ein-

vernehmen bestehen, wenn man es auch nach aussen nicht mehr so in Erscheinung treten lässt...»

Wenige Tage später, am 19. Juli 1938, orientiert das Büro Ha den Chef der Fünften Sektion über den Inhalt eines Artikels des früheren französischen Luftfahrt-Ministers Pierre Cot, den dieser in der «News Chronicle» veröffentlicht hat und der den Satz enthält:

«In einem langen Krieg können die Demokratien nicht geschlagen werden, wenn die Tschechoslowakei weiter den Weg zu den Kornfeldern Mitteleuropas und zu den Ölquellen Rumäniens blockiert. Wenn man den Sieg der demokratischen Mächte garantieren will, muss man alles tun, dass mit der Möglichkeit eines kurzen Krieges nicht mehr gerechnet werden kann.»

Am 12. September 1938 hält Hitler auf dem Nürnberger Parteitag eine Rede, in der er erklärt, wenn die Sudetendeutschen selber kein Recht und keine Hilfe fänden, «so werden sie beides von uns bekommen». Der Funke zündet. In allen grösseren Ortschaften des Sudetenlandes finden Kundgebungen statt, die zu blutigen Zwischenfällen führen, bis die tschechoslowakische Regierung gezwungen ist, in verschiedenen Bezirken das Standrecht zu verhängen. Der britische Premierminister Chamberlain manifestiert seinen Friedenswillen, indem er sich zu Hitler auf den Obersalzberg begibt. Frankreich schwenkt auf die gleiche Linie des Kompromisses ein. Seine Minister Daladier und Bonnet reisen nach London, und Grossbritannien und Frankreich schlagen der tschechoslowakischen Regierung unter Präsident Benesch gemeinsam die Abtretung der mehrheitlich deutschen Gebiete der Tschechoslowakei an das Dritte Reich vor. Prag muss diesem harten Druck nachgeben. Die politische Reisetätigkeit nimmt hektische Formen an: Chamberlain trifft – diesmal in Bad Godesberg – erneut Hitler; Daladier und Bonnet fliegen nochmals nach London. England mobilisiert die Luftabwehr und den Küstenschutz, zwei Tage später seine Flotte, und Italien beruft Offiziere und Spezialisten ein. Die deutsche Generalmobilmachung, die bereits beschlossen ist, wird auf Intervention Chamberlains und Mussolinis um 24 Stunden verschoben. So erzwingt Hitler seinen grössten diplomatischen Sieg: die Münchner Konferenz. Sie vereinigt am 29. September 1938 Daladier, Chamberlain, Hitler und Mussolini. Die etappenweise Übergabe der von Deutschland geforderten sudetendeutschen Gebiete

wird beschlossen, und die Prager Regierung kann am 30. September nichts anderes tun, als unter Protest dieser Erpressung zuzustimmen. Die Welt atmet auf, Hitler-Deutschland aber benützt die oberflächliche Beruhigung, um seine Ziele weiter zu verfolgen.

Wenige Monate nachher meldet das Büro Ha an Masson Tatsachen aus Frankreich – «aus direktester Quelle» –, die sich wie eine Erklärung für die schwächliche Haltung in München lesen:

«Frankreich ist bei Weitem nicht bereit, sich auf irgendwelche kriegerische Auseinandersetzung einlassen zu können. Massgebende Minister, die genauen Einblick haben, erklären unter vier Augen, dass die Rüstung sowohl des Heeres wie der Luftwaffe weitgehend im Rückstand sei, dass die Kriegsreserven bei Weitem nicht so gross seien, wie man ausstreue, dass die französische Flugzeug-Industrie zur Zeit monatlich nicht mehr als 30 Flugzeuge herausbringe, während man wisse, dass in Deutschland monatlich 500 Flugzeuge aller Typen produziert werden können. ... Man spreche in den Kreisen der Minister von den in den letzten Jahren für die Armee verantwortlichen Politikern und Ministern als von Leuten, welche vor ein Kriegsgericht gehörten.»

Weiter meldet das Büro Ha in diesem vom 26. Januar 1939 datierten Bericht an Oberstleutnant Masson:

«In Frankreich rechnet man absolut damit, dass die grosse Auseinandersetzung (sie brauche nicht waffenmässig zu erfolgen) in den nächsten Monaten zum Austrag gelange. Man ist dort denkbar gedrückt und tut alles, dem Volk die wahre Situation zu verheimlichen.»

Das Büro Ha untersucht in diesem Stadium eingehend die innere Lage des Dritten Reiches. Anlass dazu bietet Hitlers Rede vom 30. Januar 1939, in der die Behauptung enthalten ist, es sei während der tschechoslowakischen Krise «die sofortige Mobilmachung von zunächst 96 Divisionen vorgesehen» gewesen. Dazu das Büro Ha:

«Es ergibt sich, dass im September 1938 das Deutsche Reich zu seinen (damals noch nicht fertig formierten) 60 Heeresseinheiten des aktiven Friedensbestandes maximal noch 30 Reservedivisionen hätte aufstellen können; dazu noch etwa 5 Landwehrdivisionen, die letzteren vorwiegend aus Kriegsteilnehmern von 1916/18 gebildet. Mit 95 Divisionen sei als dem Optimum der deutschen Heeresstärke im Mobilmachungsfall zu rechnen.»

Am 1. März 1939 folgt eine weitere Meldung von Teufen an die Fünfte Sektion der Generalstabsabteilung. Sie ist von wesentlicher Bedeutung:

«1. Seit dem 20. Februar sind in Deutschland die Eisenbahnlinien wieder mit Truppentransporten in Richtung Osten überlastet. Fahrplanmässige Züge bleiben für den zivilen Verkehr gesperrt und werden ausschliesslich für Militär-Transporte verwendet.

2. Im Raume Mähren-Böhmen mit den Hauptkräften an der Waag und starken vorgeschobenen Formationen stehen gegenwärtig das IV., VIII., XIII., XIV., XVI., XVII. und XVIII. Armeekorps mit allen Korpstruppen usw. Von diesen Korps sind die seiner Zeit einberufenen Reservisten nicht entlassen worden. Im Gegenteil. Nach hier eingegangenen Meldungen werden die Verbände gegenwärtig noch verstärkt.

3. Mit gestrigem Datum hat das Armee-Oberkommando eine Verordnung herausgegeben, wonach die Angehörigen der Reserve I für 26 Wochen, der Reserve II für 36 Wochen, der Hilfs-Reserve I für 28 Wochen und Hilfs-Reserve II für 16 Wochen einberufen werden können.»

Im gleichen Monat beginnt die deutsche politische Führung, sich der Wehrmacht als politischen Instrumentarium gegenüber der Tschechoslowakei zu bedienen: Am 13. März finden Truppenverschiebungen entlang der deutsch-tschechischen Grenze statt; am 14. März wird die «Unabhängigkeit» der Slowakei ausgerufen, worauf der tschechoslowakische Staatspräsident Dr. Emil Hacha (Präsident Benesch war inzwischen ins Exil gegangen) zu Hitler nach Berlin gerufen wird. Deutsche Sturmtruppen besetzen die Ortschaft Wiskitna bei Iglau; am 15. März marschieren deutsche Verbände in Böhmen und Mähren ein, und es erfolgt die Entwaffnung der tschechischen Armee. Hitler zieht in Prag ein und erlässt von dort aus am 16. März eine Proklamation. In ihrem ersten Abschnitt heisst es:

«Die von den deutschen Truppen im März 1939 besetzten Landesteile der ehemaligen tschechoslowakischen Republik gehören von jetzt ab zum Gebiet des grossdeutschen Reiches und treten als ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ unter dessen Schutz.»

England, Frankreich und die Sowjetunion lassen die Angelegenheit mit Protesten bewenden, die sie am 19. März in Berlin überreichen. Immerhin tauschen die Regierungen von London und Paris am 24. März schriftliche Zusicherungen aus für den Fall eines deutschen Angriffes auf Holland, Belgien

oder die Schweiz. Am 31. März folgt eine britisch-französische Garantieerklärung an Polen.

Am 7. April 1939 schaltet sich auch Italien militärisch ein und besetzt Albanien, dessen König Zogu nach Griechenland flüchten muss. Die Anfrage Hitlers vom 21. April an die europäischen Kleinstaaten, ob sie sich bedroht fühlen, wird von der ebenfalls beherrschten Schweiz mit dem Hinweis auf die von allen Nachbarstaaten anerkannte und von der eigenen Armee verteidigte Neutralität beantwortet. Frage und Antwort aber lassen am Ernst der Lage nicht mehr zweifeln.

Am 28. April erklärt Hitler in seiner Reichstagsrede den Flottenvertrag mit England vom Jahre 1935 und das deutsch-polnische Abkommen von 1934 als nicht mehr gültig. Einen Monat später, am 22. Mai, unterzeichnen Ciano und Ribbentrop in Berlin den deutsch-italienischen Bündnisvertrag. Das Schweizervolk erkennt den Ernst der Stunde und stimmt der Vorlage über die Verstärkung der Landesverteidigung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit am 4. Juni 1939 mit 500'000 Ja gegen 200'000 Nein zu. In diese Zeit fällt die Meldung des Büros Ha vom 16. Juni 1939:

«Nach soeben eingegangener Information polnischen Ursprungs ist unter Leitung des Generalobersten von Rundstedt neuerdings ein sorgfältig getarnter Stab nach Küstrin verlegt worden, um den Feldzug gegen Polen generalstablich vorzubereiten. In Pressburg befindet sich das Generalkommando des XVI. Armeekorps. General der Infanterie von Bietersheim sei zum Kommandeur einer gegen Polen aufmarschierenden Armee ernannt worden.

Der Aufmarsch der für eine eventuelle Operation gegen Polen bestimmten Streitkräfte einerseits im Raume von Küstrin, andererseits an den Grenzen gegenüber Krakau scheine seiner Beendigung entgegenzugehen.

Aus Danzig: Die neuerlichen Zwischenfälle und vieles andere deuten darauf hin, dass das Reich weiterhin sein Möglichstes tut, die dortige Situation für ein Eingreifen in dieser oder jener Form reif zu machen.» Am 26. Juli 1939 meldet das Büro Ha aus Paris:

«Danziger Frage: Raymond Cartier, der Chefredaktor der Kerillischen ‚Epoque‘, der eben von einer Reise aus Polen zurückkam, berichtete mir vertraulich von seinen Unterredungen mit Marschall Rydz-Smigly und Minister Beck: dass diese davor gewarnt hätten, die ‚feste‘ Stimmung der pol-

nischen Bevölkerung mit einer gleich festen Stimmung der Regierung gleichzusetzen. Es gäbe starke Tendenzen dahin, wegen Danzig keinen Krieg zu führen.»

Am folgenden Tag, am 27. Juli, sieht sich Hausamann wieder einmal veranlasst, «die Gesamtlage einer Übersicht zu unterziehen». Darin befasst er sich unter anderem mit den Thesen der britischen Aussenpolitik.

Wie in Berlin die britischen Gedankengänge gewertet werden, fasst Hausamann aus seiner Kenntnis der Lage und der Personen wie folgt zusammen:

«Da man in Deutschland auf keinen Fall daran denkt, zu kapitulieren, erwägt man, den Krieg besser jetzt, das heisst zu Beginn oder gar noch vor Beginn des Herbstes, zu entfesseln und nicht solange zu warten, bis die klare Überlegenheit beim Gegner ist.

Zweite Möglichkeit: Hitler probiert, ohne zum offenen Krieg zu schreiten, seine Machtpositionen derartig zu verbessern, dass dem britischen Wunsch, ohne Krieg auszukommen und dem Nazi-Regime ohne Krieg den Kragen umzudrehen, keine Erfolgsaussicht mehr beschieden sein kann...

Drittens: Hitler versucht, mit schallenden Unternehmungen gegen schwache, das heisst nicht von Grossbritannien garantierte Punkte seine Machtstellung auszudehnen und dem britischen Plan das Wasser abzugraben. Ausser dem Handstreich auf Danzig, dessen friedliche' Eroberung gegen den ausgesprochenen Willen Grossbritanniens Hitlers Prestige bei den Deutschen und gleichzeitig die Furcht vor Hitler bei den noch bedrohten Staaten gewaltig verstärken müsste..., ist dann noch die mehrfach von uns als wahrscheinlich bezeichnete Unternehmung der Achse gegen Jugoslawien und Bulgarien ins Auge zu fassen. Man stösst (gleichzeitig mit einem Umsturz in Ungarn, wie er jetzt wohl zu erwarten ist) an die Ägäis (Saloniki) und ans Schwarze Meer (Warna) vor und kreist Rumänien... ein, es zur Kapitulation zwingend. Danach aber wird sowohl Polens wie Griechenlands Stellung unhaltbar, und der türkische Faktor wird gleichfalls sehr stark an Wert verlieren. Wenn die Achsenmächte ohne erklärten Krieg dahin kommen, so haben sie den britischen Aktionsplan weitgehend unwirksam gemacht.» Je mehr die Zeit voranschreitet, umso mehr beschäftigen sich die Berichte des Büros Ha mit ausgesprochen

militärischen und militärpolitischen Problemen. So meldet es am 20. August 1939, dass der Danziger Senat zusätzlich Hotels gepachtet habe, um Offiziere unterzubringen, dass in der Messehalle 600 Mann untergebracht seien, dass Gestapo – «sie tragen grüne Binden um den Arm» – in der Arbeitsfrontschule Wordel und im Kronenhof stationiert sei. Weiter heisst es:

«Die Einberufungen gehen täglich weiter... Einberufen werden fast alle 17- bis 25jährigen, ferner alle SA- und SS-Leute jeden Alters, soweit sie unverheiratet sind.»

Zusammenfassend wird registriert:

«Wieviel bewaffnete Leute sich gegenwärtig in Danzig befinden, ist schwer genau zu sagen. Man hört von gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen meist zwei Zahlen: entweder 10'000 oder 17'000 bis 18'000 Mann. Die höhere Zahl scheint die richtige zu sein.»

Bei all dem muss man sich vergegenwärtigen, dass Danzig zu dieser Zeit immer noch eine «freie Stadt» ist, die offiziell nicht zum Dritten Reich gehört und in der Professor Carl Burckhardt als Völkerbundskommissar waltet. Umso mehr lassen die folgenden Informationen vom gleichen Tag aufhorchen:

«Die Waffentransporte nach Danzig dauern an. Man benutzt meist die ostpreussische Grenze... und den Hafen zum Waffenschmuggel. Die Waffen werden nach wie vor meist bei Nacht, aber auch am Tag, nach der Schichauwerft, der Danziger Werft und der Kiawitterwerft transportiert. Es befinden sich darunter sowohl Infanteriemunition wie auch Geschütze... Am Bischofs- und Hagelsberg werden die alten Kasematten ausgebessert und modernisiert... Beide Anhöhen starren heute von Artillerie und Flakbatterien.»

Gerüchtweise wird behauptet, Angehörige der ehemaligen deutschen «Legion Condor», die 1936 im spanischen Bürgerkrieg gekämpft und dort neuentwickelte deutsche Waffen unter kriegerischen Bedingungen ausprobiert hat, befänden sich in Danzig. Berlin hat dies dementiert, doch meldet das Büro Ha kategorisch:

«Es gibt aber wirklich diese ‚Freiheitskämpfer‘ hier. Man kann sie auf den Strassen in den grauen Uniformen der sogenannten ‚Verfügungstruppe‘ sehen und nicht nur an ihrer sonnengebräunten Gesichtsfarbe, sondern auch an den Erinnerungsmedaillen erkennen, die sie für ihre Teilnahme an den Kämpfen in Spanien erhalten haben.»

Letzte Kriegsvorbereitungen

Dramatisch spitzt sich die Spannung in der zweiten Hälfte des Monats August 1939 zu. Das Büro Ha weiss am 24. August zu berichten, entgegen allen Dementis sei ein deutsch-ungarischer Geheimvertrag abgeschlossen worden, der fünf Artikel enthalte:

«Vorweg eine kurze Präambel, in der der feste Wille beider Regierungen, die bolschewistische Drohung an ihren Grenzen gemeinsam abzuwehren, festgestellt wird. Nach Art. 1 erklärt sich die Regierung Ungarns einverstanden, die Hilfe der Reichsregierung anzunehmen bei sofortiger Inangriffnahme aller vorbereitenden Massnahmen. Art. 2 umschreibt diese Hilfeleistung des Reiches an Ungarn: a) durch Stärkung und Ausbau der Verteidigungsanlagen, b) durch Erhöhung der wehrwirtschaftlichen Kapazität, c) durch militärische Übereinkommen. Art. 3 räumt den in Ungarn in Erfüllung dieser Hilfeleistung tätigen zivilen und militärischen Beauftragten ‚die aus der Sachaufgabe erwachsenden Verfügungsrechte‘ ein. Art. 4 behandelt die Frage eines Gemeinschaftskommandos unter einem deutschen Höchstkommmandierenden. Art. 5 formuliert die Erklärung der ungarischen wie der deutschen Regierung, anschliessend in Sonderbesprechungen einzutreten, bei gleichzeitiger beiderseitiger Verfügung aller Massnahmen und Anweisung aller zivilbehördlicher und militärischer Dienststellen. Ein Schlusssatz enthält das beiderseitige feierliche Versprechen der Geheimhaltung dieses ‚Schutzvertrages‘.»

Am 25. August beschäftigt sich das Büro Ha mit dem deutsch-russischen Freundschaftsvertrag, der zwei Tage zuvor zur allgemeinen Überraschung abgeschlossen worden ist:

«Wir senden einen politischen Bericht aus dem Reichsinnenministerium: Das deutsche Angebot eines Nichtangriffspaktes an Moskau hat in Berlin nahezu alle Reichsminister und die massgebenden Repräsentanten der

Wehrmacht überrascht. Selbst der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels war über den Entschluss Hitlers, sich Rückendeckung durch die Preisgabe des Antikominternpaktes zu verschaffen, nicht unterrichtet worden. Das gleiche gilt für den Generalfeldmarschall Göring und das gesamte Oberkommando der Wehrmacht. Ausser Hitler, Ribbentrop und einigen wenigen Funktionären des Auswärtigen Amtes war niemand auf die neue Wendung in der deutschen Politik und Taktik vorbereitet. Allgemein wird angenommen, dass Hitler sich zu dem Gang nach Moskau erst entschlossen hat, als zu der Weigerung Japans, militärische Feindseligkeiten gegen England in Ostafrika zu eröffnen, die militärische Unentschiedenheit Italiens, Deutschland in einem Krieg mit den Westmächten beizustehen, hinzugekommen war.»

In den frühen Morgenstunden des 25. August gibt das Büro Ha der Generalstabsabteilung in Bern bekannt:

«Aus London: Die französische Armeeführung hat diese Nacht weitere 600'000 Mann einberufen.

Aus London: Man glaubt im Foreign Office, dass sich der Krieg nicht vermeiden lasse. — Zeit: 02.10.»

Kurze Zeit später erkundigt sich die Fünfte Sektion der Generalstabsabteilung per Fernschreiber in Teufen:

«Wissen Sie, wie englische Parlamentsbeschlüsse über Vollmachten lauten?»

Das Büro Ha nach Bern:

«Antwort folgt in einigen Minuten.»

Um 5 Uhr 25 ist das Büro Ha in Teufen dann in der Lage, die gewünschte Antwort durch den Fernschreiber zu übermitteln:

«Das Ausnahmeermächtigungsgesetz für die Landesverteidigung lag Donnerstag dem Unterhaus zur sofortigen Annahme in sämtlichen Lesungen vor. Es heisst darin, dass ‚der König durch Verordnung die notwendigen Bestimmungen für die öffentliche Sicherheit, die Verteidigung, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die wirksame Durchführung des Krieges sowie die Aufrechterhaltung der Lieferungen und der wesentlichen Staatsinteressen treffen kann.

... Das Gesetz berechtigt nicht zur Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für die Flotte, das Heer, die Luftwaffe, ebensowenig einer industriellen Dienstpflicht oder der Kompetenzerweiterung der Kriegsgerichte auf

Personen, die dem Kriegsgericht nicht unterstehen. ...Es tritt schon vor Fristablauf ausser Kraft, wenn der König auf dem Verordnungsweg erklärt, dass der Notstand, dessentwegen das Gesetz erlassen wurde, weggefallen ist.»

Quittung der Fünften Sektion der Generalstabsleitung:

«Abgenommen, Sch., Oberstlt. Frage: Ist es in dieser Form angenommen?»

Die Antwort von Ha:

«Soweit ich orientiert bin: Ja. Ich habe es so durchtelefoniert bekommen. Hausamann, Teufen.»

25. August um 18.00 Uhr:

«Berlin: Der Generalstab der deutschen Luftstreitkräfte hat Freitag sein Hauptquartier aus Berlin auf den Flughafen Gatow verlegt, der sich am Rande von Berlin befindet.»

25. August um 22.00 Uhr:

«Warschau: Der Bürgermeister hat angeordnet, dass Bevölkerung um Warschau Schützengräben aushebt. . . Paris: Die deutschen Journalisten begannen heute Abend, Paris zu verlassen.»

25. August um 22.35 Uhr:

«Meldung an Herrn Oberstleutnant Masson: Ich habe meine telefonischen Verbindungen nach Deutschland überprüft. Sie funktionieren.» 25. August um 22.43 Uhr:

«Nach einer uns zugehenden Meldung hat Deutschland den telefonischen Verkehr mit folgenden Ländern unterbrochen: England, Polen, Jugoslawien, Holland.»

25. August um 22.50 Uhr:

«Sehr wichtig: Deutschland hat telefonische Verbindungen soeben auch mit der Schweiz unterbrochen.»

26. August um 17.45 Uhr:

«Auf Ihre Anfrage 1 (der Fünften Sektion): In Frankreich sind neu einberufen vom Heer: die Gruppen 5 und 6, bei der Luftwaffe bis zum Jahrgang 95

...

Ihre Anfrage 2: Besprechung Hitler-Henderson: ... Ergänzend ist zu melden, dass die Besprechung mit folgenden Worten abgeschlossen wurde (Bescheid stammt von V. und wurde einem seiner Freunde gegeben, der mich

heute Nachmittag besuchte): Henderson: ‚Dann, Ew. Exzellenz, werden Sie mit einem langen Krieg zu rechnen haben.‘ Antwort Hitlers: ‚Damit habe ich von allem Anfang an gerechnet, Deutschland ist darauf vorbereitet.‘»

Am 27. August 1939 um 2.29 Uhr orientiert das Büro Ha aus Holland und England:

«Amsterdam: Die Deutschen haben alle Strassen an der holländischen Grenze, mit Ausnahme der Hauptverkehrsstrassen, gesperrt.

London: Über die Vorschläge Hitlers, die Botschafter Henderson nach London gebracht hat, wird in London im gegenwärtigen Zeitpunkt Folgendes gesagt: Der Eindruck, den die Vorschläge hinterlassen haben, ist, dass sie in ihrer gegenwärtigen Form kaum irgendeine Hoffnung auf eine Lösung des Danziger und des polnischen Problems bieten ...

Eine als zuverlässig genannte Quelle will wissen, dass Hitlers Vorschlag folgende drei Punkte enthalte: 1. Danzig wird sofort dem Reich einverleibt. 2. Deutschland bekommt freie Hand, mit Polen direkt über alle Fragen, die die beiden Staaten betreffen, zu verhandeln. 3. England soll seine Garantie an Polen fallen lassen.

Aus derselben Quelle hört man, dass das englische Kabinett den Plan Hitlers abgelehnt habe.»

Weitere Berichte des Büros Ha betreffen Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und Italien. Dass die Deutschen trotzdem optimistisch bleiben, besagt eine aus Berlin eingehende Nachricht, die das Büro Ha am 29. August um 01.55 Uhr weiterleitet:

«Hitler und Ribbentrop waren auch am heutigen Abend noch überzeugt, dass die Westmächte schlussendlich nachgeben werden und dass der Streit um Polen sich lokalisieren lasse.»

Um 13.33 Uhr des gleichen Tages telexiert das Büro Ha in Teufen dann nach Bern:

«Gst. Abt. Für Herrn Oberstleutnant Masson persönlich. Wichtige Meldung:

Nach soeben eingegangenem Bericht von absolut zuverlässiger Seite ist höchstwahrscheinlich für heute Nacht oder morgen der deutsche Angriffsbefehl auf Polen zu erwarten. Hausamann.»

Mit dieser Voraussage sollte sich Hausamann nicht getäuscht haben. Völlig richtig sieht er ferner die Gesamtlage, wie einer militärpolitischen Studie vom

30. August zu entnehmen ist. Darin wird erwähnt, dass der ausbrechende Krieg zunächst – auch wenn die Westmächte sich formell einschalten – auf den Osten lokalisiert bleiben werde:

«In jedem Fall bleibt das Kennzeichen des ‚kleinen‘ Krieges, dass der Westen voraussichtlich nicht Schauplatz grösserer Kampfhandlungen zu Lande sein wird, was insbesondere den kleineren Mächten in diesem Raume Europas die Möglichkeit gibt, ihre Vorbereitungen für den ‚grossen‘ Krieg in aller Ruhe zu treffen.»

Parallel zur Entwicklung in Deutschland und zur erhöhten Spannung zwischen Deutschland und Polen zeichnet sich auch in der Schweiz immer deutlicher eine direkte Einflussnahme von Seiten des Dritten Reiches ab. Die «Landesgruppe Schweiz» der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist die eigentliche Trägerin hitlerfreundlichen Gedankengutes, auch wenn die Mitgliedschaft zu dieser Organisation statutenmässig absichtlich erschwert wird. Nur jene Reichsdeutschen, die sich durch besondere Treue zur nationalsozialistischen Idee ausgezeichnet haben, können der Partei beitreten, doch sind alle Institutionen und Organisationen, ob sie nun für Reichsdeutsche oder für Schweizer bestimmt sind, straff nach oben ausgerichtet, so dass ihre Schlagkraft gesichert ist. An der Spitze steht seit 1937 ein Beamter der deutschen Gesandtschaft in Bern. Im Sommer 1939 ist dies Freiherr von Bibra, dem gleichzeitig die deutsche Kolonie in der Schweiz untersteht. Die «Deutsche Arbeitsfront» verfügt über eine eigene «Landesgruppenverwaltung» in Zürich. Zudem sind spezielle Landesjugendführer und Landessportgruppenführer erkoren, die zusammen mit ihren Organisationen dem Landesgruppenleiter der NSDAP unterstehen.

Die Schweiz sieht sich gegen alle Eventualitäten vor. Bundespräsident Philipp Etter richtet am 28. August 1939 einen flammenden Appell an das Schweizervolk. Darin heisst es unter anderem:

«Liebe Eidgenossen! Die schweren Spannungen, die heute über den Völkern Europas lasten, haben den Bundesrat veranlasst, in seiner heutigen Sitzung die für den Schutz unseres Landes erforderlichen vorsorglichen Massnahmen zu treffen ...

Der Bundesrat ist entschlossen, die aus der Neutralität des Landes sich ergebenden Pflichten in jeder Situation und mit allen Mitteln zu erfüllen. Im Hinblick darauf, dass die Kriegsmobilmachung in unseren Nachbarländern

schon weitgehend vorgeschritten ist, könnte der Bundesrat die Verantwortung dafür nicht übernehmen, unsere Grenzen ohne verstärkten Grenzschutz zu lassen. Er hat deshalb heute beschlossen, ein Aufgebot für die gesamten Grenzschutztruppen zu erlassen ... Im Namen des Bundesrates fordere ich das Schweizervolk auf, auch in dieser ernsten Stunde ruhiges Blut zu bewahren und den Massnahmen der Regierung unbedingtes Vertrauen entgegenzubringen ...»

Am Nachmittag des 30. August tritt dann die Vereinigte Bundesversammlung, also National- und Ständerat, in geschlossener Sitzung zusammen. Mit 204 von 229 Stimmen wird der Waadtländer Oberstkorpskommandant Henri Guisan zum General gewählt.

Am gleichen Abend meldet das Büro Ha nach Bern, dass der englische König Georg den Kriegs-, Luftfahrt- und Innenministerien überraschende Besuche abgestattet habe. Wenige Minuten später kann Hausamann berichten, dass die in England befindlichen Tschechoslowaken eine eigene Legion gebildet und der englischen Regierung zur Verfügung gestellt haben.

Um 21.47 Uhr meldet das Büro Ha:

«Alle gegenwärtig in Bern zirkulierenden Gerüchte über ein Ultimatum Deutschlands an Polen sind falsch. Man weiss davon weder in London, Paris noch Warschau etwas. Das soll aber nicht heissen, dass ein solcher Schritt Deutschlands nicht folgt. Wir sind nach wie vor in Verbindung mit allen Stellen und werden sofort informiert, wenn etwas Besonderes sich ereignet.»

Nachdem sich, vor allem im Anschluss an das deutsch-sowjetische Abkommen vom 23. August, das von den beiden Aussenministern Ribbentrop und Molotow unterzeichnet worden ist und im Wesentlichen einen Nichtangriffspakt darstellt, die Lage verschärft hat, werden am gleichen 30. August die letzten deutschen Vorschläge bekanntgegeben. Der britische Botschafter in Berlin, Nevile Henderson, übernimmt sie aus der Hand von Aussenminister Ribbentrop. Sie gliedern sich in sechzehn Punkte:

1. Rückkehr der Freien Stadt Danzig in das Reich.
2. Abstimmung im Gebiet des sogenannten Korridors über die weitere Zukunft.
3. Durchführungsbestimmungen für dieses Plebiszit.
4. Der Hafen von Gdingen bleibt mit Einschränkungen bei Polen.
5. Durchführungsbestimmungen dazu.

6. Regelung der Lage bis zur Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses.
7. Einfache Mehrheit der Stimmen soll Ausschlag geben.
8. Regelung für Strassen- und Bahnlinienbau durch das unterliegende Land.
9. Regelung des Bevölkerungsaustausches.
10. Sonderrechte Polens in Danzig und Deutschlands in Gdingen.
11. Entmilitarisierung der beiden Häfen.
12. Entmilitarisierung der Halbinsel Heia.
13. Minderheitenschutz in Deutschland und
14. in Polen.
15. Demobilmachung im Falle eines Einverständnisses.
16. Zu vereinbarende Durchführungsmassnahmen.

Für Polen ist die Rückkehr Danzigs zu Deutschland der entscheidende Punkt. Da andererseits Gdingen, das zwar bei Polen bleiben soll, zu entmilitarisieren wäre, würde dies die strategische Isolierung Polens von der Ostsee bedeuten. Auch die kurzfristige Terminierung, die an ein Ultimatum erinnert, lässt Polen nur widerstrebend zustimmen. Immerhin gelingt es dem polnischen Botschafter in Berlin, Lipski, am 31. August 1939 mit dem Reichsaussenminister in Verbindung zu treten.

Gleichentags gehen im Büro Ha Nachrichten ein, die eher zuungunsten Deutschlands sprechen. Einerseits wird bekannt, dass sowohl in Berlin wie auch in Rom Unruhe darüber herrsche, dass das ungarische Kabinett Teleki noch immer nicht das Durchmarschrecht an Deutschland ausgesprochen habe für den Fall kriegerischer Verwicklungen mit Polen oder Rumänien. Die Informanten aus der näheren Umgebung von Ribbentrop und Hess trösten sich allerdings mit der Überlegung, dass Ungarn im Ernstfall gar keine Wahl habe. Immerhin gehen die Bemühungen weiter, Ungarn bereits jetzt zum Beitritt zur deutsch-italienischen Militärallianz zu bewegen. Gravierender scheint eine Nachricht, die aus Italien stammt und die das Büro Ha am 31. August 1939 um 16.45 Uhr weitergibt:

«Sonderbericht (sehr ernst zu nehmen, so unwahrscheinlich vieles bei oberflächlichem Lesen klingt):

Franco hat wider Erwarten und trotz eifrigster Bemühungen sowohl der Deutschen als vor allem auch der Italiener in letzter Zeit ziemlich unverhohlen (u.a. Auswirkung des deutsch-russischen Freundschaftspaktes) seine

Abneigung gezeigt, einem deutsch-italienischen Militärbündnis beizutreten. Rom bemüht sich mit der Unterstützung des spanischen Innenministers Suner eifrigst, Franco trotz alledem noch in letzter Minute für ein solches Bündnis zu gewinnen...

Balbo und Grandi haben Mussolini in sehr unverblümter Weise zu verstehen gegeben, dass im Hinblick auf die sehr zweideutige Haltung Francos die deutsch-italienischen Aktionen, wie sie in einem Kriegsfall in Nordafrika vorgesehen sind (vor allem gegen Frankreichs Kolonien) zumindest sehr fragwürdiger Natur, wenn nicht gar illusorischen Charakters seien... Wenn Mussolini trotz alledem zur Zeit noch fest auf die deutsche Karte setzt, so vor allem deshalb, weil er sich von der für das Frühjahr 1940 geplanten Militärallianz Japan-Italien-Russland-Deutschland für Italien naturgemäß die grössten Vorteile verspricht... Mussolini ist also im Augenblick noch an einer Politik interessiert, welche darauf hinzielt, dass es nicht vor dem Frühjahr zum grossen Krieg wegen Polen kommt... Wenn aber schon Krieg gegen Polen, so möchte er... den deutsch-polnischen Krieg wenn irgendmöglich zur Zeit noch lokalisiert wissen.»

Nun überstürzen sich die Ereignisse. Das Büro Ha gibt an diesem 31. August unter anderem folgende Informationen weiter:

«London: Grossbritannien hat die vollständige Mobilisation der Flotte, der Armee und sämtlicher Reserven befohlen...

Beurteilung der Lage in London und Paris:

Lage hat sich weiter verschärft. Wenn der Reichskanzler nicht im letzten Moment noch nachgibt, dann ist für heute Nacht oder morgen mit Überraschungen zu rechnen. Man glaubt in den verantwortlichen Kreisen, dass die Lage hoffnungslos sei.»

Zweitletzte Nachricht des Tages, durchgegeben um 19.23 Uhr:

«Sehr ernste und wichtige Meldung: Soeben geht der Bescheid ein, dass London keine Gespräche mehr vom Kontinent annimmt, auch nicht von den englischen Gesandtschaften, und auch keine mehr an den Kontinent vermittelt. Man rechnet für diese Nacht mit der Katastrophe.»

Und um 19.45 Uhr:

«Sehr wichtige Meldung: Letzte aus London zu erhaltende telephonische Meldung: Die auf Grund der Pläne der Generalstäbe von England und

Frankreich für das Festland vorgesehenen englischen Truppen haben den Befehl erhalten, sich zur Überfahrt nach dem Festland bereitzuhalten. Von diesem Befehl werden sämtliche terrestrischen Truppen betroffen, ferner alle in England entbehrlichen Fliegerverbände. Die Einschiffung hat bereits begonnen.

Die englischen Minenlegflotillen sind heute Abend in die Nordsee ausgelaufen und in Tätigkeit getreten.

Wir sind mit London nunmehr telegraphisch in Verbindung.»

Dieser Kontakt mit London besteht funktelegraphisch, was Hausmann in dieser Phase noch nicht preisgeben will.

Der Krieg hat begonnen. Hitler hat bereits die erwähnte «Weisung Nr. 1 für die Kriegführung» ausgegeben und den 1. September als Angriffstag festgesetzt. In den ersten Morgenstunden, kurz bevor an der deutschpolnischen Grenze die ersten Schüsse des Zweiten Weltkrieges fallen, werden am deutschen Rundfunksender Stuttgart, der selbstverständlich im Büro Ha abgehört wird, nochmals die 16 Punkte verlesen, auf Grund welcher Deutschland angeblich zu Verhandlungen bereit sei. Mit dem letzten Satz der in französischer Sprache gehaltenen Sendung versucht sich Berlin ein Alibi zu schaffen:

«L'Allemagne considère ces propositions comme rejetées.»

Der 1. September, der Tag des Kriegsausbruches, fesselt alle jene, die rasch informiert sein wollen, an die Rundfunkgeräte. Um 9.12 Uhr verbreitet der deutsche Rundfunk, dass um 10 Uhr der Reichstag zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung zusammentrete. Zehn Minuten vor diesem Termin verständigt das Büro Ha Bern:

«Soeben geht die Meldung ein, dass heute 0800 Warschau bombardiert worden sei. Ich gebe die Meldung mit Vorbehalt weiter.»

Und dann schreit Reichskanzler Hitler jenen grausamen Satz in die Welt hinaus:

«Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen...»

Die Welt weiss, dass Wirklichkeit geworden ist, was seit Monaten befürchtet werden musste und was die Optimisten einfach nicht wahrhaben wollten. Im Einvernehmen mit General Guisan ordnet der Bundesrat die Generalmobilmachung der Schweizer Armee an. Damit wird auch einem Betriebsunfall die Spitze gebrochen, der nach Auffassung eines höheren Offiziers Weiterungen hätte haben können. Nicht zuletzt als Auswirkung der vom Büro Ha nach Bern

geleiteten Meldung, wonach für den 1. September der deutsche Angriff auf Polen zu erwarten sei, verfügte der Generalstab die Pikettstellung aller schweizerischen Telefonzentralen. In einer mittleren Schweizerstadt aber wurde diese interne Order missverstanden, was zu einer Konfusion führte, die sich unangenehm hätte auswirken können. Am Vorabend des 1. September rief ein Offizier aus dem Eidgenössischen Militärdepartement in Teufen an: «Herr Hauptmann, Ihre Meldung deutsche Offensive gegen Polen wird von... (hoher Offizier der Generalstabsabteilung) als falscher Alarm, als Gerüchtemacherei eingeschätzt und sie wird Ihnen von Seiten desselben morgen scharfe Kritik an Ihrer Berichterstattung eintragen.» Der Leiter des Büros Ha liess sich darob nicht ins Bockshorn jagen: Bis der zuständige Oberst, so antwortete er am Telefon, dazu komme, ihn zu rüffeln, sei die Generalmobilmachung ohnehin beschlossen. «Sie sind doch ein unverbesserlicher Optimist», replizierte der Berner Offizier und gab damit unausgesprochen zu, dass es zuständigenorts noch immer Offiziere gab, welche nicht glauben wollten, dass Hitler es tatsächlich zum Kriege kommen lassen werde.

Der Kriegsausbruch

Am 1. September bekommt Hauptmann Hausmann recht. Am frühen Vormittag wird vom Bundesrat die Generalmobilmachung beschlossen. Hausmann erhält davon kurz nach 0800 telephonisch Kenntnis. Noch vor der Mittagsstunde schickt das Eidgenössische Militärdepartement Telegramme in alle Richtungen:

«Kriegsmobilmachung – die ganze Armee ist aufgeboten – der erste Mobilmachungstag ist der 2. September – weisses Plakat: Eidgenössisches Militärdepartement»

Nun stellt auch das Büro Ha um. Zwar bleibt – wie erwähnt – sein Chef auf dem Posten, aber es hat sich nun einzugliedern in eine grössere Organisation. Neben dem Büro Ha gibt es die NS 1 (Nachrichtensammelstelle 1) unter der Leitung von Hauptmann i. Gst. Max Waibel. Im Armeehauptquartier sind es das «Büro Deutschland», das «Büro France» und das «Büro Italien», bei welchen die Informationen und Meldungen der Aussendienststellen zur Auswertung zusammenlaufen. Das «Büro D» (Deutschland) untersteht Hauptmann i. Gst. Alfred Ernst, für alle Informationen, welche Deutschland und den Krieg des Dritten Reiches betreffen. Das Büro «NS 1» ist in Luzern stationiert, mit Aussenstellen in Basel («Pfalz»), St. Gallen («Säntis»), Zürich («Uto») und Schaffhausen usw., wo besonders Grenzgänger einvernommen werden.

Auch das Büro Ha, vorläufig in Teufen, richtet seine Informationen an die Gruppe für Nachrichten- und Sicherheitsdienst im Armeekommando, zuhänden des «Büro D». Hausmann beschäftigt sich vorwiegend mit den kriegspolitischen und militärischen Vorgängen in den grossen Linien und mit der Abfassung von Lagebeurteilungen. Die vielen Tagesmeldungen über Truppenbewegungen gibt das Büro Ha ungeprüft an das «Büro D» und dieses zur Überprüfung an die hierfür zuständigen Stellen weiter. Selbstverständlich findet in

der Folge ein regelmässiger Gedankenaustausch zwischen den dienstleitenden Nachrichtenoffizieren statt. Es gibt nicht wie bei der Truppe und den Stäben eine scharf umrissene «Regelung der Kommandoverhältnisse», die Abgrenzungen ergeben sich vielmehr auf Grund des Aufgabenbereiches jeder dieser Dienststellen. Chef für alle ist Oberstleutnant Roger Masson. Später wird das Büro Ha auf Weisung des Vorstehers des Eidgenössischen Militärdepartementes (EMD) direkte Verbindung zum Departementschef, Bundesrat Kobelt, unterhalten.

Das Team des Mitarbeiterstabs des Büros Ha besteht auch nach Kriegsausbruch aus ständigen Angestellten, die schon in den Vorkriegsjahren, von seiner Firma übernommen, im Büro Ha tätig waren. Dazu kommt noch eine pensionierte Telegraphistin als Funkerin, die ihm von der PTT zugewiesen wurde, sowie ein «Chauffeur», ebenfalls schon vor Kriegsausbruch vom Büro Ha als Zivilangestellter mit Hilfsarbeiten beschäftigt, der allerdings mehr als Büroordonnanz denn als Chauffeur fungiert. Denn der Chef fährt, entgegen der für die Truppen und Stäbe bestehenden Vorschriften, seinen Wagen selbst – er will nicht, dass ein Dritter über die Ziele seiner Fahrten etwas erfährt. Äusserste Vorsicht ist oberstes Gesetz für einen Nachrichtenoffizier! Auch die aus- und eingehenden Funktelegramme chiffriert und dechiffriert Hausmann selbst. Die wichtigeren Berichte und Meldungen, die ans Armeekommando weitergehen, formuliert er persönlich.

Noch ist es vorläufig ein Krieg zwischen Deutschland und Polen. Immerhin zeichnen sich bereits die unmittelbar bevorstehenden Weiterungen ab. Noch am Abend des 1. September gibt das Büro Ha seinen Auftraggebern in Bern bekannt, dass England ein Ultimatum habe abgehen lassen: Wenn nicht bis morgen früh die Feindseligkeiten gegen Polen eingestellt würden, werden England und Frankreich den Krieg erklären.

Diese Meldung scheint verfrüht, aber schon wenige Stunden später, am 2. September um 2.52 Uhr früh, kann das Büro Ha anfügen:

«Alles deutet daraufhin, dass die Warnung, die heute der Botschafter Henderson in Berlin überreicht hat, die Reichsregierung nicht dazu bewegen wird, ihre militärische Aktion gegen Polen einzustellen.»

Immerhin war dem Büro Ha auch bekannt, dass Italien keine Initiative zu irgendwelchen militärischen Operationen ergreifen werde. Diese Haltung ist einerseits eine Warnung an die französische und englische Adresse, sich nicht

einzumischen und damit Italien nicht zu provozieren, und andererseits eine Beruhigung für die Schweiz, die mindestens für den Augenblick nicht mit kriegerischen Verwicklungen an ihrer Südgrenze rechnen muss.

In Rom machen sich bereits innenpolitische und sogar parteiinterne Gegenbewegungen bemerkbar. An diesem 2. September sieht es so aus, als ob die drei Männer Balbo, Grandi und de Bono ihren Einfluss verstärken könnten. Dies wäre insofern bedeutungsvoll, als dieses Triumvirat, das am italienischen Hof, unter den höheren Offizieren und im Kreis um den Thronfolger Umberto mächtige Bundesgenossen hat, Mussolini bedrängt, die – wie es in der Büro Ha-Meldung heisst – «Katastrophenpolitik gegenüber Deutschland» aufzugeben. Es soll zu direkten Auseinandersetzungen zwischen Mussolini und Balbo gekommen sein, der auf die Misserfolge Aussenminister Cianos, des Schwiegersohnes Mussolinis, hingewiesen habe. Damit sei vor allem auf das italienische Verhältnis zu Ungarn, Jugoslawien und ganz besonders Spanien angespielt worden.

Am Abend des 2. September um 21.30 Uhr gibt das Büro Ha nach Bern die Nachricht weiter:

«Ab Sonntag, den 3. September, soll deutscherseits mit der Störung des Rundspruchempfanges in einem Ausmass begonnen werden, dass nach Ansicht der Berliner Stellen selbst ausserhalb der Grenzen Deutschlands Antennenempfang kaum mehr möglich sein wird.»

Auf eine Anfrage der Fünften Sektion des Generalstabes, ob das Büro Ha Informationen besitze über Truppenverschiebungen oder gar Truppenkonzentrationen in Süddeutschland, antwortet Hausamann nun recht dezidiert:

«Ich habe den in meiner an Herrn Oberstlt. Masson adressierten Meldung erwähnten Raum um Singen in ziemlich weitem Umkreis absuchen lassen und kann Ihnen zuverlässig berichten, dass um diese Zeit dort keinerlei nennenswerte Verbände festzustellen sind.»

Am folgenden Tag, am 3. September, noch bevor der Krieg sich formell ausgeweitet hat, warnt das Büro Ha:

«Folgende deutsche Agenten sind in die Schweiz eingereist: folgen Namen und detaillierte Angaben über Klarnamen, Decknamen, Personalbeschreibungen usw.»

Am 3. September um 11.40 Uhr geht folgende Information nach Bern ab:

«Seit 11.00 Uhr befinden sich England und Frankreich mit Deutschland im Kriegszustand, nachdem von Deutschland eine ablehnende Antwort erteilt worden ist.»

Und um 12.13 Uhr:

«Der deutsch-russische Militärpakt, welcher das Nichtangriffsabkommen ersetzt und dessen bevorstehenden Abschluss ich Ihnen vorletzte Woche meldete, ist heute früh in Berlin abgeschlossen worden.»

Tatsächlich ist Frankreichs Antwort, nach einem neuerlichen Gespräch seines Botschafters Coulondre in Berlin mit Aussenminister Ribbentrop, noch nicht erfolgt. Erst um 17.00 Uhr beginnt der Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland, doch kann das Büro Ha schon zwei Stunden später aus London über eine personelle Umstellung von grösster Bedeutung informieren:

«Churchill wurde als erster Lord der Admiralität ins Kriegskabinett aufgenommen; Eden und Duff Cooper haben die Leitung der Abteilungen Propaganda und Luftwaffe übernommen.»

Das Büro Ha bemüht sich, die zuständigen Stellen in Bern rechtzeitig auf Gefahren aufmerksam zu machen. Ein Mittel dazu ist ihm der Hinweis auf analoge Vorgänge in anderen neutralen Kleinstaaten. So ist das Frage- und Antwortspiel vom 4. September zu verstehen:

Büro Ha an Armeekommando um 02.30 Uhr per Fernschreiber:

«Bitte hören Sie einmal am Rundfunkempfänger die Welle 300 Hilversum. Über jenen Sender hören wir ständig Standortangaben von Flugzeugen, welche sich anscheinend über Holland bewegen.»

Antwort:

«Wir haben Hilversum abgehört, konnten aber nicht verstehen, was die Meldung bedeutet. Haben Sie sie richtig verstanden?»

Büro Ha an Armeekommando um 2.47 Uhr:

«Wir verstehen die ständig sich wiederholenden Standortmeldungen des Senders Hilversum wie folgt: Hier folgt ein Bericht von der Luftwaffe (oder Luftwache): es wurde wahrgenommen das Motorengeräusch von einer unbekannt Anzahl Flugzeuge unbekannter Nationalität, in 3'000 Meter Flughöhe, über Edam, über anderen Städten, Richtung Nord nach West usw. usw. Jede Meldung gibt andere Orte und Flugrichtungen.»

Zwei Tage später, am 6. September, gelingt es den Deutschen bereits, die bei-

den polnischen Städte Bromberg und Krakau zu besetzen. Am 7. September muss sich dann auch die polnische Besatzung der Westerplatte, die sich seit dem 1. September heldenhaft gehalten hat, ergeben. Am 10. September erklärt Kanada Deutschland den Krieg. Am 12. September meldet die britische Presse die Ankunft britischer Truppen in Frankreich. Am gleichen Tag tritt erstmals der Oberste Rat der Westmächte in Frankreich zusammen. Gleichzeitig muss das Büro Ha melden, dass Deutschland sich offensichtlich vermehrt mit der Schweiz zu beschäftigen beginnt:

«Es ist an alle deutschen Gesandtschaften und Konsulate in Holland, Belgien, Dänemark und der Schweiz die Aufforderung ergangen, eine genaue Liste aufzustellen über die Presse, und zwar über alle in dem Konsularbezirk erscheinenden Tageszeitungen und Wochenzeitschriften. Es wird genaue Auskunft gefordert über:

Vermögenslage des Verlages,

Personalien aller politischen Redakteure:

- a) deren Lebensgewohnheiten,
- b) deren Moral,
- c) deren Vermögenslage.

Eine ähnliche Anweisung ist bereits vor einiger Zeit an die Konsulate in Schweden ergangen. Mit der Anforderung von Berichten über ausländisches Zeitungswesen und sämtliche auswärtige Redakteure erging von Berlin aus die Anweisung auf eine genau spezifizierte (zusammenfassende) Liste über etwa zu gewinnende deutsche Emigranten im Ausland. In erster Linie ist an solche Emigranten gedacht, die früher eine Staatsstelle innehatten, denen mit dem Versprechen auf Pensionsberechtigung der Eintritt in deutsche Dienste schmackhaft gemacht werden soll. Man verspricht sich deutscherseits besonderen Erfolg bei ehemaligen kleinen sozialdemokratischen Beamten.»

Am 14. September besetzen die Deutschen den polnischen Hafen Gdingen und schliessen Warschau ein, das sich mutig verteidigt und die kampflose Übergabe ablehnt. Drei Tage später, am 17. September 1939, wird Polen auch vom Osten her angegriffen. Die Rote Armee marschiert – wie es heisst – «unter voller Wahrung der Neutralität Sowjetrusslands» in Ostpolen ein. Die polnische Regierung muss nach Rumänien ausweichen.

Am 2. Oktober erst gelingt den zahlen- und materialmässig weit überlegenen deutschen Truppen die Eroberung der polnischen Hauptstadt.

13'000 ihrer 17'000 Gebäude liegen in Trümmer. Reichskanzler Hitler, der am 6. Oktober das Wort ergreift, muss für seine Truppen eine bedeutende Verlustliste bekanntgeben: 10'572 Gefallene, 30'322 Verwundete und 3'409 Vermisste.

In jenen Tagen gibt das Büro Ha einen Bericht weiter, der – wie im Begleittext ausgeführt wird – von einem Mann stammt, der «in der deutschen Generalität zu Hause ist, der die Verhältnisse genau kennt, weil er heute noch in Deutschland in Amt und Würden sich befindet».

Der Bericht geht von einer Geheimrede aus, die der Reichsführer SS Heinrich Himmler im Herbst 1937 hielt und in der er unter anderem ausführte:

«Wir werden in einem künftigen Krieg nicht nur die Front der Armee auf dem Lande, die Front der Marine zu Wasser, die Front der Luftwaffe in der Luftglocke über Deutschland, wie ich sie nennen möchte, sondern wir werden einen vierten Kriegsschauplatz haben: Innerdeutschland!»

Die aus Deutschland zugegangene Information spricht dann ausführlich von den «Kampfhandlungen» an dieser vierten Front, wo die «ausländische Rundfunkpropaganda Englands und Frankreichs durch die aktive Arbeit der Opposition ergänzt» wird. Hitler und Göring haben selbst zugegeben, dass der Sturz des Führers und seines Regimes die Hauptfriedensbedingungen Englands und Frankreichs seien. So könnte bei länger dauerndem Krieg und bei wachsenden Schwierigkeiten der Wunsch im deutschen Volk entstehen, sich von einer Führung loszusagen, die diesen Krieg verschuldet hat. Diese Gefahr ist der deutschen Führung selbstverständlich bekannt. Himmler hat deshalb für den Kriegsschauplatz an der inneren Front einen Organisationsplan aufgestellt, gegen den sich jedoch – wie es in diesem Bericht heisst – bis zu einem gewissen Grad der Widerstand der Generalität richtet.

So habe die Generalität es durchgesetzt, dass die militärischen SS-Verbände ebenfalls an der äusseren Front eingesetzt werden; die Leibstandarte Adolf Hitler hatte zum Beispiel in Bromberg gekämpft und schwere Verluste erlitten.

Erfolg aber hatte Himmler mit seiner Verfügung, durch die alle jene Polizeibeamten, die nicht gleichzeitig der SS angehören oder sonstwie als zuverlässig gelten, der Armee überstellt und durch SS-Männer ersetzt wurden. Die Polizei

ist somit praktisch mit der SS verschmolzen. Im Bürodienst auf den Polizeiamttern sind Angehörige der Hitler-Jugend eingesetzt, denen – so heisst es im Bericht wörtlich – «ihre neuen Machtbefugnisse in vielen Fällen zu Kopf gestiegen sind, dass sich Reibereien mit der Zivilbevölkerung eingestellt haben».

Die Totenkopfverbände der SS, denen die Bewachung der Konzentrationslager überantwortet ist, sollen von 3'500-4'000 Mann auf 30'000-35'000 Mann verstärkt werden. Sie bilden die eigentliche Bürgerkriegstruppe des nationalsozialistischen Systems. In diesem Zusammenhang hat sich Himmler gegen den Willen der Generalität und auch des Reichsinnenministers Frick von Hitler besondere Vollmachten geben lassen, um Aufstandsversuche im Reich, in Böhmen, Mähren und Polen sofort mit allen Mitteln niederschlagen zu können.

Schon diese Gedankengänge lassen darauf schliessen, dass sich die oberste Führung des kriegerischen Dritten Reiches nicht ganz so sicher fühlt, wie sie in ihren Propagandareden glauben machen will. Darauf deutet auch eine andere Information hin:

«Sämtliche dem System bekannten Gegner, die im Laufe der sechs Jahre entweder einmal in Schutzhaft oder im Konzentrationslager waren, sind aus Sicherheitsgründen von der Gestapo wieder in die Konzentrationslager eingesperrt worden, gleichgültig, ob sie sich in der letzten Zeit politisch betätigt hatten oder nicht. Nur diejenigen, die inzwischen zum Heeresdienst einberufen worden sind, sind von diesem Schicksal verschont worden. Himmler will mit dieser Massnahme die Opposition ihrer ehemaligen Führer berauben.»

Der Bericht fährt dann weiter:

«Umso höher muss der Mut der illegalen Kämpfer gegen das System eingeschätzt werden, die sich durch alle diese Massnahmen und den verschärften Terror nicht abschrecken lassen. Trotz der strengeren Absperrung sind nicht nur die dauernden Flugblätteraktionen in Berlin und in allen Teilen des Reiches und in Böhmen und Mähren, sondern auch die Attentate auf das Göringsche Luftfahrtsministerium, das Berliner Polizeipräsidium, das Hauptquartier der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Strasse und auf einige andere Stellen, sowie auch einzelne offene Widerstandsaktionen der Tschechen im Reiche und im Ausland bekannt geworden. Himmler hat daher von seinen

Vollmachten rücksichtslos Gebrauch gemacht. Ein gut unterrichteter höherer Parteifunktionär hat mir gegenüber die Zahl der in Berlin erschossenen Gegner des Systems in den ersten drei Wochen des Krieges mit ungefähr 360 angegeben. Die Zahl der erschossenen Tschechen soll wesentlich grösser sein.»

Der Bericht, der dem Büro Ha von einem Mann der deutschen Generalität zugeht und den es ans Armeekommando weiterleitet, schliesst mit der Feststellung:

«Die Entscheidung über Deutschland, sein künftiges Schicksal und über die Zukunft Europas wird – das ist meine tiefe Überzeugung – nicht an der äusseren Front, sondern auf dem Kriegsschauplatz Innerdeutschland fallen.»

Am 6. Oktober 1939 hält Hitler vor dem Reichstag eine Rede, in der er sich mit Polen, den Beziehungen zu den europäischen Staaten und mit der Friedensfrage beschäftigt. Nachdem er betont hat, Deutschland habe «keine Differenzen» mit Holland und an Belgien keine «Forderungen gestellt», sagt er über die Schweiz:

«Die gleiche Haltung nimmt Deutschland der Schweiz gegenüber ein. Die Reichsregierung hat niemals auch nur im leisesten zu einem Zweifel an ihrem Wunsch zu einer loyalen Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern Anlass gegeben. Sie hat im Übrigen auch selbst niemals eine Klage über das Verhältnis zwischen beiden Ländern vorgebracht.»

Das Büro Ha lässt sich durch solche Töne nicht täuschen. Am gleichen Tag gibt es auf Grund eingegangener Meldungen eine Warnung ans Armeekommando weiter, man möge die Truppen zu grösserer Verschiegenheit anhalten.

In jenen Oktobertagen erlässt General Guisan dann einen Armeebefehl, in dem er Armee und Volk vor ungerechtfertigter Sorglosigkeit warnt und der Armee erhöhte Wachsamkeit und Bereitschaft befiehlt. Zu dieser Zeit spielt sich ja der Krieg, auch wenn die Westmächte sich offiziell auf die Seite Polens geschlagen haben, nirgends mehr offensiv ab. Der Polenfeldzug der Deutschen ist abgeschlossen, im Westen aber herrscht die «Drôle de guerre», jene undefinierbare Situation zwischen Krieg und Frieden, in der der einfache Bürger und Soldat nicht recht zu erkennen vermag, wozu eigentlich die geforderte Wachsamkeit noch nützlich sei.

General Guisan erkennt die innere Gefahr. In seinem Armeebefehl vom 3. November 1939 kündigt er unter anderem an:

«Dass unsere Mannschaft gründlich ausgebildet und körperlich durchtrainiert ist, genügt nicht. Es ist unbedingt erforderlich, dass trotz langer Dienstdauer und ungeachtet der Trennung von Familie und Beruf, sie eine gehobene Geistesverfassung behält. Frei von quälenden Zweifeln und Entmutigungen soll der Soldat Gleichmut und Zuversicht behalten. Mit diesem Ziel vor Augen habe ich den Generaladjutanten beauftragt, eine Dienstabteilung... ‚Heer und Haus‘ ... zu schaffen.»

So wird ins Leben gerufen, was der Leiter des Büros Ha schon Jahre vor Kriegsausbruch unter Hinweis darauf, dass ein künftiger Krieg nicht mehr nur mit Waffen, sondern auch auf geistiger Ebene geführt werde, angeregt und immer wieder gefordert hatte.

Der «Fall Strasser» und Presseschwierigkeiten

Am 7. November richten die holländische Königin Wilhelmine und der belgische König Leopold Telegramme an Deutschland, Frankreich und England. Ihr Vermittlungsversuch scheitert. Am Tag darauf kann Hitler einen Sieg über die innere Opposition verbuchen: Das gegen ihn gerichtete Attentat im Münchner Bürgerbräukeller fordert zwar sieben Tote und 63 Verletzte, Hitler selbst aber wird davon nicht betroffen, da er kurz vorher den Saal verlassen hat. Am 9. November kommt es zu einem ersten Grenzzwischenfall zwischen Deutschen und Holländern bei Venlo, und damit werden auch gewisse Schweizer wachsam, die sich bereits zu sehr in Sicherheit wiegten. Am 10. November werden in der Schweiz alle Urlauber zurückberufen. Der Bundesrat beschliesst eine Nachmusterung aller nicht dienstpflchtigen Männer im Alter zwischen zwanzig und vierzig Jahren.

Am gleichen 10. November 1939, kurz nach dem (angeblichen) Münchner Attentat auf Hitler, bringt der diensttuende Mitarbeiter im Büro Ha in aller Frühe Hausamann ein Fernschreiben, das folgenden Wortlaut hat:

«Par ordre du Département Politique et du chef de la Police des Etrangers, je vous prie de faire connaître immédiatement à M. Strasser, Otto, qu'il doit quitter volontairement la Suisse dans le plus bref délai, si possible encore ce matin. Cette décision est irrévocable. Je vous en donne l'ordre formel. Vous donnerai plus tard par écrit des explications complémentaires. Veuillez me faire savoir dès que possible que le présent ordre est exécuté. Il s'agit des intérêts supérieurs de notre pays. Masson.»

Otto Strasser war in seiner Jugend deutscher Sozialdemokrat gewesen. Seit Mitte der zwanziger Jahre stand er mit dem Nationalsozialismus in Kontakt,

hatte aber später damit gebrochen und war am Tage der Machtergreifung, am 30. Januar 1933, aus Deutschland emigriert. Strasser lebte als Flüchtling mit seiner Familie in der Schweiz. Die Machthaber des Dritten Reiches unterschoben ihm die Verantwortung für das Münchner Attentat, das er im Auftrag des britischen Secret Service organisiert habe. So hiess es in Presse und Rundfunk des Reiches.

In Bern wusste man zuständigenorts, wo Strasser wohnte. Man befürchtete, dass seine Anwesenheit unserem Lande zur Belastung werden könnte, ohne im Übrigen daran zu glauben, dass er der geistige Urheber des Attentats gewesen sei. Man wollte ihn ausser Landes haben, wenn gegebenenfalls früher oder später eine deutsche Demarche erfolgen sollte. Da in Bern auch bekannt war, dass Hausamann mit Strasser Verbindungen unterhielt, wurde der Chef der Gruppe Nachrichten- und Sicherheitsdienst, Oberstbrigadier Masson, mobilisiert. Masson reagierte mit dem vorstehend wiedergegebenen Fernschreiben an Hausamann.

Hausamann nimmt Kenntnis von diesem Befehl, der – wie es ausdrücklich heisst – «im höchsten Landesinteresse» erlassen wurde. Er ruft Masson an, und es entwickelt sich folgender Dialog:

Hausamann: «Herr Oberst, eben bekomme ich Ihr Fernschreiben in Sachen Strasser.»

Masson: «Ich habe Ihnen doch gesagt, dass dieser Befehl unwiderruflich und undiskutabel sei. Warum rufen Sie mich trotzdem an?» Hausamann: «Herr Oberst, um Ihnen zu sagen, dass ich diesen Befehl nicht ausführe. Ich bin kein Henkersknechtshelfer.»

Masson: «Das ist Befehlsverweigerung.»

Hausamann: «Ich weiss es und nehme die Konsequenzen auf mich.» Masson (nach einer Weile, lachend): «Sie sind doch immer der gleiche. Reden Sie halt einmal mit Rothmund.»

Jetzt weiss Hausamann, woher der Wind weht. Er ruft Dr. Heinrich Rothmund, Chef der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement an, um ihm mitzuteilen, dass er diesen Befehl Massons nicht ausführe.

Daraufhin Rothmund: «Dann lasse ich Strasser polizeilich abholen und an die Grenze stellen.»

Hausamann: «Dazu kommen Sie zu spät. Ich habe Strasser bereits so ver-

steckt, dass selbst das grösste Polizeiaufgebot ihn nicht findet. Ich sehe jedoch ein, dass Strasser nach der Lage der Dinge das Land verlassen muss, jedoch nicht nach Deutschland. Ich werde ihm die Ausreise nach Frankreich vermitteln, und zwar auf eine der Schweiz würdige Weise.»

Rothmund: «Gut, ich gebe Ihnen dafür drei Tage Zeit.»

Noch bevor die drei Tage verstrichen sind, reist Strasser mit einem echten französischen Pass nach Frankreich aus. Für die Familie Strassers, die in der Schweiz verbleiben kann, wird gesorgt. In diesem Zusammenhang hat sich Dr. Hans Oprecht einmal mehr grosse Verdienste erworben. Seiner Mithilfe war es auch zu verdanken, dass Strasser in den Besitz des ihn rettenden Passes gelangte.

In dieser Zeit wird ein anderer neutraler Kleinstaat mit dem Krieg konfrontiert: Wegen eines angeblichen Zwischenfalls an der russisch-finnischen Grenze verlangt die Sowjetunion in einer an Helsinki gerichteten Note, dass Finnland seine Truppen 25 Kilometer hinter die Grenze zurückziehe. Am 29. November bricht Russland die diplomatischen Beziehungen zu Finnland ab. Die Rote Armee erhält den Befehl, sich bereitzuhalten. Am 30. November beginnt der russisch-finnische Winterkrieg: russische Truppen besetzen die Fischerhalbinsel, Helsinki wird durch russische Flieger bombardiert.

In diesen Wochen wird die Schweiz von einer nicht ungefährlichen inneren Krise erschüttert. Deutschland hat seinen ersten Schlag – gegen Polen – erfolgreich geführt, Russland, vom Völkerbund einstimmig des Angriffs und des Vertragsbruches bezichtigt, ist damit beschäftigt, das kleine Finnland niederzuwerfen. In welche Richtung die nächsten Stösse der beiden Grossmächte zielen werden, weiss niemand. Gerade diese Unsicherheit löst bei gewissen Leuten Kleinmut aus, der sich vorerst in der Pressepolitik niederschlägt.

Führende Offiziere sind – übrigens aus edlen Motiven heraus, weil sie damit das Interesse des Landes wahrzunehmen glauben – der Auffassung, die Presse müsse zu grösserer Zurückhaltung in der Berichterstattung über Vorgänge im Dritten Reich veranlasst werden. So könnte nach ihrer Meinung den deutschen Vorwürfen der Boden entzogen und dem Land die Ruhe wieder gegeben werden. Die Öffentlichkeit aber ist gegen solche Interventionen, und der Wider-

streit der Auffassungen wird in der Dezembersession ins Parlament getragen. Äusserer Anlass dazu bietet die Beschlagnahme der «Weltwoche», die am 24. November verfügt worden ist.

Grund zu dieser Massnahme bildete der Leitartikel von Karl von Schumacher «Bitte! soll er sagen...» Darin analysierte er die Unfähigkeit der Deutschen, Menschen für sich zu gewinnen. «Unruhen in Prag, die zur Schliessung der Hochschulen für die Dauer von drei Jahren, zu zahllosen Verhaftungen und zur Erschiessung von neun Studenten führten, zeigen, wie weit der Abwehrwille in Böhmen schon gewachsen ist. Wer am Unabhängigkeitswillen der tschechischen Nation zweifeln sollte, ist durch die Märtyrer von Prag eines Bessern belehrt worden», schrieb Karl von Schumacher. Nicht so mutig wie diese Tschechen sind jene Schweizer des Territorialkommandos 6, die die Beschlagnahme der «Weltwoche» veranlassten.

Die Diskussion im Parlament dreht sich einerseits um die Frage, ob militärische Stellen die absolute Vorherrschaft über die zivile Autorität haben sollen, andererseits aber um die Hörigkeit gegenüber gewissen ausländischen Wünschen. Nationalrat Markus Feldmann ruft mahndend in den Saal:

«Das Schweizervolk... lehnt jede, aber auch wirklich jede Gleichschaltung ab, es lässt sich auch nicht auf Umwegen, namentlich nicht auf dem sogenannten kalten Weg gleichschalten.»

Nationalrat Albert Oeri will wissen:

«Mir wäre es eine besondere Beruhigung, wenn ich von Seiten des Bundesrates die Erklärung erhalten könnte, dass er gegenüber ausländischen Beeinflussungsversuchen jedenfalls fest bleiben werde.»

Die Frage bleibt unbeantwortet im Raum, und weitere Massnahmen schweizerischer Amtstellen lassen erkennen, dass die Antwort gar nicht eine klare hätte sein können.

Weltpolitisch zeichnet sich eine Verlagerung der Ereignisse nach Norden ab. Finnland stösst am Weihnachtstag des Jahres 1939 erstmals auf russisches Gebiet vor, doch kommen nun auch Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden mehr und mehr in den Betrachtungskreis der Militärpolitik. Am 5. Januar 1940 protestiert die Sowjetunion in Norwegen und Schweden «wegen mangelnder Neutralität».

Am 2. Februar 1940 weiss das Büro Ha zu berichten, dass man sich in Berlin

Gedanken über den Zeitpunkt für eine weitere militärische Grossaktion macht. Im Text, der «aus erstklassigster Quelle» stammt, wird kHpp und klar als Angriffszeit der Monat April, als Aufmarschraum die Westfront genannt:

«Eine Waffenentscheidung, deren Zeitpunkt den Gegnern des Reiches überlassen werden und die über den Monat Mai hinaus vertagt werden könne, wurde grundsätzlich als militärisch untragbar für das Reich verneint. . .

Die militärische Kraftkonzentration des Reiches erfolgt mit allen Wehrmachtsteilen gegen den Westen, im Gebiet vom Bodensee bis zum Meer. Zum Einsatz auf der gesamten Front werden zumindest 80 Prozent der Truppen erster Ordnung bereitgestellt und, soweit noch nicht geschehen, im Laufe der nächsten vier bis sechs Wochen in geschlossene Verbände eingeteilt.»

Im Rahmen einer solchen grossräumigen Strategie muss natürlich – besonders als südlicher Pfeiler der Westfront – die Schweiz zur Sprache kommen. Zu diesem Zeitpunkt beschäftigten sich vor allem das Reichsaussenministerium, das Reichspropagandaministerium und die Leitung der Geheimen Staatspolizei mit der Schweiz. Dass ein direktes militärisches Vorgehen gegen sie nur unter Berücksichtigung der Haltung Italiens in Frage kommen kann, liegt auf der Hand. Kein Wunder also, dass man deutscherseits aufmerksam untersucht, wie gewisse schweizerische Persönlichkeiten sich nicht nur gegenüber dem Reich, sondern auch gegenüber Italien einstellen. Ebenfalls aus Berlin stammt folgende beim Büro Ha eingegangene Betrachtung:

«Der für das Reich positive Wert der ausgesprochen proitalienischen, mit dem angeblich christlichen und kulturkonservativen Charakter des Faschismus operierenden und zumeist katholisch-antidemokratischen Politik... schweizerischer Kreise wird in folgenden Momenten gesehen:

1. Je mehr sich die öffentliche Meinung der Schweiz darauf einstellt, zwischen Faschismus und Nationalsozialismus grundsätzlich zu unterscheiden, sich auf die italienische Neutralität zu verlassen und auf die faschistische ‚Freundschaft‘ zu vertrauen, desto hilfloser und ohnmächtiger wird das Land sein, wenn seine Hoffnung über Nacht zusammenbricht und wenn es sich plötzlich gemeinsamen deutsch-italienischen Forderungen gegenüber sieht.

2. Je mehr die Schweiz in der Hoffnung auf die Dauer der italienischen Neutralität ihre wirtschaftliche Sicherung und Versorgung in engen Bindungen an Italien und an die italienischen Häfen sucht, desto weniger kann sie im Ernstfall, bei etwaigem Eintritt Italiens in den Krieg an der Seite Deutschlands, mit französisch-britischer Wirtschaftshilfe rechnen.

3. Abgesehen davon ist, auch wenn Fall 1 und 2 in der künftigen Entwicklung ausscheiden, jede Förderung der proitalienischen, autoritärfaschistenfreundlichen, antidemokratischen und vorwiegend römisch-kirchenpolitischen Stimmungen und Tendenzen in der Schweiz eine aktive Unterstützung der noch nicht aufgegebenen deutsch-italienischen Bemühungen um eine neutrale Friedenspolitik, welche die gemachten Eroberungen anerkennt und den Kampfwillen der Westmächte als Kriegspolitik diskreditiert und schwächt.»

In diesem Zusammenhang werden Namen einzelner Schweizer genannt, deren Haltung in Berlin recht wohlwollend gewürdigt wird. Man kennt in Berlin die guten Beziehungen, die der ehemalige Bundesrat Musy und der mit ihm befreundete Professor Gonzague de Reynold zu italienischen faschistischen und kirchlichen Personen unterhalten. Mit Gonzague de Reynold wirken noch andere Schweizer auf eine «Pax Romana» hin, die praktisch auf die englische und französische Machteinbusse und auf die deutsche Vorherrschaft in Europa hinausläuft. Aus anderen Überlegungen, aber nicht weniger positiv wird in Berlin das Wirken von Professor Dr. Carl J. Burckhardt, des ehemaligen Völkerbundscommissars in Danzig, bewertet. Aus seinen historischen Schriften wird die Hochachtung sichtbar, die er der alten preussischen Eroberungspolitik entgegenbringt. Man glaubt in Berlin, Burckhardt sei wie schon als Völkerbundscommissar noch heute Befürworter eines Friedens, «der dem Reich die Herrschaft über Österreich, Böhmen, Mähren und Polen sichert». Dass er vor Kriegsausbruch stets die Auffassung vertrat, Frankreich und England dürften es «wegen Danzig» nicht zum Krieg kommen lassen, steht im Reichsaussenministerium für Burckhardt positiv zu Buch. Die Berufung von Professor Hans Fehr ins Eidgenössische Politische Departement hat im Reichsaussenministerium geradezu überrascht. Zwar war man bereits vorher durch die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin darüber informiert worden, aber man wagte kaum

daran zu glauben, hatte sich doch Professor Fehr «wie nur ganz wenige Schweizer zugunsten des modernen Totalstaates und seiner Reichsauffassung öffentlich exponiert». Seine Berufung wird denn auch – wie es im Bericht wörtlich heisst – «als schweizerischer Schwächeanfall gewürdigt». Er reiht sich aber an andere Fakten an. So hat Berlin mit besonderer Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass die Schweizerischen Bundesbahnen unter der Leitung von Generaldirektor Meili weitgehend an der Behebung des deutschen Waggon-Mangels mithelfen. Dies ist kürzlich zum Ausdruck gekommen, als die Bundesbahnen grosse Bestellungen von Güterwagen aufgaben, um die Reichsbahn bei der Zufuhr deutscher Güter nach der Schweiz zu entlasten. Für Berlin ist dies ein umso positiverer Beitrag, als Belgien und Holland sich in dieser Beziehung weniger entgegenkommend zeigen.

Das Büro Ha bemüht sich in diesen Wochen, Einzelheiten über die geplante deutsche Offensive zu erfahren. Es meldet am 9. Februar 1940: «Bedeutend verstärkt werden ab Ende Februar die unmittelbar hinter der Saarfront befindlichen Reserven an Artillerie und Infanterie... Diese... Massnahmen zur Truppenverstärkung an und hinter der Saarfront würden missdeutet, wenn sie als Vorbereitungen zur Offensive gegen die Maginotlinie aufgefasst würden.»

Damit deutet das Büro Ha an, dass der deutsche Angriff sich nicht gegen die Maginot-Linie, sondern zum Beispiel gegen Holland und Belgien oder vielleicht sogar gegen die Schweiz richten wird. So fügt sich die Warnung vom 15. Februar logisch an:

«Soeben erhalte ich, wieder aus einer anderen Quelle, einen Hinweis, dass die nächsten vier bis sechs Wochen für die Schweiz äusserst kritisch werden könnten. Dabei solle man schweizerischerseits nicht etwa nur diplomatischen Druck erwarten.»

Kurze Zeit später, am 1. März 1940, unterzeichnet dann Adolf Hitler in Berlin die «Weisung für ‚Fall Weserübung’». Darin heisst es unter anderem wörtlich:

«1. Die Entwicklung der Lage in Skandinavien erfordert es, alle Vorbereitungen dafür zu treffen, um mit Teilkraften der Wehrmacht Dänemark und Norwegen zu besetzen (‚Fall Weserübung’) ...

2. Mit der Vorbereitung und Führung des Unternehmens gegen Dänemark und Norwegen beauftrage ich den Kommandierenden General des XXL A. K. General d. Inf. v. Falkenhorst...

3. Grenzübertritt gegen Dänemark und Landung in Norwegen haben gleichzeitig zu erfolgen ...»

Am 18. März gibt das Büro Ha einen Bericht an das Armeekommando weiter, der dort mit grösstem Interesse zur Kenntnis genommen wird:

«Die deutschen Spionagebüros, welche bisher von Holland aus für Deutschland arbeiteten, werden sukzessive abgebaut und nach der Schweiz verlegt. Diese Nachricht ist einerseits tröstlich (denn man baut seinen Spionageapparat nicht in einen Raum, den man rasch hinterher angreifen will). Andererseits wird diese Verlegung unserer bewährten Bundespolizei ein wesentliches Stück Mehrarbeit bringen. In Bern ist bereits als rechte Hand des Leiters der deutschen Spionage eingetroffen ein SS-Standartenführer, in Berlin genannt ‚Onkel Staf‘ (gehört zum Führerkreis des SD, RFSS, das sagt alles).»

Die Abkürzungen «SD» und «RFSS» sagen tatsächlich alles. Über diesen «Sicherheitsdienst Reichsführer-SS» Heinrich Himmlers schreibt in dieser Zeit Meier-Benneckenstein in «Das 3. Reich im Aufbau» wörtlich:

«Da der Sicherheitsdienst RFSS durch die laufende Beobachtung der offenen und geheimen Feinde der nationalsozialistischen Weltanschauung die Erkenntnisse der Situationen und Zusammenhänge lieferte, wurde er immer mehr zum Organ des Staats- und Volksschutzes, das in enger Zusammenarbeit mit der Geheimen Staatspolizei steht.» «Onkel Staf» ist aber nur die Spitze. Er verfügt bereits über ein recht solides Agentennetz in der Schweiz: In Basel amtiert im Auftrag des SD-Hauptamtes und als dessen Mitglied ein gewisser Steidl, der offiziell Beamter des dortigen deutschen Konsulates ist. Steidl, ein gebürtiger Münchner, ist vor seiner Entsendung in die Schweiz in einem Spezialkurs ausgebildet worden. Er hat den Rang eines SS-Sturmführers. Allerdings kann das Büro Ha dazu ergänzend berichten:

«Steidl dürfte etwa 30 Jahre alt sein und dürfte wegen allzu auffälligen Benehmens (in letzter Zeit) voraussichtlich nach Berlin zurückbeordert werden. Sowohl von seinem Vorgesetzten in der Schweiz als auch vom SD-Hauptamt in Berlin wurden ihm zwei scharfe Rügen erteilt und es wurde ihm mit Abkommandierung zum Militärdienst an der Front gedroht.»

Deutscher Einfall im Westen

Die Welt steht in Erwartung kommender Ereignisse, die sich vorläufig erst den Eingeweihten klarer abzeichnen. Zwar ist am 12. März 1940 der finnisch-russische Friedensschluss in Moskau besiegelt worden, aber niemand wagt daran Hoffnungen für einen Frieden zu knüpfen, der auch die anderen noch im Kriegszustand befindlichen Länder erfassen könnte. Je näher die Monate April und Mai rücken, die das Büro Ha als gefährlichen Termin nannte, umso mehr wächst allseits die Spannung. Der britische Premierminister Chamberlain droht am 2. April in einer Unterhausrede den Neutralen mit Lieferungssperre, wenn sie nicht ihren Handel mit Deutschland einschränkten. Zwei Tage später übernimmt in England Winston Churchill die Leitung des Wehrausschusses. Am 8. April teilen die Alliierten mit, dass sie in norwegischen Territorialgewässern Minenfelder gelegt haben, wogegen die norwegische Regierung energisch protestiert. Am folgenden Tag, dem 9. April 1940, trifft dann in Oslo und Kopenhagen eine deutsche Note ein, die den Passus enthält:

«Die Reichsregierung hat... mit dem heutigen Tage bestimmte militärische Operationen eingeleitet, die zur Besetzung strategisch wichtiger Punkte auf norwegischem (resp. dänischem) Staatsgebiet führen werden. Die Reichsregierung übernimmt damit während dieses Krieges den Schutz des Königreichs Norwegen (resp. Dänemark)... Die Reichsregierung hat diese Entwicklung nicht gewollt. Die Verantwortung hierfür tragen allein England und Frankreich.»

Die deutschen Truppen marschieren in den nordischen Staaten ein. Die Gefahr ist damit jedoch für die Schweiz keineswegs gebannt. Das Büro Ha meldet am gleichen Tag ans Armeekommando:

«Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, hat für alle Kampfverbände in sämtlichen Bereitschaftsgebieten, einschliesslich

Südost und Sektor Schweiz und für alle innerdeutschen Kampfesreserven die letzte Bereitschaftsstufe verfügt.»

Zu gleicher Zeit veröffentlichen der schweizerische Bundesrat und der Oberbefehlshaber der schweizerischen Armee «Weisungen betreffend das Verhalten der nicht unter den Waffen stehenden Wehrmänner bei Überfall». Diese Publikation enthält den eindeutigen Satz:

«Wenn durch Radio, Flugblätter und andere Mittel Nachrichten verbreitet werden sollten, die den Widerstandswillen von Bundesrat und Armeeleitung anzweifeln, so sind solche Nachrichten als Erfindung der feindlichen Propaganda zu betrachten.»

Kaum drei Wochen später sieht sich die Schweiz einer Situation gegenüber, in der ihr die den Truppen erteilten klaren Instruktionen sehr zustatten kommen. Für den 10. Mai 1940, vor Tagesanbruch, erteilt die deutsche Reichsregierung ihrer Wehrmacht den Befehl, «die Neutralität Belgiens und Hollands mit allen militärischen Mitteln sicherzustellen». Der luxemburgischen Regierung wird mitgeteilt, dass sich die deutschen Operationen auch auf das Staatsgebiet des Grossherzogtums erstrecken werden. Auch diesmal versucht die deutsche Reichsregierung, die Verantwortung für die neue Ausweitung des Krieges den Opfern zuzuschieben.

An diesem schwarzen Freitag wendet sich der Bundesrat über das Radio an das Volk:

«Unheilvoll war, ihr wisst es, die letzte Nacht. Drei befreundete Staaten sind in den höllischen Strudel gezogen worden. Unsere Heimat ist nach wie vor verschont geblieben. Wenn auch keine unmittelbare Gefahr sie bedroht, ist die Lage doch ernst. Die ganze Armee wird auf morgen Samstag aufgeboten. So werden wir auf allen Seiten an der Schwelle des Landes stehen, um es gegen jeden Angreifer zu verteidigen. Es wird eine schwere Aufgabe für die Nation sein, aber sie ist notwendig.

Misstraut den Sensationsnachrichten. Der Nervenkrieg ist der gefährlichste. Bewahrt vor heimtückischen Gerüchten euren kritischen Sinn. Glaubt nicht daran und verbreitet sie nicht weiter. Wir werden euch die Wahrheit sagen.

Gott möge uns Kraft verleihen.»

Am 13. Mai erobern die Deutschen bereits die Zitadelle von Lüttich, und am gleichen Tag begibt sich Königin Wilhelmine zusammen mit der holländischen Regierung ins Exil nach Grossbritannien. Am 15. Mai kapituliert die

holländische Armee, die Deutschen stürmen weiter westwärts und brechen mit Schwergewicht im Gebiet von Sedan – also, wie das Büro Ha es vorausgesehen hatte, nicht durch die Maginotlinie hindurch – in Frankreich ein. Am 17. Mai erfolgt der Einmarsch in Brüssel. Am 28. Mai müssen auch die Belgier kapitulieren. Für Holland, Belgien und Luxemburg wird also zunächst Wirklichkeit, was der neue britische Premierminister Winston Churchill in seiner Antrittsrede versprochen hat: Blut, Schweiss und Tränen.

In diesen Tagen stellt sich die Welt die bange Frage, wie lange Italien seine «Nichtkriegführung» aufrechtzuerhalten gedenke. Vor allem die Schweiz ist davon direkt betroffen, und ihre Verantwortlichen können sich zunächst auf die Nachricht des Büros Ha vom 23. Mai stützen:

«Der Eintritt Italiens in den Krieg auf Seite Deutschlands ist... beschlossen, wird aber nicht vor dem 2. Juni erfolgen.»

Am 24. Mai schreibt der deutsche Generaloberst Jodl in sein Tagebuch: «Es wird offensichtlich, dass der bei Dünkirchen eingeschlossene Feind zu keiner geschlossenen Aktion mehr fähig ist.»

Dieser optimistischen Äusserung, zu der er auf Grund seines Augenscheins in Begleitung Hitlers sich berechtigt fühlt, schliesst er jedoch sofort einen nachdenklichen Satz an:

«Lage im Osten wird durch russischen Aufmarsch gegen Bessarabien bedrohlich.»

Am 26. Mai 1940 ist im Kriegstagebuch der Heeresgruppe A zu lesen: «Der Befehl zum Vorstoss der Gruppe von Kleist auf Dünkirchen wird um 13.30 Uhr an A.O.K.4 (Armee-Oberkommando 4) gegeben.»

Am 4. Juni nehmen die Deutschen Dünkirchen ein. Sie melden 40'000 Gefangene. Die Alliierten geben bekannt, 335'000 Mann, rund vier Fünftel der eingeschlossenen Armee, seien nach England übersetzt worden.

Am 9. Juni, genau zwei Monate nach dem deutschen Angriff, muss Norwegen den Kampf einstellen. Auch König Haakon emigriert nach Grossbritannien.

Am 10. Juni erfolgt dann die italienische Kriegserklärung an England und Frankreich. Am 13. Juni wird Paris zur «offenen Stadt» erklärt, der «neue und letzte Appell» des französischen Ministerpräsidenten Paul Reynaud verhallt ungehört. Am 16. Juni tritt die Regierung Reynaud zurück und macht einem

neuen Kabinett unter der Leitung Marschall Pétains Platz, der schon am folgenden Tag über den Rundfunk erklärt:

«Der Kampf muss eingestellt werden.»

In der Ajoie, in den Freibergen und im Neuenburger Jura überschreiten französische Truppen, die von deutschen verfolgt werden, die Schweizer Grenze. Ihre Zahl wächst in wenigen Tagen auf 12'000 Mann an. In der Nacht vom 19. auf den 20. Juni erfolgt der Übertritt des 45. französischen Armeekorps einschliesslich einer polnischen Division, insgesamt 28'000 Mann, denen wenig später nochmals 3'000 Mann folgen.

Kurz vorher, am 18. Juni, hat ein bis dahin wenig bekannter französischer Offizier, General Charles de Gaulle, von London aus einen flammenden Appell an seine Landsleute gerichtet, der am Anfang der organisierten französischen Widerstandsbewegung stehen wird:

«Die Französische Regierung kennt nun, nachdem sie um Waffenstillstand nachgesucht hat, die vom Feind diktierten Bedingungen. Daraus ergibt sich, dass die französischen Streitkräfte zu Land, zu Meer und in der Luft ganz demobilisiert würden, dass unsere Waffen ausgehändigt würden, dass das französische Territorium ganz besetzt würde und dass die Französische Regierung unter die Abhängigkeit Deutschlands und Italiens fallen würde. Man kann also sagen, dass dieser Waffenstillstand nicht nur eine Kapitulation, sondern eine Unterjochung wäre. Aber viele Franzosen nehmen die Kapitulation nicht hin, und auch nicht die Knechtschaft, und zwar aus Gründen, die sich Ehre, gesunder Menschenverstand und höchstes Interesse des Vaterlandes nennen. Es ist deshalb notwendig, überall, wo dies möglich ist, eine möglichst grosse französische Streitmacht zu gruppieren.

Ich, General de Gaulle, übernehme hier in England diese nationale Aufgabe. Ich lade alle Franzosen ein, die frei bleiben wollen, mich anzuhören und mir zu folgen. Es lebe Frankreich, das freie, in Ehre und Unabhängigkeit.»

Am 22. Juni 1940, um 18.50 Uhr deutscher Sommerzeit, wird im Wald von Compiègne, wo 1918 der deutsch-französische Waffenstillstand unterzeichnet worden ist, der neue Vertrag zwischen dem diesmal siegreichen Deutschland und dem diesmal unterlegenen Frankreich ausgefertigt. Die Unterschriften setzen Generaloberst Keitel, Chef des Oberkommandos der deutschen Wehr-

macht, und der französische Armeegeneral Huntzinger, Mitglied des Obersten Kriegsrates der Alliierten. Es folgen die Abmachungen zwischen Frankreich und dem «siegreichen» Italien, und am 25. Juni 1940, um 00.35 Uhr, wird das Feuer eingestellt.

Nacht bricht über Europa herein. Sie macht die Ängstlichen noch ängstlicher, die Brutalen noch brutaler, die Unsicheren noch unsicherer, die Überheblichen noch überheblicher. Sie macht aber auch jene, die schon bisher einen klaren Kurs im Interesse des Landes gesteuert haben, noch entschlossener. Auch in der Schweiz.

In einer «Beurteilung der Lage» vom 23. Juni beweist Hausamann, wie Otto Pünter in seinem Buch «Der Anschluss fand nicht statt» schreibt, «geradezu prophetische» Weitsicht:

«Nachdem Frankreich niedergeworfen ist, nachdem die Alliierten auf dem Kontinent über keine Operationsbasis mehr verfügen, nachdem also Deutschland zu Land keinerlei militärischer Gefährdung mehr ausgesetzt ist, kann es sich nunmehr dem zuwenden, worauf es der deutschen Staatsführung entscheidend ankommt: der Sicherung des als notwendig erkannten Lebensraumes im Osten.

Es ist zu erwarten, dass Deutschland diese Kehrtwendung schon sehr bald ausführt, denn es bekommt nach Beendigung der Kämpfe in Frankreich eine grosse Zahl von Divisionen für andere Zwecke frei, die es nicht nach Hause entlassen kann...

Englands Flotte, wesentlich verstärkt durch zahlreiche Einheiten der amerikanischen Marine, ist noch längst nicht aktionsunfähig gemacht, auch wenn die englische Insel als Basis ausfallen sollte. Die weiteren Basen aber sind für Deutschlands Streitkräfte nicht erreichbar. Mit Amerikas weitestgehender Unterstützung der englischen Sache ist absolut zu rechnen. Es dürfte nur noch Wochen gehen, dann werden wir ca. 40 Prozent der amerikanischen Atlantikflotte unter englischer, möglicherweise sogar amerikanischer Flagge kämpfen sehen... Wir werden gut tun, mit dem baldigen amerikanischen Eintritt in den Krieg zu rechnen.

Wir nehmen des ferneren mit Vorteil an, es komme auch der ganze Balkan noch in Fluss. Es ist sogar wahrscheinlich, dass der Balkan zufolge deutsch-italienischer Aktionen zu brennen beginnen wird. Wenn Deutschland die Auseinandersetzung mit den Balkanländern voraus nehmen sollte, so ist

dies wiederum nur der Umweg, um sich für den Kampf mit Russland strategisch und wehrwirtschaftlich günstige Positionen zu sichern, um ferner die englische Blockade in ihrer Wirkung nach Möglichkeit zu entkräften. Vergegenwärtigt man sich dies alles, dann lässt man den Gedanken sofort fallen, es könnte möglicherweise auch England noch kapitulieren. England muss bis zum letzten Atemzug kämpfen, wenn es nicht – und dann (im Gegensatz zu Frankreich) für alle Zeiten – verloren sein soll. Frankreich kann rechnen, zumindest auf dem Kontinent wieder zu erstehen. Für England gibt es diese Chance nicht mehr...

Da die Engländer dies ebenfalls wissen, werden sie kämpfend durchhalten, koste es, was es wolle. Es wird ihnen kein Preis zu hoch sein, wenn sich damit Kräfte gegen die Achsenmächte mobilisieren lassen. England ist aber in der Lage, die halbe Welt gegen die Achsenmächte zu mobilisieren.

Wie wird England den Krieg führen? Da es auf dem Kontinent keine Operationsbasis mehr besitzt, muss der Gedanke an eine baldige Entscheidung auf kontinentalem Schlachtfeld von Vorneherein gestrichen werden...

Abriegelung der Achsenmächte von jeglicher Zufuhr, Zermürbung des deutschen und des italienischen Volkes durch ständig sich wiederholende Luftangriffe und Propaganda, Abdrosselung des italienischen Nachschubs in die Kolonien, Aufputschen der italienischen Kolonialvölker, Mobilisierung dritter Völker wie Amerika usw. gegen die Achsenmächte, Unterstützung der Südoststaaten in ihrem Widerstand gegen die Achsenmächte, Unterstützung Russlands in seinem Widerstand gegen das deutsche Vordringen nach Osten und Südosten; so etwa wird das englische Kriegsprogramm aussehen. Mit andern Worten: wir haben nach dem raschen Zusammenbruch Frankreichs mit einem sehr langen Krieg zu rechnen. Dessen Ende aber wird, nachdem es Deutschland nicht gelingen kann, die Engländer in die Knie zu zwingen, die Niederlage Deutschlands sein.»

Viele, vorab auch prominente Schweizer, sind anderer Auffassung. Sie sehen nur den militärischen Sieg des Dritten Reiches in Polen, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich; sie sehen nur, dass die Sowjetunion offiziell noch immer mit Deutschland verbündet ist, dass Ameri-

ka den westlichen Alliierten noch immer keine militärische Unterstützung angedeihen lässt und dass im Südosten Europas politische Systeme herrschen, die kaum als Hilfe für die Sache der Demokratien bewertet werden können. Das Wissen um die Zusammenhänge und der Weitblick Hausamanns fehlten ihnen. Sie wollen sich mit jener Macht, die zu siegen scheint, arrangieren. Geradezu katastrophal wirkt vor allem auf diese Kreise die Rede, die Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz am 25. Juni 1940 hält und worin er unter anderem ausführt:

«... Frankreich hat soeben den Waffenstillstand mit Deutschland und Italien abgeschlossen.

Welches auch die Trauer sein mag, die jeden Christen angesichts der angehäuften Ruinen und Menschenverluste erfüllen mag, so bedeutet es doch für uns Schweizer eine grosse Erleichterung, zu wissen, dass unsere drei grossen Nachbarn nun den Weg des Friedens beschritten haben...»

Zwar muss auch Pilet-Golaz zu geben, dass «Waffenstillstand noch kein Friede» bedeute, aber vom Gefühl der «Beruhigung» ist er nicht abzubringen, auch wenn die Diktatur, die den Sieg errungen hat, weit mehr Schrecken und Unsicherheit denn Beruhigung einflössen kann. Pilet-Golaz spricht sogar das verhasste Wort «Anpassung» aus und lädt damit eine Verantwortung auf sich, von der er sich nicht so leicht wird freimachen können:

«Die Ereignisse marschieren schnell; man muss sich ihrem Rhythmus anpassen. Auf diese Weise und nur so werden wir die Zukunft bewahren können.»

Dieser Satz mag – aus der Zeit herausgerissen – harmlos klingen. Ende Juni 1940 aber beinhaltet er die Aufforderung zu geistiger Kapitulation. Die Öffentlichkeit, die gerade jetzt dringend einer klaren Führung bedürfte, hält aus der langen Ansprache des Bundespräsidenten nur das eine fest: Anpassen an den Rhythmus der Zeit. Sie weiss ja nichts vom Rundschreiben, das der Bundesrat am gleichen 25. Juni an die Schweizer Presse richtet und das einen anderen, besseren Tenor aufweist:

«Worauf es heute ankommt, das ist das Wesentliche: das Land und die bleibende Idee der Eidgenossenschaft... Härte und Festigkeit, Mut und Vertrauen, die Bereitschaft, Unwesentliches zu opfern, um Wesentliches zu be-

wahren, das sind die Kräfte, durch die wir unsere und der kommenden Generation Zukunft sicherstellen müssen.»

Dieses Rundschreiben aber trägt den Vermerk «Nicht zur Veröffentlichung», und damit verliert es nicht nur seine Wirkung, sondern auch bis zu einem gewissen Grad seine Glaubwürdigkeit. Es genügt nicht mehr, die Faust im Sack zu ballen!

Die Wirkung des Defaitismus und der Bereitschaft zur «Anpassung» bekommen auch jene Schweizer zu spüren, die sich, jetzt genau wie seit Kriegsausbruch und sogar schon vorher, bemühen, die Wahrheit zu ergründen und sie ungeschminkt die zuständigen Stellen wissen zu lassen. Eines Tages stellen sie fest, dass Informationen, die in deutschfreundlichen Ohren wenig schmeichelhaft klingen, in der obersten Führungsspitze nicht bekannt werden, obwohl man sie auf dem üblichen Weg weiterleitete. Es setzen Rückfragen ein, die folgendes aufdecken: Ein Funktionär der Zentrale Hess seit längerer Zeit Berichte und Meldungen, vorab des Büros Ha, die den Glauben an einen deutschen Endsieg erschüttern konnten, auf dem Weg zum Büro «D» verschwinden. Selbstverständlich wird der Betreffende sofort seines Postens enthoben, aber seine Gesinnungsfreunde innerhalb des Offizierskorps bleiben. So entwickeln sich allmählich, aber immer deutlicher Gesinnungsfronten, zwei Lager: das eine rechnet felsenfest mit dem deutschen Endsieg und setzt grosse Hoffnungen für die Schweiz in eine solche Entwicklung; das andere aber ist überzeugt, dass die Schweiz von einem Sieg Hitlers nichts Gutes zu erwarten hat und setzt, in Kenntnis der kriegspolitischen Zusammenhänge, die deutsche Niederlage in Rechnung.

Der ersten Gruppe aber schenkt Bundesrat Pilet-Golaz leider Gehör. AussensteHen des Nachrichten- und Sicherheitsdienstes, die das Armeekommando über die Vorgänge im Lande und ausserhalb des Landes zu informieren haben, erfahren aus dem Bundeshaus und seiner Umgebung, dass auf Betreiben des Chefs des Eidgenössischen Politischen Departementes die von schweizerischen Fhegern abgeschossenen deutschen Besatzungen an die Deutschen ausgeliefert werden, ohne dass darum ersucht worden ist. Man werde auch die deutschen, in der Schweiz notgelandeten Flugzeuge ohne ausdrückliches deutsches Begehren dem Reich zurückgeben. Man habe den Deutschen sogar eine Entschädigung, gewissermassen Schadenersatz offeriert, die von Berlin aller-

dings grossmütig abgelehnt worden sei. Der Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes bemühe sich energisch um die Wiederzulassung der zu Beginn des Jahres 1940 verbotenen «Neuen Basler Zeitung», obwohl die Pressekommision der Abteilung Presse und Funkspruch und die Bundesanwaltschaft sich eindeutig dagegen ausgesprochen haben. Er habe einen Parlamentarier nach Stuttgart entsandt, um beim deutschen Wirtschaftsminister Funk zu sondieren, welche Rolle Deutschland der Schweiz im neuen europäischen Wirtschaftsplan zudedacht habe. Von dieser geplanten Mission erfährt das Büro Ha, noch bevor der beauftragte Parlamentarier die Reise antritt. Hauptmann Hausamann bittet einen der «Aktion Nationaler Widerstand» zugehörigen sozialdemokratischen Nationalrat, Chefredaktor einer sozialdemokratischen Zeitung, seinen nationalrätlichen Kollegen telefonisch anzufragen, ob er tatsächlich in der oben erwähnten Mission nach Stuttgart reise. Er wolle sich von der Richtigkeit überzeugen, ehe er darüber in sein Blatt schreibe. Die Antwort: man unterlasse die Reise selbstredend, wenn die Sache schon so publik sei. – Am Abend dieses Tages wird der vorerwähnte der «Aktion» zugehörige Parlamentarier in die Zürcher Polizeikaserne aufgeboden und stundenlang daraufhin verhört, woher sein Wissen stamme. Vergeblich. Die «Wallfahrt» nach Stuttgart ist torpediert.

Aber auch in Kommissionen der Eidgenössischen Räte äussern sich Parlamentarier im Sinne der Anpassung. Nationalrat L. F. Meyer:

«Falls es zum Kriege käme, wären zerschossene Städte, zahlreiche Tote und Verwundete und die Besetzung des Landes die Folge... Man muss heute die Illusionen aufgeben und kühne Realpolitik treiben... Man soll sich der Situation anpassen.»

Und Nationalrat Roman Abt:

«Man muss aus den politischen und militärischen Tatsachen, wie sie sich nunmehr ergeben haben, in kluger Weise die Konsequenzen ziehen.»

Gegen diesen letztgenannten Satz ist an sich nichts einzuwenden. Abt sieht aber in den klugen Konsequenzen die Demobilisierung der Armee, und darauf kann sich niemand einlassen, der erkennt, dass die Deutschen zwar eine Schlacht, noch nicht aber den Krieg gewonnen haben.

Der Widerstand wird organisiert

Ein paar aus dem Kreis jener Offiziere, die nicht bereit sind, kampfflos abzugeben, schliessen sich zusammen. Der Leiter des Büros Ha, vorübergehend in Luzern stationiert, ist selbstverständlich aktiv beteiligt. Etwa vierzig Hauptleute und Majore, vorwiegend Generalstabsoffiziere, werden insgeheim nach Luzern gerufen. In einer vertraulichen Aussprache orientiert man sich über die Lage und das, was jeder aus seinem Gesichtsfeld heraus weiss. Jeder stimmt der Auffassung zu, dass kampfloses Aufgeben einer Preisgabe der Schweiz als Nation gleichkomme. Echter Widerstand aber, selbst wenn er aussichtslos sein sollte, würde der Schweiz nach dem Krieg das moralische und politische Recht geben, wiederzuerstehen. So verpflichten sich diese Offiziere, angeführt von Hauptmann i. Gst. Alfred Ernst, Hauptmann i. Gst. Max Waibel und Hauptmann Hans Hausamann, dass ein jeder an dem Ort, wo er sich gerade befindet, das Feuer auslöst für den Fall, dass die Schweiz angegriffen und der Befehl zum Abwehrkampf ausbleiben würde.

Einer der rund vierzig Offiziere ist in der Festung Sargans stationiert. Ihm sollte ein Kurier Akten und Unterlagen übermitteln, doch fallen diese Dokumente durch ein Versehen dem Stabschef und damit dem Festungskommandanten in die Hände.

Ihm als Aussenstehenden muss dies bedenklich erscheinen. Es riecht nach Verschwörung, wenn nicht gar nach Verrat. Die Dokumente werden sofort vom Festungskommandanten nach Interlaken ins Generalsquartier gebracht.

Die «Verschwörer» selbst wissen natürlich, dass etwas schief gegangen ist. Hauptmann Hausamann erhält zudem von Korporal August Lindt, dem heutigen Botschafter, einen merkwürdigen Telefonanruf:

«Wenn ich mich nicht täusche, Herr Hauptmann, ist etwas Violettes zu Ihnen unterwegs.»

Dies ist für Hausamann unmissverständlich. Violett: die Farbe der Armeejustiz. Zwei Stunden später erscheint tatsächlich der Grossrichter der achten Division in der Villa Stutz, in der das Büro Ha untergebracht ist. Eskortiert von Heerespolizei wird Hauptmann Hausamann nach Luzern gebracht. Dort wird ein Protokoll aufgenommen, das bis in alle Einzelheiten über Sinn, Zweck und Organisation dieser «Verschwörung» orientiert. Namen von beteiligten Offizieren zu nennen wird jedoch von Hausamann konsequent verweigert. Das Protokoll wird von Hauptmann Hausamann unterschrieben und unverzüglich General Guisan zugeleitet.

Während der Gerichtsschreiber das Protokoll ins reine schreibt, führt der Grossrichter seinen «Delinquenten», Hauptmann Hausamann, nochmals in die Villa Stutz. Dort erkundigt er sich nach eventuell noch nicht beschlagnahmten Akten:

«Die habe ich alle in der letzten Nacht verbrannt, Herr Oberst!» antwortet Hauptmann Hausamann. «Warum?» fragt der «Violette» zurück. «Damit Sie diese nicht bekommen!»

Damit ist die «Hausdurchsuchung» abgeschlossen. Hausamann wird ins Hotel Schweizerhof nach Luzern zurückgeführt. Vor seinem Zimmer ziehen Schildwachen auf. Auch auf dem gegenüberliegenden Hausdach nimmt eine Doppelschildwache Aufstellung und beobachtet das Zimmer, in dem der «Verschwörer» untergebracht ist.

Das «Volk», nicht so legalistisch und nicht so formalistisch ausgerichtet, denkt anders. Es betrachtete das, was diese Offiziere getan haben, nicht als Verschwörung. Der alte Oberkellner Fritz vom Luzerner Schweizerhof bringt Hausamann ein Tablett mit den erlesensten Leckerbissen: Poulet, Pommes frites, Artischocken, Dessert.

«Fritz», sagt ihm der Inhaftierte lachend, «der Hausamann frisst keine Zuchthauskost. Nehmen Sie Ihre guten Sachen wieder mit. Aber tun Sie mir einen Gefallen. Nehmen Sie bitte diesen Zettel mit und leiten Sie ihn an den Adressaten weiter.»

Der «Kassiber» hat folgenden Wortlaut:

«An Herrn Hauptmann Wellauer, Untersuchungsrichter, Territorial-Kommando 8.

Ich möchte Sie bitten, meinem Einvernahmeprotokoll im Nachtrag noch folgenden Satz anzufügen:

Ich würde den Kampf befehlen und aufnehmen (sollten wir angegriffen

werden), ob ich Befehl dazu besitze, ob ich keinen Befehl besitze, aber auch gegen Befehl. In Untersuchungshaft, 6. VIII

Hptm. Hausamann»

Oberkellner Fritz zieht sich zurück, und alles bleibt ruhig, bis sich nachts halb elf Uhr die Schildwachen bemerkbar machen. Einer von ihnen fragt als Wortführer:

«Herr Hauptmann, stimmt es? Wird noch gekämpft? Keiner in unserem Zug glaubt es mehr.»

Nun steht der Untersuchungsgefangene Rede und Antwort, und was er den Leuten dieses Elitezuges des Schützenbataillons 6 sagt, ist staatsbürgerlicher Unterricht erster Ordnung. Darüber existiert übrigens eine objektive Zeugen-aussage. Nach Kriegsende, als in der Öffentlichkeit über die Haltung, die der Leiter des Büros Ha in den kritischen Monaten einnahm, diskutiert wird, meldet sich ein junger Lehrer aus dem Kanton Zürich mit einem Brief bei Prof. Dr. Georg Thürer:

«Es ist heute allgemein üblich, dass nur Schmutz und Niedertracht aus alten Kisten gezogen werden. Darf es einmal wenigstens auch Erhebendes sein? Lassen Sie mich erzählen: Im August 1940 erhielt ich in einem Hotel in Luzern einen Spezialauftrag. Es war ein Offizier zu bewachen, welcher in einem Hotelzimmer arretiert war. Es ergab sich, dass in langer nächtlicher Stunde zwischen dem ‚Gefangenen‘ und dem Wachtsoldaten manches ernste Wort gewechselt wurde. Lassen Sie es mich hier festhalten: es war jener Offizier, der mir am nachhaltigsten in jener wankenden Zeit das Vertrauen in den unbedingten Widerstandswillen auch leitender Armeekreise neu stärkte. Der hochgewachsene Hauptmann befand sich als Verschwörer gegen einflussreiche wankelmütige Kreise in Untersuchungshaft. Dass eine offen gebliebene Türe des Verhörzimmers mich einige merkwürdige Tatsachen hören und mehr erahnen liess, ist wohl nicht meine Schuld. Kurz gefasst, jenen Offizier [es war Hausamann] achtete ich, ich spürte seine vaterländische, saubere Haltung. Ich ahnte damals, dass er einer derjenigen wäre, welche den militärischen und geistigen Widerstand um jeden Preis zur Tat hätten werden lassen, trotz Verrat und Anpassungswillen an wichtigsten Stellen. Er kannte mich nicht, seither sah ich ihn nie wieder. Aber die Begegnung mit ihm bedeutet mir eines der stärksten und tiefsten Erlebnisse der vergangenen Jahre.»

Noch wird aber dieser Hauptmann Hausmann nach jener Aussprache vier Tage festgehalten, während welchen ihn der gute Fritz vergeblich zum Essen zu bewegen sucht. Da erst ruft ihn einer der Stellvertreter des Oberauditors zu sich und eröffnet ihm, dass General Guisan inzwischen das Einvernahmeprotokoll gelesen habe. Der Untersuchungsgefangene wird sofort freigelassen, muss sich aber auf Abruf für den General zur Verfügung halten.

Am 28. September 1940 verfügt der ausserordentliche Auditor Oberstleutnant Schindler gegen die vier «Anführer» der «Verschwörung»:

«In Sachen der gemäss Befehl des Generals vom 29.8.40 gegen die obgenannten Offiziere durchgeführten Untersuchung betr. Vorbereitung einer Meuterei und Dienstverletzung hat der Armeeauditor gemäss MStrGO Art. 122, Abs. 2 am 26.9.40 entschieden: Der Fall des Oberstlt. Werder und der Hauptleute Ernst, Waibel und Hausmann ist disziplinarisch zu erledigen.

Der begründete Entscheid des Armeeauditors ist mit den Akten dem Herrn General zwecks weiterer Verfügung zugestellt worden.»

Die vier Offiziere werden dann zu einer dienstlichen Unterredung zu General Guisan nach Gümligen beordert. Dort empfängt sie der Oberbefehlshaber:

«Meine Herren, als General muss ich Sie bestrafen.»

Er nennt die verfügten Arreststrafen, die zwischen fünf bis fünfzehn Tagen Hegen. Dann spricht er zu den vor ihm stehenden Offizieren Worte, die diesen unvergesslich bleiben. Mit einem Handschlag verabschiedet er sie. Von diesem Zeitpunkt an haben die drei im Nachrichtendienst tätigen Hauptleute den Auftrag des Generals, an ihn direkt zu gelangen, wenn sie dies für richtig erachten. Davon macht Hausmann in der Phase, da das Intrigenspiel gegen den Oberbefehlshaber ins Kraut schießt und über welches er «im Bilde» ist, ausgiebig Gebrauch. Der General ist in der Folge durch keine der Intrigen überrascht worden.

Die Offiziere sitzen ihre Strafe in der Kaserne Thun ab. Sie nützen die Zeit zu mütärischen Studien. So schreibt Hausmann eine Arbeit über «Die Stellung des schweizerischen Generals im Zeitalter des totalen Krieges». Aus der Haft entlassen, leiten die drei Offiziere ihre Arbeiten dem Armeehauptquartier zu. Sie erregen Aufsehen.

Massgebende Kreise aber der Zivil- wie der Militärbehörden stehen nicht so

aufrecht da. Die Frage, ob die Schweizer Armee zu demobilisieren sei, steht im Vordergrund. Ein hoher Funktionär der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin reist eigens nach Bern, um dort klar zu machen, wie sehr die Reichsführung eine Demobilisation als Ausdruck des schweizerischen Vertrauens würdigen würde. General Guisan, durch Hausamann rechtzeitig über die Hintergründe ins Bild gesetzt, widersetzt sich entschieden einem solchen Ansinnen, und so wird er – einmal mehr – zum Zielpunkt der deutschen Angriffe. Mittel und Zweck vermischen sich: Guisan, in dem man im Dritten Reich die zentrale Figur des schweizerischen Widerstandes erkennt, soll nach deutschem und prodeutschem Willen beurlaubt werden. Damit glaubt man die Demobilisierung der Armee erzwingen zu können. Andererseits erkennen diese Kreise die rechtlichen Schwierigkeiten und verdrehen die Prämissen: Sie wollen die Armee demobilisieren, um so den General zur Demission zu veranlassen. Sollte – so überlegen sie – der Krieg weitergehen und damit eine neuerliche Mobilisation der Armee notwendig werden, hätte man es dann in der Hand, einen Mann zum Oberbefehlshaber zu wählen, der in Berlin persona grata wäre. Illustriert wird diese gegen Guisans unbeirrbar patriotische Haltung gerichtete Ablehnung durch eine Manifestation einiger Berufsoffiziere, die in Kasernenzimmern das Bild des Generals durch dasjenige von General Ulrich Wille, der im Ersten Weltkrieg Oberbefehlshaber der Schweizer Armee war, ersetzen.

Die Verbeugung vor Verrätern

All diese Einzelercheinungen sind umso gefährlicher, als vor allem der Chef des Eidgenössischen Politischen Departements, Bundesrat Marcel Pilet-Golaz, also der Aussenminister, allen Anpassern als Alibi dient. So bemüht sich Pilet-Golaz energisch um Aufschub eines Prozesses, der gegen acht deutsche Saboteure eingeleitet werden soll. Die Angeklagten sind kurz vorher mit Waffen und Sprengmaterial in die Schweiz eingeschlichen, doch konnten sie dingfest gemacht werden, bevor sie weitere Straftaten zu vollbringen vermochten. Pilet-Golaz veranlasst auch aus eigener Kompetenz die Wiederezulassung des in der Schweiz verbotenen «Völkischen Beobachters». Selbst die Bundesanwaltschaft als zuständige Staatsschutzinstanz ist von dieser Verfügung nicht in Kenntnis gesetzt worden, und der Aussenminister erweist den Deutschen dieses unverständliche Entgegenkommen, ohne damit eine deutsche Gegenleistung einzuhandeln.

Pilet-Golaz geht sogar noch weiter und empfängt am 10. September 1940 in seinem Büro die drei Rechtsextremisten Ernst Hofmann, Dr. Max Leo Keller und Jakob Schaffner. Offenbar fühlt der Bundespräsident, dass die Öffentlichkeit mit seinem Vorgehen nicht einverstanden wäre, denn nur so ist es zu erklären, dass er die drei Nazi-Freunde in aller Heimlichkeit – gleichsam über die Hintertreppe – in sein Departement führen lässt. Trotzdem wird der Fauxpas des Präsidenten ruchbar, und die Schweizer Presse schießt unisono scharf dagegen. Pilet-Golaz aber bleibt uneinsichtig. Schon am 15. September wiederholt er die Einladung an Dr. Max Leo Keller, den er zu sich zum Mittagessen bittet, obwohl gegen Keller bereits eine Strafuntersuchung verfügt ist. Kein Wunder, dass sich diese Extremisten durch das von Pilet-Golaz erwiesene Wohlwollen gestärkt fühlen. Die hinter ihnen stehende, Ende Juni 1940

gegründete «Nationale Bewegung der Schweiz» (NBS) richtet denn auch prompt klare Forderungen an den Bundesrat:

- «1. Garantierung der verfassungsmässigen Rechte an die NBS als der Trägerin des neuen politischen und nationalen Gedankens.
2. Wiedenzulassung der nationalen Presse bzw. Bewilligung zur sofortigen Herausgabe einer Tages- und einer Wochenzeitung.
3. Öffentliche Rehabilitierung der Verfolgten und Inhaftierten des nationalen Kreises.
4. Wiedergutmachung der durch polizeiliche Massnahmen verursachten moralischen und wirtschaftlichen Schäden gegenüber den Angehörigen der Nationalen Bewegung.»

Das Büro Ha wendet sich in einem politischen Bericht vom gleichen Tag, dem 15. September 1940, gegen den präsidentalen Empfang und kommt zum Schluss:

«Nur die entschiedene Missbilligung des offiziellen Empfanges der Hofmann, Keller usw. durch eine deutliche Erklärung des Bundesrates (falls dieser tatsächlich in seiner Mehrheit nicht unterrichtet gewesen sein sollte) oder durch die Wortführer der Regierungsparteien – noch besser die Demission des Bundespräsidenten – kann die Freiheit der Bundesbehörden und der öffentlichen Meinung der Schweiz in Beurteilung und Behandlung von Elementen wiederherstellen, deren Treiben bisher als landesverräterisch, zumindest als von ausserschweizerischen Interessen und Parolen total abhängig, gewertet worden ist.»

Pilet-Golaz bleibt Bundespräsident, der Bundesrat bleibt stumm. Er findet es schon mutig, ein Rundschreiben zu beschlagnahmen, das Ernst Hofmann an die Mitglieder der NBS richtet und das neben versteckten Drohungen an die Adresse der Behörden auch eine Verdrehung über den Empfang beim Bundespräsidenten enthält. Der Ruf des Büros Ha verhallt im Nichts, genau wie die schon etwas früher weitergegebene «dringende Mahnung», in der es sich dagegen wehrt, dass die «Unterwerfung grosser Teile Europas unter die deutsche Militärdiktatur» von einem «Teil der Schweizer Presse seit der Kapitulation Frankreichs ‚europäische Neuordnung‘, ‚neues Europa‘ oder auch gar ‚Neuaufbau Europas‘» genannt werde. Der Bericht des Büros Ha nennt konkrete Beispiele für eine Journalistik, die auf lange Sicht gesehen den Geist der Anpassung fördern müsste. So wenn die Basler «National-Zeitung» in ihrer Num-

mer 350 vom 30. Juli 1940 «Beschlüsse des französischen Ministerrates» bekanntgibt und dabei von einem «Prozess gegen die Verantwortlichen» schreibt, wobei unter diesen «Verantwortlichen» jene aufrechten Männer wie Maurice Gamelin, Paul Reynaud und Pierre Cot gemeint sind, die 1939 nicht vor dem deutschen Imperialismus zu kapitulieren bereit waren. So auch, wenn siebzig Prozent der in grossen Tageszeitungen publizierten militärischen und politischen Kommentare aus Quellen stammen, die von den Achsenmächten kontrolliert sind. So auch, wenn die «National-Zeitung» am 1. August 1940 (Nummer 353) aus dem gleichgeschalteten «Petit Journal» eine begeisterte Schilderung der Schnelligkeit, mit der die deutschen Soldaten Notbrücken über Flüsse schlagen, bringt, die mit der Frage schliesst, «ob es angesichts dieser technischen Ausrüstung der deutschen Armee angezeigt gewesen sei, über 700 Brücken zu sprengen, da dies doch nichts genützt» habe.

Das Büro Ha wendet sich aber auch gegen die Nachrichten-Auslese der Schweizerischen Depeschenagentur für das Radio. Sie sei seit etwa einer Woche so, dass der Durchschnittshörer «von der Aussichtslosigkeit jeden Widerstandes gegen die gegenwärtige oder die künftige deutsche Machtpolitik in Europa» geradezu überzeugt sein müsse. Bezeichnend sei auch, dass General de Gaulle, wohl einfach, weil er sich Hitlers Statthaltern in Frankreich nicht unterwerfen wolle, im Radio-Nachrichtendienst als «Oberst» titulierte werde (Nachrichtendienst vom 2. August 1940, abends). Schon ein paar Tage vorher hat das Büro Ha gewart:

«Die Radio-Berichterstattung der Schweizerischen Depeschenagentur bringt es fertig, dem Schweizervolk über jedes Glückwunschtelegramm, das der König von Italien und Kaiser von Abessinien zum Thronbesteigungstag bekommen hat, in schwülstig-verehrungsvollen Wendungen einzeln und ausführlich, über den Inhalt der in Havanna gefassten panamerikanischen Beschlüsse aber, weil diese den Erobererstaaten unbequem sind, überhaupt nicht zu berichten. Gleich unwürdig ist die Kürzung und Bagatellisierung der britischen Wehrmachtsberichte und die ausführliche Wiedergabe deutscher Erklärungen, welche Beschimpfungen und Verdächtigungen freiheitlicher Regierungen enthalten... Presse und Radio (Depeschenagentur) muss klar gemacht werden, dass gerade jetzt und in der Zukunft die vorwiegend wirtschaftliche, bürgerlich-bequeme, auf Anpassung an rohe Gewalt einge-

stellte Weltanschauung einer untergehenden und müden Gesellschaft im Schweizervolk überwunden und ausgetilgt werden muss und dass die Kultivierung dieser Gesinnung nichts anderes als die moderne Form von Landesverrat und Volksverrat ist...»

Auch diese Warnung wird überhört. Ein paar Wochen später wird das Büro Ha noch deutlicher (11. September 1940):

«Die seit der französischen Kapitulation üblich gewordene Radio-Information des Schweizervolkes über die kriegerischen Ereignisse und über die politischen Vorgänge in der Welt ist dadurch gekennzeichnet, dass sie die für die Kriegsaussichten des Britischen Reiches ungünstigen und dem britischen Ansehen abträglichen Meldungen ausführlich wiedergibt, die den Achsenmächten abträglichen und deren Kriegsdarstellungen widersprechenden Meldungen aber selbst dann nicht bekanntgibt, wenn diese tatsächlicher Natur sind. Die Schweizerische Depeschenagentur bringt ausführlich die deutschen Heeresberichte und bereichert diese noch durch Frontberichte des DNB (Deutschen Nachrichten-Büros). Die englischen Berichte hält sie jedoch mit grosser Beharrlichkeit zurück. Die Art und Weise, wie deutsche Druckmethoden auf dem Balkan im Radio dem Schweizervolk als Neuordnung im Südosten vorgelegt werden, dürften der Idee der Landesverteidigung nicht gerade nützen. Im Ganzen kann man von der Radio-Information der Schweizerischen Depeschenagentur sagen, dass sie in parteiischer Weise den Bedürfnissen Deutschlands und Italiens Rechnung trägt.»

Das Büro Ha fügt eine Information aus Berlin an:

«Im Reichs-Propagandaministerium und noch viel mehr im Reichs-Aussenministerium ist man der Auffassung, dass eine solche Berichterstattung, die das schweizerische Radio in den Dienst der deutschen und italienischen Kriegführung und Propaganda stellt, nicht ohne Bereitwilligkeit der Bundesbehörden möglich wäre.»

Die politische Entwicklung in diesen Monaten ist durch verstärkten Druck der Achsenmächte auf den Südosten, aber auch auf den Westen charakterisiert. Über England finden schwere Luftkämpfe statt, die baltischen Staaten, kurz vorher von Truppen der Roten Armee besetzt, werden zu Ländern der Sowjetunion, die nun auch Rumänien mit Drohungen bedenkt. Auch die Schweiz ist

nach wie vor gefährdet, obgleich dies dem Aussenstehenden kaum bewusst wird. General Guisan aber kennt die Lage und weiss auch um die Gefahr der inneren Ermüdung und um jene der Anpassungswilligkeit gewisser ziviler Autoritäten. So befiehlt er am 25. Juli 1940 sämtliche Kommandanten der Armee bis hinunter zu den Bataillonskommandanten zu einem Armeerapport auf die Rütli-Wiese. Hier erläutert er ihnen Sinn und Ziel der neuen Reduitstrategie, die mit wesentlichen Umgruppierungen verbunden sein wird. Er gibt die Parole des unbedingten Widerstandes aus und erlässt zu diesem Tag einen Armeebefehl an die Truppe. Darin heisst es unter anderem:

«Die geschichtlichen Ereignisse, die sich in der letzten Zeit unter unseren Augen abspielten, haben unsere Pflicht, wachsam zu sein, in nichts verringert. Es befinden sich zur Zeit ennet unseren Grenzen mehr Truppen denn je, und zwar ausgezeichnete. Was vor einigen Wochen noch unvorstellbar war, liegt heute im Bereich der Möglichkeit: Wir können von allen Seiten zugleich angegriffen werden...

Solange in Europa Millionen von Bewaffneten stehen und solange bedeutende Kräfte jederzeit gegen uns zum Angriff schreiten können, hat die Armee auf ihrem Posten zu stehen. Komme, was da wolle, die Befestigungen, die ihr erstellt habt, behalten ihren Wert; unsere Opfer waren nicht vergeblich; denn noch halten wir unser Schicksal in unserer Hand.»

An diesem gleichen 25. Juli meldet das Büro Ha ans Armeekommando: «Über die Schweiz meldet der Gewährsmann aus dem Amt Bohle: Deutschland hat Zeit. Die Pläne für die Besetzung der Schweiz sind vollkommen ausgearbeitet. Was fehlt, ist der Befehl des Führers.» Bei diesem «Amt Bohle» handelt es sich um das «Amt für Auslandsdeutschtum der NSDAP» in Stuttgart, dem Gauleiter Ernst Wilhelm Bohle vorsteht. Einen Monat später, am 26. August, erteilt der Chef des Generalstabes des Deutschen Heeres, Generaloberst Franz Halder, den Befehl zur Ausarbeitung einer konkreten Angriffsstudie gegen die Schweiz, die unter dem Namen «Operation Tannenbaum» läuft. Wenn es sich dabei auch um eine der Routinestudien handelte, darf man daran doch nicht einfach vorbeisehen. Denn man kennt ja die Unberechenbarkeit und Sprunghaftigkeit Hitlers und muss daher in Rechnung setzen, dass diese Studie eines Tages aus der Schublade geholt werden könnte.

Der deutsche Gesandte in Bern, Minister Otto Köcher, telegraphiert unter Bezugnahme auf den Rütli-Rapport am 30. Juli an das Auswärtige Amt nach Berlin:

«Stelle zur Erwägung, ob nicht gemeinsam oder getrennt inhaltlich ähnliche Demarche der Achsenmächte angebracht wäre, in der zum Ausdruck käme, dass wir erneute Aufhetzung der schweizerischen öffentlichen Meinung gegen Deutschland und Italien als befremdlich ansehen; wenn etwas die verbündeten Achsenmächte in ihrem Entschluss wankend machen könnte, ihre bisherige Haltung der Schweiz gegenüber fortzusetzen, so wäre es eine so unzeitgemässe Manifestation wie die des Generals.»

Ende August lenkt das Büro Ha die Aufmerksamkeit des Armeekommandos in Richtung Osten:

«Ausser den in der Presse berichteten regulären Einberufungen zum Militärdienst (Rekrutenausbildung) sind ab Mitte August weitere Einberufungen zahlreicher Angehöriger der Jahrgänge 1914 und 1915 vom Oberkommando der russischen Wehrmacht verfügt worden.»

Ebenfalls Ende August ein Bericht aus dem Amt Bohle in Stuttgart: «Am 24. August 1940 war im Kreise der zuständigen Instanzen die Schweiz Gegenstand einer Besprechung. Gestützt auf alle im Amt vorliegenden Berichte kam man zum Schluss, dass eine in der Schweiz durchgeführte Volksabstimmung eine eindeutige Schwenkung auf die Seite der Achsenmächte zum Ausdruck brächte. Es könnte schon heute gesagt werden, dass die Schweiz sich in der Praxis in die deutsche Einflussosphäre eingefügt habe. Mit der Entwicklung der deutschen Propaganda in der Schweiz sei man überaus zufrieden.»

Im «heissen» Sommer 1940 wendet sich Hauptmann Hausamann wieder vermehrt durch das Mittel der Presse an die Öffentlichkeit. «Das Schweizervolk braucht sich nicht umzustellen» betitelt er einen Artikel, der in verschiedenen Zeitungen erscheint und der folgende Passagen enthält:

«Seit Frankreichs Kapitulation, also seit Mitte Juni 1940, liest man in einzelnen Zeitungen und hört man aus dem Munde gewisser Politiker, dass wir Schweizer ‚umzulemen‘ und uns ‚umzustellen‘ hätten...

An dem, was für jeden Eidgenossen die Schweiz ausmacht, gibt es nichts, aber auch wirklich nichts zu rütteln, umzustellen oder anzupassen. ...

Wer des Glaubens ist, er könne sich auf irgendwelchen Wegen vom Opfer drücken, den wird die Verachtung des Volkes treffen. Sie trifft auch jene, die etwa meinen, es seien um des Geschäftes willen Dinge preiszugeben, an die zu tasten vor Mitte Juni 1940 niemand gewagt hätte...

Umstellen müssen andere, beispielsweise diejenigen, welche heute zum Umlernen ermahnen...»

Am 8. August versucht Max Stoffel, St. Gallen, im «St. Galler Tagblatt» Hausamann eine Antwort zu erteilen:

«Unsere grossen Nachbarn verurteilen sicherlich nicht die Aussenpolitik unserer Regierung, sondern sie missbilligen nur die Erteilung von Lehren an das Ausland durch unsere Wirtshaus-, Presse- und Parteipolitik.»

Hier wird ein Thema angeschnitten, das wohl- und übelmeinend in diesen Monaten immer wieder aufgerollt wird: die Pressefreiheit, um die sich bald eine regelrecht politische Bewegung entwickeln wird.

Max Stoffel will aber in seiner «Anpassung» noch weiter gehen:

«Wir müssen sogar ganz gewaltig umstellen, und dies hat auch der Bundesrat in vollem Masse erkannt und durch seine Ansprache an das Volk klar ausgesprochen. Sollten sich unsere politischen Parteien nicht einigen können, und ich zweifle daran, dann muss die politische Erneuerung mittels eines korporativen Aufbaues durch Berufsverbände geschehen, was den grossen Vorteil hätte, dass die Volkshader bringende Parteipolitik überwunden würde und dass durch das an die Verbände geknüpfte Korporationssystem Arbeitnehmer und Arbeitgeber den gerechten Ausgleich fänden... Unsere Freiheit und unsere Unabhängigkeit und unser wirtschaftliches Wohlergehen finden wir vor allem eben gerade in dieser Umstellung resp. Anpassung... Ich bin überzeugt, dass, wenn wir uns dem neuen politischen und wirtschaftlichen kontinentalen Gebilde anpassen, unsere Selbstverwaltung und damit die umstrittene Freiheit und Unabhängigkeit und schweizerische Eigenart beibehalten werden können, und dass der Kampf mit den Waffen dann gar nicht mehr erfolgen muss, ein Kampf, in dessen Verlauf alles während Jahrhunderten Aufgebaute vernichtet würde und am Ende als Resultat wir auch von jeder Unabhängigkeit und Freiheit beraubt werden könnten...»

Hauptmann Hausamann bleibt die Replik nicht schuldig. Sie wird am 15. August 1940 ebenfalls im «St. Galler Tagblatt» und in anderen Blättern publiziert:

«Vom ‚sich verbeugen‘ vor dem Erfolg bis zur Kapitulation vor demselben ist nur ein kleiner Schritt. Dass da und dort Schweizer ihrem Denken nach den Rücken krümmen, lässt sich leider nicht leugnen! An allen Einsichtigen ist es daher, aufzustehen und gegen diesen Geist anzukämpfen!...

Alles, was man wirtschaftlich umstellt und anpasst, ist gut und recht, solange es mit Geld oder Waren zu erledigen ist, solange es der Erhaltung der uns gegebenen geistigen Werte dient und nicht spezifisch schweizerische geistige Werte als Preis dafür bezahlt werden...

Sie (Max Stoffel) schreiben, dass ‚wenn wir uns anpassen, ein Kampf mit den Waffen gar nicht mehr erfolgen müsse, ein Kampf, in dessen Verlauf alles während Jahrhunderten Aufgebaute vernichtet würde und am Ende als Resultat wir auch jeder Unabhängigkeit und Freiheit beraubt werden könnten‘!

Dieser Satz, Herr Stoffel, tut wohl am besten dar, wie unterschiedlich wir die Probleme sehen. Sie sind der Meinung, wir sollen uns anpassen, um das durch Jahrhunderte Aufgebaute zu erhalten. Ich bin der Auffassung, dass wir eher allen Besitz selber vernichten, aber dass wir niemals ‚umstellen‘ und ‚anpassen‘, was wir bis jetzt als gut befanden... Wir stehen gleichsam wieder am Anfang der Geschichte unseres Landes. Besitz bedeutet auch uns nichts, Freiheit alles! Wenn wir alle, alle Schweizer uns zu dieser Geisteshaltung bekennen, dann, aber nur dann werden wir (um mit Ihren Worten zu sprechen) inmitten des neuen politischen und wirtschaftlichen Kontinentalsystems‘ unsere schweizerische Unabhängigkeit bewahren.»

Das Stichwort «Kontinentalsystem» lässt es übrigens zweckmässig erscheinen, einen Bericht des Büros Ha vom 27. August 1940 aus dem Stuttgarter Amt Bohle zu zitieren. Er zeigt auf, wie man sich in Berlin die «Neuordnung des Kontinents» vorstellt:

«Frankreich wird nach deutscher Planung nicht wieder erstehen. Vielmehr ist vorgesehen ein grossdeutsches Reich mit Protektoraten, ein römisches Reich mit Protektoraten. Afrika soll durch Deutschland und Italien gemeinsam verwaltet werden.»

Ein militärpolitischer Spezialbericht vom 5. September 1940 beweist, dass eigene Schwächezeichen vom Reich sofort zu weiteren Erpressungen missbraucht werden:

«Die Verletzungen des schweizerischen Luftraumes durch britische Flugzeuge sind ursprünglich weder vom Reichs-Aussenministerium noch von massgebenden militärischen Stellen des Reiches als geeigneter Anlass zu einer politischen Druckausübung auf die Schweiz angesehen worden, der über das berechtigte Verlangen nach Protest und militärisch einwandfreier Bekämpfung der britischen, Schweizer Gebiet überfliegenden Maschinen hinausgeht. Erst die mit jeder neuen Neutralitätsverletzung zunehmende Bereitwilligkeit des Politischen Departementes und des Bundesrates, den Luftraumverletzungen ein politisches Gewicht von höchster Tragweite beizumessen und von ihrem schleunigen und gänzlichen Aufhören das Verhältnis der Schweiz zu England und damit zu einer der beiden kriegführenden Parteien abhängig zu machen, hat das Reichs-Aussenministerium davon überzeugt, dass sich die vorgekommenen und unvermeidlich zumindest ab und zu weiter erfolgenden Neutralitätsverletzungen britischer Flieger vorzüglich dazu eignen, auf einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Schweiz zu England mit allen ihren daraus für die Schweiz sich ergebenden Konsequenzen hinzuwirken.»

Mitte September kann das Büro Ha dann aus dem Amt Bohle Neuigkeiten über jene Schweizer mitteilen, die, freiwillig oder gezwungen, als überzeugte Nationalsozialisten ins Reich ausgewandert sind:

«Während bis Mitte August die in Stuttgart lebenden, aus der Schweiz verzogenen ehemaligen Mitglieder der ‚Front‘ usw. mehr oder weniger geduldet waren, zieht man diese jetzt regelrecht zur Mitarbeit heran. So arbeiten gegenwärtig mehrere dieser Herren mit drei Gestapobeamten in fünf Büros. Wie es heisst, besteht eine der Aufgaben darin, bekannte Schweizer dem Namen nach zu registrieren und die Registraturkarten mit entsprechenden Vermerken über politische Einstellung usw. zu versehen. Es werden von diesen Leuten auch die Abonnenten der (Neuen Basler Zeitung‘ ... durchgegangen.»

Es folgt der Nachsatz:

«Ganz allgemein hofft man im Amt Bohle, nach der nunmehr erfolgten Aussöhnung des Vatikans mit der NSDAP insbesondere auch mit den

schweizerischen konservativen Kreisen in nahe Fühlung zu kommen.» Ende Juli 1940 spricht Hitler, wie das Büro Ha meldet, erstmals – allerdings vorläufig noch im engsten Kreis seiner nächsten Vertrauten – von einem möglichen Russlandfeldzug. Bisher war der Osten hauptsächlich politisches Ziel, jetzt wird er in die militärischen Pläne einbezogen. Hitler geht davon aus, England werde letzten Endes doch noch einlenken und Amerika lasse sich vom Kriegseintritt abhalten, wenn es Deutschland gelungen sein werde, Russland auf die Knie zu zwingen. Zudem ist Hitler überzeugt, dass die grosse Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und dem Dritten Reich früher oder später nicht mehr zu umgehen sei. Da Deutschland aber gerade jetzt seine grösste Machtentfaltung erreicht habe und rüstungsmässig hervorragend befähigt sei, müsse dieser jetzige Zeitpunkt gewählt werden. Die Warnungen, die ihm von Seiten der Abteilung «Fremde Heere Ost», aber auch von Reichsmarschall Göring persönlich zugehen, weist Hitler von sich. Bis jetzt, so argumentiert er, habe man ihn noch immer vor jeder militärischen Aktion gewarnt und die Entwicklung habe ihm immer recht gegeben.

Die «Aktion Nationaler Widerstand»

Mehr und mehr klaffen in der Schweiz die beiden Gesinnungsfronten auseinander: Nicht etwa nur die ausgesprochenen Nationalsozialisten und die überzeugten Anti-Nazi. Dieser Gegensatz bestand schon vor dem Krieg. Jetzt aber – nach der Niederlage Frankreichs – verschärft sich der Gegensatz zwischen den bisher weniger ausgeprägten Mittelschichten, zwischen jenen, die weiterhin an der echt demokratischen Gesinnung festhalten und aus innerer Überzeugung jede Diktatur ablehnen, und jenen, die zwar nicht unbedingte Anhänger des Nationalsozialismus sind, die aber aus politischem «Realismus» dem Stärkeren zu Gebote stehen oder aus geschäftlichen Überlegungen jene Kriegspartei, die im Augenblick ganz offensichtlich die siegreiche ist, nicht «beleidigen» wollen.

Zunächst finden sich die Demokraten. Auf Betreiben von Hauptmann Hans Hausamann sitzen im Bahnhofbuffet Zürich rund zwanzig aufrechte Männer zusammen. Hier wird die «Aktion Nationaler Widerstand» ins Leben gerufen, die es sich, wie Hausamann es formuliert, zum Ziel setzt, «die günstigsten politischen und geistigen Bedingungen für den Einsatz des Heeres zu erhalten bzw. zu schaffen, wo diese noch nicht oder nicht mehr vorhanden sind». Die «Aktion» ist keine Vereinigung, kein Club mit Statuten oder Vorstand, die ihr Zugehörigen können nicht einfach ein- oder austreten, sie haben sich mit einer unterzeichneten feierlichen Erklärung zu ihrem Ziel zu bekennen.

Der Wortlaut des Versprechens:

«Ich bin entschlossen und bereit, ich gelobe, unter Einsatz von allem und jedem, zu kämpfen für die Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft, geworden auf christlicher Grundlage, für die Freiheit der Person und des Gewissens, für die Freiheit der Gemeinschaft auf föderalistischer Grundlage, für die Volksherrschaft auf Grund persönli-

cher Verantwortung, für die Sicherung von Arbeit und Brot eines jeden Eidgenossen, gegen jeden Defaitismus, stehe er wo er wolle.»

Diese Erklärungen werden Hausamann zugesandt, und er garantiert die Discretion. Die Zugehörigen zur «Aktion» kennen sich gegenseitig kaum. Ein paar Namen von Persönlichkeiten, die inzwischen bereits aus dem Leben geschieden sind, seien hier aufgeführt, um stellvertretend für alle jene zu stehen, die in der Anonymität bleiben sollen: der Zürcher Stadtpräsident Ständerat Dr. Emil Klöti, der Gründer und Chefredaktor der «Weltwoche» Karl von Schumacher, der Chefredaktor der «Neuen Berner Zeitung» und spätere Bundesrat Dr. Markus Feldmann, der Chefredaktor der «Basler Nachrichten» Nationalrat Dr. Albert Oeri, der Zürcher Professor Dr. Karl Meyer, der Zürcher Jesuit Dr. Richard Gutzwiller.

Die Gruppe Nachrichten- und Sicherheitsdienst im Armeekommando orientiert später den Oberbefehlshaber der Armee, General Henri Guisan, wie folgt:

«Nach unseren Feststellungen stimmen die Angaben im beiliegenden Spezialbericht, wonach Männer aller politischen Lager, Parlamentarier aller Parteien, Vertreter beider Landeskirchen usw. usw. der ‚Aktion Nationaler Widerstand‘ angehören. Es ist angesichts dieser Tatsache verfehlt, von einer einseitig orientierten Organisation der Linken zu sprechen. Wir konstatieren im Gegenteil, dass die Vertreter der Sozialdemokraten in der Minderzahl sind... Hptm. Hausamann erklärt uns, dass er die ‚Aktion Nationaler Widerstand‘ nach der Rede von Bundesrat Pilet ins Leben gerufen habe und dass er sich auch heute ohne Vorbehalt zu dieser bekenne... Von den ‚Informationen der Woche‘ wusste Hptm. Hausamann nichts, bis sie ihm erstmals durch die Post zugehen...»

Bei diesen «Informationen der Woche» handelt es sich um einen Dienst des Basler Schriftstellers und Journalisten Dr. Ernst von Schenck. Im Zeichen der Neutralität toleriert die Bundesanwaltschaft diese Publikation unter der Bedingung, dass sie in verschlossenen Kuverts verschickt werde. Ernst von Schenck erhält übrigens in dieser Zeit auch noch einen bezeichnenden Auftrag des Bundesrates: wöchentlich muss er über die Stimmung, die im Volk herrscht, berichten! Eine eigentliche Zusammenarbeit zwischen von Schenck

und der Bundesanwaltschaft aber kommt noch nicht zustande, denn Bern hat – offenbar erkennt es die Zeichen der Zeit immer noch nicht – keine andere Frage zu stellen als diese:

«Verfolgen Sie die linke Seite auch?»

Angesichts der unklaren Lage aber verbietet sich jede innere Spaltung. Korporal Dr. August Lindt, der eben von einer grösseren Chinareise zurückgekehrt ist, charakterisiert die Situation mit dem eindrucksvollen Bild:

«Das Getreidefeld Hegt darnieder, nur ein paar Disteln stehen noch aufrecht.»

Zu diesen «Disteln» gehört die «Aktion Nationaler Widerstand», die ganz im geheimen arbeitet und nach aussen in keiner Weise in Erscheinung tritt. Ihre Mitglieder treffen sich nur selten zu vertraulichen Gesprächen. Im Herbst 1940 kommen vier bis fünf Dutzend in Olten zusammen, und es wird deutlich, dass auch diese Patrioten, die wissen, was auf dem Spiele steht, nicht alles vorbehaltlose Helden sind. Das Gespräch in einem Offener Restaurant wird zunächst nur flüsternd geführt, und selbst als von Schenck «richtiges und lautes Sprechen» verlangt, wird auf die Verratsgefahr durch den Kellner hingewiesen. Der Antrag des Journalisten von Schenck geht trotzdem durch, aber nach der Sitzung fragt ihn ein prominentes Mitglied anerkennend:

«Woher nehmen Sie all den Mut?»

Mut, das ist in diesen Tagen das Entscheidende. Er könnte viel Unsinn ersparen, aber selbst bei vielen Gutwilligen fehlt er.

Die «Aktion Nationaler Widerstand» hilft nicht zuletzt den Kleingläubigen, die eigentlich guten Willens sind. Sie ist die poetische Nachfolgerin der Offiziersbewegung, denn sie geht von der Erkenntnis aus, dass die rein militärische Tat nicht mehr genügt. Die «Aktion» bekennt sich uneingeschränkt zum General, und wenn – was in diesen wirren Tagen schon fast zur Selbstverständlichkeit gehört – das Volk an der Standhaftigkeit des Bundesrates zweifelt, verweisen die Träger der «Aktion», vorab in einigen hundert öffentlichen Vorträgen Hauptmann Hausamanns, auf den Oberbefehlshaber der Armee:

«Wenn der Bundesrat sich entgegen unseren Erwartungen nicht zum Kampf entschliessen sollte, dann wird auf alle Fälle der General ihn befehlen. Auf den General könnt ihr auch in dieser Hinsicht restlos vertrauen.»

Der General wird zum Rettungsanker jener, die die Hoffnung nicht aufgegeben haben, dass die Schweiz als Staat und Demokratie überleben werde, die aber mit grösster Reserve an den Widerstandswillen der Bundesregierung glauben. Nicht zuletzt aus diesem Zwiespalt heraus verfasst Hausamann am 9. Oktober 1940 eine «Politisch-militärische Denkschrift zu Händen des Herrn Oberbefehlshabers der Armee», zu dem er seit der Begegnung im Schloss Gümligen auf dessen Befehl direkten Kontakt hat. Die Denkschrift enthält folgende Passagen:

«Der General, verantwortlicher Führer der Armee für die Landesverteidigung, ist die zuständige oberste militärische Instanz und nach dem offenkundigen Sinn der Bundesverfassung nicht dem Bundesrat, sondern ausschliesslich der Bundesversammlung untergeordnet.

... Wenn sich heute, abweichend von dieser bereits historisch und in solchem Sinn ‚Gewohnheitsrecht‘ gewordenen Auffassung des Geistes der Bundesverfassung, bezüglich der Stellung des Generals gegenüber dem Bundesrat und bezüglich der Kompetenzen des Generals überhaupt eine andere Übung herausgebildet hat, so liegt der Hauptgrund dafür darin, dass der Bundesrat bereits seit Jahren und schon lange vor der Wahl des Generals für sich Vollmachten in Anspruch genommen hat, welche nach der Verfassung ausschliesslich der Bundesversammlung zukommen.»

Tatsächlich ist die Frage, welche Stellung der General den zivilen Behörden gegenüber einnehmen soll, eine hochpolitische, und General Guisan hat später in seinem «Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939-1945» in anderem Zusammenhang kritisch referiert:

«Erst am Samstag Vormittag, dem 10. Juni (1944), fand sich der Bundesrat bereit, mir das Aufgebot der Grenztruppen zu bewilligen. Er verbot aber das gelbe Plakat, das allein das sofortige Einrücken sicherstellte, und schrieb mir das Aufgebot durch Postkarten vor, was die Sache um mehrere Tage verzögerte... Während dieser vier Tage, da der Bundesrat beriet, ohne mich anzuhören, besassen wir noch keinerlei Anzeichen einer Verminderung der Truppenbestände, die in ‚nützlicher‘ Distanz von unserer Grenze lagen, und sehr wenig Nachrichten über den Verlauf der Schlacht in der Normandie... Wenn die Zusammenarbeit zwischen Bundesrat und General so als ein wesentliches Erfordernis unserer Landesverteidigung erscheint, so ist es nach

wie vor notwendig, der im Verlauf des Aktivdienstes 1939—1945 klar zutage getretenen Gefahr von Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen zu begegnen, die gerade dann auftreten, wenn die Lage rasche Massnahmen erfordert... Im Juni 1944 zögerte ich nicht, einigen Parlamentariern und vor allen Dingen den Präsidenten der beiden Räte von den Meinungsverschiedenheiten zu sprechen, die sich zwischen dem Bundesrat und mir ergeben hatten...»

Das sind nachträgliche Betrachtungen. Im entscheidenden Sommer 1940 gilt es, auf Grund der rechtlichen, traditionellen und personellen Gegebenheiten entschlossen zu handeln. So wird der General zur umkämpften Figur: die Abwehrbereiten wollen ihn stärken, die Anpasser sind dafür, ihn Schachmatt zu setzen. Deutschland stützt die gegnerischen Strömungen massiv. Man spricht dort vom «provokativ wirkenden Misstrauen», wenn die Schweiz – von der Achse eingeschlossen – weiterhin ihre Truppen unter den Waffen behalte. Die Attacke entspringt auch der Erwartung, ohne den General oder gar mit einem deutschfreundlichen Oberbefehlshaber werde es viel leichter sein, die zivile Landesbehörde klein zu kriegen.

Zunächst aber richten sich die gezielten Angriffe nicht gegen den General direkt, sondern gegen seine «Sekundanten», jene Presseleute nämlich, die von der Notwendigkeit der weiteren Mobilisation der Armee überzeugt sind und dafür in den Zeitungen plädieren, gegen jene Journalisten auch, die auf dem Weg über ihre Presseorgane für die Demokratie und gegen die Diktatur, für das eigene schweizerische Ideengut und gegen fremde Ideologien, für die Freiheit und gegen die Knechtschaft schreiben.

So orientiert das Büro Ha am 26. Oktober 1940 über eine Unterredung, die einer seiner Gewährsmänner mit einem hohen Schweizer Offizier geführt hat. Dieser Offizier habe – so heisst es im Bericht – die Auffassung vertreten, die Schweizer Presse müsse «unter eine schärfere Aufsicht gestellt» werden, da Deutschland nicht verstehen könne, was eine unkontrollierte, freie Presse sei. In diesem Zusammenhang war unter anderem davon die Rede, im Verwaltungsrat der «Neuen Zürcher Zeitung» werde eine personelle Veränderung vorgenommen, um auf diese Weise den Chefredaktor Willy Bretscher, dessen unbeirrbar, gegen den Nationalsozialismus gerichtete Haltung bekannt sei,

zum Rücktritt zu veranlassen. Der Gesprächspartner verwies dann auf einen herrschenden Kompetenzstreit: Weder der Bundesrat noch der General wolle die Verantwortung für eine straffe Lenkung der Presse übernehmen; immerhin sei der General der eigentlich Schuldige, denn er sei deshalb nicht bereit, die Pressefreiheit einzuschränken, weil er sowohl an die Möglichkeit eines deutschen Angriffs, wie auch an die Unbesiegbarkeit der Schweiz glaube.

Der gesprächige Offizier meinte, gegenwärtig drohe der Schweiz keine Gefahr. Im Büro Ha-Bericht heisst es über dessen Meinung:

«Es liege nun aber im unmittelbaren Interesse der Achsenmächte, dass der Bestand der Schweiz gewahrt bleibe. Hitler wisse genau: wenn er einmal auf dem Gotthard stehe, dann müsse er eine Politik treiben, die nach Süden übergreife. Er wolle dies aber nicht, da Mussolini schon durch die Inbesitznahme des Brenners beunruhigt worden sei. Hitler, ganz besonders aber Hess, der eine Tante in Zürich habe, hegen grosses Wohlwollen für die Schweiz.»

Dies ist die Privatmeinung eines der höchsten Offiziere der Schweiz, wie er sie einem Gewährsmann des Büros Ha mitgeteilt hat. Sachliche Informationen vermischen sich mit politischer Wertung. Doch wird dem Büro Ha aus dem Amt Bohle fast zur gleichen Zeit gemeldet:

«Momentan sind militärische Aktionen gegen die Schweiz nicht geplant. Dagegen soll die Schweiz gezwungen werden, zu gegebener Zeit der Neuorganisation des europäischen Kontinents in aller Form zuzustimmen. Damit verbunden wird man von der Schweiz verlangen, dass sie die diplomatischen Beziehungen zu England abbricht. Diese Geste sei die Demonstration des schweizerischen Willens, sich in das neue Europa vorbehaltlos einzufügen. Man rechnet deutscherseits, bis Ende dieses Jahres soweit zu sein. Sollte die Schweiz dem deutschen Verlangen nicht Rechnung tragen, dann wird Gewalt angewendet. Für diesen Fall ist vorgesehen, die deutsch sprechende Schweiz zum Gau Oberrhein zu schlagen. Sämtliche Vorbereitungen zur politischen und verwaltungstechnischen Einverleibung der Schweiz sind fertig, bis in alle Details ausgearbeitet und können sofort in Kraft gesetzt werden. Die entsprechenden Unterlagen liegen in Stuttgart und werden von hierfür bezeichneten Beamten laufend nachgeführt.»

Der Bericht trägt den Nachsatz:

«Dieser Bericht stammt aus einer als zuverlässig erprobten Quelle. Ich verweise auf alle früheren Volkstumsberichte aus dem Amt Bohle, die stets richtig voraus informierten.»

In dieses Bild gehört noch eine Information, die darlegen möchte, wie sehr man sich auch offiziell bereits auf die deutsche Linie ausrichtet. Aus «zuverlässiger diplomatischer Quelle» kann das Büro Ha am 23. Oktober 1940 berichten:

«Der schweizerische Geschäftsträger in Brüssel versuchte zur Linderung der Not unter der belgischen Schweizerkolonie eine Wagenladung Lebensmittel aus der Schweiz nach Deutschland zu importieren. Die deutschen Besatzungsbehörden hatten ihm mitgeteilt, dass einer solchen Sendung von deutscher Seite keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden, da sie selbst alles Interesse an einer zusätzlichen Lebensmitteleinfuhr besässen. Nachdem schon alle schweizerischen Formalitäten erfüllt waren, erhielt der Geschäftsträger die Mitteilung, Deutschland habe die Genehmigung nicht erteilt. Als er sich bei den Besatzungsbehörden nach dem Grund der Weigerung erkundigte, zeigten sich diese sehr erstaunt und sagten, dass ein solches Gesuch unmöglich hätte abgewiesen werden können. Schliesslich erfuhr der Geschäftsträger, dass Herr Minister Frölicher, schweizerischer Gesandter in Berlin, es abgelehnt hatte, das Gesuch um Bewilligung des Transportes überhaupt zu stellen, da er einen solchen Schritt für inopportun halte.»

Eine innenpolitische Notiz, die vom Büro Ha am 2. November 1940 an das Armeekommando geschickt wird, kündigt das Erscheinen einer «grossen neuen Tageszeitung» an, die in Bern gedruckt werden soll und die es sich zur Aufgabe gesetzt habe, «streng neutral» zu sein. Was dies in diesen Herbsttagen des Jahres 1940 bedeutet, ist unschwer zu erkennen.

Die «Eingabe der 200»

Knapp zwei Wochen später, am 15. November 1940, wird dem Bundesrat eine Eingabe ausgehändigt, die später unter dem Namen «Eingabe der 200» in die neueste Geschichte eingehen wird. Darin geben die Autoren ihrer «Besorgnis über die unserem Lande drohenden Gefahren» Ausdruck und bezeichnen «gegenüber dem Ausland den Weg der Neutralität als den einzig gangbaren». Immer deutlicher wird also, dass Schlagworte wie Neutralität und Freiheit von Leuten missbraucht werden, die mit diesen Parolen die Regierung zur Anpassung drängen wollen. Es wird davor gewarnt, die Neutralitätspolitik «durch eine einseitige oder geradezu gehässige Stellungnahme unverantwortlicher Kreise» stören zu lassen. Dieser Angriff gegen die freie und unabhängige Schweizer Presse wird von einem Acht-Punkte-Programm gekrönt:

- «1. Einsatz von Presse und Rundfunk für eine dem Wesen der Eidgenossenschaft entsprechende und der Schweiz als dem Mutterland des Roten Kreuzes angemessene, der Versöhnung der Völker dienende Wirksamkeit.
2. Aufforderung zur Ausschaltung jener an verantwortlichen Pressestellen wirkenden Personen, die einen für das Wohl und das Ansehen des Landes verhängnisvollen Kurs gesteuert haben.
3. Ausmerzung jener Presseorgane, die ausgesprochen im Dienst fremder politischer Gedanken standen und ihnen ihre aussenpolitische Stellungnahme unterordneten.
4. Straffe behördliche Überwachung der Schweizerischen Depeschagentur, deren Einstellung zu schweren Bedenken Anlass gegeben hat und für die das Land nach aussen doch die Verantwortung tragen muss.
5. Entfernung jener Personen aus verantwortlichen Stellen, deren politische Tätigkeit sich offenkundig für das Land als nachteilig erwiesen hat.
6. Entgiftung unseres politischen Lebens durch die Wiedergutmachung je-

ner Übergriffe unserer politischen Polizei, die sich lediglich durch die Verhetzung unserer öffentlichen Meinung erklären lassen. Eine unparteiische gerichtliche Stelle soll die politischen Prozesse und Strafuntersuchungen, die zur Be-
anstandung Anlass geben können, überprüfen, die Betroffenen in ihrer Ehre
wiederherstellen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

7. Sorgfältige Pflege der kulturellen Beziehungen zu allen unsern Nachbar-
völkern, wie sie durch Geschichte und Herkommen gegeben und für alle drei
Sprachgebiete unseres Landes lebensnotwendig sind.

8. Bereinigung unserer aussenpolitischen Stellung durch die Lösung der
letzten Bindungen an den Völkerbund und die Ausmerzung jeder fremden
politischen Stelle auf unserem Boden.»

Diese Eingabe ist unterzeichnet von H. Ammann, Rud. Grob, F. Rieter, Dr. E.
Friedrich, C. Jenny, A. v. Sprecher und Heinr. Frick. Diesen Initianten folgen
dann noch einige Dutzend Namen, denen am 12. Dezember 1940 eine weitere
Namenliste angefügt wird.

Die «Gleichschaltung der Presse» ist das erklärte Ziel. Auch wenn die Eingabe
etwas gemässiger ist als ihr Vorbild, so muss sie doch in einem Atemzug ge-
nannt werden mit dem «Sofortprogramm», das der «Volksbund für die Unab-
hängigkeit der Schweiz» bereits einige Wochen früher ausgearbeitet hat. Darin
wird ausdrücklich verlangt, die Chefredaktoren der führenden Schweizer Zei-
tungen, wie der «Neuen Zürcher Zeitung», der «Basler Nachrichten» und des
«Bund» auszuschalten, Blätter aber wie die «National-Zeitung», die «Nation»
und die «Weltwoche» gänzlich «auszumerzen». Unter diesem «Sofortpro-
gramm» aber stehen teilweise die gleichen Namen wie unter der «Eingabe der
200», nämlich Staatsarchivar Hektor Ammann, Professor Heinrich Frick, Fab-
rikant Caspar Jenny und Dr. Andreas von Sprecher.

Im Augenblick weiss allerdings die breite Öffentlichkeit weder etwas vom
«Sofortprogramm» noch von der «Eingabe der 200». Erst im Januar 1941 wird
wenigstens in groben Zügen ihr Inhalt bekannt, nachdem der Volksbund selbst
einer grossen Zahl von Zeitungsredaktionen den allerdings wesentlich abge-
schwächten Text vorlegt. Deshalb wird denn auch in der Sitzung der Voll-
machtenkommission vom 21. Februar 1941 die Frage gestellt: «Welche Ant-
wort hat der Bundesrat der Eingabe der 200 (Aktion zur Wahrung der Neutra-
lität) erteilt?»

Im Bericht des Büros Ha über diese Sitzung heisst es dazu:

«Diese Frage wurde von Bundesrat Etter beantwortet. Es ist ersichtlich, dass der Bundesrat die Eingabe, die im November 1940 eingereicht worden war, noch nicht beantwortet hat. Gegenwärtig wird die Prüfung der Eingabe den einzelnen Departementen je nach sachlicher Zuständigkeit zugeteilt. Man kann nicht annehmen, dass sich die Unterzeichner über die Schwere ihrer Vorwürfe im Klaren waren. Ein staatsbürgerlicher Unterricht täte einigen unter ihnen not.»

Das, was «Bund»-Redaktor Ernst Schürch nach Kriegsende rückblickend in seinem Buch schreibt, widerspiegelt klar und knapp die Situation:

«Sie haben durch Ausübung des verfassungsmässigen Petitionsrechtes kein Unrecht begangen, sondern ein Unrecht verlangt.»

Tatsächlich geht das politische Spektrum der sogenannten «200» vom überzeugten Patriotismus über kleinlichen Krämergeist bis zum offenen Zusammengehen mit den Nationalsozialisten. Nicht alle Unterschriften sind aus Überzeugung erteilt worden. Wir greifen den Fall eines höheren Truppenkommandanten heraus, der im Vertrauen auf die Empfehlung durch einen Stabsoffizier unterzeichnete. Mit dem Namen des Kommandanten auf der Eingabe konnte der betreffende Stabsoffizier verschiedene Offiziere des Stabes dazu bewegen, auch ihrerseits zu unterzeichnen. Die Unterschrift des Offiziers, der dies bewerkstelligte, aber fehlte auf der Liste...

Andere haben aus innerer Überzeugung der Eingabe zugestimmt, weil sie die Auffassung vertraten, die Presse müsste sich – besonders gegenüber Deutschland – mehr Zurückhaltung auferlegen. Teils hat Ängstlichkeit vor dem starken Nachbarn bereits ihre Früchte gezeitigt, teils sind Leute, die zu wenig um die inneren Zusammenhänge wissen, der Blutschuldthese, die die nationalsozialistische Propaganda gegen die Schweizer Presse ins Feld führte, erlegen.

Gerade deshalb gilt es, die Schwachgewordenen zu isolieren und den Schulterchluss unter den Standhaften herbeizuführen. Die Auseinandersetzung zwischen den «Pro-Deutschen», nämlich jenen, die vom deutschen Endsieg überzeugt sind, und den «Anti-Deutschen» oder besser gesagt, den Anti-Nationalsozialisten, verschärft sich.

Das Büro Ha unterzieht in einem am 2. November 1940 weitergegebenen Be-

richt gewisse wirtschaftspolitische Massnahmen einer kritischen Betrachtung:
«Das Vertrauen in den Bundesrat, das in der letzten Zeit in breiten Volkskreisen sehr gelitten hat, erfuhr einen weiteren Einbruch durch die verspätete Rationierung von Wollsachen. Auch hier hat die behördliche Einschränkung erst eingesetzt, nachdem sich diejenigen Kreise schon eingedeckt hatten, die über die notwendigen flüssigen Geldmittel verfügten. Auf diese Art werden die sozialen Gegensätze in einer Weise betont, die bisher in der Schweiz unbekannt war. Da heute die Eindeckungskäufe auch auf Lederwaren Übergriffen, was die Schliessung der Schuhläden veranlasste, nimmt im Volke die Furcht überhand, dass nach und nach alle Verbrauchsgüter rationiert werden müssen. Dies wird mit dem deutsch-schweizerischen Handelsabkommen in Zusammenhang gebracht. Obwohl zuerst als grosser schweizerischer Erfolg betrachtet, erscheint es jetzt breiten Volkskreisen als deutscher Sieg, dessen Auswirkungen allmählich in Erscheinung treten. Das Zutrauen zu der offiziellen Berichterstattung weicht einem argwöhnischen Misstrauen allen Nachrichten gegenüber, die aus dem Bundeshaus stammen.

Die Preissteigerung der Milchprodukte – Milch, Butter, Käse – wird im Volk ebenfalls als unberechtigter Erfolg einer Wirtschaftspolitik ausgelegt, die eine Minderheit begünstigt. Die Initiative zur Preiserhöhung war im Bundesrat von Minger und Etter ergriffen worden, indes die Massnahme von Wetter und Stampfli bekämpft wurde. Nachdem sich zuerst zwei gleich starke Gruppen gegenüberstanden, gab schliesslich Herr Pilet-Golaz den Ausschlag, indem er sich auf die Seite der Befürworter der Preissteigerung stellte.»

Je mehr die Anpasser sich des Bundesrates zu bedienen trachten und je mehr sich ihre Angriffe gegen General Guisan richten, umso mehr bemühen sich die Kreise des nationalen Widerstandes darum, die Armee und deren Oberbefehlshaber zu stärken. Immer wieder warnt deshalb Hausamann vor einer Demobilisierung der Armee. Am 5. November 1940 meldet er zum Beispiel mögliche Verstärkungen der deutschen Truppen im Raum westlich der französisch-schweizerischen Grenze. Diese Massnahme, fährt der Bericht fort,

«habe gegebenenfalls als militärische Unterstreichung der bald zu erwartenden

den Forderung Deutschlands auf vollständige Demobilmachung des Schweizer Heeres zu dienen».

In einem Nachsatz wird dargelegt, wie man in offiziellen deutschen Kreisen die Haltung der schweizerischen Regierung einschätzt:

«Sollte die Schweiz dem deutschen Druck, total zu demobilisieren, nicht Folge leisten, dann sei deutscherseits beabsichtigt, als erste Massnahme die Schweiz militärisch gänzlich einzuschliessen. Man sei in Deutschland zuständigenerorts der Meinung, dass diese Massnahme als solche schon genüge, um die Schweizer Regierung zum Nachgeben zu bringen.»

Am gleichen Tag berichtet das Büro Ha aus Berlin und Stuttgart: «Man trachtet... auf jede mögliche Weise zu erreichen, dass die Schweiz immer mehr Truppen nach Hause schickt. Dabei spielt – von den politischen und militärpolitischen Erwägungen ganz abgesehen – eine nicht unwesentliche Rolle die Überlegung, dass auf diese Weise der entscheidende Einfluss des Generals und jener... die Situation richtig erkennender Offiziere ausgeschaltet werde. Es wird seitens Berlin vor den übelsten – auch ins persönliche gehenden – Machenschaften nicht zurückgeschreckt, um das gesteckte Ziel zu erreichen! Denn man hat dort (alles deutet darauf hin) richtig erkannt, welchen Einflüssen es zuzuschreiben ist, dass sich, auch von Deutschland aus gesehen, in der Schweiz heute folgendes gegensätzliche Bild abzeichnet:

a) weitgehende Bereitschaft der schweizerischen politischen und wirtschaftlichen Spitzen, sich in die deutscherseits geplante europäisch kontinentale, von der Achse geführte Organisation einzufügen...

b) zunehmender Widerstandswille im Offizierskorps als Auswirkung der Haltung des Generals und einer Anzahl Offiziere, die sich im Laufe der Wochen enger um ihn scharten. Entsprechend: zunehmender Widerstandswille in den unter den Fahnen stehenden Truppenverbänden. Auswirkung: sichtbar ansteigende Kampfbereitschaft im Volk.»

Tatsächlich unternimmt der Schweizerische Bundesrat immer wieder Initiativen, die seine Rücksichtnahme auf die deutschen Europa-Pläne bekunden. So wird zum Beispiel in diesen Wochen die westschweizerische Zeitschrift «Le Mois Suisse» immer noch von der Stiftung «Pro Helvetia», die dem Eidgenössischen Departement des Innern untersteht, unterstützt. Zeitschriften-Direktor

Amiguet betont sogar ausdrücklich, dass der in der September-Nummer erschienene Artikel «La fin du mensonge» vor der Publikation von der Zensur genehmigt worden sei, obwohl er der Schweizer Presse «Englandhörigkeit» vorwarf. In der Oktobernummer folgte dann ein Aufsatz «L'Europe de demain», der sich für Grossraumeuropa unter der Führung der Achsenmächte und für eine soziale Ordnung der totalitären Staaten einsetzte. Direktor Amiguet führt einem Gewährsmann des Büros Ha gegenüber aus, der Bundesrat sei mit der in der Zeitschrift eingeschlagenen Richtung einverstanden, was er an Hand eines Briefes belegen könne. Er fügte an: das Volk müsse sich allmählich an die achsenfreundliche Politik der schweizerischen Regierung gewöhnen!

Zur gleichen Zeit entsteht im Kanton Waadt die Organisation «Rénovation Suisse», der vor allem junge Offiziere angehören. Ihr Programm enthält deutlich faschistisch-nationalsozialistische Züge. Andererseits kann das Büro Ha melden, dass die in Gründung befindliche Tageszeitung «Aktualis» weder vom Zürcher Maschinenindustriellen Bührle noch überhaupt von der Grossindustrie finanziert werde. Ihre Geldgeber seien vielmehr Bank- und Versicherungsunternehmungen. Dr. E. Th. Rimli sei als Chefredaktor vorgesehen. «Aktualis» hat sich bekanntlich der «Neutralität» verschrieben, was in diesen Monaten nach dem vermeintlichen deutschen Sieg mit Ängstlichkeit, ja mit Anpassung gleichzusetzen ist.

Am 6. November halten die Bundesräte Pilet-Golaz und Etter in Bern eine vertrauliche Pressekonferenz ab, an der etwa siebzig Journalisten teilnehmen und über die das Büro Ha zu berichten weiss:

«Die Redaktoren wurden ermahnt, peinlich darauf zu achten, dass nicht Berichte aus England oder Griechenland in grösserem Druck als Meldungen der Achsenmächte veröffentlicht werden. Sie sollten vorsichtig sein, was Exchange-Berichte betreffe, während Reuter weniger bedenklich erscheine. Herr Pilet-Golaz hielt über die aussenpolitische Lage der Schweiz ein Referat, dessen drei wichtigste Punkte sind:

1. Der europäische Block ist heute zur Tatsache geworden.
2. Die Schweiz ist wirtschaftlich voll und ganz von den Achsenmächten abhängig.
3. Aus diesem Grunde drängt sich für das Schweizervolk eine ‚adaptation intellectuelle‘ an die Achsenmächte auf. Wegen des Ausdruckes

‚adaptation intellectuelle‘ von verschiedenen Seiten angegriffen, versuchte Herr Pilet-Golaz den Unterschied zwischen ‚intellectuel‘ und ‚spirituel‘ darzustellen, wobei er die ‚adaptation intellectuelle‘ dahin definierte, dass an Stelle der gegenwärtigen Zurückhaltung gegenüber dem Regierungssystem der Achsenmächte eine offene Unvoreingenommenheit treten müsse. Ein bekannter Basler Journalist ironisierte den Zusammenhang zwischen Wirtschaftsbeziehungen und intellektueller Haltung. Der Ausbau des Handelsverkehrs mit Sowjetrußland müsste also notwendigerweise einer ‚adaptation intellectuelle‘ an den Bolschewismus rufen.

Die beiden Bundesräte mussten eine scharfe Kritik der Verdunkelung anhören.

Bundesrat Etter, befragt, warum der Artikel ‚L’Europe de demain‘ in der Zeitschrift ‚Le Mois Suisse‘ nicht verboten worden sei, antwortete, dass er zwar mit dem Inhalt des Artikels nicht vollständig einverstanden sei. Er sehe aber nicht ein, warum ein solcher Aufsatz nicht erscheinen sollte. Die Zeitschrift verdiene, von Pro Helvetia subventioniert zu werden, da sie literarisch wertvoll sei.

Beide Bundesräte erweckten den Eindruck vollständiger Übereinstimmung, was Innen- und Aussenpolitik anbelangt. Es bewirkte einiges Befremden, dass der kontinental-europäische Block just in dem Augenblick als feststehende Tatsache dargestellt wurde, in dem der Krieg auf den Balkan übergegriffen hat.»

Wenige Tage vorher, am 28. Oktober, hat Italien ein Ultimatum an Griechenland gerichtet und gleichzeitig seine Truppen auf griechisches Territorium vorrücken lassen. Am 4. November 1940 landen britische Truppen auf Kreta. Gleichentags meldet das Büro Ha in seinem Bericht an das Armeekommando «aus erstklassiger Quelle»:

«In richtiger Einschätzung der militärischen Entwicklung im Südosten und Osten, versehen angeblich auch mit russischen Versprechungen, ist seitens der jugoslawischen politischen und militärischen Befehlsstellen beschlossen worden, einem eventuellen Angriff auch militärisch Widerstand zu leisten. Um allen möglicherweise eintretenden militärischen Gegebenheiten gewachsen zu sein, sind seitens der jugoslawischen Heeresleitung den grossen Zügen nach folgende Anordnungen getroffen worden (bereits in Ausführung begriffen):

1. Mobilisierung der jugoslawischen Streitkräfte unter irgendwelchen nicht auffallenden Titeln. Es steht heute praktisch die gesamte jugoslawische Wehrmacht bereits unter den Waffen.
2. Truppenkonzentrationen an der italienischen Grenze. Täglich gehen zahlreiche Transporte aus innerjugoslawischen Garnisonen an die italienische Grenze ab.
3. Befestigungsarbeiten an der jugoslawisch-ungarischen Grenze, Versammlung von Truppen.
4. Befestigungsarbeiten an der jugoslawisch-rumänischen Grenze und Versammlung von Truppen.

Die jugoslawische Heeresleitung rechnet damit, im Falle der Kriegserklärung seitens der Achsenmächte nicht nur von Italien, sondern auch von Deutschland her über Ungarn angegriffen zu werden. Entsprechend trifft sie ihre Abwehrmassnahmen.»

Planung des deutschen Russlandfeldzuges

Parallel zu diesen Meldungen über den Südosten Europas gehen aus dem Büro Ha auch Nachrichten über den Osten ans Armeekommando. So fügt Hausmann am 28. November 1940 einer militärpolitischen Betrachtung die Bemerkung bei:

«Entgegen allen deutschen Versicherungen hat auch der Besuch Molotows in Berlin die deutschen politischen Befehlsstellen schwer enttäuscht. Das Ergebnis blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Berlin ist sich heute klar, dass Russland ein äusserst unsicherer Faktor in der Achsenrechnung bleiben wird. Die direkte Auswirkung dieser Erkenntnis ist, dass man deutscherseits starke Kräfte der Wehrmacht zur Sicherung des Reiches im Osten in Reserve halten muss.»

Ein paar Tage später, am 5. Dezember, hält der deutsche Generalstabschef Franz Halder Hitler einen Vortrag über einen möglichen Ostfeldzug. Darin legt er dar, dass das Gebiet der Pripjet-Sümpfe eine Trennung der Aufmarschräume bedinge und schlägt vor, nördlich dieser Sümpfe zwei Heeresgruppen auf Leningrad und den Raum Minsk-Smolensk anzusetzen. Eine weitere Heeresgruppe, südlich des erwähnten Vorstosses, soll die ukrainische Hauptstadt Kiew zum Ziel haben. Auf alle Fälle müsse alles getan werden, um zu verhindern, dass die Russen in die Tiefe des ihnen zur Verfügung stehenden Raumes ausweichen können.

Schon am 18. Dezember erlässt der «Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht», Reichskanzler Adolf Hitler, die «Weisung Nr. 21»:

«Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrussland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa).

Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, dass die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen.

Für die Luftwaffe wird es darauf ankommen, für den Ostfeldzug so starke Kräfte zur Unterstützung des Heeres freizumachen, dass mit einem raschen Ablauf der Erdoperationen gerechnet werden kann und die Schädigung des ostdeutschen Raumes durch feindliche Luftangriffe so gering wie möglich bleibt...

Der Schwerpunkt des Einsatzes der Kriegsmarine bleibt auch während des Ostfeldzuges eindeutig gegen England gerichtet.

Den Aufmarsch gegen Sowjetrussland werde ich gegebenenfalls acht Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen.

Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind – soweit noch nicht geschehen – schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15. Mai 1941 abzuschliessen...»

Damit ist im grösseren Rahmen der Termin für den geplanten neuen Feldzug umschrieben. Hitler lässt sich davon nicht mehr abbringen und schlägt die Bedenken, die ihm unter anderen der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Admiral Raeder, am 27. Dezember 1940 vorträgt, in den Wind. Raeder betont bei dieser Gelegenheit, es werde zu wenig für den Ausbau der U-Boot-Flotte getan. Er vertritt die Ansicht, das ganze Kriegspotential müsse gegen England gerichtet werden, und jede Zersplitterung, also auch einen Ostfeldzug, vor der endgültigen Niederringung Englands betrachtet er als falsch. Hitler stimmt in diesem Gespräch Admiral Raeder insofern zu, als auch er die bisherigen Bauzahlen für Untersee-Boote als zu gering erachtet. Sonst aber ist er weiterhin dafür, zunächst den letzten kontinentalen Gegner zu schlagen.

Mit der Frage der Untersee-Boote beschäftigt sich in dieser Zeit ein Bericht des Büros Ha. Darnach seien seit Kriegsbeginn bereits 53 U-Boote teils versenkt, teils so schwer beschädigt worden, dass eine Reparatur einem Neubau gleichkäme. Die eigentliche U-Boot-Flotte beträgt nach dieser Information jetzt noch 38 Einheiten, davon 12 grosse zu 740 Tonnen. Gegenwärtig rechnet man mit einem Monatsausfall von fünf bis sechs Booten, was bedeutet, dass es ein Boot im Durchschnitt auf nur vier Fahrten bringt. Bei einer Bauzeit von elf Monaten kann der Verlust gegenwärtig also keineswegs gedeckt werden.

Am 14. Dezember dementiert das Büro Ha Gerüchte, die in Deutschland kursieren und die von einer «Invasion Englands vor oder über Weihnachten» wissen wollen:

«Trotz allem, trotz vielen Vorbereitungen, welche gegenwärtig wieder registriert werden können, glauben wir nach wie vor nicht daran, dass die Invasion tatsächlich gewagt wird.»

In diesen letzten zwei Monaten des Jahres 1940 beschäftigt sich das Büro Ha auch intensiv mit der Lage, wie sie sich in Frankreich abzeichnet. So wird ihm von einem «aus Deutschland zurückgekehrten französischen Kriegsgefangenen» gemeldet, dass die im Offizierslager in der Niederlausitz festgehaltenen Franzosen sich über die Engländer beschwerten, von denen sie sich verraten fühlten. Allerdings richtet sich deren scharfes Urteil auch gegen die eigene französische Generalität:

«Wir kämpften mit Methoden des vergangenen Krieges gegen einen Feind mit modernen Methoden.»

Viele Franzosen, so geht aus diesem Bericht hervor, sind sogar überzeugt, von den eigenen Generälen verraten worden zu sein:

«Häufig war das Eingeständnis, dass Offiziere die Mannschaften im Stich gelassen haben. Weitgehende Ansicht, man sei über das Kräfteverhältnis und die Natur der Deutschen belogen worden... Grosse Wut gegen Front populaire: Abrechnen bei der Heimkehr. Systematische Beeinflussung durch etwa 250 französische katholische Geistliche... Von deutscher Seite Beeinflussung durch ein vierseitiges Wochenblatt in französischer Sprache (Le Trait d'Union). Wird fleissig gelesen. (Hasskampagne gegen England, Verherrlichung der sozialen Einrichtungen Deutschlands. Propaganda für Zusammenarbeit von Frankreich und Deutschland.) Das Ganze nicht sehr intelligent, aber doch wirksam.»

Am 30. November 1940 meldet das Büro Ha aus Paris:

«Noch kein ausgesprochener Hass gegen die Nazis, aber Neugier. Trotz dieser Neugier keine Unterhaltung mit den Soldaten. Man bleibt fern und beobachtet... Das früher allgemein übliche Zeitunglesen in der Metro hat stark nachgelassen. Die Plakate gegen England werden schnell abgerissen. Fast jeder hört das englische Radio. Ebenso freut man sich allgemein, wenn die R.A.F. am Himmel erscheint. (Im Juni war die Reaktion der Pariser Bevölkerung ausgesprochen negativ, als die R.A.F. Le Bourget bombardiert und Flugblätter über der Stadt abgeworfen hatte.)... Man zeigt die Freude nicht

zu auffällig, ebenso wenig die Abneigung gegen die Deutschen. Eine Ausnahme hiervon bildet das gelegentliche Auspfeifen der deutschen Wochenschau im Kino.»

Über die Lage in den verschiedenen französischen Parteien weiss das Büro Ha zu berichten:

«Nur die Kommunistische Partei ist äusserst tätig. Flugblätter, ‚Humanité‘ (gedruckt und abgezogen), Plakate und Klebezettel. Inhalt: starke Propaganda für die Sowjetunion, für Lohnerhöhung, gegen Unternehmer, auch gegen englische Plutokratie. Kein Wort gegen Deutschland... Andererseits aber auch Angriffe gegen ‚L’Oeuvre‘ und gegen Déat (die eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Deutschen anstreben)...

Eine Partei für de Gaulle: Gewährsmann hat Flugblätter... gesehen, die das Erscheinen einer Zeitung (Gargantua) ankündigen. Intelligent gemacht, besonders für Intellektuelle. Gegen deutschen Bluff, gegen Kommunisten.

‚Le jeune Front‘: Neue Partei, die von den Deutschen gefördert wird. Büros in allen Stadtteilen. Tritt ein für ‚Régénération de la France‘. Für Juden ist der Beitritt verboten. Uniform und Programm zeigen deutsche Beeinflussung. Findet keinen Zuspruch.»

Zur gleichen Zeit läuft die deutsche Aktion, die französischen Staatsbürger aus Lothringen wegzuschaffen, auf Hochtouren weiter. Bis zum 26. November, so vernimmt das Büro Ha, sind mindestens 78’000 Personen aus dem ehemaligen Reichsland Lothringen abgeschoben worden. In dieser Zahl sind jene Lothringer nicht inbegriffen, die noch vor der Besetzung ihrer Heimat durch die deutsche Wehrmacht Lothringen verlassen haben. Diese Zahl allein wird auf rund 34’000 Personen beziffert. Das Büro Ha fügt bei:

«Die aus Propagandagründen gleichzeitig von Vichy und Berlin berichtete deutsche Schenkung von 60’000 Zentnern Kartoffeln an die notleidende französische Bevölkerung (der nach deutscher amtlicher Ankündigung ein weiteres Geschenk von 940’000 Zentnern in Raten nachfolgen soll) ist bei genauer Betrachtung nichts weiter als die Freigabe eines kleinen Prozentsatzes des im besetzten Frankreich im Herbst 1940 beschlagnahmten Grossteils der französischen Kartoffelernte. Beschlagnahmt vom Militärbe-

fehlshaber in Frankreich bzw. von den zuständigen Reichsstellen im Elsass und in Lothringen... waren Mitte November 1940 insgesamt 4,8 Millionen Doppelzentner Kartoffeln der französischen Ernte.»

Aus Turin meldet das Büro Ha in jenen Tagen einen Niedergang der Stimmung im italienischen Volk. Grund dafür sind seinen Informationen zufolge die Nachrichten, die aus Albanien und Afrika in Italien eintreffen, aber auch die direkten Bombardierungen der italienischen Industriezentren. So hätten, wie es in der gleichen Meldung heisst, die Engländer bei den beiden Bombardierungen in Turin getroffen:

«1. Die Fiatwerke. Hauptsächlich hört man in der Stadt, dass die Versuchsabteilung durch eine grosskalibrige Bombe zerstört worden sei. Opfer der Explosion: 1 Ingenieur und 2 Assistenten...

2. Die Wollweberei Florio, welche momentan für Militärlieferungen arbeitet...

3. Eine grosskalibrige Bombe fiel in die Via San Donato.»

Positiver klingt eine Meldung des Büros Ha aus London:

«Einem Bericht aus bester Quelle entnehmen wir, dass die Stimmung in England im Oktober noch viel besser war als im September. Auch die Londoner Bevölkerung lässt sich keineswegs unterkriegen. Details wie: dass die Taxichauffeure es sich zur Ehre machen, gerade während Luftalarm fahrbereit im Wagen zu sitzen, zeigen, wie man in London zu den deutschen Angriffen eingestellt ist. Solche Beispiele liessen sich beliebig mehren.»

Die Schweizer aber scheinen sich noch nicht zurechtgefunden zu haben. Das Misstrauen, das dem Bundesrat gegenüber herrscht, greift sogar bis zu einem gewissen Grad auch gegenüber dem General um sich. Zwar galt er noch bis vor Kurzem als der sichere Hort, doch haben verschiedene Massnahmen – solche, die eingeleitet, und auch solche, die fatalerweise nicht ergriffen worden sind – die Gewichte verschoben und Zweifel daran aufkommen lassen, ob der Oberbefehlshaber sich gegen den Anpassungsgeist der zivilen Behörden noch durchzusetzen vermöge. Deutlich klingt diese Verschiebung aus dem Bericht des Büros Ha vom 11. November 1940:

«Es mehren sich in diesen Tagen wieder auffallend die innerschweizerischen Berichte, wonach in den verschiedensten Gegenden des Landes, sowohl in öffentlichen Lokalen wie in der Eisenbahn usw. über den Oberbe-

fehlshaber der Armee in äusserst abfälliger Weise gesprochen werde. In der welschen Schweiz sei es vorgekommen, dass am Tage, als die Verdunkelung befohlen wurde, von Gästen eines Restaurants das Bild des Generals abgehängt und demoliert wurde. In der Ostschweiz ereigneten sich ähnliche Dinge. In einem Ladengeschäft St. Gallens schimpfte, was anwesend war. Wieder bei anderer Gelegenheit äusserte man in einer Wirtschaft: der General habe nicht zum Rechten gesehen. Er sei überall anzutreffen, befasse sich aber nicht mit jenem, wofür er gewählt wurde.

Das sind einige Beispiele von vielen. Ähnlich soll es auch in Basel und anderen Gegenden klingen. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, es handle sich um eine organisierte Kampagne.»

Die Diskussion um die Haltung von General Guisan greift auch auf das Offizierskorps über. Dort versteht man es nicht, dass ein Oberst, der Mitglied der «Nationalen Bewegung der Schweiz» ist, als Kommandant einer Zentralschule wirken kann:

«Entweder sei der General Oberbefehlshaber. Dann dürfe er solche Dinge, die sich verheerend auswirken, im Interesse der Armee und des Vertrauens in diese und den Kommandierenden einfach nicht dulden. Oder aber, der General setze sich gegenüber einem gewissen, immer grösser werdenden Kreis von Offizieren... nicht mehr durch. Wenn dem so sei, dann könne man die Truppe gleich jetzt schon nach Hause entlassen.»

Dies alles ist natürlich Wasser auf die Mühle jener, die die Fahne in den Nordwind gehängt haben. Sie lassen sich beeinflussen von allem, was aus Deutschland kommt, und ihre Schwäche reizt andererseits die deutschen Stellen, immer unverfrorener aufzutreten. Ein Bericht des Büros Ha vom 22. November 1940 über die Tätigkeit der deutschen Kolonie in Basel spricht Bände:

«3. November 1940. Winterhilfswerk-Feier in der Mustermesse, organisiert von der Frauenschaft der NSDAP. Sehr stark besucht. Anwesend u.a.: der Gesandte Köcher aus Bern und Jansen aus Davos. Uniformierte Türhüter. Tenue: schwarze Hosen, weisses Hemd, schwarze lange Kravatte...

10. November 1940: Helden-Gedenkfeier und Totenehrung der 16 Gefallenen vom Münchner Putsch 1923. Massenandrang. Sehr viele Schweizer. Die

Ansprache hielt ein Gau- oder Obergauführer aus Memel.

17. November 1940: Eintopf-Fest der NSDAP, im Stadt-Casino, organisiert vom Männerchor. Anwesend etwa 1'200 Personen. Gelegentlich des geselligen Zusammenseins im vertrauten Kreis (vier Konsulatsbeamte dabei) wurden folgende Themen behandelt: Der in nächster Zeit bevorstehende Einmarsch oder Überfall in die Schweiz. Es wurde betont, dass das Datum bereits feststehe. In diesem Zusammenhang Aktionen der hiesigen Nazis zur Unterstützung des Überfalls. Dazu wird speziell die als Sportorganisation getarnte SA, welche jede Woche zweimal in der Eilguthalle des badischen Bahnhofs militärische Übungen abhält, herangezogen. Sie wird in jeder Hinsicht militärisch ausgerüstet sein und sich in keiner Weise von den einfallenden Truppen unterscheiden. Die Versorgung mit Uniformen und Munition erfolgt aus der Schweiz. Man betrachtet die Verdunkelung dabei als einen vorzüglichen Helfer.

19. November 1940 abends 8 Uhr: wichtige Besprechung sämtlicher hiesiger Funktionäre des deutschen Konsulats. Einzelheiten darüber hegen noch nicht vor. Verschiedenes: Jeden Dienstag und Freitag in der Eilguthalle der Deutschen Reichsbahn: Sportübungen der als Sportler getarnten SA... Einer der Sportführer, Heller, trägt Stahlrute auf sich. Vor einiger Zeit ist sein Gesuch um Einbürgerung von der Schweizer Behörde abgelehnt worden. Seither spielt er sich als fanatischer Nazi auf. Er verkehrt viel im deutschen Konsulat.

Jeden Dienstag und Mittwoch: Stammtisch-Zusammenkunft der Nazis im Stadt-Casino, Parterre.

Jeden Freitag: Männer-Gesangs-Chor. Übungsabend im ‚Braunen Mutz‘.

Jeden Mittwoch: Frauenschaft-Abende im ‚Braunen Mutz‘ am Barfüsserplatz.

Sämtliche Abzeichen der NSDAP werden durch Schulkinder ansässiger Deutscher, die in Lörrach die Schule besuchen, in die Schweiz eingeführt...

Einige Personalangaben:

Sportsleiter Heller ist von Beruf Metzger. Er wohnt Elsässerstrasse 75 und arbeitet bei der Firma...

In der gleichen Metzgerei arbeiten noch zwei weitere Nazis...Alfred Geiler-Siegrist, Reichsbahn-Sekretär... spielt in der NSDAP eine grosse Rolle. Sehr wahrscheinlich laufen bei ihm viele Fäden zusammen .»

Pilet-Golaz im Kreuzfeuer

Die deutschen und schweizerischen Nazis arbeiten auch noch mit massiveren Mitteln. Eines davon ist der wirtschaftliche Druck. So sind die deutschen Kaufleute, die in Zürich durch einen schweizerischen Rechtsanwalt vertreten sind, angewiesen worden, ihre Mandate einem Advokaten zu übertragen, der Mitglied der «Nationalen Bewegung der Schweiz» ist, zum Beispiel Bühler, Keller oder einem andern. Die NBS ist bekannt als Organisation, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Macht nach nationalsozialistischem Vorbild an sich zu reissen. Nachdem sie am 12. November 1940 ultimative Forderungen an die Adresse des Schweizerischen Bundesrates erhebt, wird endlich durchgegriffen: Ein Bundesratsbeschluss vom 19. November 1940 verbietet die NBS sowie auch ihre Ersatzorganisationen. Das in ihren Räumlichkeiten gleichentags beschlagnahmte Material lässt darauf schliessen, dass zu diesem Zeitpunkt in 162 Städten und Ortschaften insgesamt ungefähr 2'220 Mitglieder organisiert sind.

Wenige Tage später, am 25. November 1940, tritt die aussenpolitische Kommission des Nationalrates zusammen. Über das, was Aussenminister Pilet-Golaz vor diesem Gremium ausführte, berichtet das Büro Ha am 2. Dezember anhand eines Gedächtnisprotokolls:

«Herr Pilet-Golaz bestritt zwar, eine Anpassungspolitik zu betreiben. Er beklagte sich aber, dass die Volksmeinung einen jeden verdächtige, der die Haltung der Schweiz den Gegebenheiten angleichen wolle.... Der Bundesrat wünscht, dass sich das Volk möglichst wenig mit Aussenpolitik befasst. Sollte es sich zeigen, dass dauernd eine Kluft zwischen der Politik des Bundespräsidenten und der Volksmeinung besteht, könnte er, Herr Pilet-Golaz, versucht sein, die Leitung des Politischen Departements niederzulegen. (Es kann dies dahin ausgelegt werden, dass Herr Pilet-Golaz wohl einem Departementswechsel nicht abgeneigt wäre, seinen Bundesratssitz aber zu be-

haupten wünscht.) Herr Pilet-Golaz nannte die renitente Einstellung der Volksmeinung den Ereignissen gegenüber eine ‚anémie pernicieuse‘. Er warnte davor, die strategische Bedeutung der schweizerischen Nord-Süd-Verbindungen zu überschätzen, die keine entscheidende Rolle spielen. (Anmerkung Ha: das kann wirklich nur Herr Pilet sagen.)»

Der Bericht des Büros Ha fügt dann verschiedene aussenpolitische Überlegungen an, wie sie an der Kommissionssitzung von Bundespräsident Pilet-Golaz angestellt worden sind. Daraus geht hervor, dass der Bundesrat nach wie vor die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion ablehnt und dass die Regierung weiterhin die Auffassung vertritt, die Auslieferung der in der Schweiz notgelandeten deutschen Flieger und die Rückgabe ihrer Flugzeuge an Deutschland verstosse nicht gegen das Völkerrecht. So kommt das Büro Ha zum Schluss:

«Die Ausführungen des Herrn Bundespräsidenten beweisen, dass das Verbot der NBS, welches ihn in einem gewissen Sinne desavouierte, ohne Einfluss auf seine aussenpolitische Einstellung geblieben ist.»

Mit der Verletzung schweizerischen Luftraumes beschäftigt sich das Büro Ha erneut am 9. Dezember:

«Das Vertrauen zu den obersten Landesbehörden und zur Armeeleitung beruht in erster Linie auf der allgemeinen und unerschütterten Überzeugung, dass Bundesrat und Armeeleitung gleichmässig jeder der kriegführenden Parteien gegenüber Haltung bewahren und mit gleicher Energie nach beiden Seiten hin auf der Achtung vor der Unverletzlichkeit der Grenzen und des schweizerischen Luftraumes bestehen. Dieses Vertrauen kommt in bedenklicher Weise ins Wanken, wenn an der bisherigen bundesrätlichen Methode festgehalten wird, Überfliegungen schweizerischen Gebietes durch britische Flieger mit scharfen und geräuschvoll in der Presse publizierten Protesten zu beantworten, die Überfliegung der Schweiz durch deutsche Flugzeuge aber systematisch mit Stillschweigen zu übergehen.»

Über den neuen französischen Gesandten in der Schweiz, der an Stelle von Coulondre nach Bern kam, weiss das Büro Ha zu berichten, dass er «gegen alle Erwartung» kein Mann sei, der «eine Gleichschaltung Frankreichs mit Deutschland anstrebt oder auch nur passiv hinnimmt. Er verlor einen Sohn in Narwik, schätzt die Deutschen gar nicht und lehnt ihre jetzige Politik gegenüber Frankreich ab».

Über Vorträge, die sich in Versammlungen der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen mit der militärpolitischen Lage der Schweiz beschäftigen, weiss Hausmann recht positiv zu berichten:

«Es ist erhebend, jeweilen nach Schluss des Referates in stundenlanger Diskussion erkennen zu können, welcher absolute Wille zum Kampf in unserer Arbeiterschaft steckt. In all diesen Aussprachen wird aber auch immer wieder der Zweifel laut, ob man sich wohl darauf verlassen könne, dass die oberste Landesbehörde tatsächlich in kritischer Stunde standfest sei und nicht in gleicher Weise wie die Regierungen anderer Länder kapituliere.

Den Zuhörern ihre Zweifel an der Standfestigkeit des Bundesrates auszureden, wäre ein vergebliches Unterfangen. Dagegen gehen die Versammlungen immer darauf ein, wenn ich erkläre, dass, sollte der Bundesrat entgegen Erwarten doch versagen, auf jeden Fall der General den Kampf befehlen werde...»

Unter diesem Aspekt sind Vorgänge, die sich zur gleichen Zeit in verschiedenen grossen Städten der deutschsprachigen und der welschen Schweiz abspielen, besonders aufmerksam zu verfolgen. Es ist verständlich, dass Juden, die in der Schweiz wohnen, sich mit dem Gedanken tragen, nach Übersee auszuwandern. Es ist auch verständlich, dass sie sich deshalb bemühen, ihren Besitz zu verkaufen. Zum Aufsehen mahnt, dass gewisse Kreise, hinter denen sich deutscher Einfluss versteckt, es auf den Kauf von Kinos oder auf die Übernahme ihrer Mietverträge abgesehen haben. Einer der Mittelsmänner, der bei diesen Verhandlungen in Erscheinung tritt, ist schon 1939 wegen Übertretung des Spitzelgesetzes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Mahnung des Büros Ha ist also mehr als angebracht:

«Bei der propagandistischen Bedeutung des Kinos kann es an sich nicht gleichgültig sein, wenn die wichtigsten Lichtspieltheater ausländischem Einfluss verfallen, der sich nur in einer ebenso bestimmten wie eindeutigen Richtung auswirken wird.»

Pessimistisch klingt die Folgerung:

«Es wird so gehen, wie mit sozusagen allem in der Schweiz: bis man sich (wenn überhaupt) zum Handeln entschliesst, wird es einmal mehr – zu spät sein.»

Als sich das Jahr 1940 seinem Ende zuneigt, ist in Deutschland zwar der Be-

schluss, den Ostfeldzug gegen Russland zu unternehmen, gefasst, aber auf politischer wie auch auf rein militärischer Ebene gehen die Diskussionen über die Pläne, nach denen er zu führen sei, weiter. Generalfeldmarschall Keitel will eine Denkschrift für den Führer abfassen, in der er sich – unterstützt von Aussenminister Ribbentrop – energisch gegen den Russlandfeldzug ausspricht. Hitler ist aber überzeugt, dass Stalins Regime wie ein Kartenhaus zusammenbricht, wenn die deutsche Wehrmacht zum Schlag ansetzt.

Das Oberkommando der Wehrmacht geht in seiner Planung von drei Schwerpunkten aus: die Heeresgruppe Nord mit einer Panzergruppe unter Feldmarschall Ritter von Leeb, eine sehr starke Heeresgruppe der Mitte mit zwei Panzergruppen unter Feldmarschall von Bock und eine Südgruppe mit einer Panzergruppe unter Feldmarschall von Rundstedt.

Im Vordergrund aller Überlegungen stehen die Planungen um den Einsatz der Panzerwaffe. Die deutsche Jahresproduktion belief sich bisher auf etwa tausend Panzer, was die Kraftfahrzeugindustrie derart belastete, dass der Bau von Last- und Personenkraftwagen, Kübelwagen, Artilleriezugmaschinen, Halb- und Ganzkettenfahrzeugen weit ins Hintertreffen geriet. Zudem erinnert sich Panzergeneral Guderian noch allzu gut seines Russlandbesuches vom Jahre 1933: Schon damals konnte er in einzelnen Fabriken eine Tagesproduktion von 22 Panzern registrieren! Kein Wunder, dass Guderian kein Anhänger der Ostfeldzugtheorie ist.

Der Beginn des Jahres 1941 ist im Führerhauptquartier durch die deutschen Bedenken gegenüber dem italienischen Abenteurer in Griechenland gekennzeichnet. Hitler selbst gibt Weisung, vermehrt deutsche Truppen nach Albanien zu verlegen, deren Aufgabe es sein werde,

«a) Zunächst als Rückhalt in Albanien zu dienen für den Notfall, dass dort noch erneute Krisen eintreten sollten,

b) der italienischen Heeresgruppe den späteren Übergang zum Angriff zu erleichtern mit dem Ziel: die griechische Abwehrfront an entscheidender Stelle für eine weitreichende Operation aufzureissen, die Enge westlich von Saloniki von rückwärts zu öffnen und dadurch den Frontalangriff der Armee List zu unterstützen.»

Zehn Tage später, am 20. Januar 1941, findet eine Aussprache zwischen Hitler und Mussolini statt, an der die beiden Aussenminister und massgebende Gene-

räle teilnehmen. Das Protokoll hält die Ausführungen Hitlers – was Südosteuropa anbelangt – wie folgt fest:

«Grosse Bedeutung Finnlands für uns wegen des einzigen Nickelvorkommens in Europa. Russen sagen zu, uns die benötigte Nickelmenge auch zu liefern, aber nur so lange sie wollen. Finnland darf daher nicht mehr angestastet werden.

Demarche der Russen wegen unseres Aufmarsches in Rumänien hat stattgefunden und wird entsprechend abgewiesen werden. Russen werden immer unverschämt in den Zeiten, zu denen man ihnen nichts anhaben kann (Winter).

Der Aufmarsch in Rumänien verfolgt einen dreifachen Zweck:

- a) eine Operation gegen Griechenland
- b) Schutz Bulgariens gegen Russland und Türkei
- c) Sicherstellung der Garantie Rumäniens.»

Daraus wird ersichtlich, dass Hitlers erstes Ziel die Sowjetunion ist, dass der Aufmarsch gegen Rumänien ihm untergeordnet ist und dass selbst Überlegungen, die sich mit Finnland beschäftigen, letztlich nur aus dem Aspekt Sowjetunion erwachsen. Allerdings gibt Hitler in dieser Aussprache vor Mussolini seine Gedanken über einen möglichen deutsch-russischen Krieg nur in verhüllter Form preis:

«Von Amerika, auch wenn es in den Krieg eintritt, sehe ich keine grosse Gefahr. Die grössere ist der riesige Block Russland. Wir haben zwar sehr günstige politische und wirtschaftliche Verträge mit Russland, aber ich verlasse mich lieber auf meine Machtmittel. Von diesen würden daher sehr erhebliche Teile an der russischen Grenze gebunden und hindern mich, eine ausreichende Zahl von Menschen in die Rüstung zu geben, um dadurch die Rüstung der Luftwaffe und der Kriegsmarine auf das Höchste zu steigern. Solange Stalin lebt, ist wohl keine Gefahr; er ist klug und vorsichtig. Aber wenn er nicht mehr da ist, können die Juden, die jetzt nur in der 2. und 3. Garnitur vorhanden sind, wieder in die 1. Garnitur vorrücken. Man muss also vorsichtig sein. Die Russen suchen immer nach neuen Forderungen, die sie aus den Verträgen herauslesen. Deshalb wollen sie in diesen auch keine festen und präzisen Formulierungen.

Man muss also den Faktor Russland immer im Auge behalten und sich abdecken mit Kraft und diplomatischem Geschick.»

Mit dem Problem Sowjetunion beschäftigt sich in diesen Tagen auch ein ausführlicher Bericht des Büros Ha. In der Einleitung wird darauf hingewiesen, dass der Informant ein Amerikaner sei, der während Jahren als «Spezialist» in führender Stellung in Russland gearbeitet habe und der also «ebenso objektiv wie kompetent» sei. Der Bericht, so heisst es weiter, werde in den USA ausserordentlich ernst genommen.

Der amerikanische Experte selbst macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich jenem entgegenstellen, der sich ein klares Bild von der sowjetischen Wirtschaftslage machen will. Propagandazahlen vertuschen meistens die tatsächlichen Gegebenheiten. Sein Rapport enthält dann unter anderem folgende aufschlussreichen Aussagen:

«Es bleibt ... wahr, dass Russland heute an Kohle, Eisen, Stahl und elektrischer Kraft sehr viel mehr erzeugt als in der zaristischen Zeit... Das gleiche kann gesagt werden von der Maschinenindustrie, die unter dem Zarismus überhaupt nicht existierte. Aber die Kosten der Erfolge an der industriellen Front müssen auch berücksichtigt werden und sie sind ungeheuer hoch. Nur ein Land, das unter der Herrschaft eines erbarmungslosen und allmächtigen Despotismus stand, konnte jemals einen so hohen Preis an menschlichem Elend bezahlen, wie Russland ihn bezahlt, um Grossproduzent von Eisen, Stahl und Maschinen zu werden... So schwer die Opfer waren, welche die Bevölkerung zu bringen hatte, gab es auf industriellem Gebiet doch wenigstens etwas aufzuweisen. Anders in der Landwirtschaft. Statt Fortschritt war ein böser Rückschritt zu verzeichnen...

Stalin sah schliesslich ein, dass es in dem bisherigen Tempo nicht weitergehen konnte, dass dem russischen Volk etwas mehr Ruhe, etwas mehr Nahrung gewährt werden müsse. Demgemäss hielt sich der zweite Fünfjahresplan in bescheideneren Grenzen... Immerhin gab es in den Jahren 1934-36 weniger Elend... Die besseren Lebensverhältnisse bewirkten, dass die Arbeitsleistung ein wenig anstieg...

Die Schweigsamkeit der Sowjetregierung in Bezug auf den dritten Fünfjahresplan sowie die laufenden Produktionsziffern lässt auf Misserfolg schliessen. Auf dem Parteikongress von 1939 manipulierte Molotow nur mit Wertangaben und Prozentzahlen. Die Vermutungen auf Fehlschlag werden gestärkt durch die Pressekampagne für die ‚Straffung der Arbeitsdisziplin‘...

1940 stellt sich als ein Jahr dar, in welchem die normalen Ausfälle einer schlechten oder mässigen Ernte, industrieller Minderleistung, ungebührlich rapiden Kapitalverschleisses und wachsenden Rohstoffmangels durch den Kraftaufwand für den Finnischen Krieg und die Notwendigkeit, eine grosse Armee im Zustand dauernder Bereitschaft zu halten, intensiviert wurden. Aber auch wenn es keinen europäischen Krieg gegeben hätte, so würde die rapide Verschlechterung der Maschinerie und die Liquidierung oder Einkerkierung eines grossen Teils der Techniker und gelernten Arbeiter in jedem Fall die Sowjetunion in eine so schwierige Lage gebracht haben, dass nur neue Importe von Maschinen und Herbeiziehung ausländischer Techniker den Produktionsausfall, der seit 1938 in Erscheinung getreten war, hätten aufhalten können. Es ist dieser Tatbestand, der Sowjetrussland von Deutschland abhängig macht, solange es keine Kredite für neue technische Ausrüstung von irgendeinem andern Land erhalten kann.»

Ununterbrochen gehen dem Büro Ha Berichte aus Frankreich zu. Was es aus Sète erfährt, klingt nach einer Tragikomödie erster Güte. Dort haben die deutschen Behörden Weisung gegeben, ein ganzer Quai des Hafens sei für die Ankunft von leichten spanischen Schiffen frei zu machen, um die Ladung Orangen, die für Deutschland bestimmt waren, zu löschen. Zwar wurde dann der Quai freigehalten, aber die Schiffe erschienen nur sehr spärlich. Sie wollten sich nämlich nicht den Schikanen der für Sète zuständigen italienischen Waffenstillstandskommission aussetzen. Als das erste Schiff ankam, weigerten sich die Italiener, es abzufertigen, weil nach einer Waffenstillstandsbedingung neutrale Schiffe keine französischen Häfen anlaufen dürfen. Die Italiener nehmen es mit der «Neutralität» offenbar sehr genau und reihen auch die spanischen Schiffe in diese Kategorie ein. Nicht einmal die Intervention der deutschen Stellen brachte eine befriedigende Einigung, natürlich sehr zur Belustigung der französischen Bevölkerung.

Wo aber die Deutschen direkte Möglichkeiten zur Einflussnahme haben, machen sie rücksichtslos davon Gebrauch. So wurde – wie ein Gewährsmann dem Büro Ha berichtet – der französische Verband der Zigarettenpapier-Fabrikanten gezwungen, einem Vertrag zuzustimmen, der verlangt, dass das französische Zigarettenpapier in der Qualität dem deutschen angeglichen werden müsse. Dies bedeutet eine wesentliche Verschlechterung, denn das französi-

sche Zigarettenpapier ist auf dem internationalen Markt bisher führend. Weiter mussten sich die Franzosen der Vertragsklausel beugen, wonach die deutschen Konkurrenten die in Frankreich zu produzierende Menge bestimmen. Der Export des französischen Papiers hat überdies über den deutschen Verband zu gehen, und die Franzosen müssen schliesslich den Deutschen ein bestimmtes Quantum Rohmaterial liefern.

Politisch interessant sind die Informationen über die Verhaltensweise des französischen Volkes. Dem Büro Ha geht der Brief eines französischen Abgeordneten zu, der im Juli 1940 in der Nationalversammlung noch entschieden für Pétain gestimmt hat:

«Es gibt wenig ausgesprochen klare Meinungen über die Lage im Innern, vom Standpunkt der alten Politik aus. Die Franzosen denken allgemein, dass all dieses später wieder abebben wird, und dass erst das Ende des Krieges erlauben wird, klar zu sehen in dem Wirrwarr, der sich heute ‚nationale Revolution‘ nennt. Aber der grossen Persönlichkeit des Marschalls Pétain wird viel Achtung entgegengebracht. Diese Persönlichkeit ist unter den heutigen Umständen das einzige geistige und seelische Band, das alle Franzosen eint, mindestens diejenigen innerhalb der freien Zone. Ich bin sicher, wenn man das Volk heute abstimmen lassen würde, dann würde sich die Mehrheit um zwei Namen scharen: Pétain und de Gaulle. Wünschen wir, dass die Stimme des Volkes Gottes Stimme sein möge.»

Eine andere französische Quelle meldet gleichzeitig:

«Es ist interessant, dass man jetzt gelegentlich Pétain mit de Gaulle gleichsetzt, statt sie, wie früher, gegeneinander zu stellen. Für den

1. Januar hatte de Gaulle die Parole ausgegeben, die Franzosen sollten zwischen 1 und 2 Uhr mittags zu Hause bleiben und im Stillen Frankreichs gedenken. Daraufhin sah man in Marseille Klebezettel, die folgenden Wortlaut hatten:

„Entre une et deux heures il n’y a que des Allemands et des mégots dans les rues.

Vive la France! Vive Pétain! Vive de Gaulle!’...

Die Sympathie und die Bewunderung für England wachsen. Viele Franzosen denken – fast möchte man sagen: Tag und Nacht – darüber nach, auf welche Weise sie den Engländern helfen könnten. Und tatsächlich finden sie

sehr viel Hilfe, vor allem durch Nachrichtenübermittlung. Diese Hilfsbereitschaft geht bis in die höchsten französischen Verwaltungsstellen...

Das französische ‚2. Büro‘, das auf Anordnung der Deutschen aufgelöst worden war, ist wieder in Tätigkeit, und zwar unter Duldung des Kriegsministeriums (General Huntzinger), und zwischen dieser Organisation und dem Intelligence Service bestehen Querverbindungen.»

Diesem Bericht des Büros Ha aus dem unbesetzten Frankreich folgt einer aus dem besetzten Gebiet:

«In den grossen Städten, besonders in Paris, ist eine starke Spannung vorhanden, die verursacht wird vor allem durch die Arbeitslosigkeit und den Mangel an Lebensmitteln. In Paris gibt es seit drei Wochen fast kein Fleisch mehr...

Die Jugend in den Schulen, auf den Universitäten ist in ihrer Mehrzahl für de Gaulle...

Die Stimmung innerhalb der deutschen Truppen ist nach wie vor schlecht. Desertionen sind nicht selten, ebenso Selbstmorde... Man findet ausserordentlich viel Korruption unter den Besatzungstruppen.»

Der Bericht schildert dann einen Vorfall, der sich in Paris ereignet hat und der grelles Licht auf die Stimmung der Bevölkerung wirft:

«In einem Pariser Kino zeigt die deutsche Wochenschau Eisenbahnwagen voller Kartoffeln, die angeblich aus Deutschland gekommen und an die Bevölkerung verteilt worden seien. Die ganze Zuschauerschar lacht höhnisch, denn seit Wochen bekam man kaum noch Kartoffeln zu sehen in Paris. Ein deutscher Offizier steht auf und schmettert in den Saal hinein: ‚Meine Herrschaften, Sie sollten nicht vergessen, dass Sie die Besiegten sind.‘ Daraufhin sagt ein Franzose ganz laut: ‚Nous ne sommes pas vaincus, nous sommes vendus.‘»

Die Schweiz steht weiterhin unter Druck. Ein Bericht aus Basel, den das Büro Ha erhält und am 13. Januar 1941 weitergibt, zeigt auf, wie kritisch die Bevölkerung gegenüber einzelnen obrigkeitlichen Massnahmen ist, erhellt aber auch, wie unverschämt sich in diesen Monaten die Deutschen und schweizerischen Nazi-Freunde benehmen:

«Zu den Bombenabwürfen englischer Flieger auf Basel und Zürich ist zu sagen, dass die Bevölkerung weniger über die Bombardierungen erbittert ist

als darüber, dass die Verdunkelung weiter aufrechterhalten wird, die man nur als Verbeugung gegenüber Deutschland betrachtet... Wie bekannt, kam die am Winkelriedplatz wohnende Damenschneiderin Ida Zorn-Roth durch das Bombardement um. Ihr Mann ist deutscher Offizier und befand sich gerade in Freiburg (Br.) auf Urlaub. Die Beerdigung wurde von der deutschen Kolonie entsprechend aufgezogen. Grosse Beteiligung, u.a. der deutsche Konsul und der Ortsgruppenführer Geiler, Hakenkreuzfahne, deutscher Gruss. Dann erschien ein deutscher Bomber mit Trauerschleife über dem Hörnli-Friedhof, warf einen Kranz ab und konnte unbehelligt von dannen ziehen. Nachher kam es von Seiten anderer Friedhofbesucher zu einer kleinen Demonstration gegen die Deutschen, die sich höchst ungeniert benahmen.»

In einem militärischen Bericht vom 17. Januar 1941 sagt das Büro Ha noch häufigere Verletzungen des schweizerischen Luftraumes durch die deutsche Luftwaffe voraus:

«Die Einbeziehung der Schweiz in den deutschen Luftraum wird sich von jetzt an infolge der notwendig gewordenen laufenden Umgruppierungen der zum Einsatz kommenden Fliegerverbände... rasch vollziehen... Mehr noch als der Luftraum Ungarns wird... der Luftraum der Schweiz dem deutschen Luftraum gleichgestellt und von jetzt an laufend und zunehmend überflogen werden. Widerstand gegen diese Einbeziehung des schweizerischen Luftraumes in den deutschen wird von den massgebenden Stellen des Reiches nicht erwartet.»

Dieser Formulierung setzt das Büro Ha ironisch hinzu:

«Dass man im deutschen Wehrmachts-Oberkommando Widerstand schweizerischerseits gegen die zunehmende Einbeziehung des schweizerischen Luftraumes in den Operationsbereich der Achse nicht befürchtet, ist für jedermann verständlich, der die Communiqués des Armeestabes der letzten Wochen las, die sich mit den Überfliegungen schweizerischen Hoheitsgebietes befassten. In der schweizerischen Öffentlichkeit bis zum einfachsten Mann der Strasse haben diese Vernehmlassungen Kopfschütteln und tiefes Missbehagen erregt. Insbesondere alle jene, welche die deutschen Bomber im strahlenden Sonnenschein an ihren Hoheitszeichen als solche erkannten (z.B. die Bewohner Zürichs) staunten, dass man die Abwehr nicht in Aktion

treten lassen konnte, weil Nebel die Sicht und die Feststellung der Nationalität der Flugzeuge behinderte... Dass es der obersten Landesbehörde am Charakter, dem Willen zum Kampf und der notwendigen Standfestigkeit fehle, darauf deute die Art, wie man deutsche Verletzungen unserer Neutralität zu entschuldigen suche, während man die englischen als böswillig deklarieren; darauf deute des fernern, dass man gegen englische Flugzeuge das Feuer eröffne, während man die deutschen Maschinen zirkulieren lasse. Unsere Flieger hätten ein Verbot (so murt das Volk), deutsche Flugzeuge zu beschliessen... Die mangelnde Standfestigkeit des Bundesrates dokumentiere sich aber auch in der Auslieferung des Kriegsmaterials an Deutschland, welches die französischen und polnischen Internierten in unser Land gebracht hätten.»

Diese politisch bedeutungsvollen Anmerkungen schliessen mit den Worten:

«Es muss auf irgendeinem Wege angestrebt werden, dass nicht der General mit seinem Namen Dinge decken muss, für welche in Tat und Wahrheit der Bundesrat verantwortlich ist.»

Wie die obersten zivilen und militärischen Instanzen die Frage der Behandlung der in der Schweiz kriegsinternierten Franzosen und Polen entscheiden werden und was sie mit dem von diesen ausländischen Truppen in die Schweiz eingeführten Kriegsmaterial zu tun gedächten, beschäftigt in diesen Wochen das Schweizervolk umso mehr, als der Bundesrat zu diesem Thema eine offizielle Erklärung abgibt, die nicht zu befriedigen vermag. Allein der Umstand, dass der Bundesrat zur Erhärtung seiner Haltung auf die Kriegslage von 1870/71 zurückgreift, muss misstrauisch stimmen. Es ist doch völlig klar, dass die heutige Lage mit dem Waffenstillstand zwischen Deutschland und Frankreich, aber gleichzeitig mit dem Andauern des Kriegszustandes zwischen diesen beiden Ländern und auch zwischen Polen und Deutschland eine grundlegend andere ist als jene während des isolierten französisch-deutschen Krieges. Energrisch wehrt sich das Büro Ha in einer «Politisch-militärpolitischen Betrachtung» vom 19. Januar 1941 gegen folgende Thesen des Bundesrates:

«1. Es sei nicht Sache der Schweiz, im Hinblick auf die zu entlassenden Internierten, soweit sie Elsässer und Lothringer sind, zu untersuchen, wel-

che Verwendung diese Personen im weiteren Kriegsverlauf finden.

2. Es sei mehr oder weniger gleichgültig, ob die Schweiz das Kriegsmaterial, das die französischen Truppen in die Schweiz mitgebracht haben, dorthin zurückliefern, wohin sie auch die Internierten entlasse (also nach Frankreich), oder ob sie dieses Material gleich direkt nach Deutschland schicke, das es ja auf jeden Fall, gemäss deutsch-französischer Vereinbarung, erhalten würde.

3. Dagegen, dass die Schweiz das Kriegsmaterial dem mit Grossbritannien und dessen Verbündeten kriegführenden Deutschland in die Hand spiele, könnten rechtlich Grossbritannien und dessen Verbündete nichts einwenden.

4. Die Entlassung der internierten Polen sei zum Teil eine Angelegenheit, welche der Bundesrat mit der französischen (!!) Regierung regeln wolle, und zwar auf Grund der Zusage dieser Regierung, diejenigen Polen zurückzunehmen, die schon bei Kriegsausbruch in Frankreich niedergelassen gewesen seien.»

Zu Punkt 1 stellt das Büro Ha fest, dass die Annexion von Elsass und Lothringen durch die deutsche Reichsregierung inmitten des Waffenstillstands einen «rechtswidrigen Akt» darstelle. Zudem müsse dem Bundesrat bekannt sein, dass die völkerrechtlich nach wie vor französischen Staatsbürger dieser Region nun allein den deutschen, nationalsozialistischen Gesetzen unterstünden und deshalb «jederzeit auch zum Dienst in der deutschen Wehrmacht herangezogen werden können». «Indem diese Personen», so fährt der Bericht fort, «von der Schweiz in ihre Heimat entlassen werden, geraten sie in die Gewalt des Kriegsfeindes Frankreichs.»

Zu Punkt 2 macht das Büro Ha aufmerksam, dass es nicht gleichgültig sein könne, ob sich die Schweiz als neutraler Staat zu Mittlerdiensten in einem Handel hergebe, durch den eine unter dem Druck der feindlichen Besatzungsmacht stehende französische Regierung ihre eigenen Waffen dem bisherigen Feind zum Gebrauch gegen die bisherigen Freunde und Bundesgenossen zur Verfügung stelle, oder ob sich dieselbe neutrale Schweiz zu diesem traurigen und beschämenden Geschäft nicht bereitfände.

Zu Punkt 3 stellt Hausamann unmissverständlich fest, es sei mit der Haltung der Schweiz als neutralem Staat nicht vereinbar, dass das Frankreich gehören-

de Kriegsmaterial, statt der französischen Regierung, der deutschen Regierung ausgeliefert werde.

Zu Punkt 4 hat Hausamann nur ein «Kopfschütteln» übrig. Er betont, dass die französische Regierung in dieser Frage so wenig zuständig sei wie etwa die Regierung Uruguays!

Im Schweizervolk greift die gedrückte Stimmung um sich. Das Büro Ha berichtet mit nicht erlahmender Akribie. Es weiss, was davon abhängt. Dass es wenigstens in der Armeeführung offene Ohren findet, geht aus einem Brief hervor, den General Henri Guisan am 13. Februar 1941 dem Vorsteher des Eidgenössischen Departementes des Innern, Bundesrat Philipp Etter, schreibt:

«Seit Anfang dieses Jahres haben die Offiziere, die mit Vorträgen über militärische Fragen beauftragt sind, feststellen können, in welchem Masse diese Vorträge bei allen Klassen der Bevölkerung einem allgemeinen und tiefgehenden Informationsbedürfnis entgegenkommen.

Aber dieses Bedürfnis beschränkt sich nicht auf militärische Fragen: es erstreckt sich auf alle Fragen moralischer, geistiger, historischer, wirtschaftlicher und sozialer Art, die unsere Existenz als Nation und die Erhaltung unserer Unabhängigkeit zur Zeit aufwerfen...

Um den Schwierigkeiten und den furchtbaren Drohungen, die das Jahr 1941 bringen kann, zu begegnen, ist es aus äusseren und innern Gründen notwendig, die geistige Haltung und die Nerven des Landes zu härten. Kein Mittel, das dazu dienen könnte, darf unversucht gelassen werden.»

Die «gehärteten Nerven» scheinen vor allem dem Bundesrat zu fehlen – zumindest einzelnen seiner Mitglieder. Entsprechend interpretiert das Ausland deren Politik. Berlin bekundet durch Worte und Taten immer deutlicher, dass es das «Stachelschwein Schweiz» nicht als allzu ernstzunehmende Grösse betrachtet. Die Westmächte, vor allem Grossbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika, verfolgen alles, was sich in der Schweiz abspielt, mit äusserster Skepsis.

«In Washington ist man der Schweiz gegenüber alles andere denn wohlwollend eingestellt. Man registriert mit Missbehagen Haltung und Politik des Chefs des Eidgenössischen Politischen Departementes und fürchtet, er werde die Schweiz sukzessive so stark an die Seite der Achsenmächte manövrieren, dass es Washington zu guter Letzt verunmöglicht werde, den Be-

dürfnissen der Schweiz Rechnung zu tragen.» So berichtet das Büro Ha am 10. Februar 1941 ans Armeekommando. Dies ist nicht erstaunlich, wenn man weiss, was ein amerikanischer Diplomat bereits am 29. Oktober 1940 nach Washington gemeldet hat. Dieser gab ein «Memorandum» über ein mit Bundesrat Pilet-Golaz geführtes Gespräch an seine oberste Dienststelle weiter. Darin hiess es, Pilet-Golaz habe zunächst darüber gesprochen, dass der betreffende Amerikaner nicht mehr länger im Wattenwylhaus, das dem Bund gehört, wohnen könne. Erstens einmal brauche die schweizerische Regierung diese Villa mehr und mehr für Repräsentationszwecke, zweitens aber könne sie es nicht mehr dulden, darin einen ausländischen Diplomaten zu beherbergen, «vor allem nicht den Vertreter eines Landes, das in den europäischen Krieg verwickelt werden könnte». Als seine Frau – so berichtete der Diplomat weiter-Bundesrat Pilet-Golaz gefragt habe, ob er persönlich glaube, Amerika werde bald in den Krieg eintreten, habe der Aussenminister geantwortet, dass er das zwar nicht hoffe, dass die USA aber so oder so zu spät kämen. Amerika sei auch im letzten Krieg zu spät gekommen, um ihn zu einem befriedigenden Abschluss zu bringen. Auf den Einwand, dies stehe nicht fest, und auf die Bemerkung, dass die Amerikaner weiter an das Überleben der Demokratie glauben, habe Pilet-Golaz geantwortet, es gäbe nicht mehr länger eine Demokratie zu erhalten, und da gegenwärtig nirgends mehr Demokratie bestehe, wäre es klüger, so rasch wie möglich Frieden zu schliessen.

Die Meldung des Diplomaten hatte folgenden Wortlaut:

«I asked him if he thought personally that we would soon be in the war. He replied that he certainly hoped not; that, at any rate, we were too late. We had even been too late during the last war to bring it to a satisfactory close. I said I had been under the impression that that had not been the case and that I didn't believe it was ever too late to make an effort to support the democratic countries with social principles such as our own, and that I continued, as an American, to believe in the survival of democracy. Thereupon he said that there is no longer any democracy to preserve and, incidentally, that democracy actually never existed and that wisdom demands that peace should be made as soon as possible.» So erstaunt denn nicht mehr, was der amerikanische General Henry J. Reilly, der 1918 eine amerikanische Brigade in Frankreich befahl, nun

nach einem längeren Aufenthalt in Vichy einem Mittelsmann des Büros Ha gegenüber in Genf erzählte.

General Reilly behauptete, von Roosevelt den Auftrag erhalten zu haben, sich in der Schweiz über zwei Punkte Klarheit zu verschaffen: 1. die Wirtschaftslage der Schweiz, 2. das mögliche Verhalten der Schweiz im Kriegsfall. Das Büro Ha berichtet am 22. März 1941 über dieses Gespräch ans Armeekommando:

«Er äusserte sich sehr befriedigt über seine Gespräche mit General Guisan... Das wesentliche Merkmal der Eidgenossenschaft erblickt er darin, dass Armee und Volk eine Einheit bilden, so dass sich in der Armee der Volkswille am reinsten verkörpere. Er misst dem Rapport des Generals auf dem Rütli und der Ansprache des Generals an der Morgarten-Feier im Zusammenhang mit dem Mobilisationsbefehl für Überfall grosse Bedeutung zu... Andererseits bekam Reilly von Politikern und Wirtschaftlern oft zu hören, dass ein zu starker Teil der Armee unter den Waffen gehalten werde... Das beunruhigte Reilly, weil er ‚die Schweiz nur solange frei sehe, als sie die Armee unter den Waffen behalte‘. Er erhielt ausserdem den Eindruck, dass Armeekommando und Bundesrat in der Beurteilung der aussenpolitischen Lage verschiedener Auffassung seien. Er ist beunruhigt, weil er im Eidgenössischen Politischen Departement die Tendenz zu einer Kompromisspolitik festgestellt habe. Auch in Amerika hätten die Diplomaten Mühe gehabt, sich zur Einsicht durchzuringen, dass Kompromisse mit dem Deutschland Hitlers unmöglich sind... Obschon General Reilly persönlich von dem Widerstandswillen der Armeeleitung überzeugt ist, haben ihn die Äusserungen einiger wirtschaftlicher und politischer Führer sehr unsicher gemacht. Er sei verpflichtet, darüber im Weissen Haus zu berichten...

Er hat in der politischen Haltung in der welschen und in der deutschen Schweiz, soweit es sich um das einfache Volk handle, keine wesentlichen Unterschiede bemerken können...

Es sei dem Einfluss deutscher Emigranten zuzuschreiben, wenn immer noch auf Aufstände in Deutschland gehofft werde. Das Problem, die amerikanische Automobilindustrie in eine Waffenindustrie umzuwandeln, dürfe nicht unterschätzt werden. Die Umorganisation benötige ein Jahr, während ein

weiteres Jahr notwendig sei, um Produktionserfahrungen zu sammeln. Mit der Umorganisation sei vor acht Monaten begonnen worden...

Wie Deutschland, so werde auch Japan in Amerika noch unterschätzt. Japan könne plötzlich losschlagen und man dürfe sich durch die gegenwärtige Zurückhaltung der japanischen Diplomatie nicht in falsche Sicherheit wiegen lassen.»

Verstärkter deutscher Einfluss auf die Schweiz

Inzwischen mehren sich die Zeichen verstärkten nazistischen Druckes in der Schweiz. Als der Skiklub Staffel, Zürich, in seinem Mitteilungsblatt seinen Freunden und Bekannten vor wenigen Tagen bekanntgab, dass er die Sennhütte Stoos ob Schwyz nicht mehr gepachtet habe, schien dies der breiten Masse der Leser eine zwar betrübliche, aber sonst doch wohl unbedeutende Nachricht. Das Büro Ha aber ging der Sache nach. Am 13. Februar 1941 berichtet es über die Stoos-Hütte:

«Dieselbe ist vom Deutschen Turnerverband in Zürich für diesen Winter übernommen worden.»

Die Information erhält damit politischen Hintergrund. Ebenfalls von Deutschland in die Schweiz hinein spielt das, was das Büro Ha am folgenden Tag in einem Spezialbericht meldet:

«Wie erinnerlich wurde seinerzeit der ‚Zürcher Illustrierten‘ die Veröffentlichung des Erlebnisberichtes ‚Frontkämpfer Chester‘ durch die Abteilung Presse und Funkspruch verboten. Jetzt erscheint der Bericht in der Hamburger Zeitschrift ‚Das Illustrierte Blatt‘. Über die Aufmachung braucht man keine Worte zu verlieren.

Vom Verfasser des Erlebnisberichtes, Walther ob Hohlenstein (Pseudonym) ist Folgendes zu sagen: es handelt sich um Joseph Anton Hostenstein, geb. 20. 1. 1906, heimatberechtigt in Kirchberg (St. Gallen), Absolvent des Progymnasiums Beromünsters, wohnhaft in Zürich... Der richtige Name des englischen Gewährsmannes von Hostenstein, des Frontkämpfers Chester, ist: Cooper...

Ich könnte mir vorstellen, dass man die Einfuhr der Zeitung verbietet, nachdem man der ‚Zürcher Illustrierten‘ die Publikation des ‚Chester-Berichtes‘ untersagte.»

Die Frage, ob die Schweiz bald in den Strudel der Ereignisse hineingerissen werde oder ob Hitler-Deutschland aus verschiedenen Gründen vorderhand von

einem Überfall auf die Schweiz absehen werde, steht selbstverständlich an der Spitze aller politischen Überlegungen jener, denen die Unabhängigkeit des Landes am Herzen liegt. Am 13. Februar 1941 vertritt das Büro Ha die Meinung, Berlin gehe weiterhin von der Überzeugung aus, die Besetzung der Schweiz lasse sich «ohne grosse Schwierigkeiten bewerkstelligen». Es hegt auf der Hand, dass jene Berliner Stellen, die sich mit diesen Problemen zu beschäftigen haben, aufmerksam registrieren, wieviel Truppen die Schweiz unter den Fahnen hält. Politisch scheint für die Reichsführung der ständig sinkende schweizerische Widerstandswille festzustehen, so dass sich eine rasche Aktion keineswegs aufdränge. Berlin glaubt fest, dass eventuelle neue deutsche Siegesmeldungen – zum Beispiel anlässlich des zu erwartenden Balkanfeldzuges – das «Hoch» der schweizerischen Volksstimmung bald wieder in ein «Tief» verwandeln werden. Hierzu das Büro Ha:

«In den verflossenen Monaten war sozusagen in keinem Bericht mehr von der Schweiz die Rede. Erst seit etwa 8 Tagen besagen die hier eingehenden Nachrichten, dass in den zuständigen Berliner Kreisen wieder vermehrt von der Schweiz geredet werde, und zwar im Zusammenhang mit Gesprächen, welche die Organisierung des europäischen Kontinentes zum Gegenstand haben. Man könne deutscherseits nicht dulden, dass, nachdem alle Staaten des europäischen Kontinentes den militärischen und wehrwirtschaftlichen Bedürfnissen der Achse Rechnung tragen, in der Mitte des Kontinentes ein Kleinstaat aus der Reihe tanze. So klein die Schweiz sei, bedeute sie für die Achse doch eine Gefahr. Denn sie biete Unterschlupf all jenen Elementen, deren Trachten danach gehe, die Pläne der Achse zu durchkreuzen. Auch werde in der Schweiz nach wie vor eine Staatsauffassung kultiviert, welche den in den totalitären Staaten gelehrtens Ansichten diametral entgegenstehe. Die Beherrschung der Schweiz sei aber auch mit Blick auf die mögliche Entwicklung des Kriegsgeschehens ein absolutes Erfordernis.

Soweit, was den neuesten Berichten zu entnehmen ist. Ich würde darüber nicht berichten, wenn ich nicht vor einigen Tagen die Ansicht einer besten amerikanischen Quelle zur Kenntnis erhalten hätte. Persönlich bin ich nach wie vor der Auffassung, dass der Schweiz nichts geschieht, solange sie Truppen in achtungsgebietender Stärke unter den Waffen hält.

... In diesem Zusammenhang ist interessant zu wissen, dass der deutsche Nachrichtendienst in der Schweiz vorzügliche Arbeit leistet. Berlin ist über alles, was in unserem Land geschieht, so gut (stellenweise besser) informiert, als wir selbst es sind. Dass man deutscherseits für den in der Schweiz unterhaltenen Apparat so viel aufwendet, mahnt immerhin zum Aufsehen.» Gleichentags beschäftigt sich das Büro Ha mit dem Balkan und sagt baldige kriegerische Verwicklungen vor allem für Jugoslawien voraus.

Jugoslawien fällt und erhebt sich zugleich

Am 14. Februar 1941 empfängt Hitler den jugoslawischen Ministerpräsidenten Zvetkowitz und dessen Aussenminister Markowitsch auf dem Obersalzberg. Die Meldung des Büros Ha vom 20. Februar nimmt darauf Bezug: «Die Sowjetregierung hat am 18.2. die Reichsregierung wissen lassen, dass sie gemäss dem deutsch-russischen Konsultativ-Abkommen bisher jede einseitige Einmischung in den Krieg zwischen Italien und Griechenland unterlassen habe und dass sie ein gleiches Verhalten auch von der Reichsregierung erwarte. Die Sowjetregierung hat der Reichsregierung bekanntgegeben, dass nach ihrer Ansicht das Eingreifen des Reiches in den italienisch-griechischen Konflikt, sofern sich dieses nicht auf den albanischen Kriegsschauplatz und auf die dritte Staaten nicht berührende Waffenhilfe an Italien beschränke, mit der Aufrechterhaltung des Friedens auf dem Balkan nicht vereinbar sei und zu unübersehbaren Folgen führen könne.

Dieser Schritt der Sowjetregierung ist unmittelbar nach der Rückkehr der jugoslawischen Minister von ihrer Berghoffahrt erfolgt. Der russische Botschafter in Berlin hat auf Weisung Molotows zu diesem Zweck den Reichsaussenminister aufgesucht.»

Durch die Achsenmächte wird der Balkan politisch systematisch bearbeitet. Dem am 27. September 1940 in Berlin zwischen Deutschland, Italien und Japan unterzeichneten Dreimächte-Pakt, der sich die Schaffung einer «neuen Ordnung in Europa» und im «grossostasiatischen Raum» zum Ziel gesetzt hat, sind am 20. November 1940 Ungarn, am 23. November Rumänien und am 24. November 1940 die Slowakei beigetreten. Ihnen folgt nun am 1. März 1941 Bulgarien.

In diesen Wochen befindet sich unter den regelmässig vom Büro Ha weitergeleiteten militärischen Informationen ein Bericht, der die bevorstehende Bewegung auf dem Balkan deutlich macht:

«In Rumänien lagen vor etwa 10 Tagen 18 deutsche Divisionen...

Seit dem 10.2. sind alle im Raum Wien-Leithagebirge festgestellten einsatzbereiten Heeresseinheiten abtransportiert worden. Es kamen nach Ungarn, Gegend zwischen Budapest und jugoslawische Grenze, die 168. und die 232. Division,

nach Rumänien, Raum von Konstanza, die 167., die 172., die 214. und die 219. Division.

Für den Abtransport der 214. Division waren nur 38 Extrazüge, für die 219. Division deren 41 notwendig. Von beiden Divisionen waren die Stäbe mit einem Teil der Truppen schon früher nach Rumänien verlegt worden.

Auf dem Fliegerhorst Schwechat wartet ein Jagdgeschwader, das aus dem Geschwader Immelmann hervorgegangen ist, auf Abflugbefehl nach Rumänien.»

Am 24. Februar gibt das Büro Ha eine «Kurzmeldung» von Bedeutung durch:

«Sofern nicht Russland mit seinem diplomatischen Spiel noch einen Strich durch die deutsche Rechnung macht (bzw. wenn Deutschland den russischen Einspruch schlussendlich übergehen sollte), ist in den ersten Märztagen mit kriegerischen Operationen der deutschen Wehrmacht über bulgarisches Territorium gegen Griechenland, des fernern (ebenfalls aus Bulgarien heraus) gegen Jugoslawien zu rechnen.»

Dieser Information folgt am 1. März 1941, dem Tag des Beitritts Bulgariens zum Dreimächtepakt, vom Büro Ha ein politischer Lagebericht aus Jugoslawien:

«Jugoslawischer Gewährsmann hat ‚kurzberichtet‘, dass Jugoslawien fest entschlossen sei, unter allen Bedingungen am Standpunkt der vollkommene Neutralität festzuhalten, unter keinen Umständen den Transit von deutschen Truppen und Kriegsmaterial durch Jugoslawien zu dulden, die Überfliegung jugoslawischen Hoheitsgebietes zu verwehren und die Benützung jugoslawischer Flugplätze zu verweigern. Der grössere Teil der Formationen der jugoslawischen Armee sei, soweit das nicht schon so war, in letzter Zeit in aller Heimlichkeit auf Kriegsstärke gebracht worden.

(Anmerkung Ha: die Meldung stammt aus jugoslawischen Militärkreisen. Ich zweifle nicht daran, dass die Armee tatsächlich gewillt ist, zu kämpfen,

wenn die jugoslawischen Grenzen von fremden Heeren überschritten werden sollten. Ob aber nicht die Politiker den Soldaten in den Arm fallen? Es sieht leider stark danach aus. Vergessen wir nicht, dass schon in mehreren Ländern kampfgewillte Berufssoldaten Stellung annahmen und ‚zu Befehl‘ sagten, wenn die Politiker umfielen und den Kampf abbliesen.)»

Wieder einmal sollte Hausamann recht bekommen. Der erste Schlag erfolgt noch am gleichen Tag, indem die deutschen Truppen in das nun verbündete Bulgarien einmarschieren. Dazu erfährt das Büro Ha, dass Reichsaussenminister von Ribbentrop in seiner Aussprache mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Filoff die Versicherung abgegeben habe, das Reich lege auf die Mitwirkung der bulgarischen Armee bei der Verfolgung der deutschen Ziele nur insoweit Gewicht, als die bulgarische Armee ihr Land an der Südostgrenze mitzuschützen und vor dem Bolschewismus zu bewahren habe. Dass darin die Möglichkeit eines Zusammenstosses zwischen dem Reich und der Sowjetunion liegt, kann wohl nicht bestritten werden. Offensichtlich ist auch Russland selbst auf diese Wendung vorbereitet. Dies geht jedenfalls aus einem Brief hervor, der dem Büro Ha von einem «politisch auf bürgerlichem Boden stehenden Russlandkenner, auf dessen Urteil man etwas geben darf», zuing, und dessen Inhalt am 4. März 1941 ans Armeekommando weitergegeben wird:

«Man weiss heute, dass Moskau fieberhaft rüstet, dass es sich gegen Osten sichern will, indem es mit Japan zu irgendeinem vorläufigen Kompromiss kommen will, bis es in Europa sieht, was vor sich geht. Am russischen Radio sagt man dem russischen Volke jeden Tag: ‚Seid auf alles gefasst! Der Krieg kann jeden Tag ausbrechen. Habt keine Angst, Eure Regierung verrät die Weltrevolution nicht, sie wird keine Interessen der Sowjetunion opfern, sei es für wen es wolle!‘ Man geniert sich auch gar nicht, Deutschland in Vorträgen ziemlich unfreundlich zu behandeln, und über den Nationalsozialismus kann man recht pikante Sachen erfahren. Die Militärspezialisten bewerten die Chancen eines deutschen Sieges gegenwärtig nicht hoch...»

Wie das Büro Ha aber bereits früher kommentierte, wird dem Zusammenstoss zwischen dem Reich und der Sowjetunion der deutsche militärische Kraftakt in Jugoslawien vorausgehen.

Am 7. März 1941 meldet das Büro Ha die Existenz eines slowenischen und eines kroatischen Freikorps, die im Raume Klagenfurt-Villach gebildet worden sind und die zum Einsatz gelangen sollen, «wenn mit deutscher Unterstützung und auf deutsche Anregung hin slowenische und kroatische Separatisten die Forderung auf Autonomie für ihre Länder anmelden». Es ist geplant, Slowenien und Kroatien in gleicher Weise der Achse anzugliedern wie die Slowakei. Damit soll Jugoslawien geschwächt und deutschen Wünschen gefügig gemacht werden. Der Büro-Ha-Bericht stellt eindeutig fest:

«Mit Vorstößen in der Richtung, wie vorstehend angedeutet, ist schon bald zu rechnen.»

Schon am Tag darauf informiert das Büro Ha wie folgt:

«Das deutsche O.K.W. hat Beschluss gefasst, auch in Jugoslawien einzumarschieren. Nach erfolgtem Einmarsch auch in Jugoslawien wird seitens Deutschlands ein Ultimatum an Griechenland gerichtet, gegebenenfalls Griechenland durch entsprechende militärische Massnahmen zur Akzeptierung der deutschen Bedingungen gezwungen.

Nach Unterwerfung aller Balkanländer wird der deutsche Druck auf die Türkei einsetzen mit dem Ziel, England in seinen östlichen Mittelmeerpositionen zu treffen.

Mit Russlands Eingreifen ist auch in dieser Phase der Entwicklung nicht zu rechnen.»

An diesem gleichen 8. März beginnt Jugoslawien, Reservisten in grösserer Zahl einzuberufen. Dagegen erhebt der Vertreter des Deutschen Reiches in Belgrad Einspruch. Am 12. März kann das Büro Ha mitteilen, dass in Jugoslawien bereits «wenigstens 70'000 Reservisten aller Waffen» einberufen seien. Nun überstürzen sich auch in Südslawien die Ereignisse. Am 20. März 1941 scheinen sie zwar – oberflächlich gesehen – zu einem Abschluss zu kommen, indem der jugoslawische Ministerrat mit zehn gegen drei Stimmen – bei fünf Enthaltungen – den Beitritt zum Dreimächtepakt beschliesst. Dass in einem Paragraphen ausdrücklich militärische Verpflichtungen ausgeklammert werden, ändert an der grundsätzlichen Situation wenig. Ob der Spannung zwischen Volk und Armee einerseits und kompromissbereiten Politikern andererseits bricht eine Kabinettskrise aus, die am 27. März in einen eigentlichen Staats-

streich mündet: Prinzregent Paul und das Kabinett Zwetkowitsch werden gestürzt, General Simowitsch übernimmt die Regierung, und Kronprinz Peter wird zum König ausgerufen. In Belgrad setzen heftige deutschfeindliche Kundgebungen ein. Am 29. März, dem Tag, da die deutschen und italienischen Staatsangehörigen Jugoslawien zu verlassen beginnen, kommentiert das Büro Ha die Lage mit den Worten:

«Über die Tragweite des Sturzes der jugoslawischen Regierung sind das Reichsaussenministerium und die leitenden Persönlichkeiten im Wehrmacht-Oberkommando selbstverständlich nicht im Zweifel. Die neue Belgrader Regierung wird weder das jugoslawische Bahn- und Strassennetz, noch den jugoslawischen Luftraum, noch die jugoslawischen Vorräte an Nahrungsmitteln für die Bedürfnisse der deutschen Wehrmacht, die gegen Griechenland, England und die Türkei in und über Bulgarien eingesetzt werden soll, zur Verfügung stellen. Erst recht nicht wird sie etwas zugunsten der Italiener in Albanien tun. Die entsprechenden geheimgehaltenen deutschen Vereinbarungen mit der gestürzten Regierung sind gegenstandslos geworden.»

Zwar weiss man zu diesem Zeitpunkt noch nicht, ob und wie die deutsche Regierung ihre Pläne geändert hat. Die Frage ist offen, ob sie nun trotz des sichtbar gewordenen Widerstandes zunächst Jugoslawien niederwerfen will oder ob sie ihre Heeresverbände im ganzen Südostraum vorher auf eine breitere Basis stellen wird. Bekannt wird nur, dass die sofortige Bereitstellung einer weiteren Armee gegen das nördliche Jugoslawien (Kroatien und Slowenien) befohlen ist.

Jugoslawien selbst bemüht sich auf diplomatischer Ebene um Hilfe. Die neue Regierung nimmt mit der Sowjetregierung die Kontakte wieder auf, die von ihrer Vorgängerin fallen gelassen und gegen solche mit den Achsenmächten eingetauscht wurden. Am 5. April unterzeichnen der sowjetische Aussenminister Molotow und der jugoslawische Gesandte Gawrilowitsch in Moskau ein Abkommen, dessen zwei entscheidende Artikel lauten:

«Art. 1: Die beiden Vertragspartner verpflichten sich, sich jeder Angriffshandlung gegeneinander zu enthalten und ihre Unabhängigkeit, ihre souveränen Rechte und ihre territoriale Integrität gegenseitig zu respektieren.

Art. 2: Falls einer der beiden Vertragspartner von einem dritten Staat ange-

griffen wird, verpflichtet sich die andere vertragschliessende Partei zur Beobachtung einer Politik freundschaftlicher Beziehungen zum Vertragspartner.»

Wenige Stunden später bricht der Krieg aus. Die Reichsregierung lässt in Belgrad eine Note überreichen, in der behauptet wird, «eine Clique von Verschwörern» habe nach dem Staatsstreich «eine ebenso dumme wie verbrecherische Antwort» auf die deutschen Anfragen gegeben und «ein unerhörter Terror habe in ganz Jugoslawien gegen Personen und Gut der Achsenmächte eingesetzt». Die Note schliesst mit der brutalen Formel, es sei den deutschen Truppen daher der Befehl erteilt worden, Ruhe und Ordnung in Jugoslawien wieder herzustellen. Gleichzeitig erklärt das Reich Griechenland den Krieg, und Italien zieht beiden Ländern gegenüber nach.

Inzwischen ist das Büro Ha in den Besitz von Informationen über die Vorgänge des jugoslawischen Staatsstreiches vom 27. März gelangt:

«Offiziere der jugoslawischen Luftwaffe, entschlossen, die Unterwerfung ihres Landes unter Deutschland zu beenden, waren die ursprünglichen Initianten der Bewegung. Sie wurden in der Folge durch Offiziere der königlichen Garde unterstützt, deren Pflicht der Schutz des Königs ist. Die ebenfalls zum Handeln entschlossene Armeeleitung versammelte sich in der Nacht des Umsturzes um Mitternacht im Kriegsministerium, wo sie die telephonischen Meldungen ihrer Untergebenen abwarteten – alle Offiziere der Luftwaffe –, welche sich zur Aufgabe gemacht hatten, die das Land verkaufenden Kabinettsmitglieder in Haft zu setzen, die öffentlichen Gebäude zu besetzen usw. Nachdem diese Aktion mit Erfolg durchgeführt und alle Regierungs- und öffentlichen Gebäude besetzt worden waren, begab sich General Simowitsch zum königlichen Palast und verlangte, dass der König geweckt würde. Der junge König, im Morgenrock, mit schlaftrunkenen Augen, erschien. Er wurde von General Simowitsch mit folgenden Worten angesprochen: ‚Majestät, von jetzt an sind Sie König Jugoslawiens und üben selbst die Herrschaftsrechte aus.‘

Herr Zwetkowitsch wurde nach Mitternacht gefangengenommen. Bei seiner Ankunft im Kriegsministerium drang er auf eine Besprechung mit General Simowitsch. ‚In wessen Namen haben Sie die Macht ergriffen?‘ waren seine

ersten Worte an seinen Nachfolger. ‚Im Namen §derjenigen, die Sie nie vertreten haben, im Namen des Volkes‘, war die kurze Antwort des Generals.› Das Büro Ha benützt in dieser für die innere Lage der Schweiz kritischen Zeit jede Gelegenheit, Vergleiche zu ziehen und die Forderung zu wiederholen, die Armee müsse unter Waffen gehalten und das Vertrauen in General Guisan gestärkt werden. Dem Bericht über Jugoslawien fügt Hausamann bei:

«In diesem Zusammenhang ist interessant, sich zu vergegenwärtigen, wie unser Schweizervolk am Tage des Umsturzes reagierte. Zahlreiche Berichte aus der ganzen Schweiz besagen, dass überall, in Lokalen und auf der Strasse, der Ausspruch zu hören war: ‚Gottseidank haben wir einen General, der in der Stunde der Gefahr in gleicher Weise handeln wird.‘ ‚Da sieht man erst, wie es uns nach Mitte Juni 1940 ergangen wäre, wenn nicht unser General zum Rechten gesehen hätte.‘ ‚Es ist ein Glück, dass unsere Armee mobilisiert ist und General Guisan diese befehligt. Solange er an der Spitze des Heeres ist, wird die Schweiz nicht verkauft werden können.‘ ‚Die Verantwortung für die Unabhängigkeit der Schweiz Hegt heute glücklicherweise bei der Armee und deren Kommando.‘ usw. usw. usw. – Solche Aussprüche, wie sie überall zu hören waren, zeigen auf, welche enorme Verantwortung auf der mobilisierten Armee und dem Oberbefehlshaber lastet. Das rührende Vertrauen aber in das Armeekommando verpflichtet!»

Die schweizerischen Anpasser rühren sich

Diejenigen, die eindeutig den Widerstand gegen die Gefahr der Anpassung von innen und von aussen fordern, also auch das Büro Ha, gehen darauf aus, die Wankelmütigen möglichst ihres Einflusses zu berauben. In diesem Zusammenhang dreht sich die Diskussion immer wieder um die Stellung der «Abteilung Presse und Funkspruch». Die Communiqués, die von dieser Institution veröffentlicht werden, und auch die Zensurverfügungen, die sie erlässt, werden im Volk oft missverstanden. Dies ist begreiflich. Diese Abteilung wird als Armeeinstanz angesehen, wobei man zuwenig bedenkt, dass es in Tat und Wahrheit das Politische Departement ist, das die Anordnungen dieser Sektion massgebend beeinflusst. Ein Brief von Hausamann an General Guisan beschäftigt sich mit diesem Problem und kommt zum Schluss:

«Es drängt sich auf, dass man die Abteilung Presse und Funkspruch dem Armeekommando unterstellt lasse, dass man ihr jedoch Instruktionen erteile, welche die Aufgabe der Abteilung (Steigerung des Wehrwillens im Volk und damit der Armee auf das erreichbare Maximum, Abwehr all dessen, was die Wehrkraft des Volkes beeinträchtigen könnte) eindeutig festlegen... Es ist dann nicht mehr möglich, dass die oberste zivile Landesbehörde über die Armee und zu deren Lasten dem Volke sagt, was sie als Behörde zu erklären sich zweimal besinnen würde. (Politik auf dem Rücken der Armee und des Oberbefehlshabers.) Es ist dann überdies ausgeschlossen, dass dem Volk in irgendwelcher Publizistik das Vertrauen untergrabende ‚Botschaften der Armee‘ zukommen, die alles andere zum Ausdruck bringen als das, wofür Oberbefehlshaber und Armeekommando eintreten.»

In dieser Zeit beschäftigen sich zahlreiche Berichte Hausamanns mit der psychologischen Haltung des Schweizervolkes. Er bemüht sich, die zuständigen Armeestellen möglichst detailliert über die Stimmung zu informieren, kann

doch diese Stimmung zu einem Zeitpunkt, da die Schweiz praktisch von einer einzigen und zwar im Augenblick auf allen Fronten siegreichen Kriegspartei eingeschlossen ist, ausschlaggebend sein:

Am 4. März 1941 zitiert es aus einem Brief eines «politisch auf bürgerlichem Boden stehenden Russlandkenners, der sich nach der Rückkehr aus der Sowjetunion mit offenen Augen in der Heimat umseh»:

«Die grosse Gefahr, die uns jetzt droht, kommt aus dem Bauernstand heraus. Dort wird gründlich gehetzt, geflüstert und vorbereitet. Das soll kein Vorwurf gegen die Bauern sein, es ist einfach eine Tatsache, dass sich jetzt an uns die verfehlte Bauernpolitik rächen wird. Die Bauern sind heute viel mehr eine materialistische Gewerkschaft als die Arbeiter.»

Am 7. März 1941 leitet das Büro Ha einen Rapport weiter, der ihm von einem Soldaten zugegangen ist und der – wie es in der Einleitung heisst – ein Einschreiten rechtfertigen würde, falls er sich als wahr erweisen sollte:

«Am 14. 12. 40 musste der Unterzeichnete vor dem Kp.-Kdt. Herrn Hptm. XY, 1/82, einen Gewehrgriff machen. Herr Hptm. XY fand denselben zu weich. Er fragte mich unter anderm nach meinem Beruf, und als ich ihm hierüber Auskunft gab (Coiffeur), was für Zeitschriften ich jeweils im Salon aufgelegt hätte. Herr Hptm. XY fuhr gleich weiter mit den Worten: ‚Jedenfalls auch die Zeitschrift SIE+ER und Modeblätter. Diese alle gehören weg und an ihre Stelle gehört das ‚Signal‘. Wenn auch die Kundschaft etwas murr, das spielt gar keine Rolle, legen Sie nur das ‚Signal‘ auf und werfen Sie SIE+ER und Modeblätter weg.‘»

Am 14. März 1941 folgt ein weiterer Hinweis:

«Eine Deutsche, seit Langem wohnhaft in der Schweiz, wandte sich an die deutsche Gesandtschaft, um ihren Pass für eine Reise nach Österreich verlängern zu lassen. Sie wurde sogleich gefragt, ob sie Mitglied der deutschen Kolonie sei. Als sie dies verneinte, wurde sie zu einer Frau XY, Coiffeuse, Marktgasse 23 geschickt. Frau XY, gebürtige Deutsche, ist durch Heirat Schweizerbürgerin geworden. Sie bezeichnete sich als Gauleiterin von Bern. Sie sagte, dass diejenigen deutschen Staatsbürger in der Schweiz, die sich weiterhin weigerten, in die deutsche Kolonie einzutreten, in zwei Monaten mit der Ausbürgerung zu rechnen hätten.»

Am 20. März 1941 findet eine Sitzung der aussenpolitischen Kommission des Parlamentes statt. Bei dieser Gelegenheit wird Bundesrat Pilet-Golaz vorgehalten, was ein amerikanischer Diplomat Ende Oktober 1940 über ein zufälliges Gespräch zwischen seiner Frau und dem schweizerischen Aussenminister nach Washington meldete. Mit welschem Charme leitete Pilet-Golaz seine Verteidigung ein – «Vous connaissez les femmes, Messieurs!» – und führte dann laut Büro-Ha-Bericht weiter aus:

«Frau Bigelow sei sehr leidenschaftlich und sie habe dem ganzen Gespräch eine unzulängliche Interpretation gegeben. Er unterhalte ausgezeichnete Beziehungen zu Harrison, der sein bester Freund sei. Auch seine Beziehungen zu Kelly seien freundschaftlich.»

Auf die Frage von Nationalrat Hans Oprecht, Zürich, ob es nicht angebracht wäre, dass Bundesrat Pilet-Golaz das Gespräch bei dem amerikanischen Gesandten richtigstelle, damit in Washington die Politik des Eidgenössischen Politischen Departementes nicht ungünstig beurteilt werde, entgegnet Pilet-Golaz:

«Ich habe davon abgesehen, denn ich möchte nicht, dass Herr und Frau Bigelow, die ich überaus schätze, Bern verlassen müssten.»

In dieser Kommissions-Sitzung kommt auch das Interview zur Sprache, das Propagandaminister Goebbels am 3. März elf Schweizer Journalisten gab, die sich auf einer Deutschlandreise befanden. In diesem Gespräch wiederholte der Minister seine These von der «Kriegsschuld der Schweizer Presse». Im Kreis seiner Parlamentskollegen unterstreicht auch der Luzerner Nationalrat L.F. Meyer die Bedeutung dieser Goebbelsschen Erklärungen. Er verlangt, dass das Schweizervolk über die Aussenpolitik informiert werde. Bundesrat Pilet-Golaz hat zunächst – im Blick auf das Goebbels-Interview – eine recht verständliche Maxime zur Hand: Auf wirtschaftlichem und monetärem Gebiet sei eine Zusammenarbeit mit Deutschland nicht nur nötig, sondern sogar erwünscht, auf aussenpolitischem und militärischem Gebiet aber komme sie nicht in Frage. Seine feierliche Deklamation «J'aime la démocratie» scheint in diesen Rahmen zu passen. Doch Pilet-Golaz schränkt seine Worte selbst ein, indem er erklärt:

«Hier entscheiden die Waffen!»

Mit dem Interview von Propagandaminister Goebbels beschäftigt sich am 22.

März auch ein aus der deutschen Hauptstadt stammender «wichtiger militär-politischer Bericht» des Büros Ha:

«Die von Reichsminister Dr. Goebbels speziell mit Blick auf die Schweiz kürzlich abgegebene Erklärung wird in den führenden Kreisen Berlins nicht ernst genommen... Die Erklärung von Dr. Goebbels sei deshalb eine Ungeschicklichkeit gewesen, weil die Schweiz derselben bei genauer Betrachtung habe entnehmen können, wie wichtig für Deutschland die die Schweiz durchquerenden Bahnverbindungen sind.»

Diese Bemerkung bezieht sich auf einen Ausspruch Goebbels', der der Schweiz ins Bewusstsein rufen sollte, wie sehr die Achse auf diese Bahnen angewiesen sei. In Berlin sind aber viele massgebende Leute – offenbar in Gegensatz zu Goebbels – der Auffassung, man komme rascher ans Ziel, je weniger der Schweiz die Stärke ihrer Position bewusst sei:

«Das einzig richtige sei, so bespricht man in den massgebenden Kreisen Berlins, von der Schweiz bis zum Moment des militärischen Zugriffes überhaupt keine Notiz zu nehmen.»

Gleichen Tags leitet das Büro Ha einen innenpolitischen Bericht zum Goebbels-Interview weiter:

«Nach Veröffentlichung des Interviews von Propagandaminister Dr. Goebbels vertrat Bundesrat Pilet-Golaz die Ansicht, dass die Schweizer Presse zu dem Interview nicht Stellung nehmen sollte. Dies könnte nur zu unerquicklichen Diskussionen führen. Zudem dürften Äusserungen eines untergeordneten deutschen Beamten (wörtlich) nicht überschätzt werden.

Bundesrat Etter nahm einen entgegengesetzten Standpunkt ein. Nicht nur im Volke, sondern auch in der Armee habe das Interview den Eindruck erweckt, dass der Schweiz keine Gefahr mehr drohe, so dass die Aufrechterhaltung der Mobilisation sinnlos sei. Dieser Auffassung müsse die Presse entgegenwirken können.

Bundesrat Etter konnte seine Meinung insofern durchsetzen, als die Abteilung Presse und Funkspruch in ihren Presseweisungen das Interview Goebbels' überhaupt nicht erwähnte.»

Am 18. April 1941 leitet das Büro Ha die Abschrift einer am Dienstag, dem 15. April 1941 im Schweizerischen Handelsamtsblatt erfolgten Eintragung nach Bern weiter. Sie erhellt, mit welchen Mitteln Deutschland seine Infiltration betreibt:

«Zürich: Rundfunksendeanlagen – 1941 9. April. Unter der Firma Interradio Gesellschaft mit beschränkter Haftung hat sich mit Sitz in Zürich auf Grund der Statuten vom Februar 21. 1941 eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet. Der Gegenstand des Unternehmens besteht in dem Erwerb, der Errichtung, der Miete, dem Betrieb und jeder andern Ausnutzung von Rundfunksendeanlagen und der Vornahme aller hiermit zusammenhängenden Geschäfte im In- und Auslande. Das Stammkapital beträgt Fr. 20'000.—. Gesellschafter sind mit folgenden Stammeinlagen: Dr. Kurt Böhlhoff, deutscher Reichsangehöriger, in Berlin, mit Fr. 18'000.— und Heinrich Leiningen von und in Basel, mit Fr. 2'000.—...»

Böhlhoff ist in dem vom Auswärtigen Amt des Dritten Reiches finanzierten Nachrichtendienst «Radio Mundial» eine führende Figur.

Diesen aktiven deutschen Vorstössen laufen schweizerische Anpassungsaktionen parallel. Einem Spezialbericht des Büros Ha vom 19. April ist zu entnehmen:

«Es wird gemeldet, dass die Sektion Heer und Haus des Armeestabes das Theaterstück ‚Via Mala‘ von John Knittel mit einem Kollektiv von Berufsschauspielern bei den Truppen aufzuführen gedenkt. In der Presse konnte man im Januar dieses Jahres lesen, dass Knittel sich in Deutschland gleichgeschaltet hat und dass er dies in Berlin, wo er eine Vorlesung hielt, offen bekannte. Nachdem ‚Heer und Haus‘ bereits zwei Schwänke ‚Hurra e Bueb‘ und ‚E glungeni Familie‘ gezeigt hat, zwei inhaltlich miserable Theaterstücke von deutschen Autoren, soll nun auch noch das Stück eines Renegaten gespielt werden...

Was sich ‚Heer und Haus‘ immer wieder leistet, ist nicht mehr tragbar... Diese Sektion hat den Kampf um den Geist des Heeres und des Volkes zu führen, hat die günstigsten geistigen Bedingungen für den Einsatz des Heeres zu erhalten bzw. zu schaffen, wo diese noch nicht oder nicht mehr vorhanden sind. Die Sektion ist somit ein wichtiges Instrument in der Hand des Armeekommandos. Für die Leitung der Sektion ‚Heer und Haus‘ ist der beste Mann gerade gut genug. Ihn zu suchen und an die Spitze von ‚Heer und Haus‘ zu stellen, wird nachgerade dringlich.»

Auf diesen Bericht hin lässt General Guisan dem Leiter des Büros Ha sagen, dass er den «besten Mann» bringen solle.

Schon wenige Tage später übernimmt Oberst Oskar Frey, durch Hausamann dafür gewonnen, die Führung dieser Sektion.

Wie wichtig es ist, Schwache aufzurichten, zeigt ein Befehl, der in diesen Tagen vom Territorial-Kommando Bern erlassen wird. Er verlangt, dass die in der Nähe von Bern errichteten spanischen Reiter entfernt werden müssen, da «anlässlich des Länderwettspiels Deutschland-Schweiz der Anblick dieser Verteidigungsmassnahmen auf die Deutschen einen schlechten Eindruck machen könnte»!

Schon in seinem Brief an General Guisan vom 1. März 1941 hat der Chef des Büros Ha von einer «Opposition im Offizierskorps» gesprochen. Deutlicher wird diese Angelegenheit auch für den Aussenstehenden, als Oberst im Generalstab Gustav Däniker am 15. Mai 1941 seine «Denkschrift über Feststellungen und Eindrücke anlässlich eines Aufenthaltes in Deutschland» publiziert:

«... Wichtiger, als was ich auf militärischem Gebiete sah, scheint mir das zu sein, was ich in politischer Beziehung und namentlich bezüglich des Verhältnisses Deutschland-Schweiz festzustellen Gelegenheit hatte. ... Dieses Verhältnis befindet sich augenblicklich in einer ernsten und gefährlichen Krise. Darüber ist man überall derselben Auffassung, aber niemand kann mit Bestimmtheit sagen, welchen Lauf die Entwicklung nehmen wird, ob einer Besserung entgegen oder für uns ins Verderben. Ich scheue mich nicht, hier in aller Form auszusprechen, dass wir Schweizer leider selbst den Hauptteil der Schuld für das Vorhandensein dieser Krisenlage tragen...

Es geht im gegenwärtigen Kriege nicht einfach um einen vornehmlich materiell orientierten Machtkampf, wie z.B. im Weltkrieg 1914-18, sondern es dreht sich um einen Krieg auf weltanschaulicher Ebene und für Europa um einen ‚Einigungskrieg‘. Dass in einem geeinigten Europa das 90-Millionenvolk der Deutschen eine führende Rolle spielen wird, ist durchaus natürlich...

Die Einseitigkeit unserer Presse ist auch bei uns zur Genüge bekannt, so dass hier nicht näher darauf eingetreten werden muss... Früher wurde die einseitige Stellungnahme lediglich auf das Schuldkonto der betreffenden Presse gebucht. Nachdem nun aber die Zensurmöglichkeiten bestehen, werden in Zukunft logischerweise auch Regierung und Armeestab damit belastet.

In Deutschland und Italien hat man gegen reine, sachliche Kritik nichts einzuwenden, wie man denn auch weit davon entfernt ist, von uns irgendwelche nationalsozialistische oder faschistische Denkweise zu fordern. Dagegen ist man sehr empfindlich, wenn Tatsachen verdreht werden, wie in dem berichtigten Aufsatz der ('Thurgauer Zeitung' bei Ausbruch des Krieges mit Jugoslawien, der grosses Unheil angerichtet hat, oder wenn sich schweizerische Zeitungen dazu berufen fühlen, der Welt Belehrungen erteilen zu müssen und die Lage zu trüben, indem sie z.B. andauernd auf Spannungen zwischen Deutschland und Russland hinweisen. Man ist der Auffassung, dass es nicht die Aufgabe der Schweizer Journalisten sei, auf diesem Gebiet die Hellscher zu spielen.

Ebenso anstössig sind selbstverständlich die hemmungslosen Angriffe gegen Deutschland, wie sie sich z.B. Prof. Barth neulich wieder leistete. Ganz besonders haben in letzter Zeit die Schriften und Vorträge von Oberst Oskar Frey Schaden angerichtet...

Im Übrigen, wer dauernd in Ablehnung verharrt, bis er unter dem Drucke der Ereignisse oder vor einem Sieger nicht mehr anders kann, dessen nachträgliche Leistung wird mit Recht nicht gewürdigt und er wird auch nicht die Anerkennung als gleichwertiges Glied des Ganzen finden...»

Oberst Däniker scheint nicht zu wissen, was Deutschland mit der Schweiz im Falle eines endgültigen Sieges vorhat. Am 20. Mai 1941 kann das Büro Ha aus Berlin berichten, dass man sich dort weiterhin intensiv mit der «Neuordnung» Europas und in diesem Rahmen auch mit der Zukunft der Schweiz beschäftigt:

«... Holland soll, vorausgesetzt dass es die deutschen kontinentaleuropäischen Gedankengänge übernehme, seine Selbständigkeit wieder zurückerhalten...

Belgien bleibe von deutschen Truppen besetzt. Der Staat wird aufgeteilt in zwei Provinzen mit je eigener Verwaltung...

Luxemburg bleibt beim Reich...

Von Frankreich erwartet man, dass es schon bald die nationalsozialistischen Gedankengänge auf den Schild erhebe und sich immer enger an Deutschland anschliesse. Vom Fortschreiten dieses Prozesses macht man abhängig, wie schnell das Reich den Franzosen ihre Eigenstaatlichkeit zurück gewähren kann.

Elsass-Lothringen wird zum grösseren Teil dem deutschen Reiche eingegliedert.

Die Schweiz wird nach folgenden Gesichtspunkten aufgeteilt: die Inner- schweiz ist eine gewachsene Einheit und soll als solche bestehen bleiben. Da diese auf sich selbst gestellt nicht lebensfähig sei, ergebe sich die Ein- fügung in den grossdeutschen Wirtschaftsraum von selbst. Alle schweize- rischen Landesteile, welche erst im Laufe der Jahrhunderte dem schweize- rischen Bund beitraten, werden wieder abgetrennt und wie folgt verteilt: welsche Schweiz zu Frankreich, italienisch sprechende Landesteile zu Ita- lien, Nord- und Ostschweiz zum grossdeutschen Reich...»

Wenig später, am 7. Juni, wird von einem Plan berichtet, der gegenwärtig in Berlin ausgearbeitet werde und nach dem Finnland, Schweden und die Schweiz der deutschen Wirtschaftskontrolle unterstellt werden sollen. In die- sem Zusammenhang gewinnt die Nachricht vom 18. Juni 1941 besondere Be- deutung:

«Nach hier eingegangener Meldung soll seit dem 1.6. der ostmärkische Gauleiter Dr. Jury (ein bekannter Nationalsozialist, den Reichskanzler Hit- ler oft mit Sondermissionen betraut) in der Schweiz weilen. Des fernern soll ein anderer prominenter Nationalsozialist namens Jung (ein Böhme) in der Schweiz zu Gast sein.

Sollte sich diese Meldung bewahrheiten, dann müsste alles vorgekehrt wer- den, dass man diesen beiden Herren so gut wie möglich auf die Finger schaut. Insbesondere Dr. Jury, dessen Wirken wir seit Jahren verfolgen, käme bestimmt nicht ohne Auftrag nach der Schweiz. Dr. Jury ist ein char- manter Mensch, aber ein gefährlicher Bursche, wenn er ein politisches Ziel verfolgt. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an eine frühere Meldung aus dem Amt Bohle, wonach Dr. Jury, nachdem seine Mission in Kroatien erfüllt war, in Aussicht genommen wurde, sich der Schweiz ‚anzuneh- men‘.»

Mitte Juni weilt dann der schweizerische Gesandte in Deutschland, Hans Frölicher, in Bern. In seiner Aussprache mit Bundesrat Pilet-Golaz macht Frölicher für die ungünstige Reaktion Deutschlands den Leitartikel verant- wortlich, den Chefredaktor Albert Oeri am 31. Mai in den «Basler Nachrich- ten» veröffentlichte. Darin beschäftigte sich Oeri mit «Frankreichs Zwangs- lage» und kam zum Schluss:

«Aus der Rückschau stellt sich... die Frage, ob es nicht überhaupt ein schwerer Fehler des Systems Pétain war, einen Waffenstillstand zu schliessen. Andere von Deutschland besiegte Völker haben ein anderes System gewählt. Sie schlossen nicht Verträge von Staat zu Staat mit dem Kriegsgegner, sondern liessen ihre Armeen kapitulieren, wo und wann sie kapitulieren mussten, aber ohne den Staat zu binden. Auch Frankreich hätte sein europäisches Gebiet erobern und seine Armeen wie die belgische und die holländische kapitulieren lassen, gleichzeitig aber von seinem Kolonialreich aus mit einer dorthin übersiedelten Regierung den Widerstand fortsetzen können.»

Der Büro-Ha-Bericht fügt die bedeutsame Bemerkung an: «Gesprächspartnern von Herrn Minister Frölicher ist auch diesmal aufgefallen, dass Herr Frölicher seine Aufgabe anscheinend darin sieht, den deutschen Standpunkt zu verfechten.»

Deutschland greift die Sowjetunion an

Deutschland ist allerdings in den letzten Wochen und Monaten mit weit größeren Problemen beschäftigt. Zwar verurteilte Oberst Däniker jene Schweizer Journalisten, die von «Spannungen zwischen Deutschland und Russland» schrieben. Doch das Büro Ha hat schon seit Monaten systematisch in Detailnachrichten oder auch in ausführlichen Analysen darauf hingewiesen, dass solche Spannungen bestehen und ein militärischer Zusammenstoss unvermeidlich sei:

28. März 1941:

«Eine Reihe von hier eingegangenen Meldungen bestätigen, dass in der letzten Zeit die deutschen Truppentransporte West-Ost stark zugenommen haben.»

29. März 1941:

«Seitens der zuständigen deutschen Reichsstellen ist in Polen eine grossangelegte Aktion eingeleitet worden, deren Ziel es ist, im polnischen Volk gegen Sowjetrussland Stimmung zu machen... Man strebt in Berlin an, mit dieser Aktion den unter deutscher Herrschaft stehenden Teil des polnischen Volkes unter der Parole ‚Befreiung der unter der russischen Knute schmachenden polnischen Brüder‘ zum Kampfe gegen Russland mobilisieren zu können.»

Gleichen Tags:

«Der deutsche Aufmarsch im Osten, mit Truppentransporten gegenwärtig hauptsächlich ins Generalgouvernement, erfolgt planmässig und nach Gesichtspunkten, welche auf Offensivaktionen in absehbarer Zeit deuten.»

Gleichen Tags:

«In der Umgebung von Berlin ist eine litauische Legion in Bildung begriffen. Aufgenommen werden in diese militärische Formation vorab Litauer, aber auch Emigranten aus den andern baltischen Staaten.»

Als dritte Meldung dieses 29. März 1941 gibt das Büro Ha an das Armeekommando durch:

«Eine soeben hier eingegangene ‚Kurzmeldung‘ [Anmerkung: ‚Kurz‘-Meldung heisst: per Funk eingegangen] aus erster Quelle besagt, dass sämtlichen Stellen der Wehrmacht, Heeresgeneralstab, Wehrwirtschaftsamt, Ministerium Todt, R.L.M. (Reichsluftfahrtministerium) usw. seitens des Oberkommandos der Wehrmacht eine Reihe von Anweisungen zugegangen sind, welche auf eine deutsche Offensive gegen Russland in absehbarer Zeit schliessen lassen.

Die deutsche Reichsleitung ist entschlossen, die Ukraine in Besitz zu nehmen und sich den Zugang zu den russischen Ölquellen zu erzwingen. Sie verfolgt damit das Ziel, die wehrwirtschaftliche Basis für die weitere Auseinandersetzung mit England zu verbreitern. Gleichzeitig aber soll Russland als ständiger Faktor der Unsicherheit ein für alle Male ausgeschaltet werden.

Der deutsche Vorstoss nach dem Osten hat nach den hier vorliegenden ‚Kurzmeldungen‘ des fernern zum Ziel, Sowjetrussland die Möglichkeit zu nehmen, der chinesischen Zentralregierung Chiang Kai Shek’s weiterhin die grossangelegte Unterstützung zukommen zu lassen, wie sie russischerseits gegenwärtig den Chinesen gewährt wird. Diese ‚Entlastungsoffensive‘ seitens Deutschlands ist einer der Hauptpunkte der Besprechungen, welche gegenwärtig zwischen dem japanischen Aussenminister Matsuoka und der deutschen Reichsleitung geführt werden.» Am 6. April 1941 wird dem Dritten Reich fürs erste eine andere Kampfrichtung aufgezwungen. Nach dem jugoslawischen Staatsstreich vom 27. März, der sich gegen den Beitritt des Landes zum Dreimächtepakt wendete, ist nun Deutschland am Zug: Es lässt seine Wehrmacht in Jugoslawien und Griechenland einmarschieren. Italien folgt am gleichen Tage mit entsprechenden Massnahmen; die jugoslawische Hauptstadt Belgrad wird erstmals bombardiert. Da andererseits die Sowjetunion einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt mit Jugoslawien abschliesst, ist Berlin daran interessiert zu erfahren, welche Haltung Moskau einnimmt. Darüber berichtet das Büro Ha am 7. April 1941:

«Das Oberkommando der Wehrmacht ist im Besitze zuverlässiger Nachrichten, welche besagen, dass mit etwaigem militärischem Eingreifen Russlands bis auf Weiteres nicht gerechnet werden muss.»

Aber das deutsch-russische Verhältnis verschlechtert sich offensichtlich von Tag zu Tag:

«Seit drei Wochen sind», so berichtete das Büro Ha, «die russischen Lieferungen von Rohstoffen und Lebensmitteln (öl, Buntmetalle, Getreide usw.) vollkommen abgestoppt! Alle deutscherseits vorgebrachten Vorstellungen und massiven Drohungen blieben fruchtlos. Die deutschen Truppenkonzentrationen an der deutsch-russischen Grenze werden seitens der Russen mit entsprechenden Gegenmassnahmen militärischer Natur beantwortet.»

Am 13. April 1941 – dem Tag, da die deutsche Panzerarmee von Kleist in Belgrad einzieht – unterzeichnen der sowjetische Aussenminister Molotow und sein japanischer Kollege Matsuoka in Moskau einen Nichtangriffs- und Neutralitätspakt. Die beiden entscheidenden Artikel lauten:

«Artikel 1: Die beiden vertragschliessenden Teile verpflichten sich, friedliche und freundschaftliche Beziehungen untereinander zu unterhalten und gegenseitig die territoriale Integrität und Unantastbarkeit des anderen vertragschliessenden Teiles zu achten.

Artikel 2: Im Falle, dass einer der vertragschliessenden Teile zum Objekt kriegerischer Handlungen seitens einer oder mehrerer dritter Mächte wird, wird der andere vertragschliessende Teil während der ganzen Dauer des Konfliktes Neutralität beobachten.»

In Südosteuropa gelingt es den Deutschen, ihren Siegeszug fortzusetzen. 17. April 1941: unter Ante Pawelitsch wird die erste kroatische Regierung gebildet; 21. April: König Peter II. und die jugoslawische Regierung treffen auf ihrer Flucht in Jerusalem ein; am 27. April marschieren die deutschen Truppen in Athen ein, wo am 29. April unter ihrem Regime eine griechische Gegenregierung eingesetzt wird.

Am gleichen 29. April präzisiert das Büro Ha seine früheren Voraussagen auch zeitlich:

«Mit militärischen Operationen der deutschen Wehrmacht gegen Russland ist ab Ende Mai zu rechnen.»

Zu diesem Schluss kommt das Büro Ha auf Grund von direkten Informationen, aber auch auf Grund von Einzelmeldungen:

«Das deutsche Oberkommando hat verfügt, dass alle Strassenverbesserungen, Verstärkungen von Brücken usw. an den Anmarschstrassen in Polen

Richtung deutsch-russische Grenze bis 15. Mai 1941 beendet sein müssen. Die Sowjetregierung hat alle in Deutschland weilenden Handelsdelegationen, Vertretungen und Missionen, welche nicht den diplomatischen Schutz geniessen, nach Russland zurückberufen.»

Es folgen zahlreiche Meldungen über nach Polen verbrachte Heeresseinheiten. Damit wird deutlich, dass Reichsaussenminister von Ribbentrop mit seinen Warnungen bei Hitler kein Gehör findet:

«Wäre jede niedergebrannte russische Stadt für uns ebensoviel wert wie ein versenktes englisches Kriegsschiff, dann würde ich den deutschrussischen Krieg in diesem Sommer befürworten; ich glaube aber, dass wir gegen Russland nur militärisch gewinnen, dagegen wirtschaftlich verlieren würden.»

Auch die Beschwörungen des deutschen Botschafters in Moskau, Graf von der Schulenburg, der Hitler vom wirtschaftlichen Vorteil eines freundschaftlichen Verhältnisses mit der Sowjetunion zu überzeugen versucht, fruchten nichts.

Ausführliche Berichte aus Deutschland, die dem Büro Ha Mitte Mai 1941 zu-gehen, befassen sich mit dem sonderbaren Flug des Führer-Stellvertreters Rudolf Hess nach England. Politisch und militärisch bedeutungsvoller sind die Nachrichten, die sich mit Südosteuropa beschäftigen, da sich dort gegenwärtig die deutschen Hauptaktionen abspielen: Am 20. Mai landen die deutschen Fallschirmtruppen auf Kreta, wo sich der griechische König Georg mit seiner Regierung befindet. Drei Tage später können diese aber die Mittelmeerinsel verlassen. Damit ist der deutsche Feldzug gegen Griechenland praktisch abgeschlossen. Es war vorgesehen, zu diesem Zeitpunkt vierzig deutsche Divisionen zu beurlauben. Stattdessen weiss das Büro Ha zu berichten, dass die Zahl der deutschen Divisionen sogar auf 356 erhöht wurde, von denen jedoch nur 265 in voller Kriegsstärke unter den Waffen gehalten werden. Für eine kriegsstarke Division rechnet das Büro Ha auf Grund seiner Informationen mit einem Bestand von durchschnittlich 17'000 Mann.

Am 2. Juni 1941 lautet ein Büro-Ha-Bericht:

«Informationen aus bester Quelle, die uns aus Odessa zukamen, besagen, dass man in den massgebenden russischen Kreisen absolut damit rechne,

Deutschland werde sich, sofern Russland den deutschen Forderungen nicht vollumfänglich Rechnung trage, die diesjährige russische Ernte ‚holen‘. Russischerseits treffe man mit fieberhafter Eile die militärischen Vorbereitungen, um gegebenenfalls deutschen Übergriffen mit Waffengewalt entgegenzutreten zu können. Moskaus Ziel sei jedoch nach wie vor, Zeit zu gewinnen.

Die Informationen, welche aus diplomatischem Kreis stammen, besagen dann u.a. noch (was interessant ist), dass es in Deutschland sowohl wie Mandschukuo seit einiger Zeit von russischen Weissgardisten ‚wimmle‘, die ihre Stunde binnen absehbarer Zeit als gekommen erachten.»

In diesen Tagen wird eine frühere Planung des Oberkommandos der Wehrmacht, in der ersten Hälfte Juni 51 Divisionen zu beurlauben, umgestossen. Obwohl alle Anordnungen bereits getroffen waren, wird die frühere Verfügung widerrufen. Die entsprechenden Divisionen bleiben bis auf Weiteres unter den Waffen. Das Büro Ha kommentiert dies am 6. Juni 1941 wie folgt:

«Diese Meldung darf wohl als Bekräftigung der Berichte aufgefasst werden, welche besagen, dass spätestens ab Mitte Juni mit neuen und anscheinend grossangelegten Operationen der Achsenmächte zu rechnen ist.»

Eine Meldung vom 20. Juni beschäftigt sich wiederum mit den russischen Emigrantenorganisationen:

«Im Raume Pohrlitz werden seit einiger Zeit Weissrussen versammelt, militärisch ausgebildet und organisiert. In das Lager nahe Pohrlitz kommen vor allem jene Weissrussen, welche zuletzt im Protektorat Böhmen-Mähren und in Südpolen Wohnsitz hatten.»

Zwei Tage später kommt es wie ein Donnerschlag: Am 22. Juni 1941 – es ist ein Sonntagmorgen – wird eine Proklamation Hitlers verlesen. Nach langen Ausführungen über die angebliche Schuld an der neuen Entwicklung schliesst Hitler seine Proklamation mit den Worten:

«Deutsches Volk! In diesem Augenblick vollzieht sich ein Aufmarsch, der in Ausdehnung und Umfang der grösste ist, den die Welt bisher gesehen hat. Im Verein mit finnischen Kameraden stehen die Kämpfer des Siegers von Narvik am nördlichen Eismeer. Deutsche Divisionen unter dem Befehl des

Eroberers von Norwegen schützen gemeinsam mit finnischen Freiheitshelden unter ihrem Marschall den finnischen Boden. Von Ostpreussen bis zu den Karpathen reichen die Formationen der deutschen Ostfront. An den Ufern des Pruth, am Unterlauf der Donau bis zu den Gestaden des Schwarzen Meeres vereinen sich unter dem Staatschef Antonescu deutsche und rumänische Soldaten.

Die Aufgabe dieser Front ist daher nicht mehr der Schutz einzelner Länder, sondern die Sicherung Europas und damit die Rettung aller. Ich habe mich deshalb heute entschlossen, das Schicksal und die Zukunft des Deutschen Reiches und unseres Volkes wieder in die Hand unserer Soldaten zu legen. Möge uns der Herrgott gerade in diesem Kampfe helfen!»

Im Namen der Sowjetunion gibt Aussenkommissar Molotow eine Erklärung ab, die mit den Worten beginnt:

«Um 4 Uhr morgens haben deutsche und rumänische Streitkräfte den Krieg in unser Land getragen, ohne dass der Sowjetunion irgendeine Begründung oder Kriegserklärung übermittelt wurde.

Die Städte Kiew, Sebastopol, Kowno und andere wurden mit Bomben belegt und mehr als 200 Menschen sind nach den bisher vorliegenden Meldungen getötet oder verwundet worden.

Der Angriff gegen die Sowjetunion wurde unternommen trotz der Tatsache, dass zwischen Deutschland und Russland ein Nichtangriffspakt besteht, der bis in die kleinsten Einzelheiten in verantwortungsvoller Weise von uns gehalten wurde. Dieser Krieg ist nicht ein Krieg, der vom deutschen Volk geführt wird, sondern er wurde auferzungen von den Beherrschern Deutschlands, die in genau der gleichen Art wie gegen uns gegen die Franzosen und Tschechen, die Polen, die Serben und Norweger, Dänen, Belgier und Holländer und andere Nationen vorgingen...»

An diesem 22. Juni gibt das Büro Ha noch eine Meldung weiter, die ihm kurz vor Ausbruch der Feindseligkeiten zugegangen war:

«Im ganzen europäischen Russland und im Uralgebiet sind in den letzten Tagen Reservisten, Angehörige der verschiedensten Jahrgänge und aller Wehrmachtzweige, einberufen worden. Nach Überreichung der deutschen Vorschläge wurden die Einberufungen in noch grösserem Umfange und schnellstens durchgeführt. Die Einberufungen sind gemäss dem russischen Generalmobilmachungsplan erfolgt, der die erste Reserve für Luftwaffe und

Heer, ausgewählte Unteroffiziere und Mannschaften aus 14 verschiedenen Jahrgängen, zurück bis zum Jahrgang 1905, entnimmt.»

Tags darauf berichtet das Büro Ha:

«Der Entschluss, gegen die Sowjetunion den Krieg zu eröffnen, ist am 20. Juni, d.h. erst in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni gefasst worden. Die Wendung ist vorwiegend auf die russische Generalmobilmachung zurückzuführen. Diese war deutscherseits nicht erwartet worden.

Die deutsche Wehrmachtbereitschaft ist weder im nördlichen Teil des Generalgouvernements noch in Ostpreussen und in Finnland perfekt. Sie muss, namentlich in der Luft, erst noch vervollständigt werden. Die Eröffnung der Kriegshandlungen bezweckt zunächst die Störung und Erschwerung der russischen Mobilmachung. Das Interesse an der Störung und Lähmung des russischen Aufmarsches ist schliesslich vom Oberkommando der Wehrmacht als vordringlich jeder anderen Erwägung übergeordnet worden.

Der Entschluss zum Losschlagen ist unter ungemein komplizierten Umständen, gegen die Meinung des Reichsaussenministers und der massgebenden Instanzen der Wirtschaftsführung, zustande gekommen. Diese Umstände werden sich in der Art des Wehrmacheinsatzes und in bald auftretenden Komplikationen der Wehrmachtorganisation deutlich auswirken. Von der russischen Generalmobilmachung waren am 20. 6. insgesamt etwa 1 Millionen Mann der Jahrgänge zurück bis 1905 erfasst worden.

Nach Finnland sind grössere deutsche Truppentransporte erst am 19. 6. abgegangen. Die Transporte zwischen 14. und 19. 6. waren äusserst begrenzt. Überführt wurden in dieser Zeit etwa 10'000 Mann, davon mindestens die Hälfte Flak.

Noch nicht einsatzbereit sind die deutschen Heeresverbände in Rumänien. Mehrere Divisionen sind von Griechenland her über Bulgarien noch unterwegs.»

Was mit den «komplizierten Umständen», unter denen der Entschluss zum Losschlagen zustande kam, gemeint war, erklärt das Büro Ha am 23. Juni:

«Obwohl auch der Wehrmachtgeneralstab die Waffenentscheidung im

deutsch-russischen Verhältnis davon abhängig gemacht wissen wollte, dass sie dem Reich aufgezwungen werde, war seit 19. 6. der Standpunkt der Wehrmachtsführer dem des Reichsaussenministers entgegengesetzt. Die Informationen, die Ribbentrop gegeben hat, wurden u.a. von Göring aufs Schärfste kritisiert. Der Reichsaussenminister wird von dieser Seite dafür verantwortlich gemacht, dass mit dem russischen Entschluss zur Generalmobilmachung nicht gerechnet worden sei und dass Massnahmen zur Organisation eines ausreichenden, schlagartigen Einsatzes der Luftwaffe gegen die russischen Aufmarschplätze und -strecken erst jetzt getroffen werden müssen. Der Reichsaussenminister hält daran fest, dass auch nach Durchführung der weitgehenden russischen Mobilmachung die Politik planmässiger Druckausübung jeder anderen Lösung vorzuziehen gewesen wäre. Er stützt sich auf die Ansicht der Mehrzahl der Wehrwirtschaftsführer, ferner aber mit Nachdruck auch darauf, dass die russische Wehrmacht zur Offensive in jedem Fall unfähig, also auch im voll mobilisierten Zustand kein Hindernis für eine spätere ultimative Behandlung der Moskauer Regierung hätte sein können.»

In dieses Bild passt, was Generaloberst Franz Halder, Chef des Generalstabes des Heeres, am Abend des ersten Tages des neuen Ostfeldzuges in sein Tagebuch schreibt:

«Der Feind war von dem deutschen Angriff überrascht. Er war taktisch nicht zur Abwehr gegliedert. Seine Truppen in der Grenzzone waren in weiten Unterkünften verteilt. Die Bewachung der Grenze war im Allgemeinen schwach.

Die taktische Überraschung hatte zur Folge, dass der feindliche Widerstand unmittelbar an der Grenze schwach und ungeordnet war, und dass es gelang, überall die Brücken über die Grenzflüsse in die Hand zu nehmen und die in Grenznähe befindlichen Grenzschutzstellungen (Feldbefestigungen) zu durchstossen.

Nach der ersten Schreckwirkung hat der Feind sich zum Kampf gestellt... Der Angriff unserer Div. hat den Feind überall, wo angegriffen wurde, zurückgeworfen, im Durchschnitt 10-12 km unter Kampf. Damit ist den schnellen Verbänden der Weg geöffnet worden...»

Soweit die Überlegungen des Generalstabschefs nach den ersten Kampfstunden. Zuhanden des «Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht» sind

jedoch schon zehn Tage vorher Pläne «für den Fall eines schnellen, siegreichen Russlandfeldzuges» ausgearbeitet und in der «Weisung Nr. 32» als «Vorbereitungen für die Zeit nach Barbarossa» niedergelegt worden. Die wichtigsten Punkte:

«A. Nach der Zerschlagung der sowjetrussischen Wehrmacht werden Deutschland und Italien das europäische Festland – vorläufig ohne die iberische Halbinsel – militärisch beherrschen. Irgendeine ernsthafte Gefährdung des europäischen Raumes zu Lande besteht dann nicht mehr. Zu seiner Sicherung und für die noch in Betracht kommenden Angriffsoperationen genügen wesentlich geringere Kräfte des Heeres, als sie bisher aufrechterhalten werden mussten.

Der Schwerpunkt der Rüstung kann auf die Kriegsmarine und auf die Luftwaffe gelegt werden.

Die Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit soll und wird weitere englische Kräfte fesseln, die Rückenbedrohung des nordafrikanischen Kriegsschauplatzes beseitigen, die Bewegungsmöglichkeit der britischen Flotte im westlichen Mittelmeer weiter einschränken und die tiefe Südwestflanke des europäischen Kampfraumes einschliesslich der atlantischen Küste Nord- und Westafrikas gegen angelsächsischen Zugriff schützen.

Spanien wird in absehbarer Zeit vor die Frage gestellt werden, ob es bereit ist, an der Vertreibung der Engländer aus Gibraltar mitzuwirken oder nicht. Die Möglichkeit, auf die Türkei und den Iran einen starken Druck auszuüben, verbessert die Aussichten, auch diese Länder mittelbar oder unmittelbar für den Kampf gegen England nutzbar zu machen.

B. Aus dieser Lage heraus, wie sie sich nach der siegreichen Beendigung des Ostfeldzuges ergeben wird, können der Wehrmacht für den Spätherbst 1941 und den Winter 1941/42 folgende strategische Aufgaben erwachsen:

1. Der neugewonnene Ostraum muss organisiert, gesichert und unter voller Mitwirkung der Wehrmacht wirtschaftlich ausgenutzt werden...
2. Fortsetzung des Kampfes gegen die britische Position im Mittelmeer und in Vorderasien durch konzentrischen Angriff, der aus Libyen durch Ägypten, aus Bulgarien durch die Türkei und unter Umständen auch aus Transkaukasien heraus durch den Iran vorgesehen ist...

3. Schliessung des Westeinganges in das Mittelmeer durch Ausschaltung von Gibraltar.

Die Vorbereitungen für das schon einmal geplante Unternehmen ‚Felix‘ (Besetzung von Gibraltar durch die deutsche Wehrmacht) müssen schon während des Anlaufens der Operationen im Osten in vollem Umfang wieder aufgenommen werden...

Die Verteidigung der atlantischen Küste von Nord- und Westafrika, die Ausschaltung der englischen Besitzungen in Westafrika und die Rückgewinnung des von de Gaulle beherrschten Gebietes fällt den Franzosen zu, denen im Zuge der angebahnten Entwicklung die erforderlichen Verstärkungen bewilligt werden...

4. Neben diesen möglichen Operationen gegen die britische Machtstellung im Mittelmeer muss die ‚Belagerung Englands‘ nach Abschluss des Ostfeldzuges durch Kriegsmarine und Luftwaffe wieder in vollem Masse aufgenommen werden.

C. Zu welchem Zeitpunkt die geplanten Operationen im Mittelmeerraum und im Vorderen Orient begonnen werden können, lässt sich noch nicht übersehen...

D. Die Herren Oberbefehlshaber ersuche ich, nach diesen vorläufigen Absichten ihre gedanklichen und organisatorischen Vorbereitungen zu treffen und mich von deren Ergebnissen so rechtzeitig zu unterrichten, dass meine endgültigen Weisungen noch während des Ostfeldzuges erlassen werden können.»

Diese «Weisung Nr. 32» vom 11. Juni 1941 ist nicht unterzeichnet. Sie liegt als Entwurf in Hitlers Schreibtisch und muss als breite Zukunftsplanung gewertet werden. Voraussetzung für ihre Verwirklichung ist ein deutscher Sieg im Osten. Schon wenige Tage nach Beginn des Russlandfeldzuges werden Zweifel darüber wach, ob der Sieg wirklich noch vor Einbruch des Winters errungen werden kann. Schon am 1. Juli berichtet das Büro Ha aus der deutschen Reichshauptstadt:

«Es wird vereinzelt bereits der Befürchtung Ausdruck verliehen, dass es gewissen Anzeichen zufolge den Russen möglicherweise doch gelingen könnte, jetzt oder in einer späteren Phase*den Stellungskrieg herbeizuzwingen. Das aber wäre genau die Entwicklung, welche man deutscherseits um jeden Preis verhindert wissen will...

Die russische Kampfführung hat überrascht. Widerstand von solcher Zähig-

keit, wie er russischerseits geleistet wird, ist nicht erwartet worden...

Nach Meinung hoher deutscher Wehrmachtführer muss es sich bereits in den nächsten Tagen entscheiden, ob die deutsche Heeresleitung die Operationen in Fluss zu erhalten vermag.»

In diesem Zusammenhang muss die stolze deutsche Meldung vom 2. Juli 1941, wonach die «entscheidende Wendung auf dem Kriegsschauplatz im Osten» bereits erzwungen sei, mit Skepsis zur Kenntnis genommen werden. Hingegen bemühen sich die Verantwortlichen des Dritten Reiches mit einigem Erfolg, diesen Krieg zu einem «Feldzug gegen den Bolschewismus» zu stemeln. Im Vordergrund dieser Entwicklung steht die katholische Kirche. Zwar erinnert man sich der beiden sehr entschiedenen Enzykliken von Papst Pius XI. gegen den Kommunismus und gegen den Nationalsozialismus, aber der neue Papst, Pius XII., auch wenn er sich in seiner ersten Weihnachtsansprache vom Jahre 1939 für wahre Gerechtigkeit, ohne die kein dauernder Friede möglich sei, eingesetzt hat, steht dieser Problematik etwas anders gegenüber. In einer von einem Katholiken verfassten Betrachtung «Die katholische Kirche und der deutschrussische Krieg», die das Büro Ha am 27. Juli weitergibt, heisst es unter anderem:

«Grundsätzlich soll zwar der Katholik sich frei halten von jedem übertriebenen Nationalismus und von jedem Rassenhass; in der Praxis zeigt es sich freilich, dass diese Grundsätze oft nicht befolgt werden. So kann kein Zweifel darüber bestehen, dass gegenwärtig unter dem Deckmantel religiöser Bestrebungen von katholischen Kreisen eine antibolschewistische Stimmungsmache entfaltet wird, die in erster Linie politische Hintergründe besitzt. In der katholischen Presse – und zwar sowohl in den Tageszeitungen wie in Wochenzeitungen religiösen Charakters – mehrten sich seit dem Ausbruch des deutschrussischen Krieges die Artikel und Meldungen, in denen gegen den Bolschewismus polemisiert wird. So erschien z.B. in den ‚Neuen Zürcher Nachrichten‘ am 1. und 2. Juli ein Artikel ‚Sinn und Bedeutung des deutsch-russischen Krieges‘, worin ziemlich unverblümt gegen die Russen und für die Deutschen Stellung genommen wurde. Die deutsche Erklärung und Rechtfertigung wurde fast vorbehaltlos übernommen und mit Genugtuung auf den ‚antibolschewistischen Nationalsozialismus‘ hingewiesen.

Auch die KIPA (Katholische Internationale Presse- Agentur) veröffentlichte seit dem 22. Juni mehrmals Meldungen über Greuelthaten der Kommunisten in den baltischen Ländern, und selbst die in Moskau abgehaltenen Bittgottesdienste wurden als englische Stimmungsmache hingestellt.»

Der Bericht befasst sich dann ausführlich mit einem Artikel, der in diesen Tagen in dem bekannten katholischen Mailänder Blatt «Italia» erschien und der auf den Hirtenbrief der katholischen deutschen Bischöfe Bezug nahm, die sich «mit flammendem Protest» gegen die Ideologie des Nationalsozialismus wandten. Der «Italia»-Artikel enthält folgende Sätze: «Das deutsche Reich ist auf dem Höhepunkt seiner Grösse angelangt. Es ist darüber hinaus in ein Unternehmen verwickelt – die Beseitigung des russischen Bolschewismus –, das ihm auf der ganzen Welt zahllose Sympathien einträgt und das ihm für Jahrhunderte die Dankbarkeit des christlichen Europa sichern wird. Die Vorsehung hat die deutschen Waffen zu Vollstreckern der göttlichen Gerechtigkeit gemacht.»

Der Informant des Büros Ha stellt dann die Dinge richtig und verweist auf drei wesentliche Punkte, die vom Mailänder Blatt übersehen worden sind:

«1. Kulturpolitisch steht der Nationalsozialismus auf der gleichen Stufe wie der Kommunismus...

2.. .. Der heutige nationalsozialistische ‚Antibolschewismus‘ entspringt nicht weltanschaulichen Motiven, sondern ist rein imperialistischer Natur.

3.. .. Wie im letzten Weltkrieg benötigt Deutschland das russische Getreide, das russische Petrol und die russischen Erze. Das alles kann es ... holen, wenn es ihm gelingt, Russland ... zu besiegen.»

Abschliessend folgt die Bemerkung:

«Die Hoffnungen katholischer Kreise auf eine kulturpolitische Umkehr entspringen einem an sich begreiflichen Wunsche; sie verkennen jedoch gänzlich das Wesen des Nationalsozialismus und des neudeutschen Imperialismus.»

Dem oberflächlichen Betrachter aber muss es scheinen, dass der deutsche Sieg auch im Osten unzweifelhaft sei. Die ersten Erfolgsmeldungen des deutschen Oberkommandos sprechen stolz von 400'000 russischen Gefangenen und von

7'615 erbeuteten Panzern, 4'423 Geschützen und 6'233 Flugzeugen. Die deutsche Wehrmacht erreicht in den ersten Augusttagen des Jahres 1941 eine Gesamtstärke von 7'331 000 Soldaten, davon 5'200 000 im Heer, 1'570'000 in der Luftwaffe, 421'000 in der Kriegsmarine und 140'000 in der Waffen-SS. Demgegenüber geben amtliche russische Verlautbarungen die deutschen Verluste mit folgenden Zahlen bekannt: 1,5 Millionen Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen, 6'000 von den Russen erbeutete deutsche Panzer, 8'000 erbeutete Kanonen, 6'000 abgeschossene Flugzeuge. Gleichzeitig greifen russische Bomber erstmals Berlin an. Am 19. September dringen die deutschen Truppen in der ukrainischen Hauptstadt Kiew ein, und wenige Tage später wird der bisherige Gauleiter von Ostpreussen, Koch, zum Reichskommissar für die Ukraine ernannt. Nach einer Meldung vom 5. Oktober 1941 aus Moskau betragen die russischen Verluste insgesamt – nach nur etwa dreimonatigem Feldzug – 1'120'000 Mann, ein Viertel davon müsse als gefallen betrachtet werden; die Schätzungen der deutschen Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen betragen nach derselben Quelle drei Millionen Mann. Die deutsche Propagandamaschinerie läuft auf Hochtouren. Der «Völkische Beobachter» verkündet mit Schlagzeilen den Sieg:

«Die grosse Stunde hat geschlagen; der Ostfeldzug ist beendet» (10. Oktober 1941).

«Der Durchbruch im Osten wird ausgeweitet» (11. Oktober 1941). «Die Vernichtung der sowjetischen Armeen ist fast beendet» (12. Oktober 1941).

«Die Schlachtfelder von Wjasma und Brjansk weit im Rücken der Front» (13. Oktober 1941).

«Die Bewegungen im Osten verlaufen planmässig» (14. Oktober 1941).

«Die Kampfhandlungen im Osten verlaufen nach Plan» (15. Oktober 1941).

Am 18. Oktober beschliesst das amerikanische Repräsentantenhaus, dem Begehren von Präsident Roosevelt auf Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe stattzugeben. Gleichzeitig hat die Schlacht um Moskau eingesetzt, und in der hart umkämpften sowjetischen Hauptstadt greift Stalin in die Diskussion um die Ideologie des Nationalsozialismus ein. Am 6. November 1941 spricht er in einer Festsitzung des Moskauer Sowjets aus Anlass des Jahrestages der Grossen Oktoberrevolution:

«Kann man die Hitlerleute für Nationalsozialisten halten? Nein, das kann man nicht. In Wirklichkeit sind die Hitlerleute jetzt keine Nationalsozialisten, sondern Imperialisten. Solange sich die Hitlerleute damit befassten, die deutschen Länder zusammenzufassen und ihnen das Rheingebiet, Österreich usw. wieder anzuschliessen, konnte man sie mit einer gewissen Berechtigung für Nationalisten halten. Nachdem sie jedoch fremde Gebiete geraubt und europäische Nationen – die Tschechen, Slowaken, Polen, Norweger, Dänen, Holländer, Belgier, Franzosen, Serben, Griechen, Ukrainer, Bjelorussen, Balten usw. – unterjocht haben und dazu übergegangen sind, die Weltherrschaft anzustreben, hat die Hitlerpartei aufgehört, eine nationalsozialistische Partei zu sein, denn seit diesem Augenblick ist sie zu einer imperialistischen annexionistischen Unterdrückerpartei geworden. Kann man die Hitlerleute für Sozialisten halten? Nein, das kann man nicht. In Wirklichkeit sind die Hitlerleute geschworene Feinde des Sozialismus, die schlimmsten Reaktionäre und Pogromhelden, die die Arbeiterklasse und die Völker Europas der elementarsten demokratischen Freiheiten beraubt haben.»

Am 20. November setzen die Deutschen zu einer neuen Offensive gegen Moskau an, doch begegnen sie vom 6. Dezember an verstärktem russischen Widerstand, der in eine Gegenoffensive mündet. Sieben Armeen und zwei Kavalleriekorps kämpfen heldenhaft unter der Führung des bisher noch fast unbekanntem Generals Schukow. Der russische Geheimdienst – genauer gesagt einer seiner Leute – hat mitgeholfen, diesen überraschenden Wandel herbeizuführen. Der deutsche Journalist Dr. Richard Sorge, Ostasienkorrespondent des «Deutschen Nachrichtenbüros» und der «Frankfurter Zeitung», arbeitet zur Tarnung für die deutsche Abwehr, aus Sympathie aber für Moskau, und dorthin hat er den geheimen Beschluss des japanischen Reichsrates, auf keinen Fall gegen die Sowjetunion Krieg zu führen, gemeldet. So konnte Stalin Sibirien entblößen und die dortigen Truppen gegen den Feind im Westen werfen.

Schon am 7. Dezember schreibt der Oberbefehlshaber der deutschen Heeresgruppe Mitte in sein Tagebuch:

«In überraschend kurzer Zeit hat der Russe zerschlagene Divisionen wieder auf die Beine gestellt, neue aus Sibirien, aus Iran und dem Kaukasus an die bedrohte Front geworfen und seine verlorene Artillerie durch zahlreiche Ra-

ketengeschütze zu ersetzen vermocht. Heute stehen 24 – grösstenteils aufgefüllte – Divisionen mehr vor der Heeresgruppenfront als am 15. November. Demgegenüber ist die Kraft der deutschen Divisionen durch die ununterbrochenen Kämpfe und durch den mit grosser Gewalt hereinbrechenden Winter auf weniger als die Hälfte herabgesetzt; der Kampfwert der Panzertruppen ist weit geringer.»

Die USA werden in den Krieg hineingezogen

...dazu reichte aber schon der Zug einer Hundeleine aus..

Inzwischen hat sich der Krieg auch weltweit verhärtet. Zwischen Japan und den USA gab es schon seit langer Zeit Friktionen, führt doch Japan gegen China, das die Amerikaner als ihr Einflussgebiet betrachten, Krieg. Um einen Druck auf Tokio auszuüben, hat nun Präsident Roosevelt die japanischen Guthaben in den USA gesperrt und eine Ölsperre gegen Japan verhängt. Japan ist schwer getroffen. Die Meinungen über die politische Reaktion auf diese Massnahmen gehen auseinander, doch gewinnt schliesslich die Kriegspartei die Oberhand. Am 7. Dezember 1941 greifen japanische Trägerflugzeuge den amerikanischen Flottenstützpunkt Pearl Harbour an. In dem nur zwei Stunden dauernden Kampf verlieren die Amerikaner vier Schlachtschiffe, zwei Zerstörer und ein als Zielschiff umgebautes Schlachtschiff. Vier Schlachtschiffe, drei Kreuzer und zwei Zerstörer werden schwer beschädigt. 177 Flugzeuge sind vernichtet, 2'177 Amerikaner gefallen.

Wenige Stunden später heisst der amerikanische Kongress folgende Proklamation gut:

«Nachdem die kaiserlich-japanische Regierung gegenüber der Regierung und dem Volk der Vereinigten Staaten unprovokierte Angriffshandlungen begangen hat, wird vom Senat und Repräsentantenhaus des amerikanischen Kongresses festgestellt, dass der Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Japan bestehe. Hiermit wird der Krieg der Vereinigten Staaten an Japan formell erklärt und dem Präsidenten die Vollmacht übertragen, die gesamten Marine- und Militärstreitkräfte der Vereinigten Staaten sowie die Hilfsquellen der Regierung einzusetzen, um den Krieg gegen Japan zu führen und den Konflikt zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.»

Aus dem europäischen Krieg, der zwar bereits nach Nordafrika und Vorderasien übergreifen hat, ist nun ein Zweiter Weltkrieg geworden.

Wenige Tage später hält Hitler vor dem Reichstag eine grosse Rede. An diesem 11. Dezember 1941 befasst er sich mit dem Krieg gegen Russland und Amerika und weist zunächst heuchlerisch wieder einmal jede Kriegsschuld von sich:

«Ich habe keinen Krieg gesucht, sondern habe im Gegenteil alles getan, um ihn zu vermeiden. Ich würde aber pflichtvergessen und gewissenlos handeln, wenn ich trotz der Kenntnis der Unvermeidbarkeit eines Waffenganges versäumen würde, die daraus einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen.

Weil ich Sowjetrussland für die tödlichste Gefahr nicht nur des Deutschen Reiches, sondern für ganz Europa halte, habe ich mich entschlossen, wenn möglich noch wenige Tage vor Ausbruch dieser Auseinandersetzung selbst das Signal zum Angriff zu geben.

Und nun lassen Sie mich demgegenüber zu jener anderen Welt Stellung nehmen, die ihren Repräsentanten in dem Manne hat, der, während die Völker und ihre Soldaten in Schnee und Eis kämpfen, in taktvoller Weise vom Kaminfeuer aus zu plaudern pflegt, und damit also vor allem von jenem Mann, der der Hauptschuldige an diesem Kriege ist...

Im Verfolg der immer weiteren Ausdehnung einer auf unbegrenzte Welt-herrschaftsdiktatur gerichteten Politik des Präsidenten Roosevelt sind die Vereinigten Staaten von Amerika im Verein mit England vor keinem Mittel zurückgewichen, um dem deutschen, dem italienischen und auch dem japanischen Volke die Voraussetzungen ihrer natürlichen Lebenshaltung zu bestreiten.»

Bedrohung der Schweiz von innen

In diesem Sommer und Herbst 1941 ist selbstverständlich auch die Schweiz besonderen Belastungen ausgesetzt. Noch bevor der deutschrussische Krieg ausbricht, wendet sich der schweizerische Oberbefehlshaber General Henri Guisan mit einem Armeebefehl an die Truppen:

«1. Je länger der Aktivdienst dauert und je mehr Kriegsereignisse eintreten, umso mehr entstehen bei schwachen Naturen Zweifel an unserer Kraft zum Widerstand.

Neben der Hebung der Qualität der eigentlichen militärischen Ausbildung, die andauernd verfolgt werden muss, kommt der Aufklärung über die Ursachen der kriegerischen Ereignisse und dem Unterricht in Heimatkunde... vermehrte Bedeutung zu.

2. Ich habe daher angeordnet, dass die Sektion ‚Heer und Haus‘ der Generaladjutantur ihre Tätigkeit bei den Truppen ausbaut...»

Mit diesem Mittel will General Guisan jener gefährlichen Strömung begegnen, die das Volk bedroht, und er will damit ein Gegengewicht schaffen zur Haltung gewisser anderer ziviler und militärischer Führer, die vom deutschen Sieg zu sehr beeindruckt sind. Auf der Seite des Generals arbeitet das Büro Ha. Am 14. Juli 1941 wehrt es sich gegen ein Verschleierungsmanöver gewisser Stellen:

«Das im Volk herumgebotene Gerücht, Deutschland habe schweizerische Arbeiter angefordert (etwa 60'000 Mann) zum Arbeitseinsatz in Deutschland, scheint allen eidgenössischen Dementis zum Trotz doch zu stimmen! Glücklicherweise (so muss man in diesem Zusammenhang sagen) haben wir noch Gewerkschaften, die nicht gewillt sind, ihre Mitglieder ins Ruhrgebiet reisen zu lassen. Wir dürfen m. E. aber auch mit Blick auf die Wehrkraft des Landes diesen Arbeiterexport niemals zulassen. Denn es würde

dies eine wesentliche Schwächung unserer Armee bedeuten. Von den politischen Folgen einer solchen Machenschaft will ich gar nicht reden...

Erwiesen ist heute des ferneren, dass Deutschland unserm politischen Instanzen schon mehrmals über verschiedene Funktionäre die Demobilmachung unseres Heeres nahegelegt hat.»

Die Schweiz rüstet sich zum 650. Jahrestag ihrer Gründung. Der 1. August dieses Jahres soll besonders feierlich begangen werden, denn ausser der Tatsache, dass die Eidgenossenschaft über sechseinhalb Jahrhunderte hinweg bestehen konnte, muss doch besonders auch die aktuelle Gefahr die Schweizer um ihre Fahne vereinigen. Aus diesem Grund entschliessen sich zahlreiche in Süddeutschland ansässige Schweizerbürger, sich zu dieser Geburtstagsfeier in die Heimat zu begeben. Darüber weiss nun allerdings das Büro Ha am 21. Juli 1941 zu berichten:

«Entsprechende, an die zuständigen deutschen Behörden adressierte Gesuche seien abschlägig beschieden worden (Gestapo). Daraufhin hätten sich die Initianten an Minister Frölicher, den schweizerischen Gesandten in Berlin, gewendet und um seine Intervention gebeten. Minister Frölicher habe sofort abgelehnt mit der Begründung, dass bei der ohnehin schlechten Stimmung gegenüber der Schweiz ein Schritt seinerseits (ausgerechnet zum Zwecke des Besuches der 1. Augustfeier) im Auswärtigen Amt nur böses Blut machen würde. Die Schweizer seien dann noch angewiesen worden, in diesem Zusammenhang keine weiteren Schritte zu unternehmen.»

Das Büro Ha fügt dieser Nachricht bei, sie stamme «von einem sehr hohen deutschen Beamten, der die Schweiz liebt und der empört ist». Wenn die Information den Tatsachen entspricht, erstaunt es nicht mehr, dass in dieser Zeit der schweizerische diplomatische Vertreter in Berlin mit dem Spottnamen «Trauriger» bedacht wird. Boshaft wird über ihn auch gesagt: «Die Schweizer in Deutschland wären fröhlicher, wenn Frölicher ein Schweizer wäre.»

Offenbar beschäftigt sich aber auch die Auslandsorganisation der NSDAP in Stuttgart, das schon öfters erwähnte Amt Bohle, mit der Schweizer 1. Augustfeier. Das Büro Ha vernimmt, dass dort neue Weisungen ausgegeben worden sind, um die «Nationale Bewegung der Schweiz», die am 19. November 1940 durch Bundesratsbeschluss aufgelöst worden ist, wieder zu aktivieren. Die In-

formationen besagen, dass man deutscherseits bereits daran sei, die Organisation des schweizerischen Verräters Ernst Leonhardt aufzufrischen:

«Die ‚Dienststellen der Leonhardtbewegung‘ sind bereits verstärkt, neu verteilt und mit Mitteln versehen worden... Ausspruch im Amt Bohle: die Schweiz kann sicher sein, dass ihr der auf den 1. August geplante Festrummel arg verdorben wird. Geplant soll sein, die schweizerischen Erneuerer vorprellen zu lassen, u.a. auch die Leonhardtleute, die man deutscherseits in diesem Zusammenhang als eine Art SS einsetze. Diese sollen Terrorakte ausüben und zu landesverräterischen Handlungen schreiten. Damit will man die schweizerischen Behörden zu scharfem Durchgreifen (wörtlich: drakonischen Gegenmassnahmen) zwingen, wobei man sich deutscherseits einen ‚Strom von Flüchtlingen aus der Schweiz ins Reich erhofft. Gelingt der Coup, dann soll er in entsprechender Weise propagandistisch ausgewertet werden. Geht er fehl, dann wird man deutscherseits jegliche Urheberchaft abstreiten...»

In diesen Tagen widmet sogar das dem Propagandaminister nahestehende Blatt «Das Reich» der Schweiz einen politischen Artikel und schreibt:

«Die Schweizer können vorläufig die zweifelhafte Ehre für sich in Anspruch nehmen, der einzige Staat Europas zu sein, in dem keine Freiwilligen geworben werden. Sollte es wirklich keine Organisation geben, keinen mutigen Offizier, der den Gedanken an die Öffentlichkeit trüge, dass eine ‚Schweizer Legion‘ gebildet werden müsse? Wir weigern uns noch, das zu glauben.»

Ernst Leonhardt missversteht diesen Appell. Er glaubt nämlich, zu dieser Tat aufgerufen zu sein, doch geben ihm die zuständigen deutschen Stellen sogleich zu verstehen, dass dies anders gemeint sei. Militärisch gliedert man freiwillige Schweizer in Formationen der Waffen-SS ein, doch hat das Reich in der Schweiz selbst eine «gesellschaftliche Front» eröffnet, an der ihm offensichtlich im Augenblick mehr Hege. Das deutsche Generalkonsulat in Zürich lädt zu regelmässigem «Fünfuhrtee» ein. An prominenteren Leuten sind bisher zwei Namen gemeldet worden: Ludwig Klages und Baron B. von Brentano, die sich gerne bei diesen Plaudereien Kaffee und Kuchen reichen lassen.

Zwielichtig scheint auch die massiv verstärkte Propaganda der «Eidgenössischen Sammlung», die bereits im Juni 1940 von Dr. Robert Tobler gegründet

worden ist. Damals hatte sie die 26 Programmpunkte der «Nationalen Front» wie auch weitgehend deren Mitglieder übernommen. In einem Flugblatt vom Sommer 1941 heisst es:

«Eidgenössische Sammlung aller aufbaufähigen Kräfte, das ist das Gebot der Stunde!

Die Zukunft unseres Landes und die persönliche Existenz eines jeden sind nur gewährleistet, wenn das ganze Volk die Erneuerung aufrichtig will.

Die Eidgenössische Sammlung, hervorgegangen aus der Nationalen Front, ist die grosse, umfassende Organisation der schweizerischen Erneuerungsbewegung. Tausende bekennen sich zu ihren Zielen.

Anmeldungen und Auskünfte durch Eidgenössische Sammlung, Sekretariat Zürich, Büro Dr. Robert Tobler, Nüscherstrasse 45, Zürich, Telefon Nr. 3 73 32.»

In einer geschlossenen Versammlung in der Zürcher Stadthalle ergreift unter anderen auch Dr. Robert Tobler das Wort und führt – soweit dies auf Grund von etwas lückenhaften Notizen zu rekonstruieren ist – aus: «Der geistige Zusammenbruch wird kommen, und dann müssen wir bereit sein, um das Steuer in die Hand zu nehmen. Nur wir können den Neuaufbau vornehmen. Der Umsturz lässt sich nicht aufhalten. 1848 waren es die Pfaffen und die Adligen, heute sind es die Freimaurer und die Juden... Das ‚System‘ wird über kurz oder lang am Ende sein, denn unser Weg führt zu dem gegenteiligen Ziel, was Bern unternimmt. Es gilt, das Volk zu lehren, sich von den Parteien zu befreien und aufwärts zu führen.»

Neben dieser Propagandawelle rollt die deutsche Aktion der direkten Bespitzelung. Hinweise gibt ein Bericht des Büros Ha vom 28. Juli 1941:

«Seit dem 24.7. sind die deutschen Zollorgane entlang der Schweizer Grenze im Besitze eines Geheimbefehls, durch welchen die besonders strenge Überwachung des deutsch-schweizerischen Grenzgebietes angeordnet wurde. Es sind am 20.7. im Grenzgebiet überdies besondere Gruppen der Fahndungspolizei und Verstärkungen für den Zollgrenzschutz eingetroffen, die aus Ulm und Stuttgart kamen. Die Aufgabe dieser Sonderkommandos bestehe darin, an gewissen Grenzpunkten zwischen 0300 und 0500 Schweizer abzufangen, die mit Wissen deutscher Instanzen schwarz über

die deutsche Grenze kommen und die, einmal in Deutschland, gewissen deutschen Instanzen zugeführt werden sollen. Als Detail wird noch gemeldet, dass am 23. und 24. Juli, je gegen 0500 Uhr, in Konstanz, Färberei an der Gottheber Strasse (Nr. 34), solche ‚Schweizer Kuriere‘ eingetroffen seien. Diese habe man je am späten Abend nach Singen weitergeführt.

Man spricht dann noch davon, dass in Deutschland Schweizer Freiwillige eintreffen, die gegen Russland in den Kampf ziehen wollen.»

Der 1. August 1941, die 650-Jahrfeier der Gründung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, wird schliesslich doch zu einem ungestörten Tag der Besinnung. In einem Tagesbefehl wendet sich General Henri Guisan an die Armee und führt unter anderem aus:

«Wohl ruft unsere Vergangenheit in uns Erinnerungen an tapfere Taten und glorreiche Tage unserer Geschichte wach. Vergessen wir aber nicht, dass es auch Zeiten der Gefahr und der Not gab. Mehr als einmal war das Schweizerhaus, ein Werk der Ausdauer, der Klugheit und der Kraft der Besten unserer Väter, dem Zusammensturz nahe, weil ihm von aussen Gefahr drohte oder weil innere Zwistigkeiten es erschütterten. Prüfungen aller Art stellten unser Land und seine Unabhängigkeit oft auf eine harte Probe, und nur der Opferwille und das Gefühl der Zusammengehörigkeit haben es immer wieder unversehrt erhalten können.

Dies stand in Gottes Ratschluss.

Auch die Gegenwart ist eine Zeit der Prüfung. Gewiss sind uns die Leiden, die heute einen Teil der Menschheit heimsuchen, erspart geblieben. Getreu dem gegebenen Wort hat das Ausland die Unverletzlichkeit unserer Neutralität geachtet. Es handelt sich daher auch für uns darum, treu zu bleiben, und zwar unserem Ideal und uns selbst: einig, entschlossen, pflichtbewusst, aufmerksam über unsere Rechte wachend.»

Die Treue zur Heimat fassen leider nicht alle Schweizer so auf, wie General Guisan dies postulierte. Schon wenige Tage nach dem festlichen Geburtstag der Schweiz, am 5. August 1941, müssen die zuständigen Polizeistellen eine grössere Aktion gegen die bekannten aktiven Mitglieder der sogenannten «Schweizerischen Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie» unternehmen. Zu ihren Leitern gehören Franz Burri und Ernst Leonhardt, mit denen sich gleichentags das Büro Ha beschäftigt. Es leitet nämlich Rund-

schreiben an das Armeekommando weiter, «wie sie seitens der ‚Organisation Leonhardt‘ gegenwärtig in der Schweiz verschickt werden». In einem «An die schweizerischen Nationalsozialisten» gerichteten Aufruf dieser Gesellschaft heisst es:

«Mit anerkennenswerter Hartnäckigkeit werden wir seit Jahren von einem System verfolgt, das in neutralitätswidriger Weise den Kampf des Weltjudentums gegen die junge Generation Europas unterstützt. Bundesanwalt Stämpfli, der Statthalter der Loge, und die Nebenregierung des General Guisan versuchen mit Polizeiterror eine Entwicklung zu verhindern, die gegen die internationalen Kräfte einer sterbenden Zeit ist...

Die Eidgenossenschaft der Logenbrüder und Logensöldner ist am untergehen.

Es weht die Fahne der Nationalsozialistischen Bewegung in der Schweiz! Unter ihr sammeln sich alle, die sich zum Nationalsozialismus bekennen!

Es lebe die kommende nationalsozialistische Eidgenossenschaft!

Nationalsozialistische Bewegung in der Schweiz

Franz Burri Ernst Leonhardt.»

In einem anderen Appell, von den gleichen zwei Söldnern des Dritten Reiches unterzeichnet, heisst es:

«Es ist richtig, dass zwischen dem gegenwärtigen Regime der Schweiz und dem Reich keine gemeinsame Idee besteht. Aber über allem steht das Volk und dessen blutmässige Bindung zum gesamtdeutschen Volk und seinem Reich.»

Das Büro Ha hat zweifellos recht, wenn es in einem Kommentar anfügt: «Die Texte sind unverkennbar im ‚Amt Bohle‘ (Auslandsorganisation der NSDAP) redigiert worden.»

Für einmal noch – auf längere Zeit hinaus zum letztenmal – beschäftigen sich Burri und Leonhardt mit der Schweizergeschichte. Die 650-Jahrfeier geht auch an ihnen nicht spurlos vorbei, doch zeigen sie sich auch in diesem kleinen Detail als gelehrige Schüler ihrer ausländischen Meister. Ganz wie die Reichspropagandisten verdrehen sie die geschichtlichen Gegebenheiten, um sie ihren Zielen dienstbar zu machen. In einer längeren Schrift «650 Jahre Eidgenossenschaft» stehen die bemerkenswerten Behauptungen:

«Die alten Eidgenossen wollten keinen Staat gründen... Wenn am 1. August

auf dem Rütli die Schillerverse gesprochen werden ‚Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod, als in der Knechtschaft leben‘, dann sind diese Worte nicht nur von historisch-literarischer Bedeutung, sondern sie sind der Ausdruck einer ganz bestimmten politischen Haltung der Schweiz... In den berühmten Schlachten Morgarten, St. Jakob, Grandson, Murten, Nanzig (gemeint ist Nancy!), Navarra und zuletzt auch Marignano offenbarte sich – für alle Zeiten unvergessen – höchstes germanisches Heldentum... Die deutsche Kultur, verbunden mit der reichischen Vergangenheit der Eidgenossenschaft würde dem Schweizervolk die Verpflichtung zu einer echten freundschaftlichen Gesinnung für das Reich auferlegen.»

Die Gefahr, die der Unabhängigkeit der Schweiz droht, äussert sich aber nicht immer in so schwulstigen Worten. Oft sind es Einzelheiten, die aufhorchen lassen. Dies ist ganz besonders der Fall, als beim Büro Ha die folgende, am 27. August weitergeleitete Meldung eingeht:

«Von..., der es zufolge seiner amtlichen Stellung wissen muss, habe ich zuverlässige Meldung, dass Herr Pilet in der Verwaltung der P.T.T. einen eigenen geheimen Abhorchdienst unterhält. Die betreffende Schaltanlage befindet sich in einem Gebäude der P.T.T. und wird von ... bedient, die Herrn Pilet aus früherer Zeit verpflichtet sind. Diese Abhorchstation ist ungesetzlich.»

Diese Meldung illustriert den Wahrheitsgehalt von Bemerkungen, die Bundesrat Pilet-Golaz verschiedentlich bei Empfängen fallen Hess: Er sei genau über aHes informiert, was General Guisan am Telefon spreche, auch über gewisse Gespräche seiner Bundesratskollegen sei er unterrichtet!

Obwohl im Augenblick die grösste Gefahr von rechts droht, wertet das Büro Ha auch alle Informationen aus, die ihm über Umtriebe von links zugehen. So kann es am 5. September 1941 melden, es sei damit zu rechnen, dass ausländische kommunistische Saboteure in die Schweiz verbracht würden mit dem Auftrag, die für den Nord-Südverkehr bedeutsamen Bahnverbindungen wirksam zu stören. Die Aktionen soflen sich auch gegen Industrien richten, die kriegswichtiges Material für die Achsenmächte herstellen. Im Kommentar fügt das Büro Ha an:

«Die zu erwartenden Sabotageakte mit dem Ziel, den Nord-Südverkehr zu erschweren, passen absolut in das Bild der kriegspolitischen Entwicklung...

Wir halten in Abwägung aller Faktoren dafür, dass die umfassende und scharfe Bewachung aller in Betracht kommenden Bahnstrecken dringend geboten sei... Zu erwägen ist des weitern die Frage, ob nicht vorsorglich alle kommunistischen Elemente interniert werden sollten, deren Bereitschaft zu Sabotageakten nicht zu bezweifeln ist.»

Wenn auch die Rechtsextremisten selbst in der Schweiz noch immer in Hochgefühlen schwelgen, so äussern sich jene Schweizer, die im Reich leben und dort die kriegswirtschaftlichen Entbehrungen durchmachen und auch der Gefahr ausgesetzt sind, einberufen zu werden, zunehmend kritischer. Büro-Ha-Bericht vom 7. Oktober 1941:

«Seitens der Geheimen Staatspolizei ist nachgewiesen, dass in der Rüstungsindustrie in Deutschland beschäftigte Schweizer sich zunehmend mit Spionage befassen. Es ist die Überprüfung aller in deutschen Rüstungswerken und Betrieben beschäftigten Schweizer und deren verschärfte Überwachung angeordnet worden!

Des fernern wurde eine Verfügung an die Rüstungsindustrie erlassen, wonach keine Schweizer mehr angestellt werden dürfen.

Die Zahl der Deserteure aus den Reihen der Schweizer Freiwilligen, hauptsächlich aus der SS, hat sich bedeutend erhöht. Es wird gegenwärtig in Berlin geprüft, ob diese Schweizer, welche ‚auf das germanische Reich, Führer und Grossdeutschland‘ (!!) vereidigt wurden, als Deserteure zu behandeln und abzuurteilen seien (soweit man ihrer habhaft wird) oder ob gegen sie ein anderes Verfahren anzuwenden sei.»

Ende November 1941 gehen dem Büro Ha wieder wichtige Informationen aus dem Stuttgarter Amt Bohle zu. Darin wird ausgeführt, dass in letzter Zeit zahlreiche prominente deutsche Wirtschaftsfachleute in der Schweiz waren, wo sie – wie es wörtlich heisst – «nie erwarteter Aufgeschlossenheit begegnet seien». Zahlreiche einflussreiche Schweizer, so schien es den deutschen Besuchern, würden den Wirtschaftsanschluss ans Reich begrüssen und mit allen Mitteln fördern. Doch muss der Bericht dann ehrlicherweise anfügen:

«Als erfolgreichste Gegenspieler gegen die Annäherung der Schweiz ans Reich gelten im Amt Bohle der General und ‚ein Klüngel von Offizieren‘. Diese seien mit aller Kraft am Werk, die Arbeit der deutschhörigen Kreise zu durchkreuzen.»

Zur gleichen Zeit übt das rechtsextremistische Blatt «Front» scharfe Kritik am Leiter des Büros Ha, Hauptmann Hans Hausamann. Unter dem Titel «Eine sozialdemokratische Geheimversammlung, ein Hauptmann in Uniform spricht über die Kriegslage im Osten – Zweierlei Recht» erfolgt ein erster Angriff. Der Nachrichten- und Sicherheitsdienst informiert unverzüglich den General über Hausamanns Tätigkeit:

«1. Herr Hptm. Hausamann hielt am Donnerstag, den 20. 11.41, 20.00 im ‚Landhaus‘, Schaffhausen, auf Ersuchen des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Schaffhausen vor den Mitgliedern dieser Partei einen Vortrag über die kriegspolitische Lage und die Lage der Schweiz. Dass solche Einladungen laufend bei Herrn Hausamann eingehen, wird belegt durch Schreiben des Arbeiterbildungsausschusses, Aarau, Th. Ernst, Lokomotivführer, vom 2.12.41.. durch Schreiben der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale vom 3.12.41..., ferner durch eine Zuschrift des schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes vom 27.11.41... Damit dürfte die Frage beantwortet sein, in wessen Auftrag oder mit welcher Bewilligung der Vortrag gehalten wurde...

Ich möchte beiläufig noch die unausgesprochene Frage ‚Ein Hauptmann in Uniform‘ streifen... Herr Hptm. Hausamann macht diesbezüglich geltend, dass die Arbeiterschaft gerade darauf besonderen Wert lege, dass sich Offiziere in Uniform bereitfinden, in ihren Organisationen über militärische Fragen zu reden. Ausziehen der Uniform wäre, wie Hauptmann Hausamann geltend macht, unausgesprochen ein Vorbehalt der Armee, und mit Vorbehalt soll man nicht zu Arbeitern sprechen. Entweder lasse man ihn weiterhin in Uniform sprechen oder er werde keine Vorträge mehr halten. Man kann über diese Formalität und über die Frage der Berechtigung des Uniformtragens für derartige Vorträge verschiedener Meinung sein. Wesentlich aber ist die Tatsache, dass seit Langem die Arbeiterschaft, soweit sie überhaupt je abgeirrt war, ... wieder zur Armee zurückfand und es schmerzlich empfindet, wenn man immer wieder versucht, ihre soldatische Gesinnung anzuzweifeln... Der Hauptmann in Uniform tut also seine staatsbürgerliche Pflicht.»

In einem Schreiben an Bundesrat Kobelt stellt sich General Guisan vor den Leiter des Büros Ha:

«Hptm. Hausamann ist in Zeiten für unsere Landesverteidigung eingetreten,

als dies noch lange nicht überall populär war. Wenn er heute der Überzeugung ist, dass auch der Arbeiter ein Anrecht darauf hat, von einem Offizier staatsbürgerlichen Unterricht über Sinn und Zweck der Landesverteidigung zu erhalten, so erfüllt er damit eine notwendige Aufgabe... Es mag zutreffen, dass Hptm. Hausamann seine Auffassung etwas ungestüm zur Geltung bringt. Das tut der guten Sache keinen Abbruch. Viel wichtiger ist mir, dass er seinen geraden Weg, unbeschadet aller Anfeindungen und Lockungen, nicht verlassen hat.»

Ende 1941 werden von Deutschland her nochmals die ungeheuerlichsten Gerüchte über die Schweiz in Umlauf gesetzt. Die in Weimar erscheinende «Thüringer Volkszeitung» schreibt am 16. Dezember 1941:

«Der Logenbruder General Guisan verteidigt seine englandhörige Politik: In der ganzen Schweiz kursieren gegenwärtig Gerüchte über einen geplanten Militärputsch. Im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Volkswahl des Bundesrates am 25. Januar 1942 bereite der bekannte Oberst im Generalstab Däniker, zusammen mit höheren Offizieren, einen Putsch vor. Es heisst, Oberst Däniker wolle General Guisan zufolge seiner englandfreundlichen Politik stürzen und an Stelle des Bundesrates und des Parlamentes eine Militärdiktatur errichten. Oberst Däniker verfüge bereits in allen Schweizer Städten über zahlreiche Anhänger im Offizierskorps, die zum Losschlagen bereit seien.

Die ‚Eidgenössische Korrespondenz‘ schreibt dazu, diese Gerüchte um Oberst Däniker könnten weiter nicht überraschen, wenn man bedenke, dass er kürzlich in einer Denkschrift den Versuch zu einer Verständigung zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich unternommen habe. Diese Denkschrift war Gegenstand einer Würdigung im ‚Schwarzen Korps‘. General Guisan Hess diese Denkschrift durch einen Befehl bei der Truppe konfiszieren und brachte damit Oberst Däniker nahezu in den Verdacht des Landesverrates. General Guisan und seine Hintermänner möchten aber noch weitergehen: Deshalb setzen gegenwärtig englische Agenten, die vom ‚Exchange Telegraph‘ in Zürich ausgehalten werden, Putschgerüchte in Umlauf. Ein überaus fähiger Offizier soll vor dem Volke erledigt werden. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass General

Guisan, der bekanntlich der Exponent der Loge und der angelsächsischen Mächte in der Schweiz ist, selbst einen Putsch vorbereitet, um den Bundesrat und das Parlament auszuschalten.»

Der Pressedienst «Eidgenössische Korrespondenz» ist das Elaborat von Franz Burri, der sich im August dieses Jahres vom «Bund der Schweizer in Grossdeutschland» getrennt hat, um in Wien mit Eduard Mange als Bundesleiter den neuen «Nationalsozialistischen Schweizerbund» zu gründen. Burri gehört zusammen mit seinen Freunden Ernst Leonhardt und Emil Reiffer der Bundesleitung an. Sein Pressedienst arbeitet von Wien aus, hat aber auch in Budapest einen festen Ableger. Burri unterhält in Wien auch die «Internationale Presse-Agentur» und schleust mit diesen beiden Instrumenten gefahrvolles landesverräterisches Material in die Schweiz.

Das Jahr 1942 steht im Zeichen der kriegerischen Entwicklung an der Ostfront. Dass es den Deutschen nicht gelang, den Russlandfeldzug vor Einbruch des Winters zu einem erfolgreichen Abschluss oder wenigstens zu günstigen militärischen Positionen zu bringen, löst bis in die höchsten Führungskreise hinauf kritische Überlegungen aus. Von dieser Skepsis sind allerdings die kleinen Mitläufer noch keineswegs erfasst, und die schweizerischen Anpassungspolitiker wollen die Realitäten noch immer nicht sehen. Sie halten sich unbeirrt an die Parolen, die vom deutschen Reichspropagandaministerium ausgegeben werden. Der deutsche Endsieg ist für sie eine Gewissheit.

Diese Haltung kommt auch in den von der Gesellschaft für Wirtschaftsforschung herausgegebenen «Konjunkturberichten» zum Ausdruck. Ihr Redaktor schreibt zur Jahreswende unter dem Titel «Die Schweiz in der Grossraumwirtschaft»:

«Was zunächst den Arbeitsmarkt anbetrifft, ist mit grosser Wahrscheinlichkeit zu vermuten, dass im Kernland der Grossraumordnung, im Deutschen Reich, die Vollbeschäftigung auch nach dem Kriege mit allen Mitteln aufrechterhalten wird...»

Dieses kleine Wörtchen «wird» wirkt katastrophal. Der Autor spekuliert nicht, was geschehen werde, wenn Deutschland siegt, und was eintreten werde, wenn es den Krieg verliert. Er geht vielmehr von der sicheren Annahme aus, der Endsieg sei auf deutscher Seite. Da seine Berichte besonders von den Beamten

des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes gelesen und sogar übermässig ernst genommen werden, können die Folgen unübersehbar sein. Kein Wunder, dass das Büro Ha ohne jede Polemik den Rat erteilt:

«In einer ‚Konjunkturforschungsstelle‘, die der Wirtschaft unseres Landes die Richtung weisen will, müsste ein Organ mitwirken, das die politischen und kriegspolitischen Zusammenhänge überblickt. Vom rechtzeitigen Erkennen des möglichen politischen und kriegspolitischen Geschehens hängt ab, in welcher Richtung wir der grossen Linie nach die Wirtschaft dirigieren sollen. Besser keine ‚Konjunkturforschungsstelle‘ als eine, welche auf die falsche Karte setzt...»

Der schweizerischen Wirtschaft kommt in der kriegerischen Auseinandersetzung eine erhebliche Bedeutung zu. Mitte Januar 1942 veröffentlichen die Vereinigten Staaten von Amerika eine «Schwarze Liste» jener Firmen, die mit der Achse Handel treiben. Darin sind mehr als vierhundert schweizerische Firmen aufgeführt, und anschliessend wird vermerkt, dass die wirtschaftliche Kriegführung nun auch auf die Schweiz, Schweden, Spanien, Portugal und die Türkei ausgedehnt werde.

Am 22. Januar 1942 wird zwischen der «Warenvertriebs GmbH», Berlin, einem Tarnunternehmen des SS-Reichssicherheitshauptamtes, und dem «Schweizerischen Holzsyndikat» ein Vertrag geschlossen. Für je 11'000 Franken sollen diesem Abkommen gemäss total 2'000 Holzbaracken nach Deutschland geliefert werden. Der Vertrag ist besonders wegen der zwei Hauptbeteiligten bedenklich: Massgebend für die Berliner Firma zeichnet der SS-Sturmbannführer H.W. Eggen, schweizerischerseits Dr. Paul Meyer-Schwertenbach, Hauptmann im Nachrichtendienst des Armeestabes.

Schon wenige Monate früher hat sich Meyer-Schwertenbach eingeschaltet, damals allerdings mit rein politischen Absichten: Er lud den Chef des Sicherheitsdienstes der Schweizer Armee zu sich auf Schloss Wolfsberg ein und schlug ihm dabei eine Vereinbarung vor, durch welche die Anstrengungen des schweizerischen SD mit jenen des SD der SS Heydrichs hätten koordiniert werden sollen. Heydrichs Abgesandter wartete damals übrigens in einem Nebenzimmer auf Wolfsberg. Es war auch dies wieder H.W. Eggen. Aber der Schweizer SD-Chef sprach darüber telefonisch zunächst mit Hausamann, der dringend warnte. So weigerte sich Oberst i. Gst. Müller, stellvertretender Chef

der Gruppe für Nachrichten- und Sicherheitsdienst im Armeekommando, dann wohlweislich, auf das ungeheure Ansinnen einzugehen. Hätte er sich darauf eingelassen, dann wäre er zum Objekt der Erpressung Heydrichs geworden. Schon im Oktober 1940 hatte man mit H.W. Eggen sonderbare Erfahrungen gemacht: damals erschien er in Neuhausen bei der «Schweizerischen Industriegesellschaft», um 290 Maschinenpistolen einzukaufen. Er wies eine Devisenbescheinigung über DM 60'000.— vor, die blanko, also ohne Nennung der Ware oder der Firma, ausgestellt war. Eggen offerierte als Kompensation 200'000 Liter Benzin, lieferbar bis spätestens 18. November 1940. Da schon damals in der Schweiz der Treibstoff ausserordentlich knapp war, erteilten die Schweizer Behörden die Ausfuhrbewilligung für die Maschinenpistolen, die denn auch prompt geliefert wurden. Als jedoch das versprochene Benzin zur festgesetzten Zeit nicht einging, wurde von behördlicher Seite nachgefragt, doch erhielt man die Antwort, das Benzin sei nicht franko Schweizer Grenze, sondern in Giurgiu (Rumänien) zur Verfügung gestellt, wo es mit schweizerischen Zisternenwagen abgeholt werden könne. Vielleicht aber bringe es die deutsche Wehrmacht zu gegebener Zeit mit... Das Benzin traf nie in der Schweiz ein.

Ebenfalls zur wirtschaftlichen Beeinflussung, verbunden mit politischer Propaganda und politischem Druck, gehört, was das Büro Ha an diesem gleichen 22. Januar 1942 meldet:

«Deutsche Grossfirmen haben von einer deutschamtlichen Stelle Anweisung erhalten, bedeutenderen Zeitungen des neutralen Auslandes (auch der Schweiz) Inserataufträge zu erteilen, um auf diese Weise einen gewissen Einfluss auf die Presse zu bekommen. Die Spekulation geht dahin, dass diese Blätter zu gegebener Zeit mit der Drohung des Inseratenentzuges zur Einhaltung eines Deutschland genehmen Kurses im Textteil gebracht werden können.»

Und am 28. Januar 1942 informiert das Büro Ha:

«Bei der Grossbank... sollen deutsche Staatsmänner beträchtliche Konten unterhalten. Diese seien in jüngster Zeit wesentlich angewachsen. Es wäre interessant, wenn festgestellt werden könnte, wie es sich mit diesen Konten verhält.»

Gleichzeitig macht das Büro Ha auf eine neu gegründete internationale Organisation aufmerksam, die unter dem Namen «Mouvement synarique» einfluss-

Persönlichkeiten in ihre Reihen aufgenommen hat: «Die Wiege der neuen Organisation liegt in Deutschland. Geistiges Haupt ist Reichsminister Funk. Die Bewegung hat bereits Ableger in allen Ländern, auch in der Schweiz. Aufgenommen werden im Wesentlichen Vertreter der Grossindustrie, der Hochfinanz, gewisse prominente Politiker, aber auch Militärs. Leitende Idee ist: das neue Europa als Grosswirtschaftsraum unter Führung Deutschlands, antidemokratisch, totalitär...

Kurz vor Weihnachten hatte die Organisation ihre erste geheime und internationale Zusammenkunft in Bern.»

Am 8. Februar 1942 wird der Deutsche Dr. Klaus Hügel, der zusammen mit einer Delegation der Stadt Stuttgart in die Schweiz kommt, von St. Galler Industriellen und vom Zürcher Stadtrat mit allen Ehren empfangen. Wieder einmal bleiben Warnungen des Büros Ha, dass es sich bei Hügel in Wirklichkeit um den Leiter der deutschen Spionage gegen die Schweiz handle, unbeachtet. Erst viel später muss dann sogar Bundesrat Pilet-Golaz vor dem Parlament zugeben, 1940 und 1941 hätten mehrmals Besprechungen zwischen Dr. Klaus Hügel und den Schweizern Heinrich Frick, Hektor Ammann, Caspar Jenny und Andreas von Sprecher stattgefunden, zu denen sich in einem dritten Kontakt auch Oberst Gustav Däniker gesellte. So also findet man wieder die Hauptdrahtzieher des sogenannten «Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz», als dessen Sekretär Dr. G. Zeuglin fungiert, und die Unterzeichner der «Eingabe der 200» in einem einzigen Zitat vereinigt.

Der «Fall Lindt» – Verurteilung von Burri und Leonhardt – Flüchtlingspolitik

Seit Einbruch des Winters sind die Russen in einzelnen Sektoren zur Gegenoffensive übergegangen. Darüber hinaus aber weiss das Büro Ha Mitte März 1942 zu berichten, es seien gewisse Anzeichen festzustellen, die als Vorbereitungen für eine «zweite Front» gewertet werden müssten. Das Büro Ha schliesst seine Betrachtung mit einer Analyse der Konsequenzen, die eine solche «zweite Front» für die Schweiz haben würde:

«Lage I. Den Alliierten gelingt es, sich im Westen festzusetzen, die Achse verteidigt sich offensiv und es kommt zu Bewegungskämpfen. In diesem Fall wird sich die Schweiz auf Mobilmachung und Besetzung ihrer Grenzen beschränken können unter Ausscheidung starker mobiler, nach allen Richtungen hin rasch verschiebbarer Verbände.

Lage II. Den Alliierten gelingt es, sich im Westen festzusetzen, die Achse zieht ihre Truppe auf eine in Frankreich liegende Abwehrfront zurück. In diesem Falle ergeben sich für die Schweiz in der ersten Phase der Kämpfe der grossen Linie nach die gleichen Konsequenzen wie in Lage I.

Lage III. Den Alliierten gelingt es, sich im Westen festzusetzen, die Achse bezieht eine Abwehrfront entlang der italienischen und deutschen Grenze. In diesem Falle haben wir die Westgrenze zu besetzen, in der Gliederung des Heeres zugleich aber darauf Bedacht zu nehmen, dass es unter Umständen Streitkräften der Achse entgegenzutreten gilt. In dieser Situation kann uns vor Zumutungen seitens der Achse nur bewahren, wenn wir unnachgiebig sind und wenn wir den Willen zur Unnachgiebigkeit durch entsprechende militärische Massnahmen nach allen Seiten hin dick unterstreichen. ... Militärisch wären für den Fall III die Voraussetzungen ähnlich wie zu Beginn des Krieges...

Lage IV. Die Alliierten errichten ihre ‚Zweite Front‘ im Süden Europas.

Kommt es dazu, dann ist es wieder in erster Linie die Zentralstellung, auf welche wir uns militärisch stützen. In dieser Lage werden es die Nord-süd-Verbindungen sein, deren Benützung die Achse von uns verlangen dürfte. Würde schweizerischerseits diesbezüglichen Begehren stattgegeben, dann wäre die sichere Folge, dass die Alliierten nicht ruhen, bis Bahnen und Strassen nachhaltig unterbrochen sind. Weil auch die Achse damit rechnen würde, hätten wir zu gewärtigen, dass sie den notwendigen Schutz durch Flak und Flieger selbst erstellen will. Flieger und Flak der Achse im Land aber wäre militärischer Okkupation gleichzusetzen. Mit Fliegern und Flak begann es auch in Italien. Die Einbeziehung der Schweiz in den Entscheidungskampf wäre dann unabwendbar.

Wir können die Probleme drehen, wie wir wollen, das Schlussergebnis ist immer das gleiche. Uns kann vor der Verwicklung in den Krieg nur bewahren, wenn wir unnachgiebig und – kriegsgewillt sind. Möge es im Übrigen von der Schweiz eines Tages heissen, dass sie nie durch die Ereignisse überrascht worden sei – auch nicht durch eine ‚Zweite Front‘.»

Diese militärischen Überlegungen Hausamanns stehen in schroffem Gegensatz zu jenen, die um die gleiche Zeit Oberst Gustav Däniker propagiert. Am 11. März 1942 spricht er zum Beispiel im Restaurant Königsstuhl in Zürich vor der «Schweizerischen Studiengemeinschaft für europäische Fragen» von einem «typisch europäischen Stil der Kriegführung», für den hauptsächlich die preussisch-deutschen Befreiungskriege gegen Napoleon entscheidend gewesen seien. Als Gegensatz dazu erklärt er den «angelsächsischen Kriegsstil», der der «händlerischen Einstellung der betreffenden Völker» entspreche und der im Wesentlichen ein Wirtschafts- und Blockadekrieg sei. Frankreich, das eigentlich zu Europa gehöre, habe sich infolge der Bundesgenossenschaft an diesen Stil anpassen müssen, gleichzeitig sei es aber gezwungen gewesen, auch auf den Stil des Gegners Rücksicht zu nehmen. Deshalb habe es, als der Einsatz von Truppen notwendig wurde, auf die farbigen Kolonialvölker gegriffen, was Oberst Däniker als «Verrat an der europäischen Kriegführungsmethode» bezeichnet.

Nach diesem Exkurs in die Geschichte kommt Däniker auf den jetzigen Weltkrieg zu sprechen. Hier zeichne sich noch die dritte, die asiatische Methode

ab, die besonders in Russland sichtbar werde. «Die Russen», so sagt Däniker, «stürmen jetzt einfach planlos und geistlos in möglichst grossen Massen gegen den Feind an und suchen ihm zu schaden, wo sie gerade können, ohne irgendwie dort einzusetzen, wo sie ihn entscheidend treffen könnten. Sie betrachten die feindlichen Truppen als ungerufene Eindringlinge und wollen eine Polizeiaktion gegen sie durchführen, um das Territorium wieder von ihnen zu säubern.» Europa – so führt Oberst Däniker weiter aus – müsse sich endlich dieser verschiedenen Kriegführungsmethoden erwehren, anderseits seinem eigenen Stil treu bleiben. Es sei eine grosse Leistung Deutschlands, dass es von Anfang an wieder einen Krieg in dieser Weise vorbereitet habe. Zu bewundern seien nicht nur seine militärischen Vorbereitungen, sondern auch seine politischen Kriegsvorbereitungen.

Die etwa 150 anwesenden Personen spenden dem Referenten begeisterten Applaus. Der Vorsitzende der einladenden Gesellschaft lässt Oberst Däniker Blumen überreichen und dankt ihm mit dem Hinweis, diese Demonstration solle beweisen, dass man trotz der gegen ihn vorgebrachten Verleumdungen geschlossen hinter ihm stehe. Mit der Aufforderung an den Referenten, auch in der Zukunft den Mut nicht zu verlieren und auf diesem eingeschlagenen Weg weiterzuschreiten, wird der aufschlussreiche Abend in Zürich beendet.

Mit welcher Arroganz sich deutsche Partei- und Amtsstellen auch in der Schweiz bemerkbar machen, wird aus der Korrespondenz sichtbar, die um die militärische Versetzung eines schweizerischen Wachtmeisters geführt wird:

Am 1. April 1942 wendet sich der Betreffende an die Deutsche Gesandtschaft in Bern mit der Bitte um Unterstützung seines Gesuches:

«Meine Dispensation, die seinerzeit durch Ihre Vermittlung und auf Grund des durch Herrn Militärattaché Oberst von Ilseman an die Generaladjutantur eingereichten Gesuches bewilligt worden war, ist abgelaufen.

Gemäss der neuen Ordnung über die Ablösungsdienste, in welcher die Dienstperioden verkürzt wurden, werden Dispensationen nur in dringenden Fällen neu bewilligt.

Ich hatte gestern Gelegenheit, mit Herrn Oberstdivisionär Dollfus, Generaladjutant der schweizerischen Armee, zu sprechen, der mir zugesichert hat,

dass ein neues, durch die Gesandtschaft eingereichtes Gesuch voraussichtlich bewilligt würde.

Damit ich aber meinem Militärdienst Genüge leisten kann, ohne meine Arbeit ganz vernachlässigen zu müssen, was derzeit in Folge meines Sonderauftrages des Verwaltungsamtes des Reichsleiters für die Presse der NSDAP, bezüglich der Maschinenbeschaffung aus der Schweiz, nicht zugänglich wäre, hat mir Herr Oberstdivisionär Dollfus vorgeschlagen, mich zum Territorial-Kommando Zürich versetzen zu lassen. Dadurch hätte ich die Möglichkeit, in der freien Zeit, abends und sonntags, meine dringende Arbeit zu erledigen.

Sollte das Versetzungsgesuch bewilligt werden, so würde ich davon absehen, ein neues Dispensationsgesuch einzureichen, wird das Versetzungsgesuch aber abgelehnt, dann müsste im Interesse meiner Arbeit ein Gesuch eingereicht werden...

Heil Hitler!

Ergebenst.

Sonderbeauftragter für die Schweiz

des Reichsverbandes der deutschen Zeitungsverleger.

gez.: O. Lindt.»

Dieser schweizerische Wachtmeister und deutsche Parteifunktionär (er steht mit dem damaligen Korporal und heutigen Botschafter Lindt in keinerlei Beziehung) richtet gleichentags Versetzungs- und Dispensationsgesuche an Oberstdivisionär Dollfus und seinen direkten militärischen Vorgesetzten. Zwar sind die beiden Briefe nicht mehr mit «Heil Hitler» unterfertigt, aber jener an Dollfus ist immerhin mit dem formellen Titel eines «Sonderbeauftragten für die Schweiz» unterzeichnet, und im Schreiben an den Kompagniekommandanten ist der bezeichnende Satz enthalten:

«Sie werden zugeben, dass ich mich in jeder Beziehung in einer Sonderstellung befinde.»

Dass der betreffende Kompagniekommandant das Gesuch mit der Bemerkung «Ich werde den Brief nicht beantworten» seiner vorgesetzten Dienststelle weiterleitet, spricht für dessen aufrechte Haltung.

Der «Fall Lindt» ist eine Einzelercheinung, aber er ist nicht nur aus militärischen, sondern auch aus politischen Gründen höchst gefährlich. Vor allem wissen Leute wie dieser «Sonderbeauftragte Lindt» um die Rückendeckung,

die ihnen von deutschen und schweizerischen Stellen in Deutschland und in der Schweiz zuteil wird. Ausgerechnet in diesen Tagen verkündet die von Franz Burri herausgegebene «Eidgenössische Korrespondenz» als Publikationsorgan der «Nationalsozialistischen Bewegung in der Schweiz» deren «Bekenntnis und Programm»:

«Wir führen den Kampf von einer Ebene aus, die uns granitenen Halt gibt: das Bekenntnis zum deutschen Volk und zum Nationalsozialismus Adolf Hitlers. Wir Schweizer sind, soweit wir Deutsch-Schweizer sind, deutsche Menschen. Es gibt keine schweizerische Nation... Wir gehören zur Substanz des deutschen Volkes... Mit unserem deutschen Stammvolk zusammen wollen wir das neue Europa führen helfen... Wir wollen die Eidgenossenschaft von Grund auf erneuern. Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und zum Wohle des ganzen Volkes Staat und Wirtschaft neu ordnen.»

Es ist zwar zeitlich ein Zufall, dass das Urteil des Territorialgerichtes 3A gegen Franz Burri und Ernst Leonhardt ausgerechnet einige Tage nach diesem verätherischen Erguss ausgesprochen wird, aber es wird dadurch der schweizerischen Öffentlichkeit gegenüber nur noch glaubwürdiger: Am 28. April 1942 werden Leonhardt und Burri der «Angriffe auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft (Strafgesetzbuch Artikel 266), des Deliktes der rechtswidrigen Vereinigung (Strafgesetzbuch Artikel 275), der wiederholten Beschimpfung einer Militärperson (Militärstrafgesetz Artikel 101), der Anwerbung für fremden Militärdienst (Militärstrafgesetz Artikel 94) und der Zuwiderhandlung gegen das Verbot des Volksbundes und des SGAD (Schweizerische Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie), Artikel 2, Absatz 6 der Demokratieschutzverordnung schuldig» erklärt und in contumaciam zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Am 26. April 1942 spricht Adolf Hitler wieder einmal vor dem deutschen Reichstag. Dabei deklariert er seine Kriegsziele in Worten, die – mit verändertem Sinn – ohne Weiteres auch von den Alliierten übernommen werden könnten:

«Es handelt sich daher in diesem Kriege politisch gesehen gar nicht mehr um die Interessen einzelner Völker, sondern es handelt sich um eine Auseinandersetzung zwischen Nationen, die für ihre Angehörigen das Leben auf

dieser Welt sicherstellen wollen, und Völkern, die zu willenslosen Werkzeugen eines internationalen Weltparasiten geworden sind.»

Um ja keinen Zweifel offen zu lassen darüber, welche Völker um das Leben ihrer Angehörigen kämpfen, spricht an diesem gleichen 26. April 1942 Hitler mit Goebbels, der in seinem Tagebuch vermerkt:

«Was Frankreich anbelangt, so ist der Führer nach wie vor der Meinung, dass wir mit ihm auf gütliche Weise niemals zu einer Einigung kommen. Das Gerede von Kollaboration ist nur für den Augenblick gedacht. Im Übrigen will er jetzt zuerst Taten sehen und keine Worte hören. Möge der Krieg, so sagt er, auslaufen, wie er wolle, Frankreich wird teuer bezahlen müssen... Es wird auf seine Grenzen von 1500 zurückgeworfen werden; das heisst also, dass Burgund wieder zum Reichsgebiet kommt. Wir gewinnen damit ein Land, das an Schönheit und Reichtum kaum mit einer anderen deutschen Provinz vergleichbar ist.»

Die deutsche Spionage gegen die Schweiz wird intensiviert. Da sich gegenwärtig die eigentlichen Kriegereignisse weit weg von Zentraleuropa abspielen, neigen viele Schweizerbürger zu einer gewissen Nachlässigkeit. Deshalb sieht sich General Guisan am 22. Mai 1942 veranlasst, sich an die Truppe zu wenden:

«Die Zunahme von Spionagefällen und landesverräterischen Umtrieben zeigt, dass die bisherigen Befehle zur Wahrung militärischer Geheimnisse ungenügend befolgt werden. Die Folgen der Preisgabe von Kenntnissen über militärische Anordnungen und Einrichtungen aller Art werden nicht überall genügend erkannt.

Die Elemente, die gegen die Interessen der Schweiz arbeiten, bedienen sich der raffiniertesten Mittel des verbotenen Nachrichtendienstes unter Zuhilfenahme gutgläubiger, einfältiger, leichtfertiger oder gewissenloser Personen. Es muss erneut jedem Wehrpflichtigen eindringlich klargemacht werden, dass jede Unterhaltung über militärische Belange, in und ausser Dienst mit Personen, deren Zuverlässigkeit nicht einwandfrei feststeht, immer eine Gefahr bedeutet.

In der Beurteilung der Zuverlässigkeit ist zudem grösste Vorsicht und Zurückhaltung am Platze. Wer militärische Geheimnisse, die er zu Recht oder zufällig kennt, an irgendeinen Dritten weitergibt, ohne hiez zu ausdrücklich

ermächtigt zu sein, hat schwerste Strafe zu gewärtigen.

Landesverrat lauert an allen Ecken: er beginnt oft mit Vertrauensseligkeit, Renommiersucht; er spinnt seine Netze in Wirtschaften, Tanzbuden, Bars, im Eisenbahnwagen wie am Arbeitsplatz; er trägt alle Masken: von der harmlosen Einfalt bis zur ausgewachsenen Verworfenheit.

Als wirksamstes und zugleich einfachstes Abwehrmittel ist jedem Angriff auf das militärische Geheimnis eine durch nichts zu brechende Verschwiegenheit entgegenzusetzen.»

Parallel zur Auskundschaftung politischer und militärischer Geheimnisse geht das deutsche Bemühen um direkte Beeinflussung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland. Ein Mittel dazu ist die durch den Rundfunk betriebene Propaganda, und die Interradio AG, die – wie erwähnt – im vergangenen Jahr auch in der Schweiz eine Niederlassung gründete, stellt sich vorbehaltlos in ihren Dienst. Zwar besteht die Interradio GmbH Zürich, wie aus einem geheimen Schreiben vom 14. Februar 1942 hervorgeht, «einstweilen nur auf dem Papier, ist aber bei sich bietender Gelegenheit in der Lage, durch den Ankauf eines Schweizer Senders aktiv zu werden». Welche Bedeutung dieser Interradio, als deren Verbindungsmann zum Auswärtigen Amt Kurt Georg Kiesinger zeichnet, zukommt, geht aus einem Brief vom 29. Mai 1942 hervor:

«Auf Grund der Bemühungen unseres Ministeriums und des Auswärtigen Amtes, unterstützt durch verschiedene Wehrmachtsstellen, hat das Oberkommando der Wehrmacht jetzt der Interradio AG mit allgemeiner Gültigkeit bestätigt, dass die Gesellschaft kriegswichtig ist. Damit ist die Notwendigkeit der Gesellschaft für die militärische Kriegführung anerkannt.»

Am 29. Mai wird das blutbefleckte Nazi-Regime erschüttert. Zwei junge Tschechen, Jan Kubis und Josef Gabchick, die mit einem Flugzeug aus England in die Tschechoslowakei eingeflogen wurden, verüben einen Anschlag auf den Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, Himmlers rechte Hand und Leiter der Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich. In den Strassen von Prag greifen sie ihn mit Handgranaten und Maschinenpistolen an. Am 4. Juni erliegt jener Mann, der weitgehend für den Nazi-Terror verantwortlich war, seinen

Verletzungen. Als Vergeltungsaktion wird am 10. Juni das tschechische Dorf Lidice (im Bezirk Kladno) vollständig zerstört. Alle Männer von Lidice werden erschossen, die Frauen und Kinder in Konzentrationslager verbracht. Erfolge aber melden die Deutschen aus Nordafrika. Am 16. Juni bricht das britische Verteidigungssystem westlich und südlich von Tobruk zusammen. Am Morgen des 20. Juni löst Erwin Rommel den Sturm auf Tobruk aus. Kaum vierundzwanzig Stunden später ist die Festung, die sich neun Monate hat halten können, fest in der Hand der deutschen Eroberer. Zwei Tage später erhält Rommel aus dem Führerhauptquartier die Nachricht, dass Hitler ihn zum Generalfeldmarschall befördert habe. In zehn Jahren also konnte dieser äusserst fähige Soldat vom Hauptmann zum Generalfeldmarschall avancieren. Trotzdem schreibt er gleichentags realistisch an seine Frau:

«Mir wäre lieber gewesen, er [Hitler] hätte mir eine Division geschickt.» Auch an der Ostfront sind die Deutschen erfolgreich. Am 28. Juni 1942 meldet Moskau den Beginn der grossen deutschen Offensive, am 1. Juli fällt Sebastopol in deutsche Hand, an der Front von Kursk müssen sich die Russen am 4. Juli auf neue Stellungen zurückziehen, am 6. Juli überschreiten die Deutschen an mehreren Stellen den Don, tags darauf fällt die Stadt Woronesh.

Die Schweiz ihrerseits verteidigt sich an ihrer inneren Front. Am 4. August 1942 erlässt der Bundesrat einen Beschluss, der die militärgerichtliche Aburteilung vereinheitlicht und die Bestrafung sämtlicher Fälle des gegen die Schweiz gerichteten militärischen Nachrichtendienstes verschärft. Dass sich die schweizerische Regierung in ihrem Bestreben um Schutz des Landes und Abwehr fremden Gedankengutes mit der Mehrheit des Volkes einig wissen darf, bestätigt ihr in diesen Tagen der Führer der «Nationalen Front», Robert Tobler:

«Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass ein jeder, der sich offen zum Gedankengut der Erneuerungsbewegung bekennt, von der öffentlichen Tätigkeit sozusagen ausgeschlossen, in der militärischen Karriere gehemmt, im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben geächtet, kurz, in jeder Beziehung nur Bürger zweiter Klasse ist.»

Weniger erfreulich ist die offizielle Flüchtlingspolitik, die eben in dieser Zeit um eine neue Feststellung «bereichert» wird. Am 4. August 1942 fallen im Bundesrat die Worte:

«Der Zustrom fremder Zivilflüchtlinge, ... mehr und mehr organisiert, wird von gewerbsmässigen ‚Passeurs‘ gefördert und hat in den letzten Monaten ein Ausmass und einen Charakter angenommen, dass eine wieder strengere Anwendung des Art. 9 des BRB vom 7. Oktober 1939 geboten ist, künftig also in vermehrtem Masse Rückweisungen von ausländischen Zivilflüchtlingen stattfinden müssen, auch wenn den davon betroffenen Ausländern daraus ernsthafte Nachteile (Gefahren für Leib und Leben) erwachsen können.»

Immerhin erlässt der Chef der Polizeiabteilung, Dr. Heinrich Rothmund, Weisungen, die diese rigorose Politik in differenziertere Kanäle leiten:

«I. Nicht zurückzuweisen sind:

1. Deserteure, entwichene Kriegsgefangene und andere Militärpersonen, sofern sie sich durch Uniformstücke, Gefangenen-Nummern, durch ein Soldbuch oder irgendeinen andern Ausweis legitimieren können.
2. Politische Flüchtlinge, d.h. Ausländer, die sich bei der ersten Befragung von sich aus als solche ausgegeben und es glaubhaft machen können. Flüchtlinge nur aus Rassegründen, z.B. Juden, gelten nicht als politische Flüchtlinge.
3. Franzosen, auch Elsässer, die aus dem besetzten Gebiet Frankreichs in die Schweiz flüchten, um in das unbesetzte Gebiet Frankreichs weiterzureisen.

II. Alle andern ausländischen Flüchtlinge sind zurückzuweisen.»

Eine Woche später, am 20. August 1942, findet eine Sitzung des Zentralkomitees des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes statt, dem Dr. Heinrich Rothmund den Sinn der Weisungen vom 13. August zu erklären sucht. Er geht davon aus, dass die Schweiz ausserstande wäre, alle Flüchtlinge aus den Nachbarländern aufzunehmen und fügt an:

«Besser wir sorgen für diejenigen, die bei uns sind, und suchen sie durchzuhalten.»

In der Diskussion hält man ihm entgegen, welchen Grausamkeiten zurückgewiesene Flüchtlinge ausgesetzt seien, wenn sie in den Machtbereich der Nazis zurückkehren. Dr. Rothmund betont, dass eine wesentliche Änderung der Weisungen vom 13. August nicht in Frage komme, hingegen wolle er prüfen, inwiefern die Flüchtlinge, die vor dem 13. August die Grenze überschritten hätten, hier bleiben könnten.

Die Öffentlichkeit stellt sich mehrheitlich hinter die Flüchtlinge und löst einen Sturm der Entrüstung gegen die getroffenen Massnahmen aus. Der Chefredaktor der «Basler Nachrichten», Nationalrat Dr. Albert Oeri, betont in einem an den Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes gerichteten Schreiben, er sei von der neuen Praxis «niedergeschmettert». Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz fordert in einem Brief den Departementschef auf, «angesichts der gegenwärtigen Flüchtlingsnot die Idee der Menschlichkeit im Lande des Roten Kreuzes hochzuhalten, das traditionelle schweizerische Asylrecht weitherzig anzuwenden, Härten gegenüber unglücklichen Flüchtlingen zu vermeiden und politische Auslieferungen unter allen Umständen gemäss eidgenössischen Rechtsgrundsätzen zu unterlassen». Diese Proteste bleiben nicht ohne Erfolg. Am 23. August 1942 ordnet Bundesrat Eduard von Steiger, der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, an:

«Ausländische Flüchtlinge, die vor dem 13. August 1942 eingereist sind und sich polizeilich anmelden, werden nur zurückgewiesen, wenn sie nach sorgfältiger Prüfung aus schwerwiegenden Gründen als persönlich unerwünscht betrachtet werden müssen.

Flüchtlinge, die hinter der schweizerischen Grenzkontrolle angehalten wurden oder werden, sind durch die Polizei ausnahmslos der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes zu melden.

Die Polizeiabteilung prüft die Fälle und setzt den Entscheid aus, bis eine weitere Abklärung der Verhältnisse an der Grenze und eine Aussprache mit den Chefs der Polizeidepartemente der Kantone an der Westgrenze herbeigeführt sein wird.

Der Entscheid über die zu erteilenden endgültigen Weisungen bleibt dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement vorbehalten.»

In diesen Tagen beschäftigt sich das Büro Ha mit Informationen, die ihm aus der obersten Reichsführung zugekommen sind. Darnach soll die Schweiz gezwungen werden, ihre bisherige Neutralitätspolitik aufzugeben, wenn die alliierte Invasion in Westeuropa – sei es in Frankreich oder beispielsweise in Spanien – Wirklichkeit werden sollte:

«Was man bis anhin, wenn auch ungerne, achsenseits tolerierte, dass die Schweiz ihre diplomatischen, kommerziellen und gesellschaftlichen Bezie-

hungen mit den Angelsachsen pflegte, wovon die Angelsachsen profitieren, das müsse dann gründlich aufhören.

Über diese mehr politisch-wirtschaftlichen Zugeständnisse hinaus will man aber bei Zustandekommen der ‚Zweiten Front‘ von der Schweiz noch Folgendes fordern:

1. Recht zur Benützung aller schweizerischen Bahnen und Strassen für achsenseitige Wehrmachtstransporte nach Italien, dem besetzten und unbesetzten Frankreich, ohne jede Einschränkung.
2. Recht der Achse, diese Transporte mit eigenen Mitteln zu schützen...
3. Übernahme des Luftschutzes über dem schweizerischen Territorium, Unterstellung der schweizerischen Flieger- und Flaktruppen unter deutsches Oberkommando. Recht, achsenseitige Flieger- und Flakverbände auf schweizerischem Territorium zu stationieren.
4. Vorbehaltlose Einordnung der schweizerischen Industrie in die achsenseitige Kriegsproduktion, Unterstellung unter die deutsche Wehrwirtschaftsführung.
5. Abtretung von in der Schweiz lagernden Gütern, auch militärischer Art, soweit diese eine Verstärkung des achsenseitigen Kriegspotentials bedeuten.
6. Einführung der Post- und Telegrammzensur, ausgeübt durch schweizerische Zensoren, jedoch unter deutscher Oberaufsicht...

Der grossen Linie nach gedenkt man mit der Schweiz in gleicher Weise zu verfahren wie mit Dänemark...»

Betrachtungen zum Russlandfeldzug

Am 8. August 1942 hat das Büro Ha das Armeekommando «aus absolut sicherer Quelle» informiert, dass die Russen noch über etwa 90 Divisionen als erstklassige und intakte strategische Reserve verfügten. Darauf nimmt Oberstbrigadier Roger Masson, der Chef des Nachrichten- und Sicherheitsdienstes der Armee, Bezug und drückt in einem vom 13. August 1942 datierten Brief seine Skepsis aus:

«Il me semble que la situation devient très critique pour les Russes et je ne comprends pas pourquoi une telle réserve stratégique n'est pas encore intervenue pour rétablir la situation dans le Caucase. C'est vraiment le dernier moment.»

Drei Tage später, am 16. August 1942, antwortet der Leiter des Büros Ha. Seine Darlegungen werden zu einer grundsätzlichen Abhandlung, aus der die wichtigsten Passagen wiedergegeben seien:

«Die Meldungen, dass Timoschenko noch über mehrere Armeen kaukasischer Truppen im Kaukasus verfügt, dass noch über 90 motorisierte, erstklassig ausgerüstete und ausgebildete Divisionen als strategische Reserve hinter der Wolga stehen, stammen aus verschiedenen und allerersten Quellen. Sie sind mir zugekommen einmal auf funktelegraphischem Weg. Das war schon vor mehreren Monaten...

Ebenfalls aus einer Militärmission der Alliierten weiss ich (funktelegraphische Meldung), dass seit Juni 1941 und bis zum heutigen Tag aus zentralrussischen Standorten ununterbrochen Division um Division nach europäisch Russland heranrollt. Dazu wurde mir ergänzend berichtet, dass zufolge des dünnen Eisenbahn- und Strassennetzes im zentralrussischen Raum jede dieser Divisionen durchschnittlich 3 Wochen braucht, bis sie mit Tross, Munition und allem andern, was sie braucht, an der Wolga verfügbar ist.

... Ähnlich lautende Meldungen besitze ich auch aus dem französischen Generalstab.

Ein weiteres Mal gingen mir die gemachten Angaben, wenn auch wieder in anderer Form dargestellt, aus höchsten deutschen militärischen Kreisen zu. Vom russischen Oberkommando ist immer wieder Wert darauf gelegt worden, den alliierten Wehrmachtmissionen gegenüber zu betonen, dass die im Laufe des Winters und Frühjahrs durchgeführten russischen Offensivaktionen (auch der Angriff Timoschenkos gegen Charkow) als ‚örtliche Operationen‘ aufzufassen seien und nicht als russische strategische Offensive. Die russische strategische Offensive hat noch nicht begonnen...

Während die deutschen Armeen, vergeblich sich bemügend, Timoschenkos Heer zum Entscheidungskampf zu stellen, Richtung Kaukasus vordringen, lässt Timoschenko das Gros seiner Truppen für die Deutschen quasi Spalier stehen... Er will das Gros seiner Armeen dann brauchen, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, zuzuschlagen, und dieser Zeitpunkt ist dann da, wenn die Angelsachsen begriffen haben, dass die Russen ihnen die Kastanien nicht gänzlich aus dem Feuer holen... Moskaus Strategie ist es, die angelsächsischen Armeen – endlich – in den Kampf zu treiben, sei es im Westen des europäischen Kontinentes, oder aber im Nahen Osten – indem man den Deutschen den Kaukasus und damit das Tor nach Iran-Irak öffnet, zu wichtigsten angelsächsischen Positionen, der Route nach Indien, wo die Deutschen den Japanern die Hand reichen könnten...

Die Russen sind, kriegspolitisch und strategisch gesehen, keineswegs in bedrängter Lage... Wenn die Russen den Deutschen die Tore in den Kaukasus aufmachen, verlieren sie wohl vorübergehend gewisse kaukasische Ölfelder. Sie verfügen jedoch in innerrussischen Ölgebieten, die der deutschen Einwirkung entzogen sind, über genügend Reserven, um den Krieg weiterführen zu können. Ihre Fabriken sind aus europäisch Russland hinter Wolga und Ural verlegt und arbeiten dort bereits wieder...

Wenn die Angelsachsen es nicht endlich aufgeben, die Russen für sich kämpfen und bluten zu lassen... dann werden wir erleben, dass der Russe den Achsenmächten den Weg frei gibt und dass er, der Russe, entlang einer

blutigen Grenze ruhig wartet, bis für ihn der Zeitpunkt zum Handeln wieder gekommen ist. Dies wird... dann sein, wenn England auf den Knien, Amerika abgeriegelt, Deutschland ausgeblutet und müde, der europäische Kontinent dem Hungertod nahe ist. Russland heimst dann den Lohn für die gebrachten Opfer ein, ohne im Übrigen in der Verteilung noch auf seine jetzigen Waffengefährten Rücksicht nehmen zu müssen.

Es ist selbstverständlich, dass nicht nur wir über das russische kriegspolitische Erwägen Bescheid wissen, sondern vor allem auch die Angelsachsen. .. Die Frage ist jetzt eigentlich nur noch, wo die Angelsachsen, die sich in einer kriegspolitischen Zwangslage befinden, ihren blutigen Tribut entrichten wollen: im Nahen Osten oder im Westen.

Eine erste Abschlagszahlung machen gegenwärtig die Amerikaner auf den Salomoninseln und mit dem zu erwartenden amerikanischen Angriff auf Neu Guinea...

Eine Abschlagszahlung der Briten an die Russen erwarte ich in den nächsten Tagen in Nordafrika, wo Auchinleck voraussichtlich wieder zum Grosskampf antritt. Beides wird jedoch den Russen nicht genügen...

Die deutsche Heeresleitung steht vor schwierigsten Entscheidungen. Hält sie die deutschen Marschsäulen herwärts des Kaukasus an, dann a) entgeht ihr die Möglichkeit, im persischen Golf den Japanern die Hand zu reichen, b) bleibt Grossbritannien das Weltreich, ein unversöhnlicher Gegner, mit allen kriegerischen Folgen für Deutschland, c) hat Deutschland an einer über 2'000 km langen Grenze einen ungebrochenen Feind, den Russen, gegenüber, der zu gegebener Zeit wieder offensiv wird, d) hat Deutschland zwar Ölfelder, diese jedoch in Reichweite russischer Bomber, e) kann Deutschland die im Osten eroberten Gebiete nur sehr eingeschränkt, d.h. nur soweit bewirtschaften, als das Reich auch in der Lage ist, sie militärisch zu sichern und vor immerwährender Zerstörung durch russische Partisanen zu bewahren usw.

Rücken die deutschen Heere durch Transkaukasien vor, dann kann passieren, dass Timoschenko sich denselben südlich der Linie Batum-Baku entgegenstellt... Entwickelt sich diese Lage, dann bleibt Deutschland nichts anderes übrig, als über die Türkei auszuholen, was heisst, dass es, nachdem

die Türkei von den Angelsachsen nicht abgeriegelt ist, sich einen neuen Feind auf den Hals lädt...

Für die deutsche Reichsführung ist die Lage ausweglos! Sie kann nichts anderes mehr als sich zu Tode siegen.»

Kein Wunder, dass die Russen gerade in diesen Tagen genau Bescheid haben wollen, wie es um die deutschen Pläne steht. Mit ihrem «Residenten» in der Schweiz, Alexander Rado, nehmen sie Nacht für Nacht Funkverbindung auf, und am 25. August 1942 wollen sie konkret wissen:

«1. Was ist bekannt über Stelle, wo Hauptquartier Hitlers sich befindet?

2. Ob existieren und wo jetzt disloziert Infanteriedivision 73, 337, 709 und SS-Division ‚Reich‘. Es sind Angaben da, dass Division 337 und 709 vom Westen nach Osten transportiert wurden und 73. Division und Division ‚Reich‘ von Osten nach Westen. Wo sind sie zur Zeit?» Aufmerksam verfolgt das Büro Ha die deutsche Presse, von den grossen nationalen Zeitungen bis zu den kleinsten Lokalblättern. Hieraus kann es Angaben über die deutschen Gefallenen entnehmen. So kann es für den Monat August 1942 5581 Gefallene registrieren. 79 Prozent davon standen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren (im Monat Juli waren es 76 Prozent), der Rest war 30 bis 40 Jahre alt.

Intensiv beschäftigt sich das Büro Ha mit der militärischen Lage im Osten. Am 3. September 1942 meldet es:

«Im Norden von Stalingrad ist der russische Luftwaffeneinsatz nach wie vor ungebrochen und dem deutschen (jetzt auch von italienischen Kampffliegern unterstützten) gewachsen... Bis vor Kurzem sind die Russen in ihren Horsten geblieben. Jetzt sind sie plötzlich aktiv geworden.»

Am 4. September folgt eine Information aus deutscher Quelle: «Während seines Aufenthaltes in Berlin in der Zeit vom 9. August bis 19. August nahm Reichskanzler Hitler in Begleitung des Generalfeldmarschalls Keitel und des Generals Jodl an den auf diesen Zeitpunkt angesetzten Konferenzen des Reichsverteidigungsrates teil...

Im absoluten Gegensatz zu früher... vertraten die militärischen Führer, welche seinerzeit von der Offensive im Südsektor der Ostfront abgeraten hatten, diesmal die Auffassung, es sei im Osten noch in diesem Jahr eine militäri-

sche Entscheidung unbedingt herbeizuzwingen. Halder, unterstützt durch von Bock, plädierte dafür, dass nach dem Fall von Stalingrad, den er für die erste Septemberwoche erwartete, ohne Verzug zu einem Grossangriff nach Norden, Richtung Oberlauf der Wolga, einzuschwenken sei mit gleichzeitigem Grossangriff auf Moskau aus der Zentralfront heraus... Hitler, unterstützt durch General Jodl... sprach sich gegen die Haldersche Planung aus.» Am gleichen Tag berichtet das Büro Ha von der Ostfront:

«Vor Stalingrad ist deutscherseits der Angriff am 1. September bis Karpowka vorgetragen worden... Stalingrad selbst ist durch Masseneinsatz von Stukas am 31. August und am 1. September grösstenteils in Trümmer gelegt worden, so dass für die Russen die Durchführung von Truppen- und Materialtransporten stark erschwert und damit auch die Wolga als Zufuhrweg bis zu einem gewissen Grade entwertet ist.»

In diesen Septembertagen wird das Büro Ha durch eine Nachricht aufgeschreckt, die es für einmal nicht ans Armeekommando weiterzuleiten hat, die vielmehr von diesem kommt. Oberstbrigadier Roger Masson, der Leiter des Nachrichten- und Sicherheitsdienstes der schweizerischen Armee, begibt sich am 8. September 1942 nach Deutschland, um den Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), den SS-General Walter Schellenberg, zu treffen. Die Kontakte zu diesem Treffen sind von einem Funktionär Massons, Meyer-Schwertenbach, der mit Schellenbergs Beauftragtem, SS-Sturmbannführer H.W. Eggen, befreundet ist, hergestellt worden. Für dieses Treffen in Waldshut, das auf Wunsch Massons zustande kommt, macht der Oberstbrigadier zwei Gründe geltend: Er will einerseits einen schweizerischen Nachrichtemann, der von der Gestapo verhaftet worden ist, befreien und andererseits ein Verbot der vom Schweizer Franz Burri in Wien und Budapest betriebenen «Internationalen Presseagentur» (IPA) erwirken.

Hausamann und alle jene, die unbeirrt Widerstand gegen jede Gefahr von aussen und von innen fordern, sind beunruhigt. Zwar kann Masson einen kleinen Erfolg erzielen, indem Schellenberg ihm die Freilassung des im Schweizer Konsulat in Stuttgart, aber auch für den Schweizer Nachrichtendienst tätigen Ernst Mörgeli, der seit März in deutscher Haft, gegenwärtig im Konzentrationslager Welzheim sitzt, in Aussicht stellt. Tatsächlich wird Mörgeli am 24. Dezember 1942 in die Schweiz geflogen.

Was die IPA anbelangt, erreicht Masson nichts. Das ist aber nicht ausschlaggebend. Die Skepsis richtet sich gegen Kontakte mit führenden Nazis überhaupt, auch wenn sie Masson zweifellos gutgläubig aufnahm.

Aus französischem Gebiet entlang der Schweizer Grenze berichtet das Büro Ha am 10. September über eigentliche Jagden, die von Feldgendarmerie und der motorisierten SS auf Juden gemacht werden:

«Nur relativ wenige wurden bis jetzt aufgestöbert. Insbesondere die kirchlichen Kreise sind es, welche den Flüchtlingen Unterschlupf gewähren. Es werden alle erdenklichen Tricks angewendet, um diese dem Zugriff der deutschen, aber auch der französischen Organe zu entziehen. Aufgefundene Juden werden von der SS in Sammelwagen zusammengetrieben und nach dem Osten in Fahrt gesetzt.»

Die warnenden Protestworte, die gerade in diesen Tagen aus dem Vatikan zu vernehmen sind, richten sich energisch gegen die Judenverfolgungen in Frankreich. Sie bleiben leider ungehört.

Die Schlacht um Stalingrad – «Landesgruppe Schweiz»

In den kommenden Wochen mischen sich – vom Büro Ha weitergeleitet – die Meldungen: einerseits konzentrieren sie sich auf den Verlauf der Kampfhandlungen bei Stalingrad, andererseits beschäftigen sie sich mit dem verstärkten deutschen Druck auf die Schweiz.

22. September 1942:

«Im Nordwesten von Stalingrad hat sich der von uns gemeldete russische Angriffseinsatz in der Nacht zum 19. September weiter verschärft ... Die russische Stosskraft im Norden von Stalingrad ist durch Mehreinsatz von Stormoviks und auch methodisch kräftiger geworden.» Gleichentags stellt das Büro Ha dann in klarer Einschätzung der Lage fest:

«Es muss jetzt vollends als fraglich gelten, ob nach Abschluss der Kämpfe in und um Stalingrad, die sich in den Trümmern der Stadt und erst recht entlang der Bahn Stalingrad-Sarepte (Krasnoarmeisk) noch erhebliche Zeit hinziehen können, das deutscherseits geplante Übersetzen von deutschen Truppen über die Wolga noch ermöglicht werden kann.»

28. September 1942:

«Die schwersten Verluste hat im Lauf der letzten 6 Wochen und auch in den letzten 7 Tagen die deutsche Armee Paulus gehabt... Der Totalverlust der deutschen Armee Paulus in den letzten 6 Wochen hatte am 23. September 70'000 Mann überstiegen. Davon sind rund 20%, etwa 15'000 Mann, vermisst.»

Hitler aber schlägt noch immer andere Töne an. Auch er beschäftigt sich, sogar in der Öffentlichkeit, mit Stalingrad, doch überspielt er (in der Rede zur Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes 1942/43 am 30. September im Berliner Sportpalast) seine Zweifel mit umso grösserem Geschrei:

«Hier (an der Wolga) wurde nun als Ziel die Gegend gesetzt, die zwischen dem Knie des Don und der Wolga selbst liegt, und als Ort Stalingrad be-

stimmt – nicht etwa, weil dieser Ort den Namen Stalins trägt – das ist gleichgültig –, sondern ausschliesslich, weil das ein strategisch wichtiger Platz ist, und weil wir uns im Klaren darüber waren, dass mit der Ausschaltung des Dnjepr, des Don und der Wolga als Verkehrsstränge für Sowjetrussland dann das gleiche oder Schlimmeres eintritt, als für Deutschland eintreten würde, wenn wir den Rhein, die Elbe, die Oder und die Donau verlören.»

Vom «deutschen Endsieg» ist auch die Rede in der Ankündigung zu einer Veranstaltung, die am 4. Oktober im Zürcher Hallenstadion über die Bühne geht. Im «Umbruch», der «deutschen Zeitung für Vaduz», ist zu lesen:

«Deutsche Kolonie

Gauleiter E.W. Bohle spricht in Zürich

Unerschütterlich wie die Front unserer tapferen Wehrmacht steht die Front der schaffenden Heimat. Opferbereit bis zum Äussersten kennt auch sie nur ein Ziel: den deutschen Endsieg!...

Mit der ganzen Nation feiern auch die Deutschen im Auslande wiederum das Fest des Erntedankes. Die Reichsdeutschen in der Schweiz werden in diesem Jahr diese Feier in einer einzigen, gemeinsamen Grosskundgebung begehen, bei der Gauleiter E.W. Bohle, Leiter der Auslands-Organisation der NSDAP, selbst sprechen wird. Die Kundgebung findet im überdachten, 12'000 Personen fassenden Hallenstadion in Zürich-Oerlikon, den 4. Oktober 1942, nachmittags 14 Uhr, statt.»

Das Büro Ha hat dazu zunächst nur einen einzigen Kommentar:

«Gauleiter Bohle in der Schweiz! Der Leiter der allmächtigen Auslandsorganisation der NSDAP als offizieller ‚Erntedankfestredner‘ in der Schweiz – mit Bewilligung unserer obersten Landesbehörde! Wenn das ohne Zwischenfall abläuft, ist es wieder einmal gut gegangen... Eines ist auf jeden Fall gewiss: dass das Vertrauen in unsere Behörden in diesem Zusammenhang schwere Einbusse erfahren wird.»

Dann stellt das Büro Ha Gauleiter Bohle näher vor:

«Herr Bohle, offizieller deutscher Schirmherr aller schweizerischen Landesverräter.

Herr Bohle, der seine deutschen Agenten scharenweise in unser Land dirigiert, um es zu erkunden.

Herr Bohle, Schöpfer und Leiter jener Organisation, welche man heute in aller Welt die ‚Fünfte Kolonne‘ nennt.

Herr Bohle, nach dessen Weisungen die deutschen Sendlinge unsere Schweizer Bauern aufhetzen.

Herr Bohle, der Weisungen erteilt hat, dass und wie in der Schweiz das Vertrauen des Volkes in das schweizerische Offizierskorps zu untergraben sei.

Herr Bohle, welcher in Freiburg (B) anlässlich des Treffens der deutschen Jugend aus der Schweiz den schönen Ausspruch von den drei europäischen S tat: Schweden, Schweiz, Sch...dreck.

Herr Bohle, dem in Praxis die folgenden, in der Schweiz gebildeten deutschen Organisationen unterstehen...»

Es folgt eine lange Liste mit genauen Namensangaben der verantwortlichen Schweizersektionen der «Deutschen Arbeitsfront» (DAF), der «Jung-Mädels» (JM), des «Winterhilfswerkes» (WHW), der «Kraft durch Freude» (KdF), der «Kameradschaftsorganisationen», der «NS-Sportgruppen», der «NS-Kriegerkameradschaft», der Frauenschaftsorganisation, der NS-Studentenschaft und der «Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt» (NSV).

Die Grosskundgebung aber findet statt. Zwölftausend Menschen strömen in Extrazügen der Schweizerischen Bundesbahnen nach Zürich, um Bohle zu hören, der «die Grüsse des Führers» überbringt. An dieser Kundgebung – von einem Umfang, wie er «noch von keiner Kundgebung des Auslandsdeutschums erreicht worden war», kam man sich – wie die «Deutsche Zeitung in der Schweiz» berichtete – «vor wie im Sportpalast in Berlin». Immerhin bewirkt dieses Propagandafest der in der Schweiz lebenden Nazis, dass der Bundesrat schon am folgenden Tag sich mit der Weisung an die Kantonsregierungen wendet, künftig keine Veranstaltung mehr zu bewilligen, an der mehr als tausend Personen teilnehmen.

Mit ein paar Tagen Verspätung kann das Büro Ha am 10. Oktober den Wortlaut einer Einladung durchgeben, die am 29. September 1942 vom «Nationalsozialistischen Schweizerbund, Gebiet VII Südwestmark/Gau Baden/Elsass und Westmark» verschickt wurde. Sie wirbt für eine Versammlung, die inzwischen am 4. Oktober im Hotel Scheffelhof in Singen – ausgerechnet am «Heinrich Wilhelm Gustloff-Platz 23» – stattfand und an der «der bekannte schwei-

zerische Nationalsozialist Major a.D. Ernst Leonhardt, z. Zt. Frankfurt/Main, über «Die Schweiz im kommenden neuen Europa und die Aufgaben der Auslandschweizer'» sprach.

Aus Süddeutschland stammt dann zwei Tage später die nächste Meldung: «Der Zustrom von Schweizern zur ‚Schweizer SS-Legion‘ hält an. Von der (Schweizer SS-Legion‘ sprechen neustens die Schweizer, welche in Stuttgart die erste Geige spielen. Sie erklären aber zugleich, dass die Existenz einer schweizerischen Legion offiziell zu bestreiten sei und bestritten werde.»

In einem Aufruf der Nationalsozialistischen Bewegung der Schweiz vom 15. Oktober 1942, unterzeichnet von Franz Burri, ist von einem ausserhalb der SS organisierten Freiwilligenkorps der Schweizer die Rede. Die militärische Leitung sei, so heisst es darin, Ernst Leonhardt anvertraut. In der obersten deutschen Führungsspitze denkt man allerdings nicht halb so gut von Burri, der von SS-Obersturmbannführer Dr. Riedweg als «Prototyp des Journalisten» abgekanzelt wurde und von dem kein Geringerer als Himmler selbst in einem Brief an Bohle schreibt:

«Er hat nur kurze Zeit in der Schweiz gelebt und in der nationalsozialistischen Bewegung dort nie eine entscheidende Rolle gespielt... Die Tätigkeit des Burri vom Reich aus in die Schweiz schien mir nicht sehr klug...»

Es sind jene Tage, in denen auch der Sprecher des Reichsaussenministeriums, Gesandter Dr. Schmidt, in Berlin vor den Auslandsjournalisten die Schweizer Presse angreift und ihren Vertretern droht, sie würden «ihre Heimat in den Steppen Asiens finden, aber vielleicht werde es noch besser sein, wenn man sie ins Jenseits befördere». Und es ist auch jene Zeit, da der oberste schweizerische Nachrichtenchef, Oberstbrigadier Roger Masson, erneut mit seinem Kollegen von der SS, Walter Schellenberg, zusammentrifft. Diesmal, es ist der 16. Oktober 1942, im Schloss Wolfsberg, das Dr. Paul Meyer-Schwertenbach gehört. (Meyer-Schwertenbach, vor dem Krieg Verfasser von Kriminalromanen, hat dieses Schloss kurz vor Kriegsausbruch erworben. Er war es, der mit seinem Freund Holzach über H. W. Eggen den Kontakt zum SS-General Schellenberg herstellte.)

Das Büro Ha erkennt immer deutlicher den militärischen Zusammenbruch der Deutschen in der Region Stalingrad:

10. Oktober 1942: «Es ist nicht gewiss, ob deutscherseits der Angriff weiter

durchgehalten... und die Stossbahn im Lauf der nächsten Zeit noch genügend im Norden wie im Süden ausgeweitet werden kann.» Gleichentags: «Soeben geht aus erstklassiger Quelle die Meldung ein, dass Marschall Timoschenko Anfang Oktober 35 frische, erstklassig ausgebildete und ausgerüstete russische Divisionen neu unterstellt wurden.»

15. Oktober 1942: «In der deutschen Generalität ist es eine immer grössere Zahl von Männern, welche auf die Anbahnung eines Kompromissfriedens drängen. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass ein klarer Sieg der Achse nicht mehr erhofft werden darf.»

2. November 1942: «Aussichten, das deutsche Heer in Stalingrad und an der Wolga im Winter halten zu können, bestehen für die deutsche Führung nicht mehr.»

Tatsächlich sendet dann General Paulus von Stalingrad aus am 23. November 1942 einen telegrafischen Notruf an Hitler:

«Die Armee geht in kürzester Zeit der Vernichtung entgegen, wenn nicht unter Zusammenfassen aller Kräfte der von Süden und Westen angreifende Feind vernichtend geschlagen wird.»

Hitler vertröstet am Tag darauf mit den Worten:

«Die Armee darf überzeugt sein, dass ich alles tun werde, um sie entsprechend zu versorgen und rechtzeitig zu entsetzen. Ich kenne die tapfere 6. Armee und ihren Oberbefehlshaber und weiss, dass sie ihre Pflicht tun wird.»

Das Büro Ha erklärt am 25. November 1942 unmissverständlich:

«Die deutschen Stellungen vor Stalingrad und um Stalingrad sind jetzt endgültig unhaltbar geworden.»

In der Zwischenzeit hat sich auch in Nordafrika das Blatt gewendet. Am

8. November 1942 schreibt Feldmarschall Rommel in sein Tagebuch: «Am frühen Morgen sind amerikanische Streitkräfte bei Algier und Oran und anscheinend auch an der Westküste Marokkos bei Casablanca gelandet.»

In fünfzehn Tagen fluten die deutschen Truppen von el Alamein nach Bengasi über eine Distanz von 1100 Kilometern zurück. Nachschub trifft erst ein, als es zu spät ist. So kann denn das Büro Ha am 2. Dezember melden:

«Angehörige des in Afrika gefallenen Generalmajors von Bismarck (von

Augustenfelde) waren kürzlich, ohne es zu erahnen, mit einem Gewährsmann von uns zusammen. ‚Unter sich‘ sprach man auch über den Tod v. Bismarcks. Dabei wurde von den Bismarcks Folgendes geäussert: Rommel habe Reichskanzler Hitler um seine Enthebung vom Kommando gebeten... Es fiel der Satz: ‚Stalingrad hat Rommel ruiniert.‘»

Am 22. Dezember 1942 erkundigte sich der «Direktor», also der Chef der sowjetischen Spionageabteilung in Moskau, über Funk bei seiner Residentur in der Schweiz:

«Sehr wichtig. Dringend feststellen und berichten, wie reagiert OKW auf neuen Durchbruch deutscher Front durch Rote Armee. Welche Massnahmen gedenkt es zu treffen, welche sind bereits getroffen? Vor allem wichtig Klarheit darüber, welche Reserven an Ostfront gehen. Verlangen Sie von Sissy, Taylor und Lucie dringende und genaue Antwort.»

Erstmals ist hier der Name «Lucie» erwähnt. Es ist der Deckname Rudolf Rosslers, des überzeugten Antinationalsozialisten in Luzern, der dort im «Vita Nova»-Verlag untergekommen ist und offensichtlich direkte Verbindung zu gut informierten Kreisen in Deutschland hat. Er beliefert – durch Mittelsmann – auch das Büro Ha regelmässig mit im Durchschnitt ausgezeichneten Informationen.

Mit Spionage beschäftigt sich auch ein «Schnellbrief», der als «Geheime Reichssache» am 24. Dezember 1942 an den Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, geht:

«Nach dem augenblicklichen Stand der Ermittlungen ergibt sich für den Aufbau der ‚Roten Kapelle‘ in Frankreich folgendes Gesamtbild: Dem Grand-Chef alias ‚Gilbert‘ stand als persönlicher technischer Sekretär der Funktionär ‚André II‘ (Dubois) zur Seite. Ausser seinem technischen Sekretär unterstanden dem Grand-Chef 7 technisch selbständige Gruppen...:

1. ‚André I‘ (Jude Grossvogel)...
2. ‚Harry‘ (Jude Robinson?)...
3. ‚Professor‘ (Basil Maximo witch)...
4. ‚Ärztin‘ (Anna Maximo witch)...

Die restlichen drei Gruppen konnten... noch nicht erkannt werden... Ausser dem bisher vorliegenden Material ergibt sich, dass ‚Harry‘ fließend Deutsch

Englisch, Russisch, Französisch und Italienisch spricht und sich einer Reihe falscher Personalien bediente. Er soll mit Münzenberg und dem Schweizer Pfarrer Julius Humbert-Droz u.a.m. Gründer der Kommunistischen Jugendinternationale in der Schweiz gewesen sein...»

Immer wieder spielen Details und Einzelnamen in den Berichten des Büros Ha eine Rolle. Nur so lassen sich schliesslich die Fäden zusammenfügen, die ein ganzes Netz ergeben. Am 6. Januar 1943 leitet es einen Brief aus Näfels weiter, in dem sich ein «langjähriger Vertrauensmann und Mitarbeiter» der Büchergilde Gutenberg darüber beschwert, dass diese Organisation am 6. Dezember 1942 im Apollo-Cinema in Zürich eine proletarische Morgenfeier «zum heldenhaften Widerstand des russischen Volkes gegen seine Eindringlinge» durchführte. Zwar betont das Büro Ha ausdrücklich, auch es könne die proletarische Morgenfeier «selbstredend nicht gutheissen». Mit der Aufforderung, der Sicherheitsdienst möge sich einmal des Näfeler Briefschreibers annehmen, verweist es hauptsächlich auf folgende Abschnitte des Schreibens:

«Ich glaube, das deutsche Volk, das Männer wie: Beethoven, Mozart, Händel, J.S. Bach, Schubert, Richard Wagner, Schiller, Goethe und noch einige andere hervorgebracht hat, wäre eher einer Würdigung wert als das russische.

Es steht der Büchergilde Gutenberg als neutraler schweizerischer Organisation schlecht an, den Freiheitskampf Deutschlands und seiner Verbündeten in den Kot zu ziehen. Schliesslich kämpfen die deutschen Söhne für ein geeintes Europa, in dem Juden und Plutokraten allerdings keinen Platz mehr haben.»

Am 13. Januar meldet Hausamann ein politisches Faktum, das weit über die Kriegszeit hinaus von Bedeutung sein wird:

«Moskauer diplomatische Unterstützung des politischen Führungsanspruches de Gaulles... Die Gründe der Gewährung dieser Unterstützung sind darin zu sehen, dass sich de Gaulle zu einer Orientierung der französischen Nachkriegspolitik bekannt hat, welche die Erneuerung des französisch-russischen Bündnisses in sich schliesst. Der Umstand, dass die britische Regierung an diesem de Gaulleschen Ostorientierungsplan der französischen Politik keinen Anstoss nimmt, obwohl er ihrer bis heute unrevidiert gebliebe-

nen Russland- und Osteuropa Politik (Abschliessung Russlands durch vom Westen abhängige Oststaaten – siehe einschlägige Berichte) zuwiderläuft, ist wie folgt zu erklären: London ist dessen sicher, dass de Gaulle nach Kriegsende gar nicht in die Lage kommt, als Repräsentant der französischen Politik Gedanken und Pläne realisieren zu müssen, für die er heute als Wortführer des ‚kämpfenden Frankreichs‘ eintritt.»

Am 27. Januar 1943 orientiert ein Communiqué über die Konferenz von Casablanca, an welcher der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Roosevelt, und der Premierminister von Grossbritannien, Churchill, die Kriegsziele koordinierten. Hier wurde die Formel von der «bedingungslosen Kapitulation» geprägt, der sich Deutschland zum Abschluss des Krieges zu unterziehen haben wird. Gleichzeitig gibt das Büro Ha territoriale Verlustzahlen weiter:

«Geräumt und wieder den russischen Armeen überlassen wurden deutscherseits ab November 1942 über 190'000 km² ‚besetztes Ostgebiet‘. Deutscherseits besetzt waren an russischem Staatsgebiet:

am 1. November 1941: 1'670'000 km²

am 1. Dezember 1941: 1'820'000 km²

am 1. Mai 1942: 1'575'000 km²

am 1. November 1942: 1'940'000 km²

am 15. Januar 1943: 1'750 000 km²»

An diesem gleichen 27. Januar 1943 richten übrigens erstmals amerikanische Bomber einen Grossangriff gegen Deutschland. Ihr Hauptziel ist Wilhelmshaven.

Zwei Monate später ist es ein schweizerisches Ereignis, das Aufsehen erregt: Am 3. März 1943 trifft der Oberbefehlshaber der Armee, General Henri Guisan, mit SS-General Walter Schellenberg im Beisein des Chefs des Nachrichtendienstes, Oberstbrigadier Roger Masson, zusammen. Darüber schreibt General Guisan später in seinem Rechenschaftsbericht:

«Ich glaubte, keine Gelegenheit vorbeigehen lassen zu dürfen, wo ich bei unsern nördlichen Nachbarn die offenbar gar nicht feste Überzeugung verstärken könnte, dass unsere Armee ihre Aufgabe unter allen Umständen zu erfüllen gesonnen war und gegen jeden kämpfen würde, der unsere Neutralität verletzen sollte.»

Kurz nach diesem im Hotel «Bären» in Biglen veranstalteten Treffen geht über eine der schweizerischen «Nachrichtlinien» eine alarmierende Meldung ein.

Am 18. März 1943 berichtet «Wiking», eine Linie der Oberstleutnant Waibel unterstehenden NS 1, dass «der Fall Schweiz» erneut aktuell sei. «Drohende Gefahr» ist das Stichwort, das aufhorchen lässt. Hausmann ist allerdings von Anfang an der Auffassung, es handle sich um eine Mystifikation oder gar um eine bewusste Falschmeldung.

An diesem gleichen 18. März 1943 beauftragt Oberstbrigadier Masson den ihm besonders zugetanen Hauptmann Dr. Paul Meyer-Schwertenbach, bei der Warenvertriebs-GmbH. (Eggen, also Schellenberg) in Berlin telefonisch anzufragen, ob die «Wiking»-Meldung zutreffe. Er lässt seine eigene «Linie» spielen, die er in guten Treuen für «besonders heikle Situationen» aufgebaut hat. Der SS-Mann Eggen, von SS-Brigadeführer Schellenberg gegen die Schweiz eingesetzt, zur Tarnung in der Warenvertriebs-GmbH etabliert, als besonderer Vertrauter Schellenbergs bekannt, sollte eingeschaltet werden.

Meyer-Schwertenbach begnügt sich nicht mit einer telefonischen Anfrage. Er reist selbst nach Berlin. Nach seiner Rückkehr begibt er sich zu Oberstleutnant Waibel und gratuliert ihm zu seiner einwandfrei funktionierenden «Wiking»-Linie. Schellenberg, so erzählt er, habe sich auf den Besuch Meyers hin sofort mit Reichsführer-SS Himmler in Verbindung gesetzt, der dann die Besetzung der Schweiz abgeblasen habe.

Diese Darstellung Meyers wird aber bald durch die Tatsachen Lügen gestraft. Kurz nach Meyers Aufenthalt in Berlin wird eine von Schellenberg als Schlüsselfigur der «Wiking»-Linie verdächtige Person in eine Untersuchung gezogen und während fünf Wochen verhört. Schellenberg treibt also ein doppeltes Spiel: er forscht nach dem Verräter, der die als Falle lancierte Falschmeldung weitergab, und er lässt gleichzeitig Oberstbrigadier Masson wissen, dank seiner persönlichen Intervention bei Hitler sei der Angriff auf die Schweiz unterblieben. Dabei weiss man heute, dass Schellenberg Hitler in jener Phase während zwei Jahren nie gesehen hat. Andererseits beweisen die Ereignisse aber auch, dass die Version, wonach Schellenberg in Biglen General Guisan auf die bestehende Gefahr aufmerksam gemacht habe, nicht stimmen kann. Auf jeden Fall wäre unerklärlich, weshalb Masson, der in Biglen anwesend war, Meyer hätte nach Berlin schicken müssen, um dort zu erfragen, ob die Meldung, dass der Schweiz Gefahr drohe, zutreffe.

Fest steht, dass Schellenberg nach seiner Rückkehr aus der Schweiz in Berlin

recht negativ über die Schweiz geurteilt hat. Diese Berichterstattung hat eine Aufforderung des Reichsaussenministers an den deutschen Gesandten in Bern, Köcher, ausgelöst, seinerseits zur Haltung der Schweiz Stellung zu nehmen. Über Köchers Antwort weiss man Bescheid: er erklärte die negativen Schlussfolgerungen Schellenbergs als durch nichts gerechtfertigt.

Diese Angelegenheit illustriert die Zwielfichtigkeit des SS-Generals Schellenberg, dem General Guisan am 3. März 1943 in Biglen folgende Antwort erteilt hat, die die Neutralität der Schweiz unmissverständlich unterstrich:

«Das Gleichgewicht Europas bedingt eine nach allen Seiten und in jeder Beziehung neutrale Schweiz. Ihre Lage sowohl als auch ihre historische Mission hat sie von jeher zur Hüterin der Alpenpässe berufen... Deshalb ist das ganze Schweizervolk und mit ihm die ganze Armee freudig bereit, alles zu opfern, um ihre Unabhängigkeit und Ehre zu verteidigen. Wer auch immer in unser Land eindringt, wird automatisch unser Feind. Dieser aber wird eine in höchster Potenz geeinte Armee und ein von einem Willen durchdrungenes Volk finden...»

Anfangs Juni 1943 findet zu Ehren des scheidenden Landesgruppenleiters Freiherrn von Bibra ein Frühstück statt, an dem auch ein Vertrauensmann des Büros Ha teilnimmt. So erfährt es, was Sigismund von Bibra, seit 1938 als feuriger Nationalsozialist und Gesandtschaftsrat in Bern, ausführte:

«Ich habe soeben drei herrliche Tage im Hauptquartier verbracht. Es waren Tage schönster, ungezwungenster Kameradschaftlichkeit... Die Stimmung war hervorragend. Alle sind von absoluter Siegeszuversicht erfüllt. Die Aufträge, die Herr von Ribbentrop Herrn Dieckhoff und mir mitgegeben hat, enthalten keinerlei Bemühungen um den Frieden; im Gegenteil, im Hauptquartier ist nur von einer Fortsetzung des Krieges mit allen Mitteln die Rede...

Meine Aufgabe in Madrid wird sich neben den spanischen Angelegenheiten auch auf Südamerika erstrecken... Eine Parteitätigkeit wird mir in Spanien leider nicht mehr möglich sein, weil ich mit meinen amtlichen Geschäften schon zu sehr überlastet sein werde. Die Gerüchte über einen bevorstehenden deutschen Einmarsch in Spanien sind natürlich völlig abwegig.»

In seinen weiteren Ausführungen ging Freiherr von Bibra auf das ein, was er

in der Schweiz erreicht hat. Auch die Frage seines Nachfolgers kam zur Sprache:

«Meine Ämter in Bern werden in Zukunft geteilt werden. In Berlin war schon ein gewaltiges Tauziehen im Gange. Ein gutes Dutzend wollte von mir empfohlen sein. Meinen Amtsbereich in der Gesandtschaft hat Herr Kordt mitübernommen. Er wird jetzt abends nicht mehr bis 8 Uhr, sondern bis 10 Uhr arbeiten können, wie es ihm ja Spass macht...

Ich habe Herrn Bohle vorgeschlagen, die Leitung der Landesgruppe Schweiz zunächst unbesetzt zu lassen. Von den Bewerbern hatte keiner das genügende Format für diese grösste deutsche Kolonie, die gegenwärtig immerhin noch ihre 30'000 Mitglieder zählt und die durch ihre Devisenbeiträge sehr grosse Summen erbringt. Er solle den gegenwärtigen Geschäftsführer der Landesgruppe, Dr. Jahnke, Bern, zum kommissarischen Leiter ernennen...

Wenn ich auf meine Tätigkeit in der Schweiz zurückblicke, so darf ich wohl sagen, dass die Entwicklung meiner Landesgruppe nicht besser hätte sein können. Ich habe sie immerhin von 800 auf zeitweilig 80'000 Mitglieder gebracht... Die Erneuerungsbewegung ist jedoch eine grosse Enttäuschung gewesen. Die Erneuerer haben nicht eine Persönlichkeit von Rang gehabt und sind untereinander stets uneins gewesen.

... Wir hätten im Frühjahr 1940 hier eine Partei von 100'000 Mitgliedern haben können, mit der wir alles überrannt hätten. Der Zustrom wäre im Sommer und Herbst 1940 gewaltig gewesen, und wenn die guten Leute sich erst eingeschrieben gehabt hätten, wären sie festgelegt gewesen und hätten nicht mehr zurück gekonnt. Es wäre dann alles möglich gewesen. Jetzt ist das natürlich alles vorbei...

Die Aufgabe meines Nachfolgers wird es jetzt in der Hauptsache sein, noch mehr Leute für den Heeresdienst und vor allem auch für den Arbeitseinsatz nach Deutschland zu schaffen. Es ist unglaublich, was an deutschen Ärzten, Zahnärzten, Pflegeschwestern, Kleingewerbetreibenden, Handwerkern, Werkmeistern usw. hier noch herumsitzt... In Zürich sind wir jetzt dabei, eine Treuhandgesellschaft zu bilden, für die schon Zeichnungen in Höhe von 500'000 Franken vorliegen, damit die Betriebe, deren Inhaber wir einziehen – es sind die besten Coiffeur-Geschäfte Zürichs darunter – von ihr übernommen und nicht verschleudert zu werden brauchen.»

Am 3. Juli 1943 meldet sich die in Konstanz erscheinende «Bodenseerundschau» zu Wort. Unter dem Titel «Beinahe ein Staatsstreich» kommentiert ein gewisser F. Braun nachträglich, was sich im kritischen Sommer 1940 in der Schweiz abgespielt habe:

«Der freiwirtschaftliche Nationalrat H.K. Sonderegger hatte... an politische Freunde, unter anderem an den Bündner Regierungspräsidenten Dr. Gadi-ent, Briefe geschrieben, in denen finstere Staatsstreichpläne erörtert worden sind. Da heisst es z.B.: ‚Wir treten jetzt in den letzten Wettlauf zwischen uns und den Frontisten, und vom Ausgang hängt das Schicksal der Schweiz ab...‘

Die Lage ist folgende: Die vereinigten Frontisten [gemeint ist die ‚Nationale Bewegung der Schweiz‘, welche die massgebende nationale Opposition und zugleich die Erneuerungsbewegung darstellte] arbeiten fieberhaft am Umsturz in ihrem Sinne...

Zweitens: Unter der Führung von Duttweiler bildet sich in Zürich im Rahmen der Subventionslosen eine zweite Verschwörung mit dem Ziel, den heutigen Bundesrat mit einem kleinen ‚Aufständlein‘ zu stürzen und Duttweiler als Diktator einzusetzen... Ziel: Die Alten absetzen, einige Junge einsetzen unter Duttweiler, und diese werden die ganze Geschichte schmeissen... Das sachliche Ziel konzentriert sich in einer Personenfrage: Wer soll Bundesrat werden?... Ich komme nicht darum herum, auch mich vorzuschlagen...‘»

Der «Bodenseerundschau»-Korrespondent F. Braun fügt diesem Zitat aus dem an Gadi-ent gerichteten Sonderegger-Brief an:

«Natürlich ist der Nationalrat Sonderegger mindestens für die Dauer der heutigen demokratischen Fassung der Schweiz politisch erledigt und er muss Glück haben, wenn er nicht auch noch vom Bundesanwalt wegen staatsgefährlicher Umtriebe belangt wird... Hoffentlich wiederholt sich die ‚Sonderegger-Situation‘ nicht einmal mit umgekehrten Vorzeichen, denn eine noch so gut geölte Demokratie scheint eben nicht dagegen gefeit zu sein, in kritischen Phasen einige ihrer Vertreter knieweich werden zu lassen... Erst dann würde es uns in Grossdeutschland wirklich interessieren.»

Gerade dieser letzte Satz zeigt, was von der Angelegenheit wirklich zu halten ist. So erstaunt denn nicht, was das Büro Ha dazu weitergibt:

«Die Art, wie beispielsweise die NZZ sich des ‚Falles‘ annahm, hat uns

gleich misstrauisch gemacht, und wir beschafften uns Abschriften der in Diskussion stehenden Briefe. Was wir vermutet hatten, bestätigte sich. Die Briefe, vollständig gelesen, besagen etwas ganz anderes als das, was durch die verschiedenen Zeitungsschreiber aus den zur Publikation gelangten Auszügen abgeleitet worden war. Dr. H.K. Sonderegger braucht die Untersuchung durch die Bundesanwaltschaft jedenfalls nicht zu fürchten... Die Briefe Sondereggers enthalten Gedankengänge, mit denen wir selbstredend niemals einverstanden sein können. Es fällt uns jedoch nicht schwer, diese zu verschmerzen, nachdem wir... ersehen konnten, was es war, das Dr. Sonderegger zu seinen Ergüssen veranlasste. Dabei ist überdies zu berücksichtigen, dass die Briefe an langjährige Freunde gerichtet waren...

Den Zeitungen war zu entnehmen, dass Dr. Sonderegger von der Bundesanwaltschaft seiner Briefe wegen in eine Untersuchung gezogen sei. Wenn das, was Dr. Sonderegger schrieb, ausreichte, dass sich die Bundesanwaltschaft mit ihm befasste, dann muss diese auch anderen Vorgängen des Jahres 1940 ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Wir fordern dies nicht um Dr. Sonderegger, sondern um der Gerechtigkeit willen.

Dr. Sondereggers Briefe sind nach der Rede Pilets geschrieben worden. Sie enthalten Sätze, denen man ansieht, dass sich Sonderegger von jener berüchtigten Piletrede... beeindrucken liess...»

Der Büro Ha-Bericht sagt zur Haltung von Pilet-Golaz:

«Man kann es hören wo man will: seither genießt Herr Pilet das Vertrauen des Volkes nicht mehr... Die ‚Weltwoche‘ hat es in ihrer letzten Nummer richtig gesagt: Wenn ein Staatsmann einmal solchen Mangel an Haltung gezeigt hat, wie Herr Pilet im Jahre 1940, dann weiss man nie, wann sich das Gleiche wiederholt. In einer Zeit wie der heutigen kann man jedoch in den Schlüsselstellungen des Staates nur Leute lassen, deren Standfestigkeit ausser Zweifel steht. Da muss man es im richtigen Zeitpunkt wieder sagen.»

Wendung in Italien

Am 10. Juli 1943 nimmt der Krieg in Südeuropa eine neue Wendung. An diesem Tag beginnen die Alliierten mit der Luftoffensive gegen Sizilien, der unmittelbar Invasionsoperationen folgen. Das alliierte Sondercommuniqué von jenem Abend besagt:

«Alliierte Streitkräfte unter dem Kommando General Eisenhowers haben am Samstag, dem 10. Juli, in den frühen Morgenstunden mit Landungsoperationen auf Sizilien begonnen.»

In diesen Tagen wird in Moskau von deutschen Offizieren ein «Nationalkomitee Freies Deutschland» gebildet. In dem am 13. Juli 1943 veröffentlichten Manifest heisst es:

«Dem Nationalkomitee gehören an: Arbeiter und Schriftsteller, Soldaten und Offiziere, Gewerkschaftler und Politiker, Menschen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen, die noch vor einem Jahr einen solchen Zusammenschluss für nicht möglich gehalten hätten.

Das Nationalkomitee bringt die Gedanken und den Willen von Millionen Deutscher an der Front und in der Heimat zum Ausdruck, denen das Schicksal ihres Vaterlandes am Herzen Hegt.

Das Nationalkomitee erachtet sich als berechtigt und verpflichtet, in dieser Schicksalsstunde im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, klar und schonungslos, wie die Lage es erfordert.

Hitler führt Deutschland in den Untergang.»

Zu dieser Erkenntnis ist die Mehrheit der im Nationalkomitee zusammengeschlossenen deutschen Offiziere gelangt, nachdem am 30. Januar 1943 in Stalingrad die letzten Hoffnungen zerschlagen worden sind. Damals sind 91'000 deutsche Soldaten in Gefangenschaft geraten.

Am 20. Juli 1943, wenige Tage, nachdem die Alliierten damit begannen, den Krieg auf die italienische Halbinsel zu tragen, treffen sich Hitler und Mussolini

in Feltre. Das lapidare deutsche Communiqué besteht aus zwei Sätzen:

«Hitler und Mussolini haben sich am Montag in einer Stadt in Oberitalien getroffen. Es wurden militärische Fragen besprochen.»

In der Nacht vom 24. auf den 25. Juli muss Mussolini dann vor dem Grossen Faschistenrat erscheinen. Da er selbst offensichtlich zwischen dem Entscheid schwankt, noch mehr deutsche militärische Hilfe zu erbitten und damit das Land endgültig Hitler zu unterwerfen oder sich an die Alliierten zu wenden, fallen auch seine Darlegungen vor dem Faschistenrat unbefriedigend aus. Mussolini gelingt es nicht, die Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Faschistenrates zu überzeugen. Er begibt sich nach dieser Sitzung sofort zu König Victor Emanuel. Der König gibt dem Diktator zu verstehen, was das gegen ihn ausgesprochene Misstrauensvotum bedeute:

«Ich muss Ihnen mitteilen, dass Ihr Nachfolger in der Ministerpräsidentschaft bereits bestimmt ist und sein Amt faktisch schon angetreten hat, nämlich Marschall Badoglio. Stellen Sie sich ihm zur Verfügung.» Zunächst spricht Badoglio davon, den Krieg weiterzuführen, doch schon in den ersten Augusttagen werden italienische Kontakte mit den Alliierten aufgenommen. Am 3. September unterzeichnen die Vertreter General Eisenhowers und Marschall Badoglios das Waffenstillstandsabkommen, das jedoch vorderhand noch geheimgehalten wird. So richtet Marschall Badoglio fünf Tage später, am 8. September, an Reichskanzler Hitler in Berlin und die italienischen diplomatischen Missionen in Tokio, Budapest, Bukarest, Sofia, Agram und Pressburg ein Telegramm:

«Trotz allen unseren Anstrengungen sind unsere Verteidigungsstellungen jetzt zusammengebrochen. Der Vormarsch des Feindes konnte nicht aufgehalten werden. Die Invasion ist im Gange. Italien verfügt über keine Widerstandskraft mehr... Man kann von einem Volk nicht verlangen, den Krieg weiterzuführen, wenn jede berechtigte Hoffnung auf eine erfolgreiche Verteidigung – ich sage nicht auf den Sieg – geschwunden ist. Italien ist, um seinen gänzlichen Ruin zu vermeiden, gezwungen, an den Gegner ein Gesuch um Waffenstillstand zu richten.»

Gleichen Tags veröffentlichen die Alliierten das bereits gültige Waffenstillstandsabkommen. Zwei Tage später, am 10. September, wendet sich Hitler

vom Führerhauptquartier aus an seine «deutschen Volksgenossen und -genossinnen», um die Folgen des Ausscherens Italiens zu verniedlichen:

«Der eingetretene Zusammenbruch Italiens war längst vorauszusehen, nicht infolge des Fehlens geeigneter italienischer Möglichkeiten zu einer wirkungsvolleren Verteidigung oder des Ausbleibens der erforderlichen deutschen Hilfe, als vielmehr des Versagens oder besser des Nichtwollens derjenigen Elemente, die nunmehr als Abschluss ihrer planmässigen Sabotage die Kapitulation veranlasst haben...

Der Ausfall Italiens bedeutet militärisch nur wenig. Denn der Kampf in diesem Lande wurde seit Monaten in erster Linie durch deutsche Kräfte gestützt und getragen. Wir werden diesen Kampf nunmehr frei von allen belastenden Hemmungen fortsetzen.»

Dass man sich in Deutschland trotz allem nicht völlig damit abfindet, geht aus einem Manifest hervor, das wenig später veröffentlicht wird: «Es hat sich eine italienische faschistische Nationalregierung gebildet. Sie arbeitet im Namen Mussolinis. Die faschistische Nationalregierung wird unnachsichtlich jeden Verräter bestrafen, die einzig wahren Verantwortlichen für unsere Niederlage. Sie wird alle Mittel anwenden, um Italien mit unverletzter Ehre und mit der Möglichkeit eines weiteren Lebens in der Zukunft aus dem Kriege herauszuführen.»

Wie wirr auch dieser Text ist, so geht daraus doch hervor, dass eine solche Aktion nur Erfolg haben kann, wenn eine überragende Persönlichkeit, wenn möglich Mussolini selbst, ihr das Gepräge gibt. Mussolini aber befindet sich in Haft. Zunächst wurde er in einer Kaserne festgehalten, dann auf die Insel Santa Maddalena verbracht und hernach, vom 28. August an, auf dem 2'900 Meter hohen Gran Sasso in den Abruzzen gefangengehalten. Hitler persönlich setzt sich dafür ein, ihn zu befreien.

Am 12. September um 14.10 Uhr landet eine Gruppe von neun Mann im Auftrag Hitlers neben dem Berghotel auf dem Gran Sasso. Der SS-Hauptsturmführer Otto Skorzeny, begleitet von zwei Mann, kann an den völlig verwirrten und durch Maschinengewehre in Schach gehaltenen Carabinieri vorbei ins Haus eindringen, nachdem die Funkverbindung gewaltsam unterbrochen worden war. Inzwischen ist unweit des Hotels ein Fieseler-Storch gelandet, den Mussolini, Skorzeny und ein hervorragender Pilot der deutschen Luftwaffe

kurz nachher besteigen. Unter schwierigsten Umständen wird der Befreite zu einem anderen bereitstehenden Flugzeug geflogen und dann direkt ins Führerhauptquartier zu Hitler gebracht.

Hierauf gründet Mussolini in der oberitalienischen Stadt Salo die «Sozial-faschistische Republik Italien». In dieser Gegenregierung übernimmt er das Präsidium und das Aussenministerium, das Innere wird Buffarini-Guidi zugeteilt, die nationale Verteidigung betreut Marschall Graziani. Als ersten politischen Akt wendet sich Mussolini am 18. September an die «Schwarzhemden, Italiener, Italienerinnen» und erhebt vier Forderungen:

- «1. Wieder zu den Waffen zu greifen an der Seite Deutschlands, Japans und der andern Verbündeten. Nur Blut kann eine solche schmäbliche Seite aus der Geschichte unseres Vaterlandes auslöschen.
2. Sofortiger Wiederaufbau der Armee, die sich um den Kern der Miliz schart. Nur wer die Waffe trägt und für seinen Glauben kämpft, kann siegen.
3. Beseitigung der Verräter, insbesondere jener, die am 25. Juli um 21 Uhr 30 sich zur neuen Regierung bekannt haben und damit in die Reihen des Feindes übergewechselt sind.
4. Beseitigung der Plutokratie und Errichtung einer sozialen Basis, auf der sich der Staat aufrichten kann, gestützt durch die Arbeit seiner Bürger.»

Dass Mussolini sich am 29. September 1943 feierlich zum Oberhaupt des «faschistisch-republikanischen Staates» ernannt, hat keinerlei politische Bedeutung. Mehr Gewicht hat der Entschluss der Regierung Badoglio vom 13. Oktober, Deutschland den Krieg zu erklären. Der italienische Botschafter in Madrid überreicht an diesem Tag dem deutschen Botschafter eine Note, in der es heisst:

«Angesichts der wiederholten und sich steigernden feindseligen Akte, die von bewaffneten Streitkräften Deutschlands gegen die Italiener begangen worden sind, betrachtet sich Italien vom 13. Oktober 1943 vier Uhr nachmittags an als im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich befindlich.»

Gleichen Tags geben die Regierungen der Alliierten in London, Washington und Moskau eine gemeinsame Erklärung heraus, die folgende Abschnitte enthält:

«Die Regierungen Grossbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion anerkennen übereinstimmend die Stellung der italienischen Regierung, wie sie von Marschall Badoglio umschrieben wurde. Die genannten Regierungen erklären sich bereit mit der aktiven Mitarbeit der italienischen Nation als kriegführende Macht im Kampf gegen Deutschland.»

Es gibt von diesem 13. Oktober an zwei Italien, jedes in seinem Bereich von einer bestimmten Bedeutung: Das Italien Badoglios, verbündet mit den Angelsachsen und der Sowjetunion, verfügt zwar nur über einen Drittel des italienischen Festlandes, hat aber die Flotte und die überseeischen Besitzungen in seiner Hand; das Italien Mussolinis herrscht – wenigstens theoretisch – über zwei Drittel des Mutterlandes und ist mit Deutschland und dessen Verbündeten vereint.

Am 30. Oktober 1943 gibt ein ausführliches Communiqué Kenntnis von den Verhandlungen, die seit dem 19. Oktober in Moskau zwischen den Aussenministern Grossbritanniens, Eden, der Vereinigten Staaten, Hull, und der Sowjetunion, Molotow, geführt wurden. Es enthält einen Abschnitt, der für die weitere Zukunft vor allem Österreichs von grösster Bedeutung sein wird:

«Die drei Aussenminister haben... erklärt, dass ihre Regierungen gewillt seien, die Unabhängigkeit Österreichs wieder herzustellen. Gleichzeitig haben sie festgestellt, dass bei der endgültigen Regelung die Anstrengungen Österreichs in Bezug auf seine eigene Befreiung in Rechnung gestellt werden.»

Daraus resultiert eine formelle «Erklärung über Österreich»:

«Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und der Sowjetunion sind der Auffassung, dass Österreich als erstes der nationalsozialistischen Aggression zum Opfer gefallenes Land von der deutschen Beherrschung befreit werden muss.

Sie sind der Auffassung, dass die Österreich aufgezwungene Einverleibung vom 15. März 1938 null und nichtig ist. Sie fühlen sich in keiner Form an die Änderungen irgendwelcher Art gebunden, die seither in Österreich eingetreten sind. Sie geben ihrem Wunsche Ausdruck, ein freies und unabhängiges Österreich neu zu errichten und dem österreichischen Volk wie den benachbarten Nationen, die gleichgearteten Problemen gegenüberstehen,

die politische und wirtschaftliche Sicherheit zu geben als alleinige Basis eines dauerhaften Friedens. Immerhin wird Österreich in Erinnerung gerufen, dass ihm eine Verantwortung zufällt, von der es sich nicht lossagen kann, und die in seiner Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands liegt, und der unweigerlich bei der endgültigen Regelung Rechnung getragen werden muss.» Abschliessend richten die drei Aussenminister «im Namen der 32 vereinigten Nationen feierlich folgende Warnung» an die fanatischen Nationalsozialisten:

«Im Augenblicke des Abschlusses eines Waffenstillstandes mit irgendeiner in Deutschland errichteten Regierung werden die Offiziere und Soldaten Deutschlands sowie die Mitglieder der nationalsozialistischen Partei, die für Greuelthaten, Massakrierungen und Hinrichtungen verantwortlich sind, oder die in zustimmendem Sinne davon Kenntnis genommen haben, in jene Länder geschickt werden, in denen sie ihre Handlungen begangen haben, um vor Gericht gestellt und gemäss den Gesetzen der befreiten Länder und ihrer freien Regierungen abgeurteilt zu werden...»

Am 8. November 1943 gedenkt Hitler des Aufstandes vom November 1923 in München und beschäftigt sich in seiner Rede mit der Kriegslage: «Es mag dieser Krieg dauern, so lange er will, niemals wird Deutschland kapitulieren! Niemals werden wir den Fehler des Jahres 1918 wiederholen, nämlich eine Viertelstunde vor zwölf die Waffen niederlegen. Darauf kann man sich verlassen: derjenige, der die Waffen als Allerletzter niederlegt, das wird Deutschland sein, und zwar fünf Minuten nach zwölf!»

In jenen Tagen gibt das Büro Ha eine Meldung ans Armeekommando weiter, die beweist, wie ausserordentlich gut es auch über Vorgänge informiert ist, die sich an der obersten deutschen Führungsspitze zutragen: «Es ist ein Telefongespräch mitgehört worden zwischen dem SS-Gruppenführer Schellenberg und Admiral Canaris, dass er ihn sofort aufsuchen möchte; soeben sei eine äusserst interessante Nachricht aus der Schweiz eingegangen, über die ohne Verzug gesprochen werden müsse.» Am 4. Dezember 1943 wird im Lager des Partisanen-Generals Tito ein «Nationalkomitee des befreiten Jugoslawien» gegründet. Zwei Tage später treffen sich Churchill, Roosevelt und Stalin in Teheran, und am Vorweihnachtstag, am 24. Dezember 1943, wird General Ei-

senhower zum Oberkommandierenden aller alliierten Streitkräfte für die Zweite Front ernannt. In Erwartung dieser grossen militärischen Entscheidung schickt sich der Leiter des Büros Ha an, eine «zeitgemässe und notwendige Betrachtung zur Lage» zu verfassen:

«Es darf als höchst wahrscheinlich angenommen werden, dass in den meisten europäischen Regierungen der Nachkriegszeit die Kommunisten ein gewichtiges Wort mitsprechen. Die Endentwicklung ist das nicht!...

Seit dem 8. September sind nunmehr 3 Monate verflossen. In dieser Zeit wurde sowohl von den faschistischen Verbänden wie von den Deutschen ausgiebig an den antifaschistischen Italienern Rache genommen...

Es schwand das Vertrauen in den Willen der alliierten Führung, ernsthaft zum Schlag gegen die Deutschen auszuholen...

Durch alle Teile Italiens dringt zur Zeit die Kunde, dass in Nordafrika, in Sizilien, überall, wo die Alliierten siegreich waren, mit der ‚Amgot‘ (Allied military government of occupied territory) im gleichen Schritt und Tritt auch angelsächsische Kapitalien Einzug gehalten hätten, dass ein grosser italienischer Ausverkauf» an angelsächsische Unternehmer in Gang gekommen sei. Business im Namen von Freiheit und Demokratie, so registriert man diese Vorgänge überall, nicht nur im italienischen Volke.

Dass Business bei den Angelsachsen auch im Kriege obenan stehe, in diesem Eindruck fühlten sich die italienischen Massen bestärkt durch die angelsächsische Kampfführung in Süditalien. Dem einfachen Mann wollte und will nicht in den Kopf, dass rascheres Vordringen den angelsächsischen Armeen nicht möglich gewesen wäre, wenn es im Willen der angelsächsischen Führung gelegen hätte... Die Überlegungen, zu welchen das italienische Volk durch die Ereignisse veranlasst wurde, gingen aber noch weiter. Man begann zu überlegen, ob die Angelsachsen sich etwa deshalb auf mehr symbolische Kampfführung beschränken, weil sie umgehen möchten, die in Mittel- und Norditalien lebende italienische Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffen versehen zu müssen.

Noch bis vor Wochen liessen die italienischen Massen solche Erwägungen und Zweifel nicht laut werden. Man sprach zwar davon, hörte aber doch

wieder und ganz gerne auf jene, welche wissen wollten, dass dem Verhalten der 5. und 8. Armee ein Plan zugrunde liege, der vorsehe, dass weiter im Norden, also im Rücken der deutschen 10. Armee, eine angelsächsische Streitmacht lande und dass in diesem Zeitabschnitt auch Clark und Montgomery vorwärtsdrängen würden.

Das Ausbleiben dieser militärischen Entwicklung (wodurch Hunderttausende von Italienern in schwerste Bedrängnis gerieten), der Abtransport zehntausender Italiener als Zwangsarbeiter nach Deutschland, die zu beobachtende Passivität einerseits, Betriebsamkeit andererseits der Kirche, die Feststellung, dass seitens der Alliierten das Treiben der sich für ihren Besitz Wehrenden gestattet, teils sogar gefördert werde, die Duldung von Umtrieben monarchistischer Kreise, die Belassung Badoglios, die ablehnende Haltung angelsächsischer Persönlichkeiten gegenüber gewissen antifaschistischen italienischen Kreisen, parallel dazu die (aller Welt bekannte) Unterstützung Mihailovics, von dem heute der letzte Italiener weiss, dass er sich als Statthalter der reaktionären jugoslawischen Schicht fühlt, dass er entsprechend Krieg führt, dass er seine Kräfte spart, um sie gegebenenfalls eines Tages als Polizei im Dienste der Reaktion einsetzen zu können – all dieses und noch vieles dazu hat bewirkt, dass sich gegenwärtig im italienischen Volk eine tiefgreifende Wandlung vollzieht, dass die Blicke immer mehr Russland zu und von den Angelsachsen abgewendet werden... Die Italiener haben politisch denken gelernt, sie haben einen politischen Willen und sie sind gewillt, bereit und entschlossen, für ihr politisches Ideal und Ziel allerhand Opfer auf sich zu nehmen, die politische Planung durchzusetzen. Daran ist unseres Erachtens von den leitenden Köpfen im angelsächsischen Lager zu wenig gedacht worden. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, dass man antifaschistische Sendboten zurückwies, dass man andererseits den König und Badoglio über den Waffenstillstand hinaus... am Ruder liess... Man beging im angelsächsischen Lager aber auch noch einen andern Fehler. Wie überall in Ländern, wo Not nicht herrscht, gibt es auch in London und Washington Kräfte und Kreise, welche glauben, dass die in Richtung soziale Demokratie weisende Entwicklung gebremst werden könne, indem man der-

selben ein hartes, auf Macht gründendes Nein entgegensetzt. Diese Männer sollte man alle für einige Zeit nach Italien oder Frankreich schicken...

Die leitenden Köpfe im angelsächsischen Lager berücksichtigen zu wenig, dass in Europa ein neuer Lebensstil, eine andere Auffassung vom Sinn des Lebens und des Staates im Werden ist... Es kommt nicht von ungefähr, dass die Tschetniks Mihailovics isoliert bleiben, die Freischaren Titos immer stärker werden. Könnte man die Völker Europas fragen, wem die Sympathie gehöre, wem sie ihre Unterstützung leihen möchten, dann würde dies für Tito zum Triumph, für Mihailovic zur schweren Niederlage. Dies... deshalb, weil die Massen erkennen, dass Tito auch die Reaktion berennt, während Mihailovic ihr zu dienen sucht... Unabhängig von Sieg oder Niederlage gewinnt jener diesen Krieg, der am schnellsten erkennt, um was es im tiefsten Grunde geht. Bis jetzt halten in dieser Erkenntnis um einige Pferdelängen voraus die Russen die Spitze...

Frankreich steht vor dem Chaos. Wenn die Angelsachsen nicht in Frankreich an Land gehen und das französische Volk zum Kampf gegen die Deutschen aufrufen, bevor die grosse Selbstzerfleischung einsetzt, dann wird Frankreich, zumindest auf Zeit, politisch im Kommunismus landen. Diese Entwicklung verhindern kann man nur noch, indem den Franzosen etwas vorgesetzt wird, auf das sie einhauen und an dem sie den aufgestauten Hass abreagieren können.

Man kann sich nun sagen, dass es für die Angelsachsen schliesslich um mehr als nur die Italiener und Franzosen, dass es um ganz Europa gehe. Das ist richtig und ist doch falsch erwogen...

Wenn es den Angelsachsen nicht gelingt, durch eine baldige entscheidende Tat die im Gang befindliche Entwicklung aufzuhalten, wenn Italien und Frankreich im Chaos landen, in Mitteleuropa und im Südosten unterm Eindruck des russischen Vormarsches kommunistische Regierungen ans Ruder gelangen, wenn die deutsche Wehrmacht unter den russischen Schlägen diesen Winter zusammenbricht,... dann kann man nicht mehr im Zweifel sein, wer in Europa den Krieg gewinnt.»

Spekulationen um die «Zweite Front»

Der Beginn des Jahres 1944 steht im Zeichen der bangen und zugleich hoffnungsvollen Frage nach der «Zweiten Front». Wird die Invasion endlich Wirklichkeit? Wenn ja, wo und wann? Das Fieber erfasst die Schweiz, in erster Linie aber die kriegführenden Länder. Das Büro Ha kann am 3. Januar 1944 melden:

«Erstes Opfer des OKW-Invasions-Alarms ist der Schlachtkreuzer ‚Scharnhorst‘. Er ist ausgelaufen, weil auf Grund der eingetroffenen Meldungen der deutschen See- und Luftaufklärung der grosse, für Murmansk bestimmte alliierte Transportgeleitzug für eine Truppentransportflotte gehalten worden war. Gegen einen gewöhnlichen Materialtransportgeleitzug, für Russland bestimmt, wäre natürlich die ‚Scharnhorst‘ nicht in See gestochen; die Weisungen des OKW verbieten dies seit Langem.»

Die Meldung bezieht sich auf die Seeschlacht, die am 26. Dezember 1943 etwa 120 km nordöstlich des Nordkaps stattfand. Die britische «Home fleet» hatte schon vorher mehrmals durch Schein-Invasionsmanöver versucht, die «Scharnhorst» aus ihrem Fjord-Versteck zu locken. Dies gelang erst am 26. Dezember. Als die «Scharnhorst» in Sicht kam, liess Admiral Sir Bruce Fraser, der Oberkommandierende der «Home fleet», ihr einen Teil seiner Flotte folgen. Er selbst befehligte die Aktion an Bord des britischen Schlachtschiffes «Duke of York». Ein am 28. Dezember veröffentlichter Bericht der britischen Admiralität besagt, dass die «Scharnhorst» von leichten britischen Eskortekreuzern angegriffen worden sei. Hierauf gelang es dem britischen Kreuzer «Norfolk», einen guten Treffer anzubringen. Britische Zerstörer, von einem norwegischen unterstützt, trafen die «Scharnhorst» schliesslich mit drei Torpedos, so dass das Kommandoschiff «Duke of York» dann den Todesstoss versetzen konnte. Die «Scharnhorst» wies 26'000 l Wasserverdrängung auf

und hatte eine Besatzung von 1'460 Mann. Das 1939 fertiggestellte Schiff war mit 9 Geschützen zu 28 cm, 12 zu 15 cm, 14 schweren Flaks zu 10,5 und 16 leichten zu 3,7 cm bestückt. Es hatte 4 eigene Flugzeuge mit zwei Katapultanlagen an Bord.

Die Frage, weshalb sich die «Scharnhorst» habe aus dem sicheren Versteck locken lassen, war zunächst unklar. Die Büro-Ha-Meldung vom 3. Januar löste dieses Rätsel. Tags darauf fügt Hausmann eine politische Betrachtung an und betont, dass die Versenkung der «Scharnhorst» auch Auswirkungen auf die Willfährigkeit der Schweden gegenüber Grossbritannien haben kann:

«Diese bisher sehr begrenzt gebliebene Willfährigkeit der Schweden kann durch die Überlegung gefördert werden, dass jetzt, nach der Versenkung der ‚Scharnhorst‘, eine angelsächsisch-russische Zusammenarbeit an der Nordfront und britische Operationen zur Unterbindung der deutschen Erzvers Schiffungen in Narwik vielleicht doch nahe bevorstehen.»

Am 5. Januar 1944 meldet das Büro Ha:

«Generalfeldmarschall Rommel hat im abschliessenden Bericht, den er Hitler erstattet hat, die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass

1. deutscherseits die Landung alliierter Armeen in keinem Teil der französischen Atlantikküste mit Erfolg verhindert werden könne,
2. deutscherseits ein aussichtsvoller, den Gegner ermüdender Abwehrkampf nur im Zurückgehen auf Lens,= Arras, auf die Oise, auf das westliche Vorfeld von Paris, auf Le Mans und auf die untere Loire (je nach dem alliierten Ansturm) zu suchen und zu finden sei.

Mit diesen Urteilen hat sich Rommel im Wesentlichen den Ansichten von Rundstedts angeschlossen. Diese Ansichten des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe West waren im deutschen OKW nicht unbestritten und insbesondere von Göring und Jodl angegriffen.

Seinen abschliessenden Bericht hatte Rommel bis 31. Dezember 1943 Hitler persönlich zu erstatten.»

Inzwischen erteilen die Angelsachsen und die Russen dem Reich auch aus der Luft schwere Schläge. Am 1. und 2. Januar wurde Berlin schwer bombardiert, wobei auch die Reichskanzlei getroffen wurde. Am 5. Januar unternehmen die Bomberstaffeln der Britischen RAF einen schweren Angriff auf Stettin. Mit den Bombardierungen beschäftigt sich ein militärischer Bericht des Büros Ha vom 9. Januar 1944:

«In Deutschland ist beobachtet worden, dass jene deutschen Fabriken, in welchen amerikanische Kapitalien investiert waren, bis zur Stunde nicht bombardiert worden sind. Dies trifft z.B. zu für die Opelwerke in Rüsselsheim.

Sobald diese Feststellung gemacht war, liess man sie sich deutscherseits dienen, indem man in solche Werke hineinsteckte, was irgendwie unterzubringen war.»

In diesen Tagen geht eine kleine Notiz durch die deutsche Tagespresse, die davon spricht, Generalfeldmarschall Rommel habe in den besetzten Westgebieten eine Anzahl der zum Angriff bereitgestellten Panzerdivisionen und Panzer-Grenadier-Divisionen besichtigt. Dazu weiss das Büro Ha am 11. Januar zu berichten:

«Diese Notiz ist offensichtlich zwecks Feindtäuschung so abgefasst worden. Unseres Wissens Hegen derzeit im Westen nur zwei in Aufstellung begriffene Pz. Div. und zwei, evtl, drei Pz. Gren. Div., über deren Kampfstärke man sich noch streitet. Man hat somit den Mund wieder einmal reichlich voll genommen, indem man von einer ‚Anzahl der zum Angriff bereitgestellten Panzer- und Pz. Gren. Div.‘ schrieb.»

Am gleichen 11. Januar findet über Deutschland ein gewaltiger Luftkampf statt. Die deutsche Öffentlichkeit, deren Durchhaltewillen schwer strapaziert wird, muss wieder einmal mit Versprechungen auf die Zukunft vorliebnehmen. Die geheimnisvolle «Wunderwaffe» wird in allen möglichen Propagandareden in Aussicht gestellt. In diesem Zusammenhang ist interessant, was das Büro Ha am 19. Januar 1944 meldet:

«Die Deutschen produzieren einen Gaskampfstoff, den geheimzuhalten ihnen bis jetzt gelungen ist. Dieses Gas durchdringt jedes bis jetzt bekannte Filter der Alliierten. Der Kampfstoff ist farb- und geruchlos, daher sehr gefährlich. Sein Nachteil ist, dass er sich rasch verflüchtigt.

Der neue Kampfstoff hat narkotisierende Wirkung. Wer genug davon einatmet, dem schwinden auf geraume Zeit die Sinne.

Die Deutschen legen grössten Wert darauf, dass der neue Kampfstoff nicht als Gaskampfmittel deklariert werde. Sie wollen verhindern, dass die Alliierten vom Einsatz des Stoffes das Recht zur Vergeltung und zum Gaskrieg ableiten.»

Am gleichen 19. Januar 1944 verkünden 20 in Moskau aus 224 Geschützen

abgefeuerte Salven, dass die historische Stadt Leningrad nach 900 Tagen der Belagerung endlich entsetzt sei. Zur gleichen Zeit geistert, von Schweden ausgehend, die Nachricht durch die Weltpresse, eine geheime polnische Partisanenarmee sei in Pommern und Westpreussen aufgetaucht. Das Büro Ha kommentiert diese Nachricht realistisch:

«Sehr beachtenswert... ist der Umstand, dass sich die polnische Exilregierung in London des schwedischen Leckerbissens bemächtigt und dass sie diesen wie eine Spezialität von der offiziellen polnischen Tafel, zur Erbauung der Weltöffentlichkeit, weitergereicht hat. (Meldung der poln. Teleg.-Agentur PAT, London, 11. Jan. 1944).

Dieser offizielle polnische Eifer in einer Sache, deren Lächerlichkeit schwer überboten werden kann, charakterisiert die Armut an Trümpfen, in die sich die polnische Exilregierung durch die Aufsparung ihrer Truppen und durch ihre Verurteilung des ‚vorzeitigen‘ aktiven Widerstandes gegen die deutsche Besatzungsmacht in Polen versetzt hat. Offensichtlich hat der Einbruch der russischen Armeen im ehemaligen Ostpolen, verbunden mit dem Vormarsch der in diesen Armeen kämpfenden polnischen, in Russland aufgestellten Regimenter die Londoner Polen in eine solche Alarmstimmung versetzt, dass ihr... jedes Mittel recht ist.»

In einer weiteren Meldung beschäftigt sich das Büro Ha an diesem 19. Januar 1944 wiederum mit der Frage der «Zweiten Front» und mit den Schwierigkeiten, denen in diesem Zusammenhang jeder hellhörige Nachrichtendienst begegnet. In einem Bericht, der «nicht auf den Dienstweg», sondern an ausgewählte Adressaten geht, heisst es:

«Die Holländer haben vor Mai 1940 gestützt auf eingegangene Meldungen wohl gegen 10mal alarmiert, ohne dass der jedesmal zur Ankündigung gelangende Angriff erfolgt wäre. Dem elften Avis des deutschen Angriffes wurde keine ausreichende Beachtung mehr geschenkt. Am folgenden Morgen drangen die Deutschen in Holland ein und sie stiessen auf eine überraschte Führung und eine zu Teilen in Ruhequartieren hegende Armee.

An die Holländer, die (ebenso durch die Ereignisse überrumpelten) Belgier und Norweger denken wir jedesmal, wenn wir vor der Frage stehen, ob eine ‚Zweite-Front‘-Meldung weitergegeben werden soll oder nicht. Wir wissen,

„dass jedesmal etwas vom nachrichtendienstlichen Kredit' abbröckelt, wenn die Meldung dann nicht durch die Ereignisse bestätigt wird.

Trotz der Ende November 1943 gemeldeten Vorgänge ist die Invasion bis jetzt ausgeblieben. Wir haben aber auch heute wieder Nachrichten, die wir denkbar ernst nehmen müssen und die auf die baldige Invasion Frankreichs hinweisen. Dies melden wir hiemit auf die Gefahr hin, nochmals zu früh zu sein.»

Die Meldung schliesst mit der abschwächenden Bemerkung:

«Wir ziehen die Sturmglocke noch nicht. Es hat noch keine einzige < Alarmklingel' geläutet, nicht im Norden, nicht im Osten, nicht im Süden und auch nicht im Westen. Wir machen jedoch gestützt auf alles, was wir heute wissen, aufmerksam, dass von jetzt an mit dem Griff nach der Alarmglocke gerechnet werden muss. Schrillt diese Glocke auf, dann darf es nach unserer Beurteilung nur eine Reaktion geben: die sofortige Einberufung ausreichender Streitkräfte.»

Tags darauf meldet das Büro Ha zwei Termine:

«Nach Ansicht erfahrener Seeleute muss die Invasion bis Ende Februar gestartet sein, weil ab Mitte März und dann bis in den Sommer plötzlich unruhig werdende See eine Landungsaktion unter Einsatz von Barken schwer behindern, sogar zum Scheitern bringen könnte.

... Sollte die Invasion bis Ende Februar nicht erfolgt sein, dann ist nach Auffassung unserer Gesprächspartner... kaum denkbar, dass sie vor Sommer dieses Jahres in Szene gesetzt wird.»

Aus Deutschland stammt die am gleichen Tag durchgegebene Information: «Das deutsche Hauptquartier befindet sich jetzt in Berchtesgaden. Inwieweit auch das deutsche OKW nach oder in die Nähe von Berchtesgaden verlegt wurde, entzieht sich gegenwärtig noch unserer Kenntnis. Bekannt ist lediglich, dass im weiten Umkreis von Berchtesgaden die Vorbereitungen schon seit längerem getroffen sind, um jederzeit hohe Stäbe aufnehmen und mit allen Fronten verbinden zu können.» Geheimdienste bespitzeln auch gegnerische Agentennetze. So erfährt das Büro Ha, dass die in Portugal eingesetzten Agenten deutscher Nationalität die Weisung erhalten haben, so rasch wie möglich das Land zu verlassen. In Portugal, so heisst es in dieser Information, verbleiben lediglich die Agenten portugiesischer Nationalität und verschiedene Auslandsdeutsche. Der Kommentar des Büros Ha:

«Die Abberufung der deutschen Agenten aus Portugal erfolgt wohl, weil der deutsche Geheimdienst damit rechnet, dass im Zuge der Invasion Westeuropas die Alliierten über Portugal zu einer Aktion ausholen, durch welche Spanien als ständiger Unsicherheitsfaktor ausgeschaltet werden soll.»

Ein militärischer Bericht des Büros Ha vom 23. Januar 1944 besagt:

«Im Leningrader Raum ist fast die ganze, zur Festung ausgebaute deutsche Grosskampf-Riegelstellung zwischen den Strassen Oranienbaum-Kingissep und Leningrad-Krassnoje-Sjelo zusammengebrochen... Zur Abwehr hätte man deutscherseits wenigstens eine Panzerdivision gebraucht. Eine solche hat in den entscheidenden Stunden gefehlt.

Der von den Russen erzielte Erfolg ist ein waffenmässiger Überraschungserfolg, der in der Geschichte einer Festungsbelagerung in neuerer Zeit seinesgleichen sucht.»

Es fügt sich eine politische Betrachtung an, die sich mit den Spannungen beschäftigt, die die angelsächsisch-russischen Beziehungen vor allem im Zusammenhang mit der Haltung zur polnischen Exilregierung belasten. Der Kommentar unterstreicht, dass die Sowjetunion auffallend von jeder gegen Polen gerichteten Polemik absieht:

«Es ist... offensichtlich, dass die russische Regierung unter den gegebenen Bedingungen und Machtverhältnissen eine Verschärfung der russischen Ver Stimmung gegen die Polen nicht wünscht, sondern vielmehr die Vergangenheit begraben, das russische Volk mit dem polnischen versöhnen und eine dauerhafte Lösung der russisch-polnischen Frage herbeiführen will, durch Abdrängung des polnischen Staates auf dessen Volksboden, also durch Erweiterung der polnischen Westgrenzen auf Kosten Preussens und Deutschlands.

Dass die russische Regierung heute bereit ist, die endgültigen Grenzen in Osteuropa, unter Einschluss der russisch-polnischen, im Einvernehmen mit London und Washington festzulegen, ist selbstverständlich... Eine längere Zeit anhaltende Demonstration angelsächsisch-russischer Konflikt- und Misstrauensstimmung braucht man nicht anzunehmen, weil die intellektuellen Urheber des Manövers eine unerwünscht nachhaltige Nahrung der angelsächsischen und neutralen öffentlichen Meinung mit polophiler und anti-russischer Kost vermeiden müssen.»

Offensichtlich sind die Stimmen, die von einer auf Ende Februar 1944 in Aussicht genommenen Invasion sprechen, auch den deutschen Führungsstellen zu Ohren gekommen. Dies geht jedenfalls aus den Nachrichten hervor, die das Büro Ha am 25. Januar weitergibt:

«Eingreifende Änderungen in der deutschen Küstenschutzorganisation, besonders in der artilleristischen, sind in Frankreich im Gang. Sie werden nach Vorschlägen durchgeführt, die Generalfeldmarschall Rommel Ende Dezember 1943 dem deutschen OKW unterbreitet hat... Es soll vermieden werden, dass bedeutende Teile der in Abwehrstellungen stehenden Artillerie durch tiefe alliierte Einbrüche in Frankreich für den entscheidenden, im küstenfernen Gebiet auszutragenden Abwehrkampf des Heeres verlorengehen.»

Zwei militärische Meldungen des 25. Januar 1944 sind von politischer Brisanz:

«In Estland und Lettland hat der Aufruhr gegen die deutschen und nationalsozialistisch gleichgeschalteten estnischen und lettischen Ordnungsorgane den Charakter des Bürgerkrieges angenommen...» «Unter den fremdstämmigen Truppen, welche die Deutschen nach Südfrankreich verbrachten, befinden sich auch drei russische Divisionen. Es handelt sich dabei um Mannschaften, teils in Gefangenenlagern ausgesucht, teils in den besetzten Ostgebieten geworben oder gepresst. Durchwegs aber sind es Menschen, die vor nichts zurückscheuen und die jetzt schon in Südfrankreich mit unvorstellbarer Grausamkeit hausen, trotzdem sie noch nicht ‚losgelassen‘ sind. Diese Divisionen werden deutscherseits im Falle der Invasion auf die franz. Bevölkerung gehetzt, wo überall man Gebiete ‚säubern‘ und ‚Vergeltung‘ üben will. Die Russen sollen die Abschachtung von Menschen besorgen, welche man regulären deutschen Truppen nicht mehr zumuten darf.» Der deutsche General Walther von Seydlitz-Kurzbach, in Stalingrad von den Russen gefangengenommen, hat in Moskau den «Bund deutscher Offiziere» gegründet. In einem an den Oberbefehlshaber der 9. Armee, Generaloberst Walter Model, gerichteten Brief schrieb er deutlich und klar:

«Es geht... alles verloren und jede Hoffnung wird zunichte, wenn Adolf Hitler mit Ihrer Hilfe den Krieg fortsetzen kann und das deutsche Volk mit sich in den sicheren Untergang reisst.»

Von Moskau aus wendet sich Seydlitz nun in regelmässiger Folge über den Rundfunk an das deutsche Volk. Seine Aufrufe werden in Deutschland – wie das Büro Ha am 11. Februar 1944 zu melden weiss – weitherum gehört:

«Hohe und höchste Offiziere setzen auf ihn. Sie sind fest überzeugt, dass keine Tortur der Welt Seydlitz zum Sprechen brächte, wenn dieser gegen seine Überzeugung reden müsste. Seydlitz als heller Kopf habe jedoch erkannt, um was es für Deutschland entscheidend geht. Nicht die Amerikaner und auch nicht die Engländer gewinnen den Krieg, sondern die Russen, so wird erwoget. Die Zukunft Deutschlands sei an der Seite Russlands...

Trotz der im Osten erlittenen Schläge, von denen fast jede Familie betroffen ist, entwickelt sich in der Masse des deutschen Volkes richtiggehende Sympathie für Russland... Folgende Momente sind es vorab, welche diese Entwicklung fördern:

In erster Linie sieht das deutsche Volk tagtäglich die russischen Gefangenen. Über diese, deren Arbeitswillen, deren Hilfsbereitschaft und Anständigkeit ist man des Lobes voll.

Zum zweiten wird registriert, dass die Russen keine deutschen Städte bombardieren. Das macht Eindruck und wird als (ritterliche Kriegführung' den Russen gutgeschrieben.

Drittens: die militärischen Leistungen der Russen imponieren sogar dem deutschen Mann der Strasse.»

Ausgezeichnete Beziehungen hat das Büro Ha zu den Tschechen, und zwar sowohl zu den Exilpolitikern in London wie auch zu den tschechischen Patrioten in der Heimat. So muss seinem Bericht vom 13. Februar 1944 Bedeutung beigemessen werden:

«Die eher russophile Politik der tschechischen Regierung in London wird von der tschechischen Bevölkerung mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt. Deren Reaktion ist ganz verschieden. Mit der Politik einverstanden sind die Arbeiter. Diese begrüssen lebhaft den mit Moskau abgeschlossenen Vertrag. Anders gewisse Kreise des tschechischen Bürgertums. Zwar halten auch diese dafür, Beneschs Politik sei klug. Man hat aber doch da und dort vor den Russen Angst...

Wo überall Tschechen über die Engländer reden, ist das Urteil ablehnend. Auch im Bürgertum. Man verzeiht den Engländern München nicht, auch

nicht, dass sie vom tschechischen Gold einen beträchtlichen Teil den Deutschen ausliefern liessen, als man schon sehen konnte, wie der Hase laufen wird. Bei aller Skepsis gegenüber den Russen schätzt man ihr Wort doch noch höher ein als Versprechungen der Briten.

Der kürzlich von den Russen erhobene Vorwurf, die tschechoslowakische Regierung in London verhindere die Bildung von Partisanengruppen, hat das tschechische Volk verletzt. Denn man weiss natürlich, dass Partisanenverbände bestehen... Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass sehr viele Tschechen auf alliierter Seite kämpfen. Man weiss ausserdem, dass es gar nicht die Engländer waren, welche in erster Linie die Luftschlacht über England schlugen und gewannen, sondern mehrere hundert tschechische Kampfflieger.»

Dass die Deutschen noch immer die Hoffnung nicht aufgeben, die westlichen von den östlichen Alliierten trennen zu können, geht aus dem Büro-Ha-Bericht vom 20. Februar 1944 hervor:

«Über die Hauptstadt eines neutralen Landes sind wieder einmal deutsche Friedensfühler zu den Angelsachsen hin ausgestreckt. Deutscher Auftraggeber ist kein Geringerer als Reichsinnenminister und Reichsführer-SS Himmler. Seine Mittelsleute zu den Engländern sind aus einem Milieu, welches sich den Ruf errungen hat, mit der NSDAP nie paktiert zu haben. Die Gespräche sind derzeit in vollem Gang, doch schätzen unsere gut informierten Gewährsleute denselben nur geringe Aussicht zu.»

So einig sich die Alliierten im Kampf gegen Hitler-Deutschland zeigen, so deutlich werden doch auch in einzelnen Detailinformationen die Spaltungen im eigenen Lager:

«Der britische Intelligence Service ist gegenwärtig daran, in den baltischen Staaten einen leistungsfähigen Nachrichtendienst aufzubauen. Als Beobachter im britischen Sold werden Balten eingesetzt... Die britische Erkundung wird zwar als gegen Deutschland gerichtet deklariert. In Tat und Wahrheit jedoch wendet sie sich gegen die Russen.»

Am folgenden Tag, am 21. Februar 1944, geht das Büro Ha auf Besprechungen ein, die in Moskau und nachher an der Konferenz von Teheran, die vom 28. November bis zum 2. Dezember 1943 Stalin, Roosevelt und Churchill vereinigt hat, geführt wurden:

«Die künftigen polnischen Grenzen werden der grossen Linie nach so verlaufen, wie wir es verschiedentlich berichteten.»

In diesen früheren Mitteilungen hat das Büro Ha von den Verlusten Ostpolens gesprochen, die auf Kosten Deutschlands gedeckt werden sollen, womit Polen dann in seinen volksmässig definierten Raum zurückgedrängt werde. Heute fügt das Büro Ha erläuternd an:

«Bei der Neugestaltung Polens wird der russische Standpunkt wegleitend sein, wie er durch Stalin in Teheran zum Ausdruck gebracht worden ist: Moskau ist an einem nationalen und starken Polen auf volkspolnischem Boden interessiert.»

Am gleichen 21. Februar 1944 kann das Büro Ha berichten, dass dem amtierenden polnischen Ministerpräsidenten durch eine offizielle Persönlichkeit, «deren Namen wir nicht erwähnen möchten», im Auftrage Stalins folgendes zur Kenntnis gebracht worden sei:

«Stalin hat nichts dagegen, mit einer polnischen Regierung unter Führung des derzeitigen Präsidenten die diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen und in Verhandlungen einzutreten, wenn eine Kabinettsumbildung erfolgt ist, welche Moskau zu befriedigen vermag. Über den Massstab, welchen Moskau anzulegen entschlossen ist, weiss der polnische Ministerpräsident Bescheid: Moskau wünscht nur mit einer Regierung zu verhandeln, deren Mitglieder erwiesenermassen noch nie die deutsche Karte gespielt haben. Pilsudski- und Beck-Leute werden abgelehnt, ebenso Polen, welche in jüngerer Zeit wieder den Kontakt mit deutschen Kreisen gegen Russland gesucht haben. Solche Kontaktnahme ist teilweise auch über die Schweiz erfolgt.»

Am 24. Februar kommt das Büro Ha nochmals auf seine Darstellung zurück, wonach vorwiegend tschechische Kampfflieger die Luftschlacht über England gewonnen haben:

«Am 17. März 1939 erging an alle tschechischen Flieger mit einer Ausbildung von mehr als 600 Flugstunden die Aufforderung, mit ihren Flugzeugen ohne jeden Verzug zu flüchten und sich dem deutschen Zugriff zu entziehen. Als Flugziel und Sammlungsort wurde Warschau bekanntgegeben.

Die Anweisung zur Flucht wurde von Frankreich aus erteilt, wo höhere tschechische Offiziere mit der französischen Regierung über den Eintritt der Flieger in die französische Luftwaffe verhandelt hatten.

Da die Franzosen zögerten, da andererseits die tschechischen Offiziere wussten, dass eine Flucht der Flieger nicht mehr in Betracht kommen konnte, sobald die Deutschen auf den tschechoslowakischen Flugfeldern eintreffen würden, erteilten sie auf eigene Faust und Verantwortung vorsorglich die einleitend erwähnte Wegleitung.

Gegen 700 tschechische Flieger, sozusagen alle, leisteten Folge und flogen, wie sie geradestanden und gingen, ohne Abschied von ihren Angehörigen nach Warschau. Dort wurden sie von den Polen kameradschaftlich aufgenommen und solange betreut, bis die in Frankreich weiterverhandelnden tschechischen Offiziere neue Anweisungen erlassen konnten. Diese Offiziere begegneten bei den französischen Regierungsstellen wenig Verständnis. Von einer Aufnahme der tschechischen Fliegerelite in die reguläre französische Luftwaffe wollten die zuständigen Franzosen nichts wissen. Hinweise, dass die Deutschen sich zum Waffengang rüsten und dass Frankreich um diese erstklassig ausgebildeten Kampfflieger dann froh sein werde, begegneten ungläubigem Lächeln. Schliesslich liess man sich aber doch zur Zusage herbei, die Flieger in der französischen Fremdenlegion unterzubringen... Mit Mühe konnte in der Folge ein Schiff verfügbar gemacht werden, welches nach Gdingen fuhr und dort die inzwischen durch die Polen frei gehaltenen Flieger abholte... Die Fahrt der tschechischen Flieger ging von Gdingen nach Cherbourg. Von dort wurde der grössere Teil nach Nordafrika verbracht, während der kleinere Rest in Frankreich verblieb, wo man die Flieger in ein Lager steckte, das vom amerikanischen Christlichen Verein Junger Männer betreut war.

Welche Einstellung im Frühjahr 1939 bei den massgebenden Franzosen herrschte, geht auch daraus hervor, dass sie sich nach längerem Verhandeln nur für die Flieger mit 600 und mehr Flugstunden interessierten und dass sie von jenen mit weniger als 600 Flugstunden nichts wissen wollten. Wiederrum auf jedes Risiko hin dirigierten die tschechischen Offiziere in Paris diese von Frankreich verschmähten Flieger ab nach Jugoslawien. Dort konnten die Mittel bereitgestellt werden, welche es ermöglichten, diese Flieger über die Türkei und den Nahen Orient nach Nordafrika reisen zu lassen. Sozusagen der letzte Unteroffizier folgte dem Ruf, sich dem deutschen Zu-

griff zu entziehen. Nach einer Fahrt mit Hindernissen trafen diese Piloten knapp vor Kriegsausbruch in Nordafrika ein.

Im Laufe des Frühjahrs 1939 war es tschechoslowakischen Patrioten und deren Helfern gelungen, mehrere Millionen Schweizer Franken, welche der tschechoslowakische Staat bar in schweizerischen Tresors in Reserve hatte, herauszuholen. Das ging nicht ohne einige dramatische Auftritte. Ganz nach deutscher Art hatte man mit der Ausrufung des Protektorates auch in der Schweiz versucht, nach den Werten der Tschechoslowakei zu greifen. Der damalige tschechoslowakische Gesandte war gewillt, das Bargeld auszuhändigen. Daran hinderte ihn vorab ein tschechoslowakischer Hauptmann (später Oberst) Sedlacek, der nach Kriegsende erster tschechoslowakischer Militärattaché in Bern wurde. In der einschlägigen Literatur wird er ‚Onkel Tom‘ genannt. Er war mit Hausamann in engem Kontakt. Dieser Sedlacek nun hielt seinen Minister solange fest, bis die Tresors durch tschechoslowakische Patrioten geleert, das Geld in Taxis verstaubt, die Fahrt nach einer Schweizer Grenzstadt beendet und das Geld in Sicherheit gebracht war. Von dort erhielten es die auf der andern Seite wartenden Offiziere. Die paar Millionen Schweizer Franken halfen den in Frankreich weilenden Tschechen aus dem ärgsten finanziellen Druck... Es folgte Frankreichs Zusammenbruch. Er war von den tschechischen Offizieren im Laufe der Monate vorausgesehen worden... So wurde denn schon Monate vor Frankreichs Zusammenbruch ein Verbindungsstab nach London gesetzt und von London aus mit Amerika Fühlung genommen. Bei den Auslandtschechen in aller Welt erfolgten Geldsammlungen, welche erstaunliche Summen ergaben. Von den Zweigunternehmen der Skodawerke im Südosten flössen die Gewinne (und Reserven) nicht mehr nach der Tschechoslowakei, sondern in die Kassen der in Bildung begriffenen tschechischen Armee. Das Geld... fand Verwendung zum Ankauf der Flugzeuge, auf welchen die Tschechen zur ‚Schlacht über England‘ antraten.

Alles war in Frankreich und mit England von den Tschechen vorbereitet, um im Zeitpunkt des Zusammenbruchs nach England ‚abzuhauen‘... Bis zur heutigen Stunde weiss die Weltöffentlichkeit noch nicht, dass jene französischen Flieger, von denen die Presse meldete, sie seien zu den Engländern

geflohen, in Tat und Wahrheit grösstenteils Tschechen waren... Was an Flugzeugen in die ‚Schlacht über England‘ geflogen wurde, war englisch-amerikanisches Produkt, aber von den Tschechen käuflich erworben... Erst später, als mit der Aufstellung einer Landarmee begonnen wurde, machten sie vom amerikanischen Angebot, auf Grund des Leih- und Pachtgesetzes Kriegsmaterial zu beziehen, Gebrauch.

Dies ist in wenigen Sätzen die Geschichte der tschechischen Flieger. Es kann darüber noch nicht öffentlich geschrieben werden, weil dadurch Angehörige im Protektorat gefährdet würden. Eines Tages aber wird die Welt erfahren, dass das, was in Uniform der Royal Air Force die ‚Schlacht über England‘ gewann, zum kleinsten Teil Engländer, zum Grossteil Tschechen, zu einem weiteren Teil Polen waren...

Die deutsche Niederlage hat mit der Schlappe in der ‚Schlacht über England‘ begonnen. Geführt wurde dieser Kampf zur Hauptsache von den tschechischen Fliegern. Präsident Benesch übertreibt also nicht, wenn er von entscheidenden Beiträgen seines Volkes zum Sieg der alliierten Waffen spricht.»

In den nächsten Tagen mehren sich militärische Meldungen des Büros Ha, die sich mit den deutschen Abwehrmassnahmen gegen die alliierte Invasion beschäftigen. Am 25. Februar 1944:

«In der deutschen Presse sind wir Inseraten begegnet, durch welche alle Dienstpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1884 bis 1888 zur ‚nochmaligen Erfassung‘ anzutreten haben. Sie müssen mitbringen den alten Wehrpass, Unterlagen über Orden und Ehrenzeichen, Geburtsnachweis, übrige Personalunterlagen, 2 Passbilder usw.»

Am 28. Februar 1944 kennt das Büro Ha die genaue Verteidigungslinie, die die Deutschen für den Fall einer Invasion in Frankreich auf Grund des Rommel-Rapportes beziehen werden:

«Die planmässige Linie entschlossener deutscher Widerstandsleistung: Péronne – Noyon – Fismes – Sézanne wird demgemäss deutscherseits zur unteren Oise und ins Departement Seine-et-Oise, d.h. rund um den Bogen Pontoise-Montfort-Fontainebleau, der Paris einschliesst, vorverlegt ...

Die Festlegung der Deutschen auf die Verteidigung von Paris bedeutet natürlich gleichzeitig den deutschen Entschluss, die Bevölkerung von Paris in der Stadt festzuhalten und die Grossstadt als solche, ebenso wie Rom, als

Barrikade und als moralisches Hindernis des alliierten Vormarsches entschlossen auszuwerten.»

Gegen Mitte März untersucht das Büro Ha die Situation der deutschen und der russischen Streitkräfte. Am 21. März 1944 orientiert ein militärischer Bericht Hausamanns über die «Stärke und Verteilung der russischen Streitkräfte, Stand Januar 1944». Er gibt genauen Aufschluss über die Zusammenstellung ihrer Armeen, ihren Einsatzraum und ihre Einteilung zur ersten oder zweiten Linie oder zur Reserve:

«A. Feldarmeen:

Total in 70 Armeen 522 Divisionen oder Brigaden verschiedener Waffengattungen. Die durchschnittliche Zusammensetzung dieser 70 russischen Armeen ist wie folgt: 6 Infanterie-Divisionen, 2-3 Infanterie-Brigaden, 1-2 Panzer-Brigaden.

B. Gardearmeen:

Total in 10 Gardearmeen 134 Divisionen und Brigaden verschiedener Waffengattungen. Die durchschnittliche Zusammensetzung dieser Gardearmeen ist wie folgt: 8 Infanterie-Divisionen, 4 Panzer-Brigaden, 2-3 motorisierte Infanterie-Brigaden.

C. Stossarmeen:

Total in 5 Stossarmeen 101 Divisionen und Brigaden verschiedener Waffengattungen. Die durchschnittliche Zusammensetzung dieser Stossarmeen ist wie folgt: 3 Infanterie-Divisionen, 3-4 Infanterie-Brigaden, 2 Panzer-Brigaden.

D. Panzerarmeen:

Total in 5 Panzer-Armeen 51 Divisionen und Brigaden verschiedener Waffengattungen. Die durchschnittliche Zusammensetzung dieser Panzerarmeen ist wie folgt: 7 Panzer-Brigaden, 2 motorisierte Brigaden, 1 ‚Partisanen‘(?)-Brigade.

Die 1. Kavallerie-Armee bestand aus 15 Kavallerie-Divisionen. Diese Armee ist nirgends mehr in Erscheinung getreten und wurde wahrscheinlich aufgelöst.

E. Armeen in Front, in Reserve, in zweiter Linie:

im Fronteinsatz 59 Armeen, in Reserve 17 Armeen, in 2. Linie 8 Armeen, unsicher 8 Armeen. Total 92 Armeen. Im Jahre 1941 zählte eine russische Division durchschnittlich 14'500 Mann, im Jahre 1942... 12'800 Mann,... 1943... 9'373 Mann.»

Bomben auf Schaffhausen

Am 1. April 1944 wird die rechtsrheinisch gelegene Stadt Schaffhausen von amerikanischen Fliegern bombardiert. Der Irrtum kostet 40 Menschenleben und richtet schwere Schäden an. Das Büro Ha analysiert den Angriff vom militärischen Standpunkt aus und bringt ihn wiederum mit der erwarteten Invasion in Zusammenhang:

«Die Amerikaner scheinen es tatsächlich auf das süddeutsche Verkehrsnetz abgesehen zu haben?|Wäre es anders, dann würde man sie nicht über weite Strecken mit leichten Bomben auf den Weg schicken. Für das Bombardement von Städten und Industriewerken, also von Flächenzielen, gibt man den schweren Bomberverbänden keine leichten Sprengkörper mit, weil nicht rationell. Nach den bis jetzt vorhandenen Schilderungen zu schliessen, leerten die Flugzeuge ihre Bombenkammern. Es haben aber nirgends Quartierbomben eingeschlagen. Somit wurden anscheinend auch keine solchen mitgeführt.

Zwar trauen wir den Amerikanern in Dingen des Krieges allerhand dilettantische Stücklein zu. Wir wissen aber auch, dass sie nüchtern und gute Rechner sind. Bei ihnen richtet sich alles nach der Rendite. Die Bombardierung zahlreicher zweit- und dritrangiger Bahnhöfe mit leichten Bomben aber rentiert nicht, wenn dem Bombardement nicht auf dem Fuss quasi die operative Auswertung folgt, in diesem Fall die Invasion.»

Wenige Stunden später lässt das Büro Ha eine weitere Studie folgen: «Obgleich wir an Tatsächlichem bis jetzt nur anzuführen vermögen, dass in jüngster Zeit einige Dutzend süddeutsche Bahnhöfe von schweren Bomberverbänden mit leichten Bomben beworfen wurden, riskieren wir es, die Begebenheit zum Gegenstand einer kurzen strategischen Betrachtung zu machen... Im alliierten Lager ist es Churchill, welcher der strategischen Planung die

Richtung weist. Churchill aber ist kein Handwerker, sondern eine (bei allem Sinn für Realitäten) ausgesprochen künstlerisch veranlagte phantasiebegabte Persönlichkeit. Man darf also in Abschätzung und Wertung der alliierten strategischen Konzeption, im Streben, diese zu ergründen, der Phantasie ziemlich weiten Spielraum lassen, ohne unbedingt Gefahr zu laufen, auf Abwege zu geraten... Störungen an Bahnen und Strassen, welche innert Stunden zu beheben sind, wirken sich wohl örtlich, für weit abgelegene Fronten auf lange Sicht gesehen aus. Den Invasionstruppen bringen sie in der kritischen Phase des Fussfassens auf dem Festland keine zeitgerechte Hilfe. Da die Angelsachsen dies noch viel besser wissen als wir, geht man somit wohl nicht fehl in der Annahme, dass den Kleinbombardierungen des süddeutschen Eisenbahn- und Strassennetzes im Zuge der Invasionsvorbereitungen ein anderer Zweck unterstellt sei. Wir sehen nur einen, dem Sinn zuzusprechen ist: dass die Angelsachsen alle ins Invasionsgebiet führenden Bahnen von der Stunde X an in ununterbrochener Folge bombardieren und damit blockiert halten wollen und dass sie die Unterbindung trotz des höheren Risikos schon in Deutschland erstreben, weil es in ihrer Absicht hegt, auch die weitab von den Brückenköpfen stationierten deutschen Truppen schon in der Stunde X anzufassen. Nur dann, wenn auch die weit rückwärts stehenden deutschen Truppen... zum Kampf und damit zum Materialverbrauch gezwungen werden, kommt die Unterbrechung der rückwärtigen Verbindungen schon auf deutschem Territorium zu rascher Auswirkung, hat die Massnahme kampfbeeinflussende Folgen, lohnt sich, schwere Flugzeuge mit leichten Bomben beladen ins deutsche Wespennest zu schicken.»

Am 5. April wiederholt das Büro Ha:

«Am 1. April wurden von amerikanischen Bomberverbänden Bomben abgeworfen auch auf Tuttlingen, Villingen, Donaueschingen, Rottweil und Oberndorf. Auch Radolfzell soll Bomben abbekommen haben, doch stützt sich diese letztere Meldung nur aufs Hörensagen. Dass die Bombardierungen vorab den Bahnanlagen des Gebietes galt, ist offensichtlich. Ins Bahngebiet Tuttlingen-Donaueschingen mussten Bahnbauformationen aus der Umgebung antransportiert werden, u.a. auch Detachemente aus Konstanz. Die am Bahnoberbau dieser Strecken angerichteten Schäden werden als er-

heblich gemeldet. Die an der Bahnstrecke Mindelheim-Buchloe angerichteten Schäden sind wieder behoben.»

Am 14. April kann das Büro Ha seine Annahme bestätigen, wonach die Amerikaner, als sie am 1. April Schaffhausen bombardierten, Auftrag hatten, Eisenbahnanlagen zu zerstören:

«Die deutsche Luftgauabwehr hat bei Durchsicht der Papiere abgeschossener amerikanischer Bomber festgestellt, dass diejenige amerikanische Kampffliegergruppe, die ihre Bomben irrtümlich über Schaffhausen auslöste, Auftrag zum Bombenabwurf auf das Bahnhofareal von Tuttlingen hatte.

Die Distanz Tuttlingen-Schaffhausen ist in der Luftlinie gemessen 34 km. Beide Orte sind der Grösse und der Flusslage nach aus der Luft betrachtet ziemlich leicht miteinander zu verwechseln.»

Der deutsche Nachrichtendienst

In diesen Tagen befasst sich das Büro Ha erneut mit dem Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht. Schon vor einiger Zeit konnte es die massive Reduzierung des deutschen Agentennetzes in Portugal melden. Admiral Canaris muss als Chef aber noch andere schwere Rückschläge einstecken. So wird bekannt, dass Karl Alois Kletowski, stellvertretender Chef der deutschen Gegenespionage, und Hauptmann Hamburger, Mitglied der deutschen Gestapozentrale in der Türkei, zu den Alliierten übergelaufen seien. Über diesen Vorfall weiss das Büro Ha amüsante Einzelheiten:

«In Tat und Wahrheit ist der in den Mittleren Osten hineingebaute deutsche Nachrichtenapparat grösstenteils aufgefliegen. Ausgangsgeschehen war, dass ein Beamter der deutschen Botschaft in Ankara mit der Botschaftskasse im einen und seiner Frau im andern Arm nach Syrien ‚abgehauen‘ war. Dieser Beamte wiederum war, welches Pech, ein Verwandter des Herrn von Papen, weiland deutscher Botschafter bei der türkischen Regierung. Weil man Herrn von Papen im gegenwärtigen Zeitabschnitt unmöglich blossstellen konnte (man ist auf seine Dienste mehr denn je angewiesen), verschwieg man den peinlichen Zwischenfall, liess aber den Ostmärker Kletschkowski, offiziell ein Mann des deutschen Nachrichtendienstes, in Tat und Wahrheit Spezialagent des Herrn von Ribbentrop, ebenfalls nach Syrien ‚fliehen‘, mit dem Auftrag, sich in geeigneter Weise durch die Alliierten an den durchgebrannten Verwandten des Herrn von Papen heranbringen zu lassen, um als ‚Komplize‘ zu erfahren, wie weitgehend der Sünder sein Wissen preisgegeben hat. Weiterer Auftrag: diesen irgendwie unschädlich zu machen und im Übrigen möglichst viel so klug auszusagen, dass man gegebenenfalls aus den Aussagen des Papenschen Verwandten nicht mehr klug werde... Der

Mann vom Stamme Papen konnte aus den Stahlgewölben der deutschen Botschaft in Ankara nicht nur die Kasse klauen, sondern zusätzlich eine Anzahl Aufschriebe. Anscheinend hat er zwecks Verbesserung seiner Position weitgehend von seinen Kenntnissen Gebrauch gemacht. Man nimmt dies deutscherseits an, weil seither immer mehr Nachrichtenquellen in Syrien, Palästina, im Iran und Irak, in Afghanistan und bis hinauf an die indische Grenze versiegten und trotz heftigen deutschen Tasterklopfens stumm blieben. Damit nicht genug des Pechs, oder, ein Unglück bleibt selten allein. Sowohl Herr Kletschkowski als auch Herr Hamburger wurden von ihren alliierten Kollegen durchschaut, mit den deutschen Methoden zum Reden und dann... in orientalische Gefängnisse gebracht... Würde eine zweite Konferenz von Teheran stattfinden, hätten die Deutschen keine so einlässlichen Berichte mehr zu erhoffen, wie sie während der ersten in Berlin einliefen...»

Am 6. April 1944 orientiert das Büro Ha:

«Es steht jetzt fest, dass Admiral Canaris, der Chef des Nachrichtendienstes der deutschen Wehrmacht, endgültig kaltgestellt wurde... Wer sein Nachfolger ist, kann noch nicht gemeldet werden.»

Im Herbst 1943 waren dem amerikanischen Nachrichtendienst zwei Telegramme des Reichsaussenministeriums an den deutschen Gesandten in Bern in die Hände gefallen, deren einleitender Text dechiffriert lautete: «Der deutsche Reichsaussenminister an den deutschen Gesandten in Bern mit dem Ersuchen um Stellungnahme, ohne Erkundigungen einzuziehen: 21. September ankommt Senner 3 mit folgenden Meldungen von Senner 1...»

Es folgten dann die Texte der Meldungen.

Hausamann geht, von Allen W. Dulles im Gespräch über die Vorgänge orientiert, der Sache nach. Er überprüft die per Fernschreiber bei der Kantonspolizei Zürich angeforderte Passagierliste des Flugzeuges, das am 21. September nach Berlin flog. Flugpassagier Nr. 7 war Paul Holzach. Damit wird klar, wie die Senner-Linie zu Schellenberg verläuft. Wenn Holzach (am 21. September Passagier Nr. 7) «Senner 3» ist, dann drängt sich auf, dass sein Kollege Meyer-Schwertensbach «Senner 2» ist. Es drängt sich ferner in Kenntnis des hierarchischen Aufbaus dieser «Linie» auf, den obersten Nachrichtenchef, Brigadier Masson, als «Senner 1» zu identifizieren, aber Hausamann lehnt es ab, ihn als

den Chef dieser für Schellenbergs SS-Reichssicherheitsdienst arbeitenden Gruppe zu betrachten. Der Zusammenhang lässt sich aufklären. Senner 2 hat, um seinen nach Berlin durchgegebenen Meldungen mehr Gewicht zu geben, «Senner 1» als Quelle bezeichnet. Dass Senner 2 und 3 damit Masson in Gefahr brachten, kümmerte sie offenbar wenig, musste doch ein solches Risiko Masson nur umso stärker an die va banque spielenden «Senner» binden.

In dieser Phase des Geschehens wird Major Hausamann vom General zum Mittagessen nach Interlaken eingeladen. Hausamann weiss aus Erfahrung, dass der General ihn nicht an seinen Mittagstisch lädt, wenn nicht etwas Besonderes zu besprechen ist. Nach dem Essen wird er mit dem General zum schwarzen Kaffee allein gelassen. Der General spricht über dieses und jenes. Ganz unvermittelt fragt der General, wie lange Hausamann seinen Chef, Masson, schon kenne. Hausamann entgegnet, dass er wohl der älteste Mitarbeiter Massons sei, nämlich seit 1936. Damit geht der General wieder auf ein ganz anderes Thema über, um dann ebenso unvermittelt zu fragen, ob Hausamann Mr. Allen W. Dulles kenne. Hausamanns Antwort: «Herr General, ich verstehe.» Der General: «Tun Sie Ihr Bestes.» Für Hausamann genügt die Frage des Generals, ob er Dulles kenne, um darüber im Bilde zu sein, dass er von den «Senner»-Telegrammen Kenntnis erhalten hat, und zwar unzweifelhaft durch Allen W. Dulles selber. Denn ausser Dulles und ihm weiss niemand um diese Vorgänge. In der Folge bittet Hausamann, «sein Bestes tuend», Oberstbrigadier Masson um eine Unterredung. Er orientiert Masson über die «Senner»-Telegramme. Masson weiss nichts davon, und Hausamann glaubt es ihm aufs Wort. Ein weiteres Mal warnt er Masson vor Schellenberg und dessen Helfershelfern Eggen, Meyer-Schwertenbach und Holzach. Masson sagt ihm zu, diese Beziehungen abubrechen, doch hält er sich nicht an sein Versprechen. Jetzt fühlt sich Hausamann verpflichtet, im Interesse von Oberstbrigadier Masson dem Oberbefehlshaber General Henri Guisan zu schreiben. Das Schreiben wird zu einem unmissverständlichen Lob all jener Eigenschaften Massons, die ihm die Treue seiner Freunde und Untergebenen einbrachte:

«Untersucht man, was es-denn eigentlich sei, das Oberstbrigadier Masson über viele seiner Kameraden hinaushebt und was seine Mitarbeiter ihm verpflichtet, dann stösst man immer wieder auf das eine: die menschliche

Treue, die Freundschaft, welche er seinen Untergebenen hält. Oberstbrigadier Masson hat nach meinem Wissen noch keinen seiner Offiziere im Stich gelassen, nicht einmal jene, von denen er wissen muss, dass sie seine Anständigkeit zu seinem Schaden missbrauchen...

Oberstbrigadier Masson ist einer der wenigen Chefs, welcher sich nie mit anderer Leute Federn schmückt, trotzdem er als Chef ein Recht dazu hätte... Weil ich meinen Chef kenne, kann ich mir alles gut erklären. Die deutschen Herren haben Oberstbrigadier Masson zugunsten unseres Dienstes ein paar zweifellos wertvolle Hilfen geleistet, dies zu einer Zeit, da man (auch in den meisten Büros der Nachrichtenabteilung) den Deutschen noch den Endsieg zuschätzte. Das wird Oberstbrigadier Masson nicht vergessen, für solches hat er ein gutes Gedächtnis. Nachdem sich inzwischen (sogar in der Nachrichtenabteilung) die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Deutschland unterliegen werde, wollte Oberstbrigadier Masson, anständig wie er ist, wieder Freund in der Not sein, und zwar nicht nur in Worten, sondern durch die Tat. Er setzte sich für die deutschen Herren ein, wo immer sich Gelegenheit bot, unbekümmert darum, ob es ihm nütze oder schade.»

Hausamann sieht nur noch eine Möglichkeit, Masson aus der Verstrickung mit den SS-Leuten und deren Schweizer Helfershelfern zu befreien, indem der General ihm das Kommando einer Heeresinheit überträgt: Das ist die Quintessenz seines Briefes an den General. Wenige Tage später ruft der General an, um Hausamann mitzuteilen: «Masson will nicht.» Die Antwort Hausamanns: «Herr General, dann müssen Sie es eben befehlen, sonst ist Masson bei Kriegsende verloren.»

Genauso ist es dann leider gekommen.

Eine politische Information des Büros Ha vom 17. April verdient Interesse:

«Die Thronverzichtserklärung des Königs Viktor Emanuel ist erzwungen und durch die Sowjetregierung herbeigeführt worden. Diese hat das Beglaubigungsschreiben ihres neuen Vertreters bei der italienischen Regierung nicht an den König, sondern an Badoglio als derzeitigen Regierungschef gerichtet und Badoglio in Kenntnis gesetzt, dass sie den italienischen Monarchen erst dann anerkennen könne, wenn dieser durch eine freie Willenskundgebung des italienischen Volkes als legitimer Repräsentant des italienischen Staates bestätigt sei.

Diese Darstellung des Vorganges, der zur Verabschiedung des italienischen Königs geführt hat, ist am 13. April durch Botschafter von Weizsäcker dem deutschen Auswärtigen Amt gegeben bzw. bestätigt worden.»

Dass Admiral Canaris seines Postens als Chef der «Abwehrstelle der Wehrmacht» (Ast) enthoben und die gesamte Organisation durch Dekret Hitlers dem Reichsinnenminister und Reichsführer SS Himmler unterstellt worden ist, hat das Büro Ha bereits gemeldet. Nun gilt es (Büro-Ha-Bericht vom 17. April 1944), daraus die Konsequenzen für die Schweiz zu ziehen:

«Die Änderung in der Leitung des deutschen Nachrichtendienstes sollte auch den exponierten Nachrichtenoffizieren in geeigneter Weise zur Kenntnis gebracht werden. Diese sind künftig ganz anders gefährdet, als es bisher der Fall gewesen sein mag...

Zur Sache selbst (Ausschaltung von Canaris und seiner nächsten Mitarbeiter) ist noch nachzutragen, dass Canaris sich bekanntlich vor einigen Wochen auch in der Schweiz aufhielt...

Je näher der Niederlage sich die deutsche Führung sieht, umso rücksichtsloser wird sie auf Nachrichtenbeschaffung drängen, desto härter wird sie in der Abwehr fremder Auskundschaftung sein. Darum gab sie dem Treiben der SS nach, übertrug sie dieser das eine wie das andere. In der Ausschaltung der Wehrmacht aus Erkundung und Abwehr liegt ein Eingeständnis des Notstandes durch die deutsche Führung.»

Im Westen hat die deutsche Planung die völlige Abschliessung von Paris ins Auge gefasst. Alles ist vorbereitet, die Verfügung kann auf einen Schlag erfolgen. Das Büro Ha am 25. April:

«Die äusseren Vororte von Paris, die Kasernen und Waffenplätze der SS ausserhalb der Stadt im ehemaligen Festungsring, die Strassen, Bahnhöfe usw. in der Pariser Umgebung sind in den letzten Tagen, nach dem 15. April, deutscherseits voll besetzt worden. Eine vorbestimmte Zahl von französischen Polizeiposten in den Vororten ist aufgehoben oder an andere Plätze verlegt worden. Ferner ist im Osten der Stadt, zwischen Rosny und der Marne, die sogenannte Eingreifartillerie des deutschen Kommandanten von Paris in Stellung gegangen. Diese deutsche Artilleriegruppe ist ziemlich stark, verfügt auch über schwere Verbände und wird deutscherseits so de-

monstriert, dass die Pariser die Zweckbestimmung, die Vorbereitung einer rücksichtslosen Straf- oder Vergeltungsmassnahme durch die Deutschen für den Fall von Unruhen und Aufständen, erkennen müssen...

Es wird deutscherseits... angenommen, dass ein grosser Teil der Menschen, die Angehörige der französischen Widerstandsbewegung sind und sich seit Langem in Paris versteckt halten oder dort irgendeinen Beruf ausüben, auf ein Zeichen hin die Stadt verlassen wollen, um sich ausserhalb von Paris nutzbringend für see- oder luftgelandete angelsächsische Truppen zu betätigen. – Man rechnet deutscherseits, dass etwa 100'000 solcher Menschen allein in Pariser Gruppen der französischen Widerstandsbewegung heimlich organisiert sind.

Für den Fall ernsthafter Gefährdung der Sicherheit der deutschen Wehrmacht soll die völlige Abriegelung von Paris in Kraft treten.

Den Befehl dazu können der deutsche Militärbefehlshaber von Stülpnagel und der Oberbefehlshaber West, von Rundstedt, erteilen, und zwar jeder auf Grund eigener Entscheidung.»

Eindrücklich veranschaulicht das Büro Ha am 25. April den Erfolg der russischen Offensive:

«Deutschbesetztes russisches Reichsgebiet (gerechnet in den Grenzen vom 21. Juni 1941) am 15. April 1944: 441'000 km².

Deutschbesetzt waren am 1. Oktober 1943 noch 1'166'000 km², am 1. März 1944 noch 569'000 km² sowjetrussisches Gebiet.

Zurückgewonnen hat das russische Heer in der Zeit vom 1. März bis 15. April 1944, also in 45 Tagen, pro Tag durchschnittlich ein 2'800 km² grosses Gebiet.»

Ein Bericht über die militärische Bereitschaft Amerikas, wie sie sich zu Beginn des Jahres 1944 manifestierte, lässt gewisse Rückschlüsse auf die kommende Entwicklung und sogar auf den Zeitpunkt der geplanten Invasion zu:

«Aufgestellt waren zu dieser Zeit rund 100 Divisionen der verschiedensten Typen. Gerechnet wird, dass sich diese Zahl wesentlich erst ab Anfang Juli, dann aber sprunghaft erhöht.»

Diesem Bericht vom 3. Mai 1944 lässt das Büro Ha am gleichen Tag noch Zahlen über den Stand des amerikanischen Mannschaftsbestandes von Anfang Februar folgen:

«Unter den Waffen standen in allen Wehrmachtzweigen maximal gegen 11

Millionen Mann. Die... Mannschaften verteilen sich Anfang Februar 1944 auf die verschiedenen Wehrmachtzweige wie folgt: Flotte 3 Millionen Mann, Luftwaffe 2,5 Millionen Mann, Heer (in kampfstarken Verbänden) 2,4 Millionen Mann...

Zu diesen Mannschaftszahlen kommen noch jene der rückwärtigen Dienste und verschiedenster Spezialverbände, auch Gas-Truppen, technische Formationen usw., total 3,1 Millionen Mann.»

Mitte Mai 1944 beschäftigt sich das Büro Ha mit der Übersiedlung des französischen Staatspräsidenten Marschall Pétain von Vichy nach Rambouillet bei Paris und betont, diese sei keineswegs aus freien Stücken erfolgt:

«In Tat und Wahrheit ist Pétain solange unter Druck gesetzt worden, bis er, widerstrebend, in die Verlegung seines Amtssitzes einwilligte. Gedrängt wurde er von den Deutschen, unter Zuhilfenahme jener Franzosen, welche die deutsche Karte spielen und heute in Vichy den Ton angeben. Der Zweck des Tuns ist klar: die Deutschen wollen den Maréchal für den Fall der Invasion in sicherer Griffnähe haben, um ihn zu gegebener Zeit... auf seine Landsleute loszulassen, im Dienste der deutschen Kriegführung und gegen die Alliierten... Pétain wird also im Drama, das wohl bald in Szene geht, unter deutscher Regie ganz verschiedene Rollen zu spielen haben.»

Dass aber auch die französischen Gegenkräfte de Gaulles ein gewichtiges Wort in der inneren Entwicklung Frankreichs mitreden, geht aus einer anderen Schilderung des Büros Ha hervor. Sie greift zurück auf die seinerzeitige Nachricht, dass der – inzwischen verstorbene – französische Botschafter in Bern, Admiral Bard, der wegen der Erschiessung von 16 Gaullisten von den Freifranzosen in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war, sich stets von handfesten Sûreté-Beamten bewachen liess:

«In Tat und Wahrheit aber waren zwei dieser Sûreté-Beamten leidenschaftliche Anhänger der Bewegung de Gaulles. Sie haben der Bewegung de Gaulles während ihres Berner Aufenthaltes wertvollste Dienste erwiesen. Als Leibwächter Bards, und da sie sein Vertrauen genossen, hatten sie Zutritt zu allen Räumen der Botschaft.»

Am 22. Mai 1944 weiss das Büro Ha, dass der Chef der jugoslawischen Partisanen, Marschall Tito, über 65'000 Mann regulärer Truppen verfügt. Dabei handelt es sich um geschlossene jugoslawische Verbände, ferner um einige ita-

lienische Formationen, die – von ihren Offizieren geführt – sich dem Kommando Titos unterstellten. Neben diesen regulären Truppen sind noch 235'000 Mann «in Banden» organisiert, ein Ausdruck, der von den Jugoslawen selbst geprägt wurde, der aber mit dem deutschen Sinn des Wortes nichts zu tun hat. Zu diesen «Banden» gehören auch jene italienischen Formationen, deren Zuverlässigkeit unter Beweis gestellt ist, ferner übergelaufene kroatische, ungarische oder deutsche Abteilungen. Von diesen «Banden-Kriegern» heisst es in der Meldung:

«Es sind vorzügliche Kämpfer, tapfer und ausdauernd, zu grossen Leistungen fähig, genügsam, nur soll man nie etwas von ihnen erwarten, was nach militärischer Ordnung aussieht. Tito kann diese Leute führen, ihm parieren sie, weil sie ihn als einen der Ihrigen anerkennen. Würde an die Stelle Titos beispielsweise ein ehemaliger jugoslawischer Generalstäbler treten, dann könnte dieser militärisch noch so tüchtig sein und sich gleich Mihailovic einen wilden Bart wachsen lassen, es gelänge ihm so wenig wie dem militärisch tüchtigen Mihailovic, diese Bandenkrieger unter einem Hut zu halten.»

Die Invasion im Westen

Im Vordergrund aller aktuellen Betrachtungen stehen die Spekulationen um die bevorstehende Invasion. Ende Mai 1944 nehmen die «Signale», die das Büro Ha an das Armeekommando richtet, an Intensität zu:

«Zum x-ten Male sieht es so aus, dass wir... den Beginn des alliierten Generalangriffs als ‚von Tag zu Tag und von Stunde zu Stunde‘ möglich avisieren müssen. Zu den Anzeichen, welche wir registrieren, gehören u.a. neueste Bereitschaftsverfügungen an die Leitungen der ‚unterirdischen Kampfverbände‘ auf dem europäischen Kontinent.» Dieser Information vom 25. Mai 1944 folgt einen Tag später:

«Als ein Datum, an welchem die Invasion zu erwarten sei, wird in Kreisen alliierter Diplomaten der 3.,4. Juni genannt. Wir melden dies, ausdrücklich als eine Äusserung von Diplomaten, mit allen gebotenen Vorbehalten.»

Am 29. Mai gibt das Büro Ha den Inhalt eines deutschen Gutachtens bekannt:

«Das Datum der alliierten Invasion irgendwie und möglichst rechtzeitig in Erfahrung zu bringen, hat sich nicht nur der deutsche Nachrichtendienst und die deutsche Aufklärung zur See und in der Luft zum Ziel gesetzt. Es befasst sich mit diesem Problem vielmehr ungefähr alles, was in Deutschland etwas zur Abklärung glaubt beitragen zu können, in vorderer Linie auch der deutsche Reichswetterdienst. Vom deutschen Reichswetterdienst ist basierend auf die Beobachtungen der jüngsten Zeit ein Gutachten ausgearbeitet worden. Dieses kommt zum Ergebnis, dass für Landungsaktionen sowohl zur See wie durch die Luft innerhalb eines erfassbaren Zeitabschnittes, gerechnet ab Datum des Gutachtens, auf den 2. Juni die günstigsten Bedingungen zu erwarten seien. Der Reichswetterdienst erwartet für diesen Tag und eine Zeitspanne voraus wie nachher sogar eine ganz besonders geeignete Wetter-

lage. Er bringt allerdings gleich auch den Vorbehalt an, dass für eine absolut sichere Prognose verschiedene Wettermeldungen fehlen und nicht bzw. nur lückenhaft erhältlich seien. Die Einschränkung gilt dabei weniger dem Stichtag als vielmehr der Prognosendauer.»

Am 30. Mai kann das Büro Ha über ganz konkrete Massnahmen berichten, die auf die deutsche Nervosität schliessen lassen:

«Erstmals liegt eine Meldung vor, dass man deutscherseits Ausländer, welche auf deutschem Reichsgebiet in Küstenzonen Wohnsitz haben, zur Abreise nach Innerdeutschland veranlasste.»

In Ergänzung des meteorologischen Gutachtens, das das Büro Ha am 29. Mai weiterleitete, berichtet es am 31. Mai:

«Bestätigt ist die günstige Wetterlage im Osten...

Bestätigt ist ferner die günstige Wetterlage im Süden... Anders verhält es sich mit dem Westen. Im Westen kündigt sich ein Schlechtwettereinbruch an. Die Meteorologen leben... unter dem Eindruck, dass im Westen der Wetterumschlag zu erwarten sei. Sie stützen ihre Beurteilung nicht zuletzt auf eine amerikanische Wettermeldung, die Mittwoch 31.5.44 mitgehört wurde. (Zwischenbemerkung Ha: eine solche amerikanische Schlechtwettermeldung könnte natürlich auch auf Täuschung angelegt sein).»

Am 2. Juni, an jenem Tag, da amerikanische Bomber in Russland landen, deutsche Fallschirmjäger einen allerdings erfolglosen Handstreich gegen Titos Hauptquartier führen, berichtet das Büro Ha, dass die Deutschen jetzt auch in der holländischen Provinz Seeland Alarm ausgelöst haben:

«Im Mündungsgebiet der Wester Schelde wurde die Minensperre bis auf eine schmale, streng geheimgehaltene Fahrrinne geschlossen...

In den höheren Stäben erwartet man um den 3. Juni Invasionsangriffe. Darauf ist jetzt alles abgestimmt.»

Am 4. Juni gelingt es den Alliierten, Rom zu besetzen. Gleichentags meldet das Büro Ha gegenüber dem Vortag eine Änderung in der Grosswetterlage:

«Über England setzte sich der Schlechtwettereinbruch in den letzten Stunden durch. Dort regnet es jetzt. Für Frankreich, und zwar ziemlich genau über ganz Frankreich, steht Regenwetter bevor.»

Doch schon für den 6. Juni kann das Büro Ha berichten:

«Es besteht die Wahrscheinlichkeit, dass sich über England sukzessive ein

Hoch aufbaut, d.h. dass es über England bald relativ gutes Wetter gibt... Über Frankreich herrscht sog. ‚Rückseitenwetter‘, d.h. Wetter, wie man es hier als Aprilwetter bezeichnet. Die Sicht ist relativ gut... Zweifellos erwartet der alliierte Wetterdienst ebenfalls Aufhellung. Ziemlich sicher ist diese über England und dem Invasionsgebiet bereits eingetreten.»

Am 6. Juni 1944 wird die Invasion Wirklichkeit. Über 4'000 Schiffe und 11'000 Flugzeuge sind am amerikanisch-britischen Landemanöver in der Normandie beteiligt. Am gleichen Tag wird offiziell bekannt gegeben, was das Büro Ha schon am 17. April gemeldet hat: die Abdankung des italienischen Königs Viktor Emanuel zugunsten des Kronprinzen Umberto, der zum «Generalstatthalter des Königreiches» ernannt wird.

Zwei Tage nach der Invasion kennt das Büro Ha die Verteilung der deutschen Streitkräfte im Westen, wie sie sich im Zeitpunkt der angelsächsischen Landung präsentierte:

«Starke deutsche Eingreifbereitschaften sind gebildet hinter Sambre und Oise (Gros Namur – Soisson – Compiègne), ferner im Süden von Paris, mit den vordersten Verbänden hinter einer Linie, die ungefähr über Chartres – Le Mans – Angers bis Nantes verläuft. Was an Truppen westlich dieser Linien Hegt, ist gerade so stark gehalten, dass der Angreifer, wenn er Fuss fassen sollte, zur Entfaltung gezwungen und ernstlich in Kämpfe verwickelt werden kann.

Eine weitere, ebenfalls stark gehaltene deutsche Eingreifbereitschaft Hegt im Raume Reims – Epernay – Troyes – Chaumont.

Eine dritte Gruppe, Eingreifreserve, ist im Raume Verdun – Metz, in Luxemburg, in der Eifel und in der Umgebung von Trier in Bereitschaft.» Über die britischen Luftlandetruppen weiss das Büro Ha zu melden:

«Die Soldaten sind Freiwillige der Armee, die sich für den Dienst besonders eignen. Die Altersgrenze ist auf 19-32 Jahre festgelegt... Jeder einzelne Soldat muss vollkommen selbständig handeln können. Darauf ist die Ausbildung abgestimmt... Luftlandetruppen müssen ihre voUe Ausrüstung mit sich tragen, da gewöhnlich Transportmittel nicht vorhanden sind. Die physische Ausbildung ist deshalb äusserst hart. Jiu-jitsu-Nahkampfübungen, Langstreckenmärsche und die Überquerung von Flüssen mit voller Ausrüstung gehörten zu den alltäglichen Übungen.

... Die alliierte Führung ist mannschafts- wie materialmässig durchaus in der Lage, Armeen im Lufttransport zum Einsatz zu bringen. Die Masse der lufttransportierten Verbände dürfte eine der Hauptüberraschungen sein, vor welche die alliierte Führung die deutsche und die übrige Welt im Laufe der nächsten Zeit stellen wird.»

Tatsächlich ist im Kriegstagebuch des Wehrmachtsführungsstabes am gleichen 8. Juni 1944 von «pausenlosem Einsatz der feindlichen Luftwaffe» die Rede, der die eigenen, also deutschen Panzerangriffe erstickt habe:

«Dadurch gelang es dem Feinde auch, zu den ostwärts der Orne bereits abgeschnittenen Kräften wieder eine Verbindung herzustellen und westlich der Mündung die schon vorhandenen Brückenköpfe zu einem einzigen von 60 km Länge und 10-12 km Tiefe zusammenzuschliessen.» Der durch die Invasion geschaffenen neuen militärischen Lage Europas muss auch die Schweiz Rechnung tragen. Am 15. Juni erlässt General Guisan einen Tagesbefehl:

«Der Krieg nähert sich immer mehr unseren Grenzen. Ich habe daher neue Truppen unter die Waffen gerufen.»

Zwar ist das westeuropäische Interesse jetzt vorwiegend auf das Vordringen der amerikanischen und britischen Invasionsstreitkräfte gerichtet, die von der französischen Widerstandsbewegung wirkungsvoll unterstützt werden; General de Gaulle ist von London kommend bereits in der Normandie eingetroffen! Aber auch im Osten künden sich entscheidende militärische Ereignisse an: die Russen haben ihre Sommeroffensive ausgelöst. Über die Verhältnisse in der russischen Wehrmacht orientiert eine Analyse des Büros Ha:

«1. Seit Kriegsausbruch und bis Anfang 1944 sind zum Kriegsdienst eingezogen worden aus den Jahrgängen 1883 bis 1927: 30'000'000 Mann...

Als Ergebnis von Nachmusterungen wurden der sowjetischen Wehrmacht seit Sommer 1943 neu zugeführt etwa 2'000'000 Mann. Die russische Wehrmacht zählte also Anfang des Jahres 1944 etwa 32'000'000 Mann.

2. Folgendes sind die Zahlen der waffenfähigen Männer, welche der russischen Wehrmacht seit Beginn des Krieges verlorengingen...

a. Vom 22. Juni 1941 bis 1. Dezember 1942:

in deutsche Gewalt geraten	4 922 500 Mann
Verluste der russischen Wehrmacht, tot und schwerversehrt verwundet	4 790 000 Mann
b. Vom 1. Dezember 1942 bis 1. Juli 1943:	4 660 000 Mann
Kriegsgefangene	104 840 Mann
tot und schwerversehrt verwundet	737 155 Mann
	1 620 000 Mann
c. Vom 1. Juli 1943 bis 1. Januar 1944:	
Kriegsgefangene	164 000 Mann
tot oder schwerversehrt verwundet	1 505 000 Mann
	3 186 000 Mann

d. Verlust an waffenfähigen Männern, einschliesslich Verwundeten, die teilweise wieder genesen und der Wehrmacht zugeführt worden sind

oder in der Folge noch zugeführt werden 23 000 000 Mann

3. Mobilisierte Russen 32 000 000 Mann

Totaler Dauerverlust 16 500 000 Mann

Bestand Ende 1943 15 500 000 Mann

Davon sind abzuziehen die noch nicht genesenen aber wieder feldverwendungsfähig werdenden Verwundeten mit 1'115'000 Mann die in Ausbildung befindlichen Rekruten des Jahrgangs 1927 mit 800'000 Mann

Es standen Anfang 1944 in Verbände eingeteilt 13'500'000 Mann zur Verfügung des russischen Oberkommandos.»

Der Hinweis der Moskauer Konferenz vom Oktober 1943 auf «die Anstrengungen Österreichs in Bezug auf seine eigene Befreiung» lässt die Frage laut werden, ob denn in dieser Beziehung das österreichische Volk sich der eigenen Verantwortung bewusst geworden sei. Ein Kommentar des Büros Ha vom 19. Juni 1944 stimmt optimistisch:

«Alle Berichte, die aus der Ostmark durchsickern, beweisen, dass das österreichische Volk in Opposition gegen das deutsche Regime steht. Der Widerstand ist noch nicht auf einer so hohen Stufe wie in Jugoslawien und Frankreich. Aber der offene Kampf in Form von Streiks, Sabotage und Partisanenaktionen nimmt immer grösseren Umfang an... In den letzten Wochen stehen österreichische Partisanen in Kärnten in schweren Abwehrkämpfen gegen deutsche SS-Gebirgstruppen...

Dieser Tage wurde berichtet, österreichische Partisanen hätten die Bleigruben von Tarvis (Kärnten) gesprengt... In Eisenkappel und Zell wurden die elektrischen Kraftstationen in die Luft gesprengt und eine Spinnerei zerstört. In Tirol operiert die Partisanenorganisation ‚Roter Adler‘ im Zeichen Andreas Hofers.

Seit langem arbeiten in der Ostmark alle Parteien von der Christlichsozialen bis zu den Kommunisten gemeinsam, unter dem Namen ‚Die österreichische Freiheitsfront‘, an der Entfaltung des Widerstandes und der Befreiung vom deutschen Joch. In Wien arbeitet ein zentrales österreichisches Soldatenkomitee, das Verbindungen zu Truppenteilen hat und die Desertion aus der Armee für die Bildung einer österreichischen Befreiungsarmee in den Bergen organisiert...

Die in Villach berüchtigten SS-Leute Niedermeier, Globernigg und Furter wurden von Partisanen aufgegriffen und hingerichtet...

In Pörtschach (Kärnten) wurde anlässlich einer Passagierkontrolle ein Mädchen verhaftet, welches sich nicht ausweisen konnte. Auf dem Weg zum Polizeiposten erschoss sie, mit einer bei sich getragenen Pistole, zwei Gestapobeamte und konnte flüchten...»

Allmählich machen sich in Deutschland selbst Anzeichen einer immer weiter um sich greifenden Unruhe bemerkbar. Am 20. Juni 1944 meldet das Büro Ha:

«Es rächt sich jetzt schwerwiegend, dass die deutsche Führung dem Volke durch alle verflossenen Monate erklärt hat, der Hinausschmiss von auf dem Kontinent landenden Feindtruppen werde eine Angelegenheit von Stunden sein... Seit einigen Tagen... macht... die Teilnahmslosigkeit tiefer Enttäuschung Platz... Enttäuschung bis Erbitterung macht sich jetzt auch in der Wehrmacht breit... Es ist nach hier eingegangenen Meldungen in verschiedenen Truppenteilen zu üblen Szenen gekommen...»

Am 2. Juli folgt die Nachricht:

«Auf Befehl des deutschen Reichsinnenministers sind alle Massnahmen getroffen worden, um im Reich Meutereien von Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern rasch und radikal niederschlagen zu können.» Gleichzeitig treffen aus deutschbesetzten und -beherrschten Gebieten erschütternde Nachrichten ein:

«Während in anderen Ländern das physische Leiden der Juden mit der Deportierung seinen Anfang nahm, beginnt hier die barbarische Quälerei seitens der ungarischen Gendarmerie schon in den Ghettos durch das unerhörte Peinigen der Menschen, um auf diese Art aus ihnen herauszubringen, wo sie ihr angebliches Vermögen vergraben haben.»

So heisst es in einem dem Büro Ha am 12. Juli 1944 aus Budapest zugewandten Brief. Daraus ist ferner zu entnehmen, dass vom 15. Mai bis zum 10. Juni insgesamt 335'000 Juden aus Ungarn deportiert wurden; seither seien ihnen weitere 100'000 gefolgt. Etwa neun Zehntel davon seien in das oberschlesische Konzentrationslager Auschwitz gebracht worden.

Am 13. Juli berichtet die Basler «National-Zeitung», es hätten «von massgebender deutscher Seite in den letzten Monaten in verschiedenen europäischen Hauptstädten Friedenssondierungen» stattgefunden. Die Redaktion bezeichnete diese Version ausdrücklich als «Gerücht». Dazu meldet am 18. Juli das Büro Ha:

«Wir sind den Gerüchten nachgegangen und konnten einwandfrei abklären, dass Ende letzter Woche in der Hauptstadt eines europäischen neutralen Landes zwischen Deutschen und Russen tatsächlich Fühlung genommen wurde. Welches Ergebnis diese Kontaktnahme zeitigte, war bisher nicht in Erfahrung zu bringen. Dass man deutscherseits nicht allzu grosse Erwartungen hegt, ist uns gemeldet...

In diesem Zusammenhang sei gemeldet, dass deutscherseits auch deutsch-britische Fühlungsnahmen vorbereitet sind. Diese hätten möglicherweise schon stattgefunden, wenn nicht von englischer Seite erklärt worden wäre, erst einmal den Kampfablauf der nächsten Wochen abwarten zu wollen. In Tat und Wahrheit rechnen die Engländer, dass die Nachricht, russische Streitkräfte hätten deutschen Boden betreten, auf die deutsche Bevölkerung tiefen Eindruck machen werde und dass vom Schock evtl, innerdeutsche Entwicklungen zu erwarten seien, die dann zum raschen Zusammenbruch führen könnten.»

Der «20. Juli» – Der rumänische Frontwechsel

Der 20. Juli 1944 wird zu einem historischen Tag: Kurz vor 13 Uhr verübt der schwer kriegsversehrte Oberst im Stabe des Ersatzheeres Claus Graf Schenk von Stauffenberg einen Anschlag gegen Hitler. Bei der Lagebesprechung im Führerhauptquartier bei Rastenburg in Ostpreussen explodiert eine von ihm gelegte Zeitbombe.

Aber Hitler wird nur leicht verletzt. Oberst von Stauffenberg wartet in der Nähe ab, bis sich die Explosion ereignet. Er sieht, wie Hitler mit zerfetzten Kleidern aus dem Raum geschleudert wird. In der Überzeugung, Hitler lebe nicht mehr, begibt er sich zum Flugplatz und fliegt nach Berlin, wo das Stichwort für innere Unruhen ausgegeben wird, mit dem die Verschwörer die Exekutivgewalt übernehmen wollen. Hitlers Rache tobt sich nun gegen Tausende – gegen direkt oder indirekt am Attentat Beteiligte, aber auch gegen Unbeteiligte – aus. In der Nacht vom 20. auf den 21. Juli wendet sich der Diktator über den Rundfunk an das deutsche Volk und bagatellisiert:

«Eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer, dummer Offiziere hat ein Komplott geschmiedet, um mich zu beseitigen und zugleich mit mir den Stab der deutschen Wehrmachtsführung auszurotten. Die Bombe, die von Oberst Graf von Stauffenberg gelegt wurde, kreperte zwei Meter von meiner rechten Seite. Sie hat einige meiner Mitarbeiter sehr schwer verletzt, einer ist gestorben. Ich selbst bin völlig unverletzt...

Ich bin der Überzeugung, dass wir mit dem Austreten dieser ganz kleinen Verräter- und Verschwörerclique nun endlich aber auch im Rücken der Heimat die Atmosphäre schaffen, die die Kämpfer an der Front brauchen.»

Das Büro Ha, das sich im Anschluss an diesen 20. Juli mit dem gegen Hitler gerichteten Attentat beschäftigt, greift zunächst etwas zurück:

«Am 10. Juli sind auf innerdeutschen Standorten umfangreiche Veränderungen in der Besetzung von mittleren und höheren Kommandos in Gang gekommen... Wo bisher Generalleutnants und Generalmajore wirkten, begegnet man jetzt jungen Obersten, Oberstleutnants und Majoren... (Anmerkung des Büros Ha: soweit die Meldung. Nachdem das DNB – ‚Deutsches Nachrichtenbüro‘ – bekanntgab, dass Bataillone des Heeres die Erschiessungen durchführten, muss man annehmen, dass hohe Offiziere in beträchtlicher Zahl hingerichtet wurden... In Blankenburg (Harz), wo ein von Offizieren der Luftwaffe besuchter Kurs im Gange war, erfolgte am 18. 7. die Verhaftung zahlreicher Offiziere. Die Begründung lautete, dass man einer Grossschiberei von Lebensmitteln auf die Spur gekommen sei...»)»

Am 28. Juli heisst es in einem kriegspolitischen Bericht:

«So ganz klein, wie Reichskanzler Hitler und neuestens Dr. Goebbels es darstellen, scheint die ‚Generalsclique‘ doch nicht gewesen zu sein. Wir schliessen dies daraus, weil in einer deutschen grenznahen Stadt der Polizei eine Fahndungsliste zugeht, auf welcher die Namen von 134 höheren Offizieren und Wehrmachtsbeamten figurieren, die flüchtig sind und nach welchen gefahndet wird. Berlin scheint anzunehmen, dass die gesuchten Offiziere danach trachten, in die Schweiz zu entkommen. Es treiben sich jedenfalls entlang der Schweizer Grenze Herren der Gestapo herum, welche das besondere Vertrauen Himmlers und ihm nachgeordneter Dienstchefs geniessen... Keiner traut mehr dem andern. Jene, welche trotz ihrer hohen Stellung in SS oder SA sich ‚auf alle Fälle‘ ein Alibi... schafften, haben es jetzt mit der Angst bekommen... (Anmerkung: wie weit das mit der Alibibesorgung hoher und höchster SS-Funktionäre geht, darüber könnten wir einiges schreiben. Wir beschränken uns auf die Wiedergabe des Ausspruches eines hohen alliierten Diplomaten, der wörtlich äusserte, dass ‚man in Berlin jetzt alles haben könne, wenn als Preis die Zusage von Straffreiheit gegeben werde‘. Tatsächlich wird diese Zusicherung als Zahlungsmittel gehandhabt. Dass die Alliierten, gute Geschäftsleute, entsprechend grosse Leistungen verlangen, bedarf keinerlei Unterstreichung.)»

Die militärischen Berichte des Büros Ha, die in diesen Tagen ans Armeekommando gehen, beschäftigen sich zum grossen Teil mit der Entwicklung in

Frankreich. In diesem Zusammenhang sind zwei Meldungen von besonderem Interesse: 25. Juli 1944:

«V 1, die deutsche Vergeltungswaffe, wird sich nach Ansicht der mit deren Weiterentwicklung beauftragten Forschungsgruppe binnen Kurzem auf eine Distanz von 300 km schießen lassen. Die einschlägigen Arbeiten sind soweit fortgeschritten, dass mit den Probeschiessen begonnen werden konnte. Die Produktion ist fabrikatorisch vorbereitet, die Serienerzeugung kann jederzeit einsetzen.

Startbahnen für V 1 gibt es nicht nur im Pas de Calais, sondern auch in Innerfrankreich. Gebaut wurden Startbahnen überdies im Westteil der Ardennen. Das Vergeltungsfeuer auf London kann also auch dann noch aufrechterhalten werden, wenn man deutscherseits den Pas de Calais räumen müsste.»

Und am 28. Juli 1944:

«Bis zum 15. Juli waren in der Normandie insgesamt 36 alliierte Divisionen an Land gegangen. Gezählt sind dabei alle Heeresseinheiten, Panzer-, Infanterie-, Lufttransport-Truppen, die Flieger, soweit sie ihre Einsatzorganisation auf französischem Boden haben.»

Das Büro Ha fügt unter Aufführung der Nummern an, dass diesen alliierten Truppen zu diesem Zeitpunkt 15 Infanterie- und 2 Panzer-Divisionen der Deutschen gegenüberstehen.

Die Entwicklung in Jugoslawien gibt Anlass zu besonders sorgfältiger Beobachtung. Bereits am 19. Mai 1944 hat König Peter II. das Kabinett Puric aufgelöst, wodurch auch der umstrittene Kriegsminister General Mihailovic ausgebootet wird. Dr. Iwan Subasic, eines der massgeblichen Mitglieder der kroatischen Bauernpartei, wird Ministerpräsident, wodurch auch General Simovic, der den Staatsstreich vom März 1941 organisierte, wieder zu vermehrtem Einfluss gelangt. Objektiv muss aus diesen Ereignissen eine Verstärkung der Position Titos gelesen werden. Demgegenüber zirkulieren Gerüchte und werden in der Schweizer Presse Artikel publiziert, die von einem schwindenden Einfluss Titos sprechen. So wird behauptet, Titos Befreiungsarmee zähle höchstens noch 40'000 Mann und sei ein ungeordneter Haufen, wogegen Mihailovic über eine disziplinierte Armee von mehreren hunderttausend Mann verfüge. Dazu das Büro Ha am 21. Juli 1944:

«Diesen Informationen begegneten wir mit einigem Misstrauen, weil sie

teils den Weg über Berlin nahmen. Wir konnten in einigen Fällen den Urheber ausfindig und uns über dessen politische Einstellung ein Bild machen. Unter anderem betätigt sich in der angedeuteten Richtung ein ehemaliger jugoslawischer Militärattaché in Berlin. Er lebt gegenwärtig in Slowenien, bringt es aber fertig, Nachrichten innert verdächtig kurzer Zeit in die Schweiz zu schaffen. Wir kriegen den Eindruck nicht los, dass dessen Meldungen möglicherweise in deutsche Kuriersäcke verstaut die Reise nach der Schweiz gemacht haben könnten.»

Dass die Behauptungen, die Amtsübernahme durch Subasic wirke sich zu Ungunsten Titos aus, nicht stimmen können, geht auch aus einer Erklärung hervor, die Subasic am 9. Juli 1944 von London aus über die BBC verlas und mit der er Kenntnis gab vom Resultat der Besprechungen, die er mit Tito geführt hatte:

«... Brüderlich vereint in der Nationalen Befreiungsarmee unter Marschall Tito... haben die Völker Jugoslawiens alle Hindernisse des Feindes und seiner treuebrüchigen Helfer gebrochen.

Deshalb richte ich von der Hauptstadt unseres grossen Verbündeten Grossbritannien aus die folgende Botschaft an Euch:

Führet die Politik der echten, brüderlichen und demokratischen Solidarität im Kampf um die Befreiung Jugoslawiens und der Wiedervereinigung aller Söhne der jugoslawischen Völker weiter.»

Das Büro Ha ist in der Lage, die am 16. Juni 1944 zwischen dem Präsidenten des Nationalen Befreiungskomitees Jugoslawiens, Marschall Tito, und dem Präsidenten der königlichen Regierung Jugoslawiens, Iwan Subasic, getroffene Vereinbarung im Wortlaut ans Armeekommando zu melden. Sie enthält die für den Rest des Krieges, aber auch für die Nachkriegszeit wichtigen Sätze:

«Die königlich jugoslawische Regierung muss aus progressiven und demokratischen Elementen zusammengesetzt sein, die im Lauf des Kampfes der Nationalen Befreiungsbewegung nicht kompromittiert wurden...

Das Nationale Befreiungskomitee Jugoslawiens erachtet es als gegenwärtig unnütz, die Frage von König und Monarchie zu stellen und zu verschärfen, denn diese Frage hindert das Nationale Komitee jetzt nicht, mit der Regierung Subasic zusammenzuarbeiten. Die beiden Parteien sind übereingekom-

men, dass die endgültige Entscheidung über die Organisation des Staates nach der Befreiung des Landes durch das Volk selbst getroffen werden soll...»

So kommt denn das Büro Ha in seinem Kommentar zum Schluss: «Wäre es zutreffend, was man gegenwärtig über den Zerfall der Armee Titos verbreitet, dann würde m. E. Churchill kaum mehr seinen Sohn als Verbindungsoffizier im Hauptquartier Titos belassen.»

Wie recht das Büro Ha mit seiner Betrachtungsweise hat, erweist sich schon am 13. August, als Tito in Italien mit dem britischen Premierminister Churchill zu Besprechungen zusammentrifft.

Tags zuvor sind die Russen bei Jassy in Rumänien einmarschiert. König Michael ersucht um Waffenruhe für sein Land. Eigentlich hätte der Frontwechsel Rumäniens schon viel früher erfolgen sollen, denn bereits seit einigen Monaten fanden – vor allem auch über die Schweiz – Kontaktnahmen zwischen Rumänien und den Angelsachsen statt, die aber trotz aller Bemühungen und teilweise auch wegen deutscher Störmanöver nicht zum Erfolg führten. Das Büro Ha war in diese Vorgänge eingeschaltet, so dass es sich lohnt, in seinen Berichten zurückzublättern.

Ausgangspunkt sei ein Brief vom 20. April 1944, adressiert an den Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes für den Bundesrat. Major Hausmann war – wie schon in früherem Zusammenhang erwähnt – auf Ersuchen des Chefs des Militärdepartementes vom Armeekommando autorisiert, Informationen auch an die Landesbehörde direkt zu senden, wenn ihm dies notwendig und richtig erschien. Im speziellen Fall machte er von dieser Möglichkeit Gebrauch, um zu verhindern, dass auf dem langen militärischen Dienstweg Kenntnisse von den Vorgängen in falsche Kanäle und so dem Reichssicherheitshauptamt zukommen konnten.

Der Brief vom 20. April 1944 hat folgenden Wortlaut:

«Am 12. April flog ein Bevollmächtigter des rumänischen Königs Michael im Sonderflugzeug aus Bukarest ab, am 15. April traf der Bevollmächtigte des rumänischen Königs auf Umwegen in der Schweiz ein. Der Bevollmächtigte des rumänischen Königs reiste im Einverständnis mit dem rumänischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Michael Antonescu und mit Wissen Manius. Er traf in der Schweiz den ehemaligen rumänischen Minister Gafencu (wohnhaft Genf, rue de Grange 4), um diesen im Namen des

Königs aufzufordern, dass er sich als Beauftragter des Königs offiziell an die Regierungen Amerikas und Grossbritanniens wende und dass er diese um Bekanntgabe der Kapitulations-Bedingungen ersuche.

Gafencu hat die Mission übernommen. Am 18. April besuchte er den amerikanischen und den britischen Gesandten in Bern, um diesen das Begehren des rumänischen Königs vorzutragen...

König Michaels Auftrag an Gafencu lautet nun aber nicht nur dahin, den alliierten Regierungen die Frage nach den Kapitulations-Bedingungen zu unterbreiten, sondern diesen darüber hinaus folgende Botschaft des rumänischen Königs zur Kenntnis zu bringen:

Auf Befehl König Michaels sind acht intakte und modernst ausgerüstete rumänische Divisionen in den Raum Ploesti-Bukarest verlegt worden. Den Deutschen gegenüber hat man die Truppenkonzentration begründet mit dem Hinweis, dass die rumänische Staatsführung entschlossen sei, dieses wichtige rumänische Gebiet unter allen Umständen mit landeseigenen Kräften zu sichern und zu verteidigen... König Michael stellt in Übereinstimmung mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Michael Antonescu diese acht rumänischen Divisionen den Alliierten zur Verfügung.

Er erwartet, dass ihm seitens der Alliierten gleichzeitig mit den Kapitulations-Bedingungen zur Kenntnis gebracht werde, in welcher Weise die Alliierten über die rumänischen Truppen zu disponieren gedenken. Er ersucht um rasche Entscheidungen, da mit baldiger deutscher Gewaltanwendung zu rechnen sei.»

Aus Bukarest gehen zur gleichen Zeit im Büro Ha Meldungen ein, die darauf hindeuten, dass der Mittelsmann des Königs, der in der Schweiz lebende ehemalige Minister Gafencu, gefährdet sei. Das Büro Ha verständigt die schweizerische Bundespolizei.

Am 23. April verlässt der ehemalige rumänische Minister Argetoianu Bukarest, um am 27. April in der Schweiz einzutreffen, genau am Tage, bevor der Bevollmächtigte des Königs die Schweiz wieder verlässt. Dazu das Büro Ha in einem Brief vom 30. April an den Chef des EMD:

«Minister Argetoianu erzählte auf der rumänischen Gesandtschaft in Bern und auch noch sonstwo, dass die rumänische mit der russischen Regierung in Fühlung sei... Argetoianu erzählte weiter, dass die rumänische Regierung

bereits die beiden (ehemaligen?) rumänischen Minister Visoianu und Niculescu-Buzesti zu Bevollmächtigten für Waffenstillstands-Verhandlungen ernannt habe... Die Regierungen Grossbritanniens und Amerikas haben ihre in Bern akkreditierten Gesandten inzwischen wissen lassen, dass sie im Anschluss an die rumänisch-russische Kontaktnahme bereits ebenfalls mit der rumänischen Regierung in Fühlung getreten seien, jedoch über eine andere europäische Hauptstadt.»

Wenige Tage später, am 5. Mai, folgt ein weiterer Brief Hausamanns an den Chef des EMD:

«Aus Bukarest ist Meldung da, dass König Michael inzwischen die britischen und amerikanischen Vorschläge auch direkt noch erhalten hat. Diese decken sich, wie nicht anders zu erwarten war, mit denjenigen Moskaus.»

Erst Ende Juni kommentiert das Büro Ha in einer Stellungnahme zu Händen des Chefs des EMD ausführlicher:

«Die Waffenstillstands-Bedingungen für die Rumänen sind diese Woche in der Schweiz eingetroffen und dem Beauftragten des Königs Michael übergeben worden. Der Kurier des Königs ist nach Bukarest unterwegs.

Die Bedingungen wurden von den Russen formuliert. Die Regierungen Grossbritanniens und Amerikas beschränkten sich darauf, ihr Einverständnis zu erklären. Das kommt in der Botschaft zum Ausdruck. Es wissen von den Vorgängen alle Regierungsmitglieder in London und Washington. Die in der Schweiz akkreditierten Gesandten Grossbritanniens und Amerikas haben keine Kenntnis vom Wortlaut des russischen Vorschlages...

Die russischen Bedingungen sind erstaunlich mild. Den Pferdefuss sehen die Herren, welche gegenwärtig in diesem Zusammenhang Geschichte machen, wieder einmal nicht. Die diplomatische Luft macht weltfremd. Ich zweifle nicht, dass die Rumänen darauf eingehen. Voraussetzung ist, dass kein Betriebsunfall zu einem Gegenschlag der Deutschen führt...

Der russische Text enthält einen Ingress, der in längeren Ausführungen die Geheimhaltung zur Pflicht macht. Ich verstehe das im Hinblick auf verschiedene sonst zu erwartende militärische Entwicklungen, von denen in der Botschaft die Rede ist.»

Am 5. Juli kommt Hausamann auf ein wichtiges Detail zurück: «Samstag, den 1. Juli, haben die Russen den Rumänen zur Kenntnis gebracht, dass sie die rumänischen Ersuchen berücksichtigen wollen, mit einer Ausnahme: Moskau lässt sich den Tag nicht vorschreiben, an welchem Galatz in russischer Hand sein soll (15. Juli 1944). Sie sind dagegen einverstanden, dass beide Antonescus die Kapitulation Rumäniens im Zeitpunkt offiziell anbieten, in welchem Galatz gefallen ist. Die rumänische Regierung hat den Russen zur Kenntnis gebracht, dass sie die russischen Bedingungen auch mit der vorerwähnten Einschränkung akzeptiert. Die Verhandlungen in London sind immer noch im Gang, doch werden derzeit Einzelfragen (rumänischer Armeeeinsatz usw.) behandelt.

Dass die Russen die Terminsetzung durch Rumänien ablehnten, hängt, vom Grundsätzlichen abgesehen, zusammen mit der Entwicklung der Operationen an der weissrussischen Front. Der Zusammenbruch der deutschen Heeresgruppe Busch ist wesentlich rascher erfolgt, als die Russen es erwarten... Solange als man die Nachschublinien für die weissrussische Front benötigt, soll die Offensive gegen und über Lemberg hinaus, ferner jene im Südsektor aufgeschoben sein. Möglicherweise wird inzwischen... die russische Schwarzmeer-Armeegruppe u.a. gegen Galatz eingesetzt.»

Der nächste Brief Hausamanns vom 28. Juli 1944, der den rumänischen Waffenstillstand zum Gegenstand hat, leuchtet noch mehr hinter die Kulissen. Er ist wiederum an den Chef des EMD gerichtet:

«Die derzeitige rumänische Regierung nimmt die (via Schweiz bekannt gegebenen) russischen Bedingungen an, sofern die russische Armee im Südsektor der Ostfront zeitlich so zur Offensive ausholt, dass bis zum 15. Juli 1944 Galatz in russischer Hand ist. Nur so erhalte die rumänische Regierung, augenblicklich noch durch die Deutschen kontrolliert, ausreichende Bewegungsfreiheit, um die Kapitulation zu proklamieren. Den Russen ist seitens des rumänischen Bevollmächtigten begründet worden, weshalb Bukarest bis zum 1. Juli 1944 die russische Entscheidung kennen müsse. Je nachdem seien von den beiden Antonescus noch geeignete Massnahmen zu treffen, durch welche verhindert werden soll, dass die Deutschen erneut einen Strich durch die Rechnung machen.

Die beiden Antonescus stehen heute unterm scharfen Druck der ‚Nationalfront der Demokraten Rumäniens‘, einer sehr starken Gruppierung aller demokratischen, kapitulationswilligen und deutsch-feindlichen Kräfte. Die ‚Nationalfront der Demokraten Rumäniens‘ ist den Russen der Garant, dass Marschall Antonescu nicht wieder sein eigenes Spiel treibt. Sie verlangt kategorisch den Abschluss des Waffenstillstandes und ist entschlossen, ihren Willen so oder so durchzusetzen...

Wenn die Russen in den nächsten Tagen auch im Südsektor der Ostfront zur Offensive ausholen, ist das die Bestätigung dafür, dass in Moskau dem rumänischen Vorschlag zugestimmt wurde. Dann wird aber auch der russisch-rumänische Waffenstillstand im Laufe des Juli perfekt.»

Diese vom Büro Ha als Bestätigung aufgefasste militärische Massnahme der Russen sollte tatsächlich eintreten, doch wird sich ihre Realisierung noch etwas verzögern. Die Gründe dafür sind einem kriegspolitischen Bericht des Büros Ha vom 4. August zu entnehmen:

«Die russisch-rumänischen Verhandlungen, teilweise in London geführt, standen vor dem Abschluss. Die Vereinbarungen waren getroffen, und es hätte nur noch der Gutheissung durch die beiderseitigen Regierungen bedurft. In diesem Augenblick erhielt London Kenntnis vom Zeitpunkt, auf welchen die türkische Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Reichsregierung festgesetzt hatte.

Da der türkische Schritt für den Balkan neue kriegspolitische Gegebenheiten voraussehen liess, entschloss man sich in Moskau, die Londoner Verhandlungen abubrechen. Gleichzeitig wurde zwischen Moskau und Bukarest vereinbart, diese in Ankara wiederaufzunehmen, wobei jedoch die neuen Verhältnisse im Schwarzmeerraum in Berücksichtigung gezogen werden müssten.»

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und dem Deutschen Reich, von dem hier die Rede ist, erfolgte zwei Tage vorher, am 2. August 1944.

Am 23. August ist es dann endlich so weit: Um 22 Uhr 30 wird am Bukarester Sender eine Proklamation des rumänischen Königs Michael verlesen, in der es heisst:

«Rumänen! In dieser Schicksalsstunde unseres Landes habe ich mich entschlossen, zur Rettung des Vaterlandes die Feindseligkeiten mit den Vereinigten Nationen unverzüglich einzustellen. Ich beauftrage eine nationale Einheitsregierung, den festen Willen des rumänischen Volkes zu erfüllen und mit den Vereinigten Nationen Frieden zu schliessen.»

Tags darauf nimmt die Sowjetregierung öffentlich zur Proklamation des rumänischen Königs Stellung. Ihre Antwort enthält die entscheidenden Sätze:

«Russland hat keine territorialen Ansprüche an Rumänien und beabsichtigt nicht, in Rumänien Veränderungen der sozialen Struktur herbeizuführen... Die einzige Möglichkeit, die Feindseligkeiten zu einem schnellen Ende zu bringen und einen Waffenstillstand zwischen Rumänien und den Alliierten herbeizuführen, ist die Hilfe rumänischer Truppen bei der Vernichtung der deutschen Streitkräfte in Rumänien.»

Am gleichen 24. August 1944 kommentiert Hausamann die letzten Ereignisse, die das rumänische Waffenstillstandsgesuch nach aussen hin ausgelöst haben. Er nimmt Bezug auf die russische Offensive, die am 23. August eingeleitet wurde, und schreibt:

«Was sich an der rumänischen Front letzter Tage abspielte, sieht militärisch wohl so aus wie eine russische Offensive, war es aber strategisch nur insofern, als damit der rumänischen Friedenspartei der äussere Anlass zur Kapitulation geschaffen werden musste. All das spielte im geheimen Einvernehmen mit König Michael und wurde schon vor Wochen (als wir unsere Meldung erstatteten) so zwischen Moskau und Bukarest festgelegt. Die rumänischen Truppenkommandeure erhielten im Augenblick des Beginns der russischen Offensive geheime Weisung, rasch nach dem russischen Ansturm zu kapitulieren...

Folgendes sind die russischen Waffenstillstandsbedingungen für Rumänien:

1. Bessarabien und die Bukowina werden russisch.
2. Rumänien räumt den Alliierten auf Kriegsdauer das Recht zur Benützung des rumänischen Bahn- und Strassennetzes ein und hilft mit voller Kraft in der Abwicklung von alliierten (! nicht nur russischen – mehr kann augenblicklich noch nicht gesagt werden) Kriegstransporten.

3. Rumänien verpflichtet sich, Ungarn mit Krieg zu überziehen. (Damit wird Rumänien in Praxis Kriegsgegner Deutschlands.)
4. Die Alliierten (nicht nur die Russen) betrachten dafür Rumänien hinfort als Verbündeten.
5. Russland versorgt Rumänien für den Krieg gegen Ungarn mit den erforderlichen Waffen und dem Kriegsmaterial.
6. Rumänien kann sich für den Verlust von Bessarabien und der Bukowina in Siebenbürgen auf Kosten Ungarns schadlos halten...

Im Folgenden kommentieren wir die russischen Waffenstillstandsbedingungen kurz und soweit, als es zulässig erscheint:

In Bulgarien wusste man um die russisch-rumänischen Verhandlungen. Wie der Presse zu entnehmen war, stimmte Bulgarien seine Politik auf die zu erwartenden Gegebenheiten ab. Der nächste Schritt in dieser Richtung ist nunmehr ebenfalls fällig...

Die Deutschen wussten ebenfalls viel. Um nicht Truppen in eine Falle zu setzen, räumten sie Bulgarien seit Beginn der rumänisch-russischen Verhandlungen sukzessive...

Die Russen wissen, dass die Rumänen die Ungarn seit Generationen abgründig hassen. Die Ungarn sind natürlich ebenfalls genau im Bild, was ihnen blüht, wenn die Rumänen (wie das jetzt der Fall ist) gegen sie Krieg führen dürfen. Was den Rumänen an regimentsfähigen Ungarn vor die Messer kommt, dessen letztes Stündchen hat geschlagen. Weil dies alles den Russen sehr gut bekannt ist, konnten sie als sicher in Rechnung setzen, dass die Abzüge ungarischer Truppen von der Karpatenfront massiv sein werden. Das kommt jetzt dann den russischkaukasischen Gebirgsverbänden bei ihrem Übergang über die Karpaten zugute...

Die Russen schliessen den Waffenstillstandsvertrag nur mit ihnen genehmen Männern. Diese werden vom rumänischen Volk als diejenigen gefeiert werden, welche für Rumänien so günstige Bedingungen erreichen konnten. Damit sind diese Rumänen in ihrer Position gefestigt, was heisst, dass auch die Politik des Landes festgelegt ist, und zwar nach dem Willen der Russen.»

Damit ist das Schicksal Rumäniens besiegelt – zunächst für den Rest des Krieges, aber gleichzeitig auch weit in die Nachkriegszeit hinein.

Die Entwicklung in Polen und Jugoslawien

Polen, das von Anfang an im Lager der Alliierten stand und das erste Opfer dieses von Hitler-Deutschland entfachten Krieges war, ringt noch um seine politische Position. Vorläufig gibt es zwar nur eine einzige polnische Exilregierung, diejenige unter Mikolajczyk in London, und Mikolajczyk bemüht sich noch immer hartnäckig um Anerkennung nicht nur durch die westlichen Alliierten, sondern auch durch die Sowjetunion. Kürzlich war Mikolajczyk in Washington, jetzt steht er vor seiner Moskaureise. Dazu der Bericht des Büros Ha vom 3. August 1944:

«Der Empfang Mikolajczyks in Washington, die Herzlichkeit, mit der ihm Roosevelt und die amerikanische Öffentlichkeit begegneten, musste Mikolajczyk darin bestärken, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzuschreiten. In seiner Rede vor der ‚polnischen Volkspartei‘ gab Mikolajczyk folgenden hauptsächlichen Gedanken Ausdruck: a) dass Polen definitiv den Weg zur Demokratie (Volksdemokratie) beschritten habe, b) dass er hoffe, es werde für die bisher verfolgte Grossmachtpolitik im Denken des polnischen Volkes kein Platz mehr sein, c) es werde vom polnischen Volk hoffentlich nicht mit dem Verbleib von deutschen Volksgruppen innert den polnischen Grenzen gerechnet...

Während seines Washingtoner Aufenthaltes hat Mikolajczyk Roosevelt einige Vorschläge an die Adresse Moskaus unterbreitet, die günstig aufgenommen wurden. Mikolajczyk will gewisse aussenpolitische Entscheidungen in die Nachkriegszeit verwiesen wissen.»

Gerade in diesem Punkt aber sind die Russen anderer Meinung. Es ist verständlich, dass sie unter dem Eindruck des militärischen Sieges jene Entscheide treffen wollen, die in einer späteren Nachkriegszeit eher ungünstiger ausfallen würden. Nur kommt der Entscheid schneller, als ihn aussenstehende Beobachter und selbst Mikolajczyk erwartet haben:

Schon wenige Tage nach dem Eintreffen des Exil-Premiers in Moskau anerkennt Russland das «Lubliner Komitee» als offizielle polnische Vertretung. Es ist dies die logische Fortsetzung der sowjetischen Politik, die schon Ende 1941 ein «Polnisches Komitee» in Saratow ins Leben gerufen hat, dem sie 1943 den «Verband polnischer Patrioten» folgen Hess, um schliesslich eben jetzt sich dem Komitee der nationalen Befreiung in Lublin zuzuwenden.

Gleichzeitig mit dem Eintreffen Mikolajczyks in Moskau beginnt in der polnischen Hauptstadt ein Drama grössten Ausmasses. General Tadeusz Bor-Komorowski gibt am 31. JuH um 18.30 für den kommenden 1. August den Befehl zum Aufstand. Er ist überzeugt, dass die Russen direkt vor der Einnahme Warschaws stehen, doch am 4. August verstummt der Kanonendonner im Osten der Stadt. Die Rote Armee sieht sich zum Rückzug gezwungen, denn ihre Feuerkraft ist im Augenblick zum entscheidenden Schlag zu schwach. Die Deutschen gehen zum Gegenangriff über, und die Londoner Exilregierung wendet sich an die Briten um Hilfe. Sie erhalten eine deutliche Absage: Warschau liegt ausserhalb des Operationsgebietes der RAF, das Risiko für den Einsatz einer Fallschirmjägerbrigade ist zu gross, und für ein kombiniertes Bombardement sind die Amerikaner zuständig. Dazu sind aber die USA nicht bereit, und an die Russen kann und will sich Bor-Komorowski nicht wenden. Dies bedeutet, die eigentlichen Ziele des Aufstandes preiszugeben. Am 12. August telegraphiert er nach London:

«Der Feind löst grössere und konzentrierte Angriffe gegen die Warschauer Altstadt und gegen den Stawki-Bezirk aus. Der Angriff dauerte 11 Stunden bis um 14 Uhr...»

Mitte September erreicht die Rote Armee den Warschauer Vorort Praga, was die Hoffnungen der Bevölkerung auf ein baldiges Ende des Kampfes steigert. Mit Zustimmung des russischen Oberkommandos schickt das Lubliner Komitee eine Botschaft aus, in der es heisst:

«Die Leiden der heroischen Kämpfer in Warschau für unser Vaterland werden in Kürze beendet sein.»

Die russische Offensive über die Weichsel in die Stadt hinein kommt jedoch zum Stillstand. General Bor-Komorowski gibt in einem nach London gerichteten Telegramm am 3. Oktober seine Kapitulation bekannt:

«Warschau ist nach Erschöpfung aller Kampfmittel und Lebensmittelvorräte nach 63 tägigem, heldenhaftem Kampfe gegen einen Gegner, der sich einer erdrückenden Überlegenheit erfreuen konnte, unterlegen. Am 2. Oktober um 22 Uhr haben die Verteidiger Warschaus ihren letzten Schuss abgegeben.»

Gleichentags wird General Bor-Komorowski, der Kommandant der inneren polnischen Armee, gefangengenommen.

In diese Zeit fallen weltweite Besprechungen der Alliierten über die Neuordnung für die Nachkriegszeit. Am 21. August wird im amerikanischen Dumbarton Oaks eine Konferenz von Staatsmännern, Diplomaten, Generalen, Admirälen, Politikern, Wirtschafts- und Finanzexperten eröffnet. In der ersten Phase nehmen neben den Amerikanern und Engländern auch die Russen teil, die aber dann in der zweiten Phase von den Chinesen abgelöst werden. Am 9. Oktober werden die Vorschläge, wie sie von den vier Delegationen gemacht worden sind, veröffentlicht. Das amtliche Communiqué beginnt mit den Worten:

«Es ist eine internationale Organisation zu errichten, welche die notwendigen Massnahmen zu ergreifen hat, damit die nachstehenden Punkte verwirklicht werden können:

1. Die Organisation hat für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit besorgt zu sein...
2. ... Die Organisation ist auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller friedliebenden Staaten aufgebaut...»

Schon wenige Tage vorher, am 22. September, kann das Büro Ha sich «nach Einsichtnahme in ein geheimes amtliches (staatsoffizielles) Dokument» über die zu erwartende russische Nachkriegspolitik äussern:

«Russland will Sicherheit. Dass ihm von seiner Westgrenze her nicht ein zweites Mal Gefahr erwachse, darauf stimmt es seine Europapolitik in allem ab.

Russland wird in der Folge mit nachstehenden Staaten Allianzverträge abschliessen: mit Polen, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland und Rumänien.

Russland duldet aber nicht, dass diese europäischen Staaten darüber hinaus unter sich oder mit andern europäischen oder aussereuropäischen Staaten offensive oder Schutz- und Trutzbündnisse eingehen.

Russland will an seiner europäischen Grenze keine Staatenbünde wissen, beispielsweise auch keine Donauföderation, keine Balkanföderation usw.»
Noch bevor das Büro Ha in der Lage ist, diesen Bericht abzusenden, geht bei ihm die Abschrift eines Dokumentes ein, das bereits am 22. August 1944 in London und Algier ausgefertigt worden ist. Es erklärt das Münchner Abkommen von 1938 als null und nichtig und bestätigt die traditionelle Freundschaft zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei. Es trägt folgende Unterschriften: Msgr. Jan Sramek, Ministerpräsident der tschechoslowakischen Republik; Jan Masaryk, Minister des Äusseren der tschechoslowakischen Republik; General Charles de Gaulle, Präsident der provisorischen Regierung der Republik Frankreich, und Maurice Déjean, Minister Frankreichs bei der tschechoslowakischen Regierung.

Auch in Jugoslawien vermischt sich die Entwicklung immer mehr in ihren militärischen und politischen Aspekten. Im August 1944 gibt das Büro Ha, teilweise auf frühere Berichte zurückgreifend, folgende Übersicht:

«Mit dem Ziel, die sich hart bekämpfenden jugoslawischen Gruppen um Mihailovic (Gross-Serben), um Macek (Agrarpartei) und Tito (Kleinlandwirte und Arbeiter-Kommunisten) u.a. m. zusammenzuführen und damit den jugoslawischen Kriegsbeitrag zu steigern, flog Dr. Subasic am 10. Juni nach Bari. Dort verhandelte er mit einem Bevollmächtigten von Mihailovic, Dr. Topalovic. Vom 14. bis 17. Juni besprach sich Dr. Subasic mit Tito und den massgebenden Politikern um Tito...

Über die Vereinbarung, welche Dr. Subasic mit Tito abschloss, haben wir mit Bericht Nr. 1245 vom 21. 7. 44 informiert. Durch diese wurde Tito seitens der jugoslawischen Regierung als Oberbefehlshaber aller jugoslawischen Streitkräfte anerkannt...»

Mitte August 1944 meldet das Büro Ha dem Armeekommando, die jugoslawische Regierung in London habe beschlossen, den bisherigen jugoslawischen Gesandten bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft abuberufen und an seiner Stelle Dr. Z. Dragutinovic nach Bern zu senden. Dazu das Büro Ha:

«Der abgesägte Gesandte ist Gross-Serbe. Abgesehen von seinen persönlichen Liebhabereien hat der gewesene Minister eine Politik betrieben, die

übel war. Dafür büsst er jetzt. Er wird in Jugoslawien nichts mehr zu suchen haben.

Der neue jugoslawische Gesandte ist ausgesprochener Tito-Mann, und zwar schon seit der Zeit, da man erstmals von Tito hörte. Er ist konsequenter Anhänger Titos, ohne deswegen in Kommunismus zu machen. Dragutinovic ist andererseits nie ‚umgefallen‘, auch nicht zur Zeit, zu welcher der bisherige Gesandte nicht nur mit seiner aus Wien importierten Maitresse liebäugelte.»

Der Sender «Freies Jugoslawien» muss in diesen Tagen gegen Äusserungen protestieren, die von London aus über die jugoslawischen Kriegshandlungen gemacht wurden:

«In letzter Zeit haben verschiedene alliierte Rundfunkstationen, sich auf serbische Sendungen von Radio London berufend, von einer ‚grossen Hilfe‘ in Kriegsmaterial, Nahrungsmitteln und Menschen gesprochen, die die Alliierten der Armee Marschall Titos gegeben haben sollen. Man sagte sogar, diese Hilfe sei während der ganzen Dauer des Krieges geleistet worden und die jugoslawische Armee des Marschall Tito wäre ohne diese Hilfe nur eine kleine Freischar.

... Wir protestieren gegen diese Sendung von Radio London... Die Alliierten haben nie Hilfe an Menschen geleistet, nicht einen einzigen Mann. Und was die Hilfe an Kriegsmaterial anbelangt, so sagen wir und unterstreichen, dass diese Hilfe stets weniger als klein und unbedeutend war.

Unsere Armee wurde im Juli 1943 organisiert und begann die Schlacht gegen die Deutschen mit blossen Fäusten. Erst im Mai 1943 sandten die Alliierten ihre Militärmissionen, aber nichts anderes als Missionen! Und erst zwei Monate später, also – wir betonen – im Juli 1943, schickten die Alliierten uns Kriegsmaterial, das sie mit Fallschirmen abwarfen... Da dies aber unbedeutend war, sah sich Marschall Tito im Dezember 1943 gezwungen, bei den Alliierten zu protestieren gegen eine Hilfe, die nichts anderes war als ‚ein Tropfen Wasser, der ins Meer geschüttet wurde‘. Nach diesem Protest schickten uns die Alliierten etwas mehr, aber nie genug.»

Ein militärpolitischer Bericht des Büros Ha vom 6. Oktober weiss zu melden:

«Im Hauptquartier von Marschall Tito sind tschechoslowakische Offiziere

eingetroffen als Kader für eine in Aufstellung begriffene tschechoslowakische Division. Diese Division wird derzeit gebildet aus Tschechen, die bisher in jugoslawischen Verbänden kämpften. Dazu kommen die Tschechen, welche im Verband einer von der ‚Regierung des Protektorates Böhmen-Mähren‘ gebildeten Division auf deutsche Veranlassung vor Monaten nach Italien verlegt wurden. Über diese Division ... kann berichtet werden, dass sie sich im Laufe der letzten Monate zerkrümelte. Einige hundert Mann davon wurden durch italienische Partisanen nach der Schweiz geschleust. Ein stärkeres Kontingent schlug sich nach Frankreich durch. Das Gros der Mannschaften dieser Division aber ging zu Marschall Tito über, und zwar im Zeitabschnitt, in welchem die Division am Tagliamento zu Festungsbauten eingesetzt war.»

Die militärische Niederlage Deutschlands, die sich immer klarer abzeichnet, widerspiegelt sich auch aus all den unzähligen Berichten, die das Büro Ha in diesen Monaten ans Armeekommando weiterleitet. So am 1. August 1944:

«Mangel an Munition wird jetzt fast täglich aus verschiedenen Sektoren der Ostfront gemeldet... Während noch vor wenigen Wochen lediglich Transporterschwerungen als Hauptursache erkennbar waren, ist neuestens die Rede von Munitionsmangel als Folge von Produktionsschwierigkeiten.»

Je kritischer die Lage der Deutschen wird, umso intensiver werden die Gerüchte über ihr Bemühen, mit den Russen oder den Angelsachsen zu einem Sonderfrieden zu gelangen. Am 4. August sagt das Büro Ha «mit den gebotenen Vorbehalten»:

«Nach dem Fall Warschaus und Krakaus soll Herr Himmler in Deutschland die Macht übernehmen, mit gleichzeitigem Start eines Friedensangebotes an Russland. Bereits habe Himmler wieder Emissäre in die Hauptstadt eines neutralen Landes geschickt.

Kluge soll Emissäre nach Spanien beordert haben, um es mit den Angelsachsen nochmals zu versuchen. Kluge stehe jetzt an der Spitze der Wehrmachtopposition. Himmler wolle mit den Russen, Kluge nur mit den Angelsachsen verhandeln.»

Der Krieg nähert sich der deutschen Westgrenze

Am 20. August 1944 überschreiten die Amerikaner südlich von Paris die Seine, und am 22. August gelingt es ihren Verbänden, bei Nantes und Vernon am Ostufer des Flusses Fuss zu fassen. Innerhalb dieses strategischen Rahmens wird Paris selbst von den französischen Verbänden der Inneren Widerstandsbewegung (FFI = Forces Françaises de l'intérieur) befreit. Am 23. August wird die Kapitulation der letzten deutschen Widerstandsnester gemeldet. Dazu am gleichen Tag das Büro Ha:

«Eine erste unbestätigte Meldung besagt, dass Marschall Pétain nach Bad Ems verbracht worden sei. Die Leitung der französischen Miliz soll in Königstein (Taunus) Quartiere zugewiesen erhalten haben.

In Wiesbaden ist aus Paris kommend Personal mit Archiven des deutschen Militärbefehlshabers für Frankreich eingetroffen...

Es scheint den Deutschen gelungen zu sein, ihre wichtigsten Ämter rechtzeitig aus Paris weg und nach Deutschland in Sicherheit zu bringen.»

In einem zweiten Bericht vom 23. August 1944 heisst es:

«Wir orientierten... in grossen Zügen auch über militärische Momente, welche es den Deutschen leichter machten, Paris aufzugeben. An einen Punkt scheint deutscherseits allerdings wieder nicht gedacht worden zu sein, daran nämlich, dass sich die deutschen Truppen nicht hätten durch französische Freischaren aus Paris verdrängen lassen dürfen. Zumindest hätte man die Räumung als eine Angelegenheit deutscher Entschlussfassung deklarieren sollen: freiwillige Absetzung im Hinblick auf die Entwicklung der militärischen Operationen usw. Dass dies unterblieb, hat nun weittragende Folgen. Die Wirkung ist, dass die Aufstandsbewegung in ganz Frankreich starken Auftrieb erhält. Es wird sich in der Folge zeigen, dass in einer Reihe heute noch relativ ruhiger französischer Städte die Leute der FFI es den Parisern

gleich tun, dass sie ebenfalls den Ruhm erwerben wollen, ihre Stadt aus eigener Kraft befreit zu haben.»

Besonderen Auftrieb erhalten die Widerstandskämpfer Frankreichs aber durch die Nachricht, dass am 25. August General Charles de Gaulle seinen Einzug in der befreiten Hauptstadt halten kann. Dem Triumph folgt die Ausrufung der Vierten Republik.

Dass auch in Frankreich teilweise politischer Opportunismus die Haltung bestimmt, geht aus einem «Kriegspolitischen Bericht» hervor, den das Büro Ha am 27. August 1944 ans Armeekommando weiterleitet:

«Nachrichten, wonach es in Vichy gelungen sei, den grösseren Teil des Inhaltes der Archive rechtzeitig zu verbrennen, scheinen nicht zuzutreffen. In Vichy war es so wie bei verschiedenen französischen Botschaften: ein beträchtlicher Teil des Personals ist nach und nach zum Gaullismus übergetreten. Diese Leute hatten rasch erfasst, dass die Bewahrung der Archive vor Vernichtung zu einem wertvollen Alibi für sie werden könne. Höchstwahrscheinlich kommen im Laufe der Zeit interessante Dokumente zum Vorschein (insbesondere auch in der Kanzlei Pétais), deren Bekanntwerden zu einigen recht peinlichen Entwicklungen führen wird.»

Über eine Verhaftungswelle, die Deutschland heimsucht, orientiert das Büro Ha am 29. August und bringt sie mit der Entwicklung, die sich in Frankreich abzeichnet, in Verbindung:

«Was gegenwärtig über Deutschland wogt, ist Amoklauf der Parteispitzen, Raserei. Es wird einfach zugeschlagen, ganz egal, wo's trifft. Lehrer aller Stufen... werden wegen ihrer Wirksamkeit unter dem Weimarer Regime heute eingesperrt, ehemals konservative Politiker kommen ins K.Z., Arbeiter, die einst Sozialdemokraten oder Kommunisten waren, müssen daran glauben, Industrieführer, Männer aus der Wirtschaft, auch die massgebendsten Leute, selbst solche aus dem Reichsverteidigungsrat, sind in Untersuchung gezogen oder in Haft... Die Verhaftungen von Offizieren gehen weiter... Veranlasst wurde diese Steigerung, weil in Frankreich zahlreiche Verbände der Wehrmacht ohne Not die Waffen streckten.»

Das Büro Ha hat seine Quellen stets geheimgehalten. Nur ganz ausnahmsweise, wenn dies nicht zu umgehen war, hat es in seinen Berichten angedeutet, aus welchem Kreis die Informationen etwa stammten – jedoch nur dann, wenn

die Meldungen dadurch vermehrtes Gewicht bekommen sollten. Zu diesem Vorgehen sieht es sich am 30. August 1944 veranlasst, da es zu den verschiedenen Pressenachrichten von schwedischen Korrespondenten Stellung nimmt, die behaupten, die Alliierten werden ihre Offensive direkt nach Norden gegen jene unzulänglich befestigte deutsche Linie zwischen Luxemburg und dem Meer führen, die einst den Deutschen als Einfallspforte gedient hatte:

«Das alliierte Konzept geht der grossen Linie nach von Operationsplänen aus, die schon in den Jahren vor Ausbruch dieses Krieges entstanden sind. Der Anstoss kam dazu aus Frankreich. Wir nehmen an, dass man über die Bündnispolitik Frankreichs bis 1939 allseits im Bilde sei und dass darüber nichts gesagt zu werden braucht.

Die Besprechungen von Vertretern der Generalstäbe verschiedener Länder haben zur Hauptsache in Paris stattgefunden. Die Planung, welche wir im Folgenden kurz aufzeichnen, ist bis in alle Details sorgfältig durchgearbeitet worden. Wir wissen z.T., was für Offiziere damit betraut waren, möchten aber aus naheliegenden Gründen auch in diesem Zusammenhang keine Namen nennen, obgleich deren Bekanntgabe unsern Darlegungen ein ganz anders Gewicht gäbe. Über den Gang jener Besprechungen waren wir deshalb einigermassen auf dem Laufenden, weil damals an den Arbeiten beteiligte und mit uns befreundete Offiziere auf ihrer Durchreise jeweilen bei uns zu Gast waren und darüber sprachen, weil wir ausserdem zu einem französischen Staatsmann in guten Beziehungen standen, der seit 1940 als Gefangener in Deutschland lebt. Wir erwähnen dies, damit nicht die Meinung aufkomme, unsere Skizze stütze sich auf irgendwelche Agentenquelle.»

Es folgen die militärpolitischen und strategischen Überlegungen Hausamanns:

«Wenn die Alliierten wirklich nach Norden ausholen und auf jener Route in Deutschland eindringen, ist dies wunderschön und uns höchst willkommen. Daran zu glauben oder auch nur darauf zu hoffen, könnte uns zum Schaden sein...

Die vor dem Krieg in Paris ausgearbeiteten Pläne sahen vor, dass vom Westen her über den Oberrhein – Schwarzwald – Ulm und dann in den grossen Zügen der Donau entlang nach Nordosten operiert werde. Vom Osten her aber sollten gleichzeitig russische und andere Armeen entlang der Donau

Richtung Südwesten vorstossen. Vereinigung der alliierten Streitkräfte in Deutschland und Wendung nach Norden so, dass die Völkerschlacht von Leipzig, in welche die Alliierten dann mit weit überlegenen Kräften eingetreten wären, der Idee nach ihre Wiederholung gefunden hätte.

Soweit die leitende Idee, welche der Pariser Planung vor 1939 zugrunde lag. Auf diese wurde seitens der Alliierten von heute der grossen Linie nach gegriffen...

Mit *einer* Offensive dagegen ist unseres Erachtens auf jeden Fall zu rechnen: dem alliierten Angriff auf die Maas-Mosellinie, die Burgunderpforte und den Westwall. Diese Entwicklung erwarten wir nicht nur gestützt auf das, was gegenwärtig im Westen vor sich geht. Hinter diesem Kriegsgeschehen sehen wir die Planung, die wir kurz skizzierten. Deren Verwirklichung kann den Kampf in unmittelbare Nähe unserer Landesgrenzen bringen. Deshalb reiten wir so sehr darauf herum.

Wenn die schwedischen Sachverständigen, auf welche sich die Zeitungsschreiber berufen, wirklich die alliierten Armeen auf dem Wege erwarten, den die Deutschen 1940 eingeschlagen haben, so übersehen sie unseres Erachtens vor allem eines: dass es heute die Deutschen sind, welche in Holland und Belgien Art und Umfang der Überflutungen bestimmen, mit welchen der Weg von 1940 blockiert werden kann. Was 1940 die Holländer und Belgier, wird heute die Deutschen bestimmt nicht schrecken: Dass das Land nachher für geraume Zeit in seiner Fruchtbarkeit beeinträchtigt ist...

Nehmen die Alliierten vom Westen her Kurs über den Schwarzwald, dann stehen ihnen längs desselben für ihre Transporte Flussläufe zur Verfügung, die praktisch nicht unterbrochen werden können und auf welchen sich Kriegstransporte nahezu jeglichen Umfanges abwickeln lassen. Weichen sie jedoch dem Westwall nach Norden aus, dann verlaufen dort alle Flüsse quer zur Stossbahn. Statt zur Hilfe werden sie zum Hindernis...

Schon die nächsten 10 Tage müssen darüber etwelche Klarheit bringen, wie das alliierte Konzept aussieht.»

Am 4. September 1944 erklärt das Büro Ha:

«Zeitungsmeldungen, wonach die totale Räumung Norwegens durch die Deutschen unmittelbar bevorstehe, sind aus der Luft gegriffen.

Norwegen räumen die Deutschen schon allein deshalb nicht, weil in Nordskandinavien immer noch die 20. Armee hegt, die man nicht einfach ihrem Schicksal überlassen wird. Deren Wegverbringung aber kann nur sehr langsam über Nordnorwegen vor sich gehen.»

Vier Tage später, am 8. September, wiederholt das Büro Ha:

«Unsere Meldung betr. Wegverbringung der deutschen 20. Armee... aus Nordfinnland kann bestätigt werden. Zeitungsnotizen, welche die Richtigkeit diesbezüglicher Nachrichten bestreiten und ins Gebiet der finnischen Propaganda verweisen, sind wahrscheinlich deutscher Herkunft und falsch.»

Je mehr sich der Krieg seinem Ende zuneigt, je mehr sich die eigentlichen Kampfhandlungen der Schweizer Grenze nähern, umso mehr verstärkt sich die Gefahr für die Schweiz, und zwar in vielfacher Hinsicht: Nicht nur können kämpfende oder verfolgte Truppen plötzlich in die Schweiz abgedrängt werden, auch flüchtenden Nazi-Größen erscheint die Schweiz mehr und mehr als rettende Insel, und die nazistische Infiltration glaubt auch in dieser Schlussphase noch, von der Schweiz aus auf das Weltgeschehen einwirken zu können. Dies geht in aller Deutlichkeit aus Büro-Ha-Berichten hervor.

Am 17. September 1944:

«Die Absperrung entlang der Schweizer Grenze durch Postierungen der SS ist letzter Tage nochmals verdichtet worden. Veranlasst wurde diese Massnahme durch die zunehmende Desertion bei Verbänden, welche im Gebiet der Burgunder Pforte teils im Einsatz, teils in Bereitschaft sind. Von einer frisch aus Karlsruhe antransportierten Panzer-Abwehr-Abteilung ist gemeldet, dass in der Nacht vor dem Antreten zum Marsch an den Feind südöstlich Belfort rund die Hälfte der Bestände ‚verschwunden‘ sei.»

Mit dem Schutz des Schweizer Hoheitsgebietes befasst sich das Büro Ha am gleichen Tag:

«Wir lesen gegenwärtig in der Presse, was Fachleute anempfehlen, um das schweizerische Hoheitsgebiet als solches auf weite Sicht zu markieren. Dabei sind wir einem Vorschlag noch nirgends begegnet: dass man es den fremden Piloten funktelephonisch sagt, wenn sie in den schweizerischen Luftraum einfliegen.

Jedes moderne Flugzeug hat eine Funkempfangs- und Sendeanlage.

Unsere verschiedenen Abhorchdienste verfolgen, soweit auf Ultrakurzwellen eingerichtet, laufend den funktelephonischen Verkehr der Flugzeuge unter sich und mit den verschiedenen Bodenstationen. Sie kennen also die Wellen, auf welchen ständiger Kontakt besteht. Warum schalten wir uns nicht mit einer Anzahl Sender auf diese Frequenz ein, warum sagen wir es dem fehlbaren Flieger nicht, dass er gefälligst wieder verschwinden soll?»

Mit den Gefahren, die der Schweiz in dieser Endphase des Krieges drohen, beschäftigt sich das Büro Ha jetzt häufig. Im Herbst 1944 spitzt sich die militärische Lage zu. Deutschlands Führung will sich noch immer nicht geschlagen geben und sucht alle erdenklichen Auswege:

«Im Westwallgebiet, u.a. im Abschnitt Hagenau bis Karlsruhe», so meldet das Büro Ha am 4. Oktober, «sind gegenwärtig Versuche im Gang, wobei man Höcker der Panzerhindernislinie mit einem Stoff überzieht, welcher elektrischen Strom leitet. Wahrscheinlich erwägt man, dass der Strom, wenn ein Panzer mit dem stromführenden Überzug in Kontakt kommt, der Panzerbesatzung zum Verhängnis werden soll. Es wäre dies die Anwendung der ‚Todesstrahlen‘ in der Panzerbekämpfung.»

Am 9. Oktober 1944 berichtet das Büro Ha über starke Meinungsverschiedenheiten im Hauptquartier General Eisenhowers hinsichtlich der Operationen an der Westfront. Eisenhower wird zum Vorwurf gemacht, in den Dispositionen zu wenig darauf Bedacht zu nehmen, dass der Kampf möglichst rasch aus alliiertem Territorium heraus auf deutschen Boden getragen werden soll:

«Eisenhower habe gewusst, dass die Deutschen rücksichtslos überfluten, dass sie damit den alliierten Truppen Barrieren entgegensetzen und dass dadurch die Truppenbewegungen eingeengt würden.»

Diesem Hinweis auf die Situation in Holland fügt das Büro Ha die Meldung an, dass der Besuch des amerikanischen Generalstabschefs im Hauptquartier Eisenhowers mit diesen Spannungen Zusammenhänge.

In die gleiche Zeit fallen – wie man erst etwas später vernimmt – die Differenzen zwischen dem amerikanischen General Eisenhower und seinem britischen Kameraden Montgomery. Zwischen den beiden Kommandanten fand im September ein reger schriftlicher Gedankenaustausch statt. Einem Brief Eisenho-

wers vom 15. September hielt Montgomery am 18. September 11 Punkte entgegen, worauf Eisenhower befriedigt am 20. September feststellt:

«Lieber Monty, mit Ihrem Brief vom 18. September stimme ich in grossen Zügen vollkommen überein und glaube nicht, dass irgendein grösserer Unterschied zwischen unseren Auffassungen besteht.»

Anderntags funkt Montgomery aber zurück:

«Lieber Ike, vielen Dank für Ihren Brief vom 20. Ich weiss, dass Sie volle Offenheit von mir in dieser Sache erwarten: Ich kann Ihnen nicht zustimmen, dass wir ganz einer Meinung sind. Ich habe immer gesagt: Halten Sie den rechten Flügel zurück und gehen Sie nur mit dem linken vor. Aber jetzt hat man den rechten soweit vorgehen lassen, dass er mehr Nachschub verbraucht hat, als ihm zusteht, und wir infolgedessen an Beweglichkeit eingebüsst haben.»

Am 18. Oktober befiehlt Hitler die Organisation des «Deutschen Volkssturmes». Der «totale Krieg», dem das deutsche Volk begeistert zugestimmt hat, wird auf die Jugendlichen im Alter ab 16 Jahren ausgedehnt. Die letzten Reserven werden mobilisiert.

Am 4. November erteilt die Sowjetunion der Schweiz einen Verweis: sie lehnt die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bern ab und vereitelt so die Bemühungen des Eidgenössischen Politischen Departements um Normalisierung der Beziehungen. Die Absage aus Moskau trifft am 4. November in Bern ein, drei Tage vor dem Rücktritt des Departementschefs Marcel Pilet-Golaz, der während Jahren überzeugt war, Deutschland werde diesen Krieg gewinnen. Zum sowjetischen Nein meldet das Büro Ha am 24. November:

«Es zeigt sich, dass die russische Ablehnung des schweizerischen Vorschlages auf Herstellung diplomatischer Beziehungen kriegspolitische Auswirkungen hat, an welche Moskau zweifellos nicht dachte, als es seine Antwort erteilte. Der Vorgang ist insbesondere auch von konservativen und besitzenden Kreisen derjenigen deutschen Gebiete registriert worden, an welche die russischen Armeen am nächsten herangerückt sind, u.a. die Einwohner des Marchfeldes, Wiens usw. Man überlegt, dass wenn Moskau es fertig bringe, einem Volk profaschistische Politik vorzuwerfen, welches wie das schweizerische der deutschen Bevölkerung immer wieder als bolschewistisch durchseucht und mit Russland liebäugelnd vorgestellt wurde, jene Kreise

der Ostmark noch viel Unfreundlicheres zu erwarten hätten, welche tatsächlich und bis in die jüngste Zeit nicht zuletzt deshalb die Nazipolitik mehr oder weniger unterstützten.

Es kommt dazu, dass in der Ostmark, vorab in Wien, systematisch bekanntgemacht wurde, wie die Russen mit vielen konservativen und besitzenden Persönlichkeiten Rumäniens umspringen. Dies hätte man, nachgerade misstrauisch, trotz allem nicht geglaubt, wenn nicht in der Zwischenzeit die russische Ablehnung des schweizerischen Gesuches erfolgt wäre.»

General Charles de Gaulle, der am 2. Dezember 1944 in Moskau eintrifft, unterzeichnet zusammen mit Generalissimus Joseph Stalin am 10. Dezember einen französisch-russischen Bündnis- und Beistandspakt. Damit hat de Gaulle auf dem von ihm selbst vorgezeichneten Weg einen entscheidenden Schritt unternommen.

In Deutschland selbst macht sich eine immer grösser werdende Nervosität bemerkbar, und die Abwehrmassnahmen müssen hektisch nach allen Richtungen ausgeweitet werden. Das Büro Ha berichtet am 3. Dezember 1944:

«Nicht Fallschirmjäger waren es, was einzelne Zuschauer aus alliierten Flugzeugen an Fallschirmen ins Gebiet herniederschweben sahen, von dem sie annehmen, es sei das Wutachtal gewesen, sondern Pakete mit Waffen, Munition, Sprengstoffen und anderem mehr, alles für Fremdarbeiter im Gebiet...

Nachdem man weiss, was aus den alliierten Flugzeugen zu Boden ging, ist auch die Hast erklärlich, mit welcher man deutscherseits das ganze Gebiet einer scharfen Kontrolle durch SS-Patrouillen unterstellte.»

Am 14. Dezember, da die Deutschen zur Gegenoffensive im Oberelsass ansetzen, und zwei Tage bevor Generalfeldmarschall von Rundstedt den Gegenangriff in den Ardennen auslöst, heisst es in einem Büro-Ha-Bericht:

«Neuesten Meldungen zufolge geht man deutscherseits heute so weit, russische Kriegsgefangene, die sich eignen, vorab in rückwärtige Verbände der Wehrmacht einzureihen. Diese Russen leisten ihren Dienst in deutscher Wehrmachtsuniform, werden wie deutsche Wehrmachtsangehörige behandelt und besoldet. Insbeson-

dere als Kraftfahrer sind die Russen sehr geschätzt um ihrer Zuverlässigkeit willen. Begründet wird das Vorgehen damit, dass heute russische ‚Befreiungsarmeen‘ auf deutscher Seite kämpfen...

Im Lager Dachau sind in jüngster Zeit eine grössere Zahl ungarischer Offiziere eingetroffen. Es handelt sich dabei um Berufsoffiziere, welche in ihrer Heimat keine Möglichkeit mehr sehen, als Offiziere ihr Auskommen zu finden. Als einzigen Ausweg sahen sie den Übertritt in die deutsche SS.»

Inzwischen ist Frankreich schon weitgehend befreit, was unter jenen Franzosen, die als Kollaborateure mit Marschall Pétain nach Deutschland geflohen sind, eine begreifliche Unruhe auslöst. Darüber das Büro Ha am 22. Dezember 1944:

«Es war deutscherseits angestrebt, dass seitens Pétain und einiger Franzosen, deren Namen einst in Frankreich Klang hatten, auf den 11. November in einem Aufruf an das Volk Elsass-Lothringens dieses aufgefordert werde, sich um Pétain zu scharen und in den Deutschen die Bewahrer Frankreichs vor dem Bolschewismus zu sehen. Nach dem Fall Strassburgs konnte sich der Ausschuss, den Pétain gebildet hatte, nicht mehr aufrufen, diese Proklamation zu beschliessen. Bei dieser Weigerung blieb es, trotzdem die Deutschen dem Marschall und seiner Umgebung hart zusetzten...

Kleriker aus Elsass-Lothringen, welche sich im Laufe der Jahre als Kollaborateure betätigten und die dann ebenfalls nach Deutschland flohen, bemühen sich seit Wochen, Befürworter einer Verselbständigung von Elsass-Lothringen zu gewinnen. Damit wäre der Weg zur Rückkehr in die engere Heimat wieder aufgemacht. Die deutschen politischen Instanzen sind heute für eine solche Lösung selbstredend zu haben. Sie sind den Geistlichen nach Kräften behilflich und lassen diesen die erforderliche Bewegungsfreiheit. Da der Vatikan der angestrebten Entwicklung nicht ablehnend gegenübersteht, haben die elsässischen Kleriker auch in der Schweiz unter der Geistlichkeit und bei einflussreichen Katholiken Fürsprecher werben und finden können. Es gibt in der Schweiz, vor allem aber in Rom, Leute, welche sogar noch weiter gehen und einem neuen Staat das Wort reden, der Elsass-Lothringen und alle jetzt deutschen Provinzen westwärts des Rheins umfassen soll.

Dass die Kleriker und deren Mitläufer ihr Ziel nicht erreichen werden, darüber besteht kein Zweifel.»

Politische Schwierigkeiten ergeben sich auch um deutschsprachige Gebiete im Osten. Im englischen Unterhaus hat Winston Churchill mitgeteilt, dass Ostpreussen nach der Niederlage Deutschlands teils an Polen, teils an die Sowjetunion fallen werde. Über die Wirkung, die diese Rede auf das deutsche Volk gemacht hatte, berichtet das Büro Ha am 23. Dezember 1944:

«Wozu die Autorität der Herren Eisenhower, Morgenthau & Co. nicht ausreichte, dies brachte der britische Premier zustande: dass in Deutschland nunmehr auch viele von jenen Menschen ins Geschirren hegen und nicht mehr nur dem Zwang gehorchend ihr Bestes tun, welche sich bis jetzt durch alle Reden alliierter Persönlichkeiten nicht hatten antreiben lassen. Morgenthau hat der deutschen Führung eine, Eisenhower eine andere, Churchill die bisher grösste Schlacht gewonnen.»

Am 26. Dezember kommt das Büro Ha nochmals auf die Rede Churchills zurück:

«Die alliierte Ankündigung, dass Ostpreussen an Polen und die Sowjetunion fallen werde, hat den Einfluss von Paulus, Seydlitz und der Offiziere um die beiden auf denkende Deutsche stark geschwächt. Die Meinung ist jetzt da und dort zu hören, dass diese entgegen bisheriger Annahme offensichtlich nicht in der Lage seien, den Gang des Nachkriegsgeschehens zugunsten Deutschlands zu beeinflussen...

Darin sind sich alle Kenner der Verhältnisse im Klaren, dass die gute Kampfmoral, welche die deutschen Soldaten bis zum ‚Volkssturm‘-Mann gegenwärtig wieder an den Tag legen, dem Umstand zuzuschreiben ist, dass die Alliierten ihre Nachkriegskarten abdeckten.»

In diesen Rahmen passen die Erfolge der Deutschen in ihrer Ardennen-Offensive. Dazu gehört auch Rundstedts Appell:

«Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, da sich die deutsche Armee von Neuem erheben und zuschlagen muss.»

In den ersten Tagen gelang den Deutschen bereits der Durchbruch aus dem Zitterwald und der Schnee-Eifel westlich bis in die Gegend von Malmédy, südlich bis nach Luxemburg hinein. Schon am 18. Dezember

aber wurden die ersten alliierten Gegenmassnahmen spürbar. Reichspropagandaminister Goebbels bezeichnet die Schlacht als die «Entscheidungsrunde». Wie es dazu kam und mit welchen Mitteln die Deutschen den bisherigen Regionalerfolg erzwingen konnten, legt das Büro Ha im Militärischen Bericht Nr. 2056 vom 26. Dezember 1944 dar:

«Die Versammlung der Rundstedt für seine Offensive unterstellten Streitkräfte begann Anfang November. Einwandfrei bestätigt ist unsere Annahme, dass Rundstedt seine Verbände in kleinen Paketen heranführte, um zu täuschen...

Die Truppen wurden systematisch über die Operationen an der Front aufgeklärt, jene in der rechten Hälfte des Bereitstellungsraumes über den Kampfverlauf bei Monschau und im Hürtgenwald. So wurde bis ins Offizierskorps hinein die Meinung erweckt, man sei für einen Gegenangriff zur Bereinigung der Abwehrfront in Bereitschaft. Den Truppen in der linken Hälfte des Bereitstellungsraumes aber wurde gesagt, dass eine alliierte Offensive über Trier unmittelbar bevorstehe und dass es gelte, den entlang der Mosel vordringenden Gegner wieder über die deutschen Reichsgrenzen zurückzuwerfen...

Erst in der Angriffsgrundstellung, in dieser Phase total von der Aussenwelt abgeriegelt, erfuhr die Truppe, was bevorstand und auch jetzt nur das, was sie wissen musste. So gelang es, die Geheimhaltung weitgehend zu gewährleisten...

Durchgeht man die eingelaufenen Meldungen, dann ergibt sich der Eindruck, die Truppe sei kühl, aber entschlossen zum Kampf angetreten. Dass die Offensive eine Wendung im Geschehen herbeiführe, war nicht einmal bei den Unentwegten die Meinung. Selbst diese versprachen sich nur Anfangserfolge. Die zurückkommenden Verwundeten zeigen Gleichgültigkeit und sind innerlich an der Aktion nicht mehr beteiligt, wie man das von früher her in Erinnerung hat...

In einem früheren Bericht meldeten wir, dass aus dem Raum Quint kampfstärke Verbände ins Gebiet von Saarlautern abgezogen und dass sie im Raum Quint durch ‚Volkssturm‘ ersetzt worden seien. Damals schrieben wir dazu, dass uns dies gefährlich erscheine, auch wenn es sich nur um eine kurzfristige Massnahme handle. Heute wissen wir darüber mehr: der kampfstärke Verband rollte zwar mit Ziel Kaiserslautern ab, wurde dann aber rasch aufgehalten und mit neuen Marschbefehlen versehen, die nach

Westen führten. Die ‚Volkssturm«-Formationen in Quint hinwiederum liess man ihre Uniformen wieder anziehen, welche auf Schnell-Lastwagen kurz vor Beginn der Offensive herangeführt worden waren, wobei die Lastwagen dann blieben und die Formationen Richtung Igel vortransportierten. Auf Täuschung und Tarnung wurde, wie dieses Beispiel zeigt, grösstes Gewicht gelegt...

Rundstedts Hauptreserven für die Offensive lagen zu Beginn der Offensive hinterm linken Flügel im Lager Baumholder und ostwärts zurück bis in den Raum Alsenz. Diese werden derzeit, soweit nicht schon näher der Front benötigt, in den Raum Idar-Birkenfeld-Hermeskeil vorverlegt...

Den vorrückenden deutschen Verbänden folgen überall Beauftragte des deutschen Geheimdienstes, um das schon früher gespannte Netz noch enger zu knüpfen und es zu ergänzen, wo sich Lücken zeigten.» Als am 28. Dezember das kleine Städtchen Bastogne von den Amerikanern befreit werden kann, zeichnet sich die entscheidende Wende zur deutschen Niederlage ab. Am 5. Januar 1945 greift Montgomery aus der Linie La Roche – St.Vith die deutsche Flanke an, am 8. Januar muss Hitler den Befehl zum Rückzug geben. Am 16. Januar, auf den Tag genau einen Monat nach Beginn, ist die Offensive in sich zusammengebrochen. Die Deutschen stehen wieder dort, von wo aus sie den Angriff auslösten.

Die Jahreswende 1944/45 ist gekennzeichnet durch widersprüchliche Reden und entscheidende Kriegstaten: Am 29. Dezember 1944 geht Hitler in seiner vor Mitarbeitern gehaltenen Ansprache nochmals von der überheblichen Behauptung aus, er allein repräsentiere Deutschland:

«Wofür haben wir die ganzen Opfer gebracht? Denn noch einmal so lange, wie der Krieg gedauert hat, dauert er nicht mehr. Das ist ganz sicher. Das kann kein Mensch aushalten, wir nicht, die anderen auch nicht. Es ist nur die Frage, wer es länger aushält. Derjenige muss es länger aushalten, bei dem alles auf dem Spiel steht. Bei uns steht alles auf dem Spiel. Wenn wir heute sagen würden: Wir haben es satt, wir hören auf, dann hört Deutschland auf zu existieren.»

Zwei Tage später, am 31. Dezember, fasst der Oberste Befehlshaber der Alliierten, General Dwight D. Eisenhower, seinen Operationsplan in die lapidaren Worte:

«Meine Absicht ist, die feindlichen Streitkräfte westlich des Rheins und

nördlich der Mosel zu vernichten und den Rheinübergang mit starken Streitkräften vorzubereiten: danach Hauptstoss in Richtung nördlich des Ruhrgebietes.»

Vorgänge im Osten

Am Neujahrstag 1945, zu dem Hitler wieder einmal – für die Öffentlichkeit bestimmt – seinem Glauben an den Endsieg Ausdruck verleiht, ist das Büro Ha ausserordentlich rege.

Es beschäftigt sich mit der Rundstedt-Offensive im Westen, mit der politischen Lage Österreichs, mit einer inneramerikanischen Auseinandersetzung; besonderes Gewicht aber hat eine Nachricht über die militärischen Vorgänge im Osten:

«Die neuesten aus dem Raum Krakau eingegangenen Meldungen besagen, dass man deutscherseits in jenem Sektor die russische Grossoffensive stündlich erwartet. Man ist darauf gefasst, dass der russische Anprall schärfste Formen haben wird und dass es grösster Zähigkeit bedarf, um standzuhalten.

Es ist auffallend, dass auch gegenwärtig noch tagtäglich Verbände aller Waffen aus dem Osten nach dem Westen abtransportiert werden und dass man diese im Osten nicht, oder aber durch Truppen zweiter und dritter Ordnung ersetzt...»

Die russische Grossoffensive beunruhigt aber auch die westlichen Alliierten, jedoch aus anderen Gründen, wie aus einem Brief Churchills vom 6. Januar 1945 an Stalin hervorgeht:

«Im Westen sind schwere Kämpfe im Gange, die Oberste Heeresführung kann jeden Augenblick vor grossen Entscheidungen stehen. Sie wissen aus eigener Erfahrung, wie beunruhigend eine Lage ist, wenn man nach einem vorausgegangenen Verlust der Initiative eine sehr ausgedehnte Front zu verteidigen hat... Ich wäre Ihnen dankbar, falls Sie dazu in der Lage sind, uns liebenswürdigerweise mitzuteilen, ob wir mit einer grossangelegten russischen Offensive an der Weichselfront oder in einem anderen Abschnitt im Laufe des Januar oder zu einem anderen beliebigen Zeitpunkt rechnen können...»

Churchill bezeichnet «diese Angelegenheit» als «sehr dringend» und bekundet damit, wie sehr sich das Blatt gewendet hat. Als nach dem deutschen Überfall auf Russland die Sowjetführung nachdrücklich auf die «Zweite Front» drängte, ist sie drei Jahre lang hingehalten worden. Jetzt ist der Westen in der Lage des Bittstellers. Schon am Tage darauf, am 7. Januar, antwortet Stalin und kündigt für die zweite Januarhälfte eine «gross angelegte Offensive an der Weichselfront» an. Noch bevor diese Entlastungsoffensive wirksam wird, muss Hitler den Fehlschlag seiner Ardennenoffensive erkennen.

Am 12. Januar bricht die Weichsel-Offensive los. Aus dem Brückenkopf bei Baranow stürmen russische Verbände vor, bald auch von anderen Punkten der Front, und bereits am 15. Januar gibt es keine zusammenhängende deutsche Front mehr.

Zu diesem Zeitpunkt gibt das Büro Ha die Kommentare einiger deutscher Offiziere zur Rundstedt-Offensive weiter. Es handelt sich dabei nicht um offizielle Äusserungen, sondern um Worte, die im kleinen Kreis von Kameraden, Freunden oder Familie fielen:

«General X.Y., im Stabe des OKW:

Die Offensive wurde von Reichskanzler Hitler geplant und sie entspricht auch hinsichtlich Durchführung seinen Ideen... Sie ist umgestanden, weil es der alliierten Führung gelang, den Nachschub weitgehend zu unterbinden. Rundstedt hat dies jedoch vorausgesehen, und er hat in seinen Dispositionen darauf Bedacht genommen. Das Gros der für die Offensive bereitgestellten Streitkräfte ist noch gar nicht zum Einsatz gelangt. Rundstedt liess in einem Zeitpunkt von der Weiterführung der Offensive ab, in welchem er kräftemässig wie hinsichtlich Stand der Operationen den Alliierten noch ein paar sehr empfindliche Schläge hätte versetzen können. Da er jedoch von Anbeginn an sicher war, dass gegen die alliierte Luftwaffe nicht aufzukommen sei, bremste er in dem Augenblick, in welchem er noch sicher sein konnte, dass er das Gros der ausgegebenen Divisionen intakt zurückerhalte...

Oberst X.Y., Chef des Nachrichtendienstes einer Armee:

Dass das alliierte Oberkommando durch die Rundstedt-Offensive genötigt werde, den Angriff auf das Saarland und die Pfalz auf Zeit einzustellen, wurde deutscherseits zwar angestrebt und erhofft, aber durchaus nicht als sicher in Rechnung gestellt.

Oberst X.Y., im Stabe einer Panzerarmee:

Die deutsche Offensive traf die alliierten Offensivvorbereitungen zweifellos empfindlich. Vier Wochen später wären die Alliierten im Westen zum Generalansturm bereit gewesen. Jetzt sind sie um doppelt so viele Wochen zurückgeworfen.

General X.Y., vom deutschen Ersatzheer:

Das deutsche Oberkommando West wusste von Anfang an, dass die Offensive nicht bis Antwerpen vorgetragen werden könne. Daran war zufolge der alliierten Überlegenheit in der Luft nicht zu denken... Indem man die Kommentatoren in aller Welt unwidersprochen von den Bombardierungsflügen gegen Lüttich und Antwerpen ableiten liess, dass Antwerpen das Ziel der deutschen Offensive sei, wurde wahrscheinlich bewirkt, dass die alliierte Führung mehr Truppen von anderen Frontteilen abzog, als sie es ohne diese Drohung getan hätte.» Nachdem nun Strassburg in alliierter Hand ist, stellt sich im Zusammenhang mit dem Status der Elsässer ein Problem besonderer Art. Dazu das Büro Ha am 16. Januar:

«Deutscherseits wird der Standpunkt eingenommen, dass die Elsässer nach wie vor durch ihren auf Reichskanzler Hitler abgelegten Eid gebunden seien. Dieses ist die Grundlage zur Rechtsprechung deutscher Kriegsgerichte überall da, wo im Zuge der Operationen auf elsässischem Territorium Elsässer wieder in deutsche Gewalt kommen. Jegliche den Alliierten geleistete Hilfe, Zugehörigkeit zur FFI, wird als Desertion gewertet und mit dem Tode bestraft. Elsässer dagegen, welche nachzuweisen vermögen, dass sie den Deutschen behilflich waren, werden demonstrativ fürstlich belohnt.»

Am 17. Januar 1945 wird Warschau von der Roten Armee erobert, tags darauf erreichen die Russen die schlesische Grenze, am 18. Januar nehmen sie Krakau, Lodz und Tarnow ein. Alles hängt in diesen Tagen und Wochen von der Schlagkraft der Roten Armee ab. In diesem Zusammenhang berichtet das Büro Ha am 23. Januar 1945:

«Die Hauptschwierigkeit bereitete der russischen Führung die Verbringung des erzeugten Materials an die Fronten, weil für den Antransport des Nachschubes in europäisch Russland nicht schon zu Beginn des deutsch-russischen Krieges ausreichende Bahnen zur Verfügung standen. Inzwischen sind die erforderlichen Bahnen gebaut worden,

haben die Russen eine auf die Grösse und Besonderheiten des Raumes bedacht-nehmende Transportorganisation geschaffen.»

Trotzdem sind die Schwierigkeiten offenbar auch jetzt noch nicht überwunden. Marschall Wassilij Tschuikow schreibt über jene Tage:

«Am 28. Januar überschritten die Truppenverbände meiner Armee, die sich auf dem Vormarsch nach Westen befanden, Deutschlands Grenze. Ich fuhr zu den Einheiten und sah auf den Grenzsteinen bereits die russischen Inschriften: ‚Hinein ins Tausendjährige Reich!‘ Die Truppen kamen in Bewegungsgefechten rasch vorwärts und kämpften den Weg nach Berlin frei.

Der Mangel an Munition, Treibstoff und Lebensmitteln wurde immer spürbarer... Es klappte einfach nicht mit dem Nachschub, weder bei meiner Armee noch an der Front überhaupt.»

Tags darauf, am 29. Januar, überschreiten die westlichen Alliierten ihrerseits die deutsche Grenze.

Am gleichen Tag geht das Büro Ha auf die Nachricht ein, wonach die Frau des derzeitigen slowakischen Aussenministers in die Schweiz einreisen wolle:

«Wir wissen nicht, was alles diese Frau mit sich führt und wie die ihr gegebenen Aufträge lauten. Aber wir haben genaue Kenntnis, dass es sich um die Gattin des übelsten Kriegsverbrechers handelt, den die Slowakei hat.»

Das Büro Ha macht den slowakischen Aussenminister «für die Judenverfolgungen und für andere Greuelthaten» hauptverantwortlich. Dem Argument, dass man nicht die Frau für die Taten ihres Mannes vergelten lassen dürfe, hält es entgegen:

«Ist die Frau in Sicherheit, dann fällt es dem Mann und Kriegsverbrecher sehr viel leichter, in der Stunde X zu verschwinden, sich durchzuschlagen und hernach unter irgendeiner anderen Firmierung irgendwo wieder aufzutauchen, möglicherweise ebenfalls in der Schweiz.» Der «Fall» ist symptomatisch für diese letzte Kriegsphase, in der sich die Schweiz einer neuen Gefahr gegenüber sieht. Die politischen möglichen Konsequenzen umschreibt das Büro Ha im gleichen Bericht wie folgt:

«Wir haben gegenwärtig Veranlassung, jegliches zu verhindern, was den Sowjets Handhabe sein könnte, uns mittels Presse und Rundfunk anzugreifen. Dies

nicht nur im Hinblick darauf, dass wir mit der Sowjetunion unsere Beziehungen normalisieren möchten. Es muss auch daran gedacht werden, dass die Regierungen Amerikas und Grossbritanniens, Frankreichs und der anderen vereinigten Nationen unmöglich an russischerseits vorgetragenen, auf das Verhältnis zur Schweiz Bezug habenden Wünschen vorbeigehen können.»

Der Flüchtlingsstrom in Richtung Schweiz hat in den letzten Wochen ein nie erreichtes Ausmass angenommen. Im Sommer 1944 bewegte sich die Zahl der in der Schweiz lebenden Flüchtlinge noch zwischen 70'000 und 80'000, stieg dann im November auf 95'123 und am 1. Dezember sogar auf 103'162 an. Eine gewisse politische Unruhe wird dadurch ausgelöst, dass nun – zunächst aus Italien – auch Leute «aus dem anderen Lager» in die Schweiz flüchten. Vor dem Krieg und im Laufe der ersten fünf Kriegsjahre suchten Antifaschisten in der Schweiz Schutz, jetzt melden sich Faschisten, denen der Boden in Italien zu heiss wird, an der Schweizer Grenze. Gewisse Ungerechtigkeiten, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, müssen abstossend wirken. Ein Bericht «über die politische italienische Emigration in der Schweiz», der dem Büro Ha zugeht, greift konkret einige Fälle heraus:

«Während zum Beispiel die Mitglieder der Delegation des Nationalen Komitees für die Befreiung von Oberitalien in Lugano Tage und Wochen auf die Erlaubnis warten müssen, um sich für ihre privaten Angelegenheiten umtun und sich nach Bern begeben zu können, um sich mit ihrer Gesandtschaft zu besprechen, sehen sie, wie einige Ex-Hierarchen und faschistische Würdenträger, für welche im Augenblick ihres Übertritts in die Schweiz nichts weniger als freundschaftliche Communiqués veröffentlicht wurden und jede Strenge versprochen wurde, nun in Wirklichkeit alles tun und lassen können, was ihnen beliebt.

Einer der ersten, welcher im Herbst 1943 die Schweiz betrat, war der Ex-Minister der Volkskultur und Ex-Gesandte in Berlin, Dino Alfieri.»

Zwar wollten die schweizerischen Behörden Alfieri zuerst zurückweisen, liessen ihn aber «aus Gesundheitsrücksichten» mit der Auflage einreisen, er habe das Gebiet der Eidgenossenschaft nach Wiederherstellung seiner Gesundheit zu verlassen. Im Januar 1944 wurde Alfieri zusammen mit dem früheren Aussenminister Ciano zum Tode verurteilt, so dass die Schweiz da-

von absah, ihn zur Ausreise zu zwingen, da die Deutschen die Schweizer Grenzen völlig kontrollierten. Ein Communiqué sprach von Internierung an geheimem Ort unter Ausschluss der Kontaktnahme mit irgendwelchen Personen. Der zitierte Bericht betont aber:

«In Wirklichkeit etablierte sich Alfieri in Crans... unter dem Namen seiner Frau als Herr Bonomi. An diesem Ort hat er die beste Gelegenheit, Verbindungen wieder aufzunehmen. Aber nicht nur dort, denn Alfieri reist des Öfters und vornehmlich nach Zürich... Auch in Crans empfängt er viele Besuche, denen er erklärte, dass er durchaus nicht vorhabe, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen...» Besonderes Aufsehen erregt natürlich die Einreise von Edda Ciano-Mussolini, der Witwe des hingerichteten Aussenministers und Tochter des Diktators. Zunächst wird sie in einem Kloster untergebracht:

«Wenige Zeit nachher aber liess sie sich bei bereits weniger scharfer Überwachung im Kanton Freiburg nieder, von wo aus sie sich dann für mehrere Wochen... nach Lausanne begab... Infolge eines heftigen Skandals... wurde... der Edda Ciano geraten, sich reservierter zu betragen und eine neue Luftveränderung vorzunehmen. Seitdem hat sie sich in einem Chalet im Wahis niedergelassen, wo sie frei Besuche empfängt und von wo aus sie ungehindert... korrespondiert. Auch ihr fehlt es keineswegs an Mitteln...»

Über den Grafen Volpi weiss dieser Bericht:

«Seine wiederholten fruchtlosen Versuche für den Eintritt in die Schweiz, den er schlussendlich doch zustande brachte, werden sehr beachtet. Es ist daran zu erinnern, dass Volpi nicht 70 Jahre alt ist, sondern erst 67, dass seine ‚Klinik‘, wo er gemäss veröffentlichten Pressemeldungen im Augenblick seines Eintritts interniert werden sollte, das Hotel Beau-Rivage in Ouchy ist, wo er mit seiner ganzen Familie lebt und mindestens 300 Schweizer Franken pro Tag für seine alleinige Unterkunft und Bedienung ausgibt.»

Die Erregung, die sich ob solcher Skandale bemerkbar macht, ist verständlich.

In den ersten Tagen des Monats Januar anerkannte Moskau das Lubliner Komitee offiziell als provisorische Regierung Polens. Dazu das Büro Ha:

«Die Anerkennung der derzeitigen provisorischen Regierung Polens erfolgte nicht ohne vorherige Fühlungnahme Moskaus mit London und Washington. In beiden

Städten stimmte man zu, nachdem Moskau versicherte, dass die provisorische Regierung Polens eine Erweiterung erfahre, in dem Sinne, dass einige Männer der polnischen Regierung in London in die Warschauer provisorische Regierung berufen werden. In Aussicht genommen sind Londoner Polen, von denen man weiss, dass sie die Becksche germanophile Polenpolitik seit jeher ablehnten und zu keiner Zeit mitmachten...

An der Curzonlinie wird seitens Moskaus festgehalten. Die Warschauer (Lubliner) Regierung hat sich damit einverstanden erklärt. London und Washington, einmal mit der Warschauer provisorischen Regierung in diplomatischen Beziehungen, werden keinen Grund haben, päpstlicher als der Papst zu sein; sie werden ebenfalls zustimmen...

Die Grenzziehung entlang der Curzonlinie wurde nicht so sehr von den Moskauer Regierungsmännern, sondern von den Sowjetukrainern stur angestrebt. Für diese, trotz Kommunismus als Ukrainer nationalistischer denn nationalistisch, war es Ziel aller Träume, das von Weissrussen bewohnte, lange Zeit polnische Gebiet innert den Grenzen der Ukraine zu wissen.»

Am 7. Februar gelingt es den Amerikanern, die viel gerühmte deutsche «Siegfriedlinie» zu durchbrechen. Gleichzeitig löst Montgomery zwischen Maas und Rhein seine grosse Offensive aus. Der Krieg um Deutschland ist zu einem Krieg in Deutschland geworden.

In der Nacht vom 13. auf den 14. Februar wird Dresden von den westlichen Alliierten bombardiert. Dies ist gleichsam die Besiegelung dessen, was tags zuvor in der Erklärung von Jalta (12. Februar 1945) festgehalten wurde:

«Nazideutschland ist zum Untergang verurteilt. Das deutsche Volk wird den Preis seiner Niederlage nur sich selbst erhöhen, wenn es versucht, einen hoffnungslosen Widerstand fortzusetzen...

Der angenommene Plan sieht vor, dass die Streitkräfte der drei Mächte je eine separate Zone Deutschlands besetzen werden... Die Grenzen der französischen Zone werden durch die vier betreffenden Regierungen, bzw. ihre Vertreter bei der Beratenden Europäischen Kommission bestimmt werden...

Wir haben die Frage des Schadens, welchen Deutschland den alliierten Nationen in diesem Kriege zugefügt hat, überlegt und haben es als recht befunden...

den, dass Deutschland verpflichtet sei, für diesen Schaden in weitmöglichstem Masse Kompensation in Waren zu leisten...»

Ende Februar kommt das Büro Ha auf die Bombardierung Dresdens zurück:

«Es wurde nicht einfach das Stadtgebiet von Dresden einem Flächenbombardement unterzogen. Vielmehr haben die Alliierten vor allem Bahnanlagen und Industrieziele unter Feuer genommen. Dass dabei auch die übrige Stadt massiv getroffen wurde und schwersten Schaden erlitt, war unvermeidlich.»

Berlin wird Frontgebiet

Am 1. März 1945 fällt Posen nach vierwöchiger Belagerung. Die Stossrichtung der Roten Armee zielt direkt auf Berlin, über dessen militärische Situation das Büro Ha am 13. März berichtet:

«Zur Verteidigung Berlins waren am 5. März erst rund 150'000 Mann Truppen erster Ordnung im Stadtgebiet konzentriert. Was sonst noch in der Stadt lag, gehört in die Kategorie der Volksgrenadiere und des ‚Volkssturm‘ und ist nicht hoch zu rechnen.

Zu berücksichtigen ist bei Betrachtung der Zahl von 150'000, dass die Führung mit dem Aufschliessen weiterer Eliteverbände im Ablauf der Operationen an der Ostfront rechnet. Mit diesen will man die Besetzung zeitgerecht auf den vorgeesehenen Höchststand bringen.

... Zu heftigen Ausschreitungen kam es in einem grossen Flüchtlingslager im Osten von Berlin. Als die Flüchtlinge merkten, dass man sie im Lager zurückhalten und damit gegebenenfalls den Russen in die Hände fallen lassen will, bekehrten sie auf. Die Wache machte sofort von der Waffe Gebrauch. Tote unter den Flüchtlingen waren das Signal zum allgemeinen Aufruhr, an dem sich Männer wie Frauen beteiligten. Die Revolte wurde jedoch niedergeschlagen, jede zwanzigste Person, ob Frau oder Mann, aus der Reihe geschossen, der Rest, Frauen und Männer, dem ‚Bewährungs‘-Regime unterstellt und zu Bauarbeiten ins Frontgebiet getrieben.»

Breslau, auf das die Russen aus der Tasche von Baranow heraus vorstürmen, verteidigt sich noch immer, und es ist ihm eine neue Frist gewährt, da für kurze Zeit die russische Offensive an der Oder zum Stehen kommt. Das Leben in Breslau aber ist bereits unerträglich, wie einem Bericht des Büros Ha vom 13. März zu entnehmen ist:

«Meldungen, die aus Breslau noch durchkamen, besagen, dass ‚die Stadt längst

gefallen wäre, wenn nicht von SS-Truppen ein furchtbarer Terror ausgeübt würde'. Die Besatzung Breslaus kämpft so zusammengesetzt, dass die Verbände immer aus etwa einem Drittel SS, einem Drittel Wehrmacht und einem Drittel Volksgrenadiere und Volkssturm bestehen. So ist es den kapitulationsgewillten Elementen schlechterdings unmöglich, die Waffen zu strecken. Leute, welche Miene machen, erliegen zu wollen, werden ohne Weiteres niedergestreckt... Fremdarbeiter sind bisher rund 6'000 demonstrativ niedergeschossen worden, wo sie auch nur muckten. Erreicht wurde damit, dass diese Leute es vorziehen, aktiv am Kampf teilzunehmen oder als Schanzer selbst in gefährlichen Situationen zu arbeiten, alles in der Hoffnung, auf diese Weise das Leben zu retten... Die Besatzung von Breslau wurde Anfang März mit rund 25'000 Mann beziffert, die noch in der Stadt lebende Einwohnerschaft auf rund 80'000 Menschen geschätzt.»

Belastete Nationalsozialisten versuchen bereits mit allen Mitteln, ihr eigenes Überleben zu sichern. Mit welchen Methoden dabei vorgegangen wird, kann einem Bericht des Büros Ha vom 28. März entnommen werden. Er ist gleichzeitig eine Mahnung an die zuständigen schweizerischen Kontrollstellen:

«Es treten in grösseren bombardierten Städten seit einigen Wochen immer mehr ‚Vermisste‘ in Erscheinung, von denen man während Monaten nur noch wusste, dass sie geflüchtet waren und dass man seither von ihnen nichts mehr hörte. In Tat und Wahrheit sind dies aber nicht diejenigen Vermissten, welche einst die Flucht antraten. In deren Kleider schlüpfen andere, solche, welche Grund und Anlass haben, mit anderen Legitimationen in Erscheinung zu treten. Selbstredend sind die Identitätsnachweise tadellos aufgemacht.

Insbesondere sind begehrt Legitimationen von deutscherseits deportierten Elsässern. Dass sie die Sprache der ‚Waggis‘ nicht beherrschen, sondern beispielsweise waschechtes Berlinerdeutsch sprechen, dass man sie konfrontieren könnte, stört diese ‚Vermissten‘, ‚Fremdarbeiter‘ usw. nicht. Kommt Zeit, kommt Rat, auch hier.»

Am 24. März überschreiten die Alliierten unter Montgomery auf breiter Front den Rhein. Gleichtags lösen die Russen ihre Offensive gegen Ungarn aus. Die deutschen «Friedensfühler» mehren sich. So wünscht ein gewisser Herr Hesse, in der Schweiz Kontakte anzubahnen, nachdem er, wie das Büro Ha weiss, kurz vorher in Stockholm war:

«Seine Bemühungen verliefen im Sand. Auf sein ‚Kompromiss oder Blut‘, vorgetragen im Jargon der SS, ist man nicht eingegangen. Das Geschäft mit einigen Hunderttausend Juden (entweder gibt’s einen Kompromiss oder es kommen mehrere Hunderttausend Juden in den Ofen) misslang. Angenommen wurden nur die 12 prominenten Juden, welche Herr Hesse in Bereitschaft hielt und deren Aus-händigung er unter der Bedingung zusicherte, dass man ihm zu ein paar einflussreichen Stockholmer Juden Zutritt verschaffe. Herr Hesse wurde um dieser 12 Juden willen von einigen jüdischen Inhabern schwedischer Heimatscheine ange-hört... Nunmehr soll also das gleiche Manöver auch in der Schweiz gestartet werden...

Aber nicht nur Juden offeriert der Deutsche als Preis für den Kompromiss, sondern auch einige Hunderttausend Kriegsgefangene. Er spekuliert, dass promi-nente Angelsachsen, vor das Entweder-Oder gestellt (entweder Kompromiss oder einige Hunderttausend getötete Gefangene), es nicht ertragen, durch eine Ableh-nung des Kompromisses den Tod von so vielen Landsleuten verschuldet zu ha-ben.

Über den Zweck der Geiselnverschleppung nach Deutschland war man seit jeher im Bild. Jetzt ist für die deutsche Führung der Moment gekommen, diese Geiseln auszuhandeln...

Es wird sich zeigen, ob das deutscherseits angebotene Geschäft zum Abschluss kommt. Wir glauben nicht daran. Es ist im Übrigen dafür gesorgt, dass wir über den Gang der Dinge auf dem Laufenden gehalten werden. Uns interessiert natür-lich brennend, wen in der Schweiz die führenden Leute um Hitler und Himmler (diesmal ist es nicht Ribbentrop) würdig finden, als Mittler aufzutreten. Die so Ausgezeichneten muss man sich merken. Denn der Krieg ist, weil die Waffen ruhen, nicht zu Ende.»

Während die Alliierten in Frankfurt am Main einmarschieren, muss sich im Nord-osten Danzig ergeben; die Russen erreichen die österreichische Grenze. Mit Öster-reich beschäftigt sich zu dieser Zeit auch das Büro Ha:

«Die österreichische Widerstandsbewegung, welche Anspruch darauf erhebt, ernst genommen zu werden, führt die Deckbezeichnung: 0...5. 0... 5 ist wie folgt zustande gekommen: Österreich – 0 plus der fünfte Buchstabe, Oesterreich – Oe. Von den Alliierten wurde bezweifelt, dass die österreichische unterirdische Be-

wegung auf die Bezeichnung ‚Bewegung‘ Anspruch erheben könne. Sie beorderten auf Einladung einen französischen Obersten, der die Verhältnisse sehr gut kennt, zu einer Überprüfung nach Wien. Dieser (wir sehen davon ab, den Namen zu nennen) konnte sich von Folgendem überzeugen:

Die Zentrale der unterirdischen Gruppe befindet sich in Wien. Die Leitung setzt sich aus Vertretern aller Parteien zusammen... Angegliedert ist ein Truppenstab, bestehend aus ehemaligen aktiven österreichischen Offizieren.

Der französische Oberst stellte, um sich vom tatsächlichen Vorhandensein der Widerstandskräfte und deren Einsatzwillen überzeugen zu können, Aufgaben. Unter anderem verlangte er, es seien innert einer festgelegten Zeit mehrere Brücken zu sprengen, welche dem deutschen Ostheer für die Rückführung von Truppen in die ‚Zufluchtsstellung‘ von grossem Nutzen sein könnten.

Die Österreicher erwiderten, aus mehreren Gründen dazu nicht in der Lage zu sein. Sie erklärten andererseits, in Wien eine nächtliche Klebezettelaktion durchführen zu wollen. Der französische Oberst musste den Text festlegen. Anderntags wurde Oberst X. Y. in der Stadt herumgeführt. Er hat sich überzeugt, dass tatsächlich überall solche Zettel an den Wänden hingen. Am zweiten Tag morgens stellte der französische Oberst bei einem erneuten Rundgang so viele Klebezettel fest, dass er beeindruckt war.

Oberst X.Y. ist inzwischen zur Berichterstattung wieder nach Frankreich abgereist. Die Wiener sind der Meinung, dass er sie befriedigt verlassen habe...»

Am 6. April 1945 erreichen die russischen Truppen den Stadtrand von Wien und beginnen mit der Umklammerung der österreichischen Hauptstadt. Am gleichen Tag meldet das Büro Ha einige Einzelheiten über die österreichische Widerstandsbewegung, die einem ehemaligen Generalmajor unterstellt ist:

«Die Widerstandsbewegung 0...5 verfügt über ein gut dotiertes Waffenarsenal. Sie konnte auf die Bestände von leichten Maschinengewehren, Gewehren usw. greifen, welche 1934 von den österreichischen Sozialisten versteckt wurden. Diese Waffenlager hat weder die Polizei von Dollfuss, noch jene von Schuschnigg und auch nicht die deutsche Staatspolizei aufzustöbern vermocht. Die Eingeweihten hielten dicht.

Man weiss, von wem die Rotfrontleute von 1934 ihre Waffen geliefert bekamen. Während Monaten rollten diese z.B. unter Kohlen versteckt nach Wien und in andere österreichische Städte, Tausende an der Zahl. Da die Eisenbahner in Wien usw. gemeinsame Sache gemacht hatten, erreichten die Waffen ihr Ziel. Sie wurden in den nach 1918 in Bau genommenen Wohnkasernen in die Wände und in unterirdische Magazine ein gemauert...

Wir haben nach den Zwischenfällen des Jahres 1934 Gelegenheit gehabt, solche unter dem damaligen roten Regime erbaute Wohnkasernen genau zu besichtigen. Es waren betonierte Festungen. Wir sahen an den Wänden die Einschläge der 7,5 cm Granaten. Diese bewirkten praktisch nur das Absplittern des Verputzes und einer dünnen Kruste...

Ausser den Waffen von 1934 hat 0... 5 viel deutsches Kriegsmaterial zur Verfügung. Dieses wurde sukzessive aus Magazinen der Wehrmacht geraubt.»

Ein zweiter Bericht vom gleichen Tag stammt ebenfalls aus Wien:

«Erst jetzt, seit einigen Tagen, sind sich die Wiener richtig bewusst, welche Uhr es geschlagen hat. Aufgeschreckt wurden sie durch die deutsche Ankündigung, dass in Wien jedes Haus verteidigt werde, dass Standrecht verhängt sei usw. Sie fürchten sich vor dem Terror der Gestapo ebenso wie vor den Russen. Angeordnet wurde in den letzten Märztagen, dass bis zum Monatsende die Stadt verlassen haben müsse, wer evakuieren wolle. Grundsätzlich müssen Frauen bis und mit 3 über 6 Jahre alten Kindern bleiben, ledige Frauen und alle arbeitsfähigen Männer sowieso. Genesene dürfen Wien nur verlassen, wenn ärztlich festgestellt ist, dass sie innert 3 Wochen nicht hilfsdienstfähig werden...

In Wien läuft der Polizeiapparat auf höchsten Touren. Überall sucht man nach Wienern, deren politische Vergangenheit nicht den NS-Vorstellungen entspricht.»

Am 7. April beschäftigt sich die Moskauer «Prawda» im Hinblick auf den unmittelbar bevorstehenden Fall Wiens mit der Frage der österreichischen Kriegsschuld:

«Die Grundmauern des wieder erstehenden freien demokratischen Österreich müssen jetzt durch aktive österreichische Teilnahme an der endgültigen Vernich-

tung des Nazismus gelegt werden. In diesem Kampfe werden die Kräfte erstehen, auf die sich das neue Österreich stützen wird.»

Die «Prawda» wendet sich dann entschieden gegen die Führungsansprüche der österreichischen Emigrantenkreise, von den Habsburgern bis zu den Sozialdemokraten. Ausdrücklich schliesst sie auch jene Katholiken aus, die unter der ideologischen Führung von Kardinal Innitzer ständen, und kommt dann auf die vatikanischen Pläne der Gründung eines katholischen Staates, der Österreich, Bayern und die Rheinlande umfassen soll, zu sprechen:

«Solche Pläne stellen einen provokatorischen Versuch dar, die Einigkeit der Alliierten zu unterminieren.»

In der Nacht vom 8. auf den 9. April 1945 erlässt der Sowjetmarschall Fjodor Tolbuchin einen Aufruf an die Wiener Bevölkerung:

«Einwohner der Stadt Wien! Die Rote Armee, die die faschistischen deutschen Truppen schlägt, ist nach Wien vorgedrungen. Sie ist nicht in Österreich einmarschiert, um Gebiete an sich zu reissen, sondern ausschliesslich mit dem Ziele, die faschistischen deutschen Truppen zu zerschlagen und Österreich aus der deutschen Abhängigkeit zu befreien. Die Rote Armee steht auf dem Standpunkt der Moskauer Deklaration der Alliierten über die Unabhängigkeit Österreichs und wird zur Wiederherstellung der Ordnung beitragen, die in Österreich bis 1938, d.h. vor dem Einfall der Deutschen in Österreich, bestanden hat...

Bürger Wiens, helft der Roten Armee bei der Befreiung der Hauptstadt Österreichs. Tragt euren Anteil zur Befreiung Österreichs vom faschistischen deutschen Joch bei!»

Am 13. April, am Tag, da in Washington der amerikanische Präsident Roosevelt stirbt und Harry Truman seine Nachfolge antritt, muss sich Wien ergeben. Am gleichen Tag erlässt Generalissimus Stalin zu diesem Anlass einen Tagesbefehl, während die Rote Armee über Wien hinaus westwärts drängt.

Am 15. April orientiert das Büro Ha über die Lage in Süddeutschland: «Das Aussetzen der Verwaltung in grossen Teilen Süddeutschlands nimmt, namentlich in frontnahen Bezirken und Orten, immer groteskere Formen an. Es gibt Gebiete nahezu ohne höhere Beamte, weil diese mit samt ihren Familien den Weg in die

‚Zufluchtsstellung‘ unter die Füße genommen haben. Dass auf diese Funktionäre von der verbliebenen Bevölkerung in allen Tonarten geschimpft wird, ist weiter nicht verwunderlich. Damit kommt man aber nicht aus, wenn wie gegenwärtig plötzlich in einem Ort ein Schwall von Flüchtlingen auftaucht, gepflegt und untergebracht werden will... Mit Näherkommen der Front wird diese Desorganisation aber auch auf die Gebiete nahe der Schweizer Grenze übergreifen. Man muss dann damit rechnen, dass Flüchtlinge um ein vorübergehendes Unterkommen in der Schweiz ersuchen werden.»

Daran knüpft Major Hans Hausamann einen Vorschlag, der von den zuständigen Behörden aufgegriffen und in die Tat umgesetzt wird:

«Die Schweiz hat, solange der Krieg entlang der Westgrenze tobte, französische Kinder zu Tausenden aufgenommen. Es erhebt sich die Frage, ob man nicht für solange, bis die Kämpfe über Süddeutschland hinweg gerollt sind, auch eine Anzahl deutscher Kinder ans Futter nehmen sollte. Eine solche Aktion, rasch und richtig aufgezo- gen, würde der unbedingt notwendigen strikten Rückweisung sämtlicher erwachsener Flüchtlinge die Spitze nehmen und sie weniger hart erscheinen lassen... Es wäre eine die Schweiz adelnde Geste, die zweifellos auf Zustimmung auch von alliierter Seite rechnen könnte...»

Um auszuschliessen, dass eine Rundfrage zu negativen Ergebnissen führt und damit zur Demonstration wird, müsste man die Kinder gleich zum Vorneherein in Heime oder Lager stecken... Die Gefahr, dass man uns vorwiegend Kinder von Parteianhängern ins Land schickt, besteht heute kaum mehr. Es liesse sich dieses Risiko überdies relativ leicht ausschalten. Um zu vermeiden, dass der Aktion in der Schweiz Opposition erwächst, würde man am besten ein spezielles Komitee ins Leben rufen, in welches alle politischen Richtungen Vertreter delegieren.»

Wieviel der Naziprominenz an der Schweiz liegt, geht aus dem am gleichen Tag vom Büro Ha verfassten «Kriegspolitischen Bericht Nr. 681» hervor:

«Immer wieder wird aus Deutschland gemeldet, dass es prominenten Männern der Partei nach wie vor möglich sei, Vermögenswerte in die Schweiz zu verschieben. Dabei werde aus der Schweiz weitestgehende Beihilfe geleistet. In jüngster Zeit sollen prominente Nazis und vereinzelte französische Kolla-

borateure ebenfalls mit schweizerischer Unterstützung in die Schweiz gelangt sein.»

Im Westen haben die Alliierten Dortmund erreicht, von Osten her sind die Russen bis Bayreuth und Bamberg vorgedrungen, im Süden stossen die Alliierten in die Poebene vor. Am 21. April erreichen die russischen Panzerspitzen Berlin.

Der Schweiz hegt daran, die Verbindungen zu ihren Aussenposten nicht abbrechen zu lassen. Dies ist umso wichtiger, als das Kriegsgeschehen nun bereits die Landesgrenze erreicht hat: die französischen Truppen ziehen dem Rhein entlang aufwärts, Stuttgart und Freiburg im Breisgau sind in ihrer Hand, bei Schaffhausen stossen sie direkt an die Grenze vor. Zwar hält sich der schweizerische Gesandte in Deutschland, Minister Frölicher, nicht mehr in Berlin, sondern in Tutzing am Starnberger See auf, aber auch dorthin den Kontakt von der Schweiz aus aufrechtzuerhalten, ist nicht ganz leicht. So schlägt Major Hausmann am 22. April in einem an Bundesrat Karl Kobelt gerichteten Schreiben vor:

«Heute Samstag nach dem Mittags-Nachrichtendienst der Depeschenagentur wurde in Fünfergruppen chiffriert eine amtliche Mitteilung an Tutzing durchgegeben. Dadurch wurde ich wieder an meine Vorschläge erinnert, mit einer Anzahl Gesandtschaften Funkverbindungen für den Notfall vorzubereiten. Wo man dies in die Tat umsetzte, funktioniert es, wie ich weiss, ordentlich bis gut. Mit Tutzing aber scheinen wir nicht direkt verbunden zu sein. Dies liesse sich noch nachholen, wenn rasch und wie folgt gehandelt würde:

Irgendeinmal bin ich auf die Idee gekommen, einen Offizier der KTA (Kriegstechnische Abteilung) für eine Autoreise ins Ausland mit einem Batterie-Funkempfänger auszustatten, damit er während des Fahrens die Luftlagemeldungen hören und sich gegebenenfalls danach richten könne. Das hat sich bewährt und herumgesprochen. Seither kommen Kuriere des Politischen Departementes (meist Offiziere) vor ihrer Ausreise und borgen sich bei mir solche Apparate aus. Davon weiss man im Politischen Departement wahrscheinlich nichts und es ist auch gar nicht nötig, dass man das dort erfährt. Die Hauptsache ist, dass es funktioniert. Im Laufe des heutigen Samstag meldete sich von einer Kurierfahrt nach Prag der Leutnant..., Funk-Offizier des motorisierten Heeres-Polizei-Bataillons, zurück,

um meiner Firma das geliehene Empfangsgerät abzugeben. Im Zusammenhang damit, dass er gleich wieder darum ersuchte, erfuhr ich von seiner auf Dienstag, 24. April, angesetzten nächsten Reise zu unserer Gesandtschaft nach Tutzing. Wie ich die Entwicklung sehe, dürfte es eine der letzten, vielleicht die letzte Fahrt für geraume Zeit gewesen sein. So kam ich auf den Gedanken, ob nicht er, der er ausgebildeter Fk.Of. ist, ein Sende- und Empfangsgerät mitnehmen und in Tutzing dann gleich auch bedienen sollte. Leutnant... wäre (ohnehin als Berufskurier engagiert) in der Lage, solange als erforderlich in Tutzing zu bleiben... Sofern Minister Frölicher überhaupt in Tutzing bleibt, müsste es für ihn wie für das Politische Departement bestimmt eine grosse Erleichterung sein, wenn eine solche Funkverbindung zur Verfügung gestellt würde... Man hätte dann aber auch vermieden, dass weiterhin X Radiohörer die Zahlengruppen aufnehmen und sich mit Feuereifer daran machen, diese Telegramme zu dechiffrieren.»

Der Tod der Tyrannen

Am 25. April 1945 versucht der gestürzte italienische Diktator Mussolini, begleitet von seiner Familie, als Flüchtling in die Schweiz einzureisen. Er wird zurückgewiesen. Welthistorische Bedeutung erhält dieses Datum durch den Schulterchluss der Russen und Amerikaner in Torgau an der Elbe. Die 69. amerikanische und die 58. russische Infanteriedivision vollziehen in dieser sächsischen Stadt die Kontaktnahme. Über Sanssouci, Friedrichs des Grossen Potsdamer Schloss, weht bereits die russische Fahne. Tags darauf stellt als letzte Berliner Zeitung der «Völkische Beobachter» sein Erscheinen ein. An seiner Stelle lässt Propagandaminister Goebbels den «Panzerbär», das «Kampfblatt für die Verteidiger Gross-Berlins», herausgeben. An diesem 26. April 1945 befasst sich das Büro Ha mit Äusserungen, wie sie von Wienern gemacht werden, die ins Salzkammergut geflüchtet sind:

«Da die Russen in Wien sitzen, kann kein Zweifel bestehen, dass das, was sie am Regierungssitz des Nachkriegsösterreich als österreichische Politik zum Start bringen, auch für jene Gebiete Österreichs seine Geltung haben wird, in welchen nicht russische Truppen hegen. Wegen der inneren Politik Österreichs werden sich die Angelsachsen mit den Russen nicht verzanken... Das einzige, was man in den von den Westmächten kontrollierten Gebieten noch voraushaben wird, ist die geringere Gefährdung des Lebens. Wenn jedoch von Wien aus unter irgendeinem Titel Verfolgung angeordnet wird, bewahrt nichts davor, dass man irgendwo wer weiss für wie lang hinter Gefängnismauern verschwindet. Man hat sich ja allein schon durch die Flucht aus Wien in den Augen jener verdächtig gemacht, welche mit russischem Segen ans Steuer des Staates treten. Geflüchtet sind schliesslich auch die Nazis und – wie man weiss – die vielen Leute aus der Wirtschaft, welche den Nazis in den verflossenen Jahren ihre Dienste erwiesen.»

Dazu der Kommentar des Büros Ha:

«Was sie überlegen, ist richtig erwogen. Der ‚Ostwind‘ wird in ganz Österreich wehen, auch wenn gewisse Gebiete unter Kontrolle der Westmächte treten. Die Franzosen insbesondere werden nichts tun, was ihre Beziehungen zu Moskau trüben könnte. Aber auch die Angelsachsen dürften sich in Österreich kaum gegen den Wind stemmen, den die Russen von Wien her zu blasen entschlossen sind. Damit haben die Russen dann aber doch erreicht, was sie erstrebten und weswegen sie sich für ein unabhängiges Österreich einsetzten.»

Am 27. April gelingt es den Sowjets, in den Stadtkern Berlins vorzudringen. Die fanatischen Nationalsozialisten aber geben sich noch immer nicht geschlagen, ja teilweise bereiten sie sich bereits auf «die Zeit nachher» vor.

Die militärischen Ereignisse, die zum endgültigen Zusammenbruch des Dritten Reiches führen, überstürzen sich aber. Am 24. April richtete Himmler ein Kapitulationsangebot an die Amerikaner und Engländer. Davon erfährt die Öffentlichkeit am 28. April. Am gleichen Tag wird in Oberitalien Mussolini von Partisanen hingerichtet. Nun entschliesst sich Hitler zum Selbstmord und verfasst am 29. April sein politisches Testament. Darin schliesst er «den früheren Reichsmarschall Hermann Göring aus der Partei aus» und ernennt Grossadmiral Dönitz zum Reichspräsidenten und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht. Anstelle Himmlers, der ebenfalls in Ungnade gefallen ist, ernennt er Gauleiter Hanke zum Reichsführer SS und Gauleiter Giesler zum Reichsinnenminister. Goebbels wird zu seinem Nachfolger als Reichskanzler bestimmt. Hitlers Testament schliesst mit den Worten:

«Von allen Deutschen, allen Nationalsozialisten, Männern und Frauen und allen Soldaten der Wehrmacht verlange ich, dass sie der neuen Regierung und ihrem Präsidenten treu und gehorsam sein werden bis in den Tod. Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassegesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum.

Gegeben zu Berlin, den 29. April 1945, 4 Uhr.

Adolf Hitler

Als Zeugen: Dr. Joseph Goebbels, Martin Bormann, Wilhelm Burgdorf, Hans Krebs.»

Noch aber lebt Hitler und noch kämpft das Dritte Reich. Deshalb warnt das Büro Ha an diesem 29. April:

«Was Hitler für die letzten Tage vor Torschluss in Reserve hält, weiss man nicht... Die Ereignisse... sind uns Anlass, einmal mehr zu sagen, dass der Krieg für uns erst dann zu Ende ist, wenn auch die sogenannte ‚Zufluchtsstellung‘ von den Alliierten besetzt ist und im ganzen Deutschen Reich die Waffen niedergelegt sind... Am sonderbarsten erscheint uns, dass Himmler die Kapitulation anbietet, ohne dass zumindest probiert wurde, den Kampf in der Zufluchtsstellung zu führen. Die nächsten Tage werden darüber Klarheit bringen, ob tatsächlich in den allgemeinen Zusammenbruch auch die von der deutschen Führung ins Spiel gebrachte Zufluchtsstellung hineingerissen wird. Bis es gegebenenfalls soweit ist, halten wir für vorsichtiger, in der Registrierung von all dem, was auf die Bereitmachung der Z. F. Bezug hat, weiterzufahren.»

In dem Augenblick, da Hitler sein politisches Testament unterzeichnet, sind die Sowjets bereits in den Schacht der Untergrundbahnstation Friedrichstrasse eingedrungen. Es bleibt dem Führer nicht mehr viel Zeit. Am 30. April nachmittags vier Uhr zieht er sich zusammen mit der ihm eben angetrauten Eva Braun zum letzten Mal in seinen Privatraum im Bunker der Reichskanzlei zurück. An diesem 30. April berichtet das Büro Ha:

«Angefangen hat der totale Zusammenbruch mit der Erklärung Goebbels, dass Hitler nach Berlin gekommen sei, um den Oberbefehl über die Berliner Besatzung zu übernehmen. Von diesem Moment an war vielen Funktionären klar, dass es der Anfang des Endes sei, dass der Kampf aufgegeben werde. Hitler begab sich nach Berlin, um wie der Kapitän eines Schiffes auf der Kommandobrücke unterzugehen, so heisst es jetzt in Kreisen, welche nach wie vor gewillt gewesen wären, Hitler die Treue haltend zu kämpfen.

Hitlers Abgang nach Berlin, um dort inmitten seiner Getreuen ‚unbesiegt‘ zu sterben, war für viele das Signal, nunmehr auch ihrerseits unterzutauchen, die eigene Haut zu retten.

Es gilt jetzt, Blick auf ‚Untertaucher‘ gerichtet, die Schweizer Grenze ganz besonders scharf unter Kontrolle zu halten.»

Als Illustration für die Warnung fügt das Büro Ha an:

«Gauleiter Wehle hat mit der Gauleiterumform auch den Namen Wehle am 27. 4. abgelegt. Jetzt ist er der Reichsbahnstationsbeamte Wolf aus Immenstadt, mit tadellosen Papieren. Wo sich der Herr Wolf hinwenden wird, hat der Herr Wehle natürlich nicht gesagt. Wie der Herr Wehle aber, so werden auch viele andere Parteigrössen sich jetzt verwandeln...»

Tags darauf strahlt der deutsche Sender Hamburg in einen Lügenmantel verpackt die Nachricht vom Tode Hitlers aus. Es ist der 1. Mai um 21.25 Uhr:

«Aus dem Führerhauptquartier wird gemeldet, dass unser Führer Adolf Hitler heute Nachmittag in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei, bis zum letzten Atemzug gegen den Bolschewismus kämpfend, für Deutschland gefallen ist. Am 30. April hat der Führer Grossadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger ernannt.»

Dönitz wiederholt anschliessend in wohlgesetzten Worten die gleiche lügenhafte Heroisierung:

«Der Führer ist gefallen. Getreu seiner grossen Idee, die Völker Europas vor dem Bolschewismus zu bewahren, hat er sein Leben eingesetzt und den Heldentod gefunden. Mit ihm ist einer der grössten Helden deutscher Geschichte dahingegangen...»

Der Führer hat mich zu seinem Nachfolger als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht und Staatsoberhaupt bestimmt... Deutsche Soldaten, tut eure Pflicht. Es gilt das Leben unseres Volkes.»

Am 2. Mai kapitulieren die deutschen Truppen in Italien, Vorarlberg und Tirol. In Berlin unterzeichnet General Weidling für die Berliner Truppen die Kapitulationsurkunde. Am 4. Mai kapitulieren die deutschen Truppen in Nordwestdeutschland, Holland und Dänemark. Am 6. Mai folgt ihnen die deutsche Armeegruppe «G» in Mitteldeutschland. Auch die deutsche Flotte ergibt sich. Am 7. Mai wird dann aus London offiziell gemeldet, dass die Gesamtkapitulation des Reiches in Reims Wirklichkeit geworden sei. Danach haben sich die deutschen Land-, See- und Luftstreitkräfte in Europa bedingungslos den alliierten Expeditionskräften und den russischen Truppen ergeben.

Tags darauf wenden sich die siegreichen Staatsmänner an die Öffentlichkeit:
Der amerikanische Präsident Harry S. Truman:

«General Eisenhower hat mir mitgeteilt, dass die Streitkräfte Deutschlands sich den Vereinten Nationen ergeben haben. Die Fahne der Freiheit weht wieder über ganz Europa.»

Der britische Premierminister Winston Churchill:

«Der Krieg gegen Deutschland ist somit zu Ende... Vorwärts Britannia!
Lang lebe die Sache des Friedens. Gott schütze den König.»

Generalissimus Josef Stalin:

«Die Rote Armee und die Armeen unserer Verbündeten haben das faschistische Deutschland auf die Knie gezwungen... Wir konnten den deutschen Anführern keinen Glauben schenken. Weil sie die Vertragsurkunden nur als blosses Stück Papier betrachteten, hatten wir keinen Grund, ihnen aufs Wort zu glauben, aber seit heute früh haben die deutschen Truppen in Ausführung der Kapitulationsbedingungen begonnen, massenweise ihre Waffen niederzulegen und sich in Kriegsgefangenschaft zu begeben. Das ist nicht mehr nur ein blosses Stück Papier.»

General Charles de Gaulle als Präsident der provisorischen Regierung der Republik Frankreich:

«Der Krieg ist gewonnen. Der Sieg ist da, der Sieg der vereinten Nationen, und das ist der Sieg Frankreichs.»

Am gleichen 8. Mai erlässt der Oberbefehlshaber der Schweizerischen Armee, General Henri Guisan, einen Tagesbefehl:

«Nach fast sechs Jahren Krieg wurde in Europa der Befehl zur Einstellung des Feuers gegeben. Damit ist die grösste Gefahr für unser Land gebannt. Die Armee hat ihre Hauptaufgabe, mit der sie im Herbst 1939 betraut wurde, erfüllt...

Ihr habt getreu eurer Fahneneide auf euren Posten ausgeharrt. Ihr habt euch eures Vaterlandes würdig erwiesen.»

Der Krieg in Europa ist zu Ende, die Tyrannei ist besiegt. Damit hat auch das Büro Ha seine Aufgabe erfüllt. Major Hausmann schreibt zwei gleichlautende Korrespondenzkarten, die eine an den General, die andere an den Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes: «Hiemit melde ich mich aus Dienst und Aufgabe ab.» Bundesrat Karl Kobelt richtet daraufhin an Major Hans Hausmann folgendes Schreiben:

«Sie haben mir gemeldet, dass Sie Ihre Tätigkeit als Nachrichtenoffizier eingestellt haben. Das ist der Anlass, um Ihnen für Ihre grosse Arbeit, die sie geleistet haben,

zu danken. Mit grossem Interesse habe ich Ihre Meldungen verfolgt und Ihre Unermüdlichkeit bewundert. Ich hoffe gerne, dass Sie sich nunmehr wieder für die Erhaltung unserer Wehrkraft mit der gleichen Unermüdlichkeit einsetzen werden. Es macht den Anschein, dass dieser Einsatz notwendig wird. Jetzt erachte ich eine Atempause aus psychologischen Gründen als unerlässlich. Mit Truppenaufgeböten, die nicht dringend nötig sind, kann für die Zukunft ungeheurer Schaden angerichtet werden.

Mit besten Grüssen und grossem Dank für Ihre treue Mitarbeit verbleibe ich Ihr Karl Kobelt.»

Lagebericht von Hans Hausamann

23. Juni 1940: Nach dem Zusammenbruch Frankreichs

Mit dem Zusammenbruch des französischen Widerstandes ist ein neuer Abschnitt der politischen und kriegerischen Entwicklung eingeleitet worden. Vieles, was vordem seine Geltung hatte und als Faktum in die Rechnung eingesetzt werden konnte, ist heute aus dem Erwägen auszuschalten. Wir müssen uns in jeder Hinsicht umstellen und alles, was wir vorkehren, den völlig neu gegebenen Verhältnissen anpassen.

Will man in Dingen des Staates vorausschauend disponieren, dann geht es nicht, ohne dass man sich eine möglichst wirklichkeitsnahe Vorstellung vom kommenden Geschehen macht. Dieses Konzept bildet dann die Grundlage von allem und jedem, was man vorkehrt. Um es auf eine einfachste Formel zu bringen und zu exemplifizieren: entweder gewinnen die Alliierten den Krieg oder es siegen die Achsenmächte. Je nach dem Schluss, zu welchem man kommt, richtet man sein Handeln sowohl in militärischer, wie in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Das Ziel aber ist und bleibt immer und in jeder Lage die Erhaltung der staatlichen Unabhängigkeit der Schweiz und des Eigenlebens des Volkes. Diesem Ziel wird alles untergeordnet. *Wie* man es unter dem einen oder andern Vorzeichen erreicht, soll Gegenstand dieser Betrachtung sein.

Entweder gewinnen die Alliierten den Krieg oder es siegen die Achsenmächte. Um sich darüber ein Urteil bilden zu können, muss man *wissen*, wie es mit den Kräften auf der einen wie auf der andern Seite steht: den geistigen, den militärischen, den wirtschaftlichen, den politischen. Es spielen geographische Gegebenheiten, machtpolitische Erwägungen eine grosse Rolle. Das Problem der Ernährung muss ebenfalls in Rechnung gezogen werden. Hat man alle diese Faktoren gegeneinander abgewogen, hat man überdies in unbedingt erforderlicher Kenntnis der handelnden Personen deren nach ihrem Charakter zu erwartende Entschlüsse einkalkuliert, dann ist man in der Lage, sich das Konzept zurechtzulegen, von welchem ich einleitend sprach und nach welchem man alles ausrichtet, was im Staate vorzukehren ist.

Ohne solche Richtlinien geht es nicht. Man muss sich auf einen bestimmten Kurs mehr oder weniger festlegen, selbst auf die Gefahr hin, dass sich dieser in der Folge als falsch erweist. Wer anderseits mit der ganzen notwendigen Ernsthaftigkeit alle sich ergebenden Probleme studiert und erwogen hat, kann der grossen Linie nach kaum stark danebenhauen. Er wird sich vielleicht einmal im zeitlichen Ablauf irren. Es können unvorhergesehene Ereignisse eine Wendung im Geschehen bedingen. Dann hat man sich eben anzupassen. Im Grossen Ganzen aber wird man nicht stark fehlgehen, viel weniger auf jeden Fall, als wenn man nur Tagespolitik betreibt.

Betrachten wir einmal das gegenwärtige Geschehen von einer Warte aus, wie ich sie im vorstehenden anzudeuten versuchte:

Während Deutschland zum Entscheidungskampf gegen Frankreich ohne ausreichende Vorräte an Erz, Öl, Buntmetallen u. a. m. antrat (die vorhandenen Reserven hätten für rund zwei Grosskampffmonate genügt, ohne Aussicht auf ausreichenden Ersatz), verfügt Deutschland heute über die französischen Erzgruben in Lothringen usw., über das rumänische Öl, holländische, französische und belgische Vorräte usw. Die Erzbeschaffung bedeutet für Deutschland im Gegensatz zu noch vor vierzehn Tagen kein Problem mehr. Angesichts der neu gegebenen Lage hält es aber auch Rumänien für ratsam, den deutschen Forderungen, nicht nur mit Bezug auf Öl, Rechnung zu tragen. Schwierig dagegen wird jetzt für Deutschland die Ernährung. Denn das Reich hat nicht mehr nur für das eigene Volk, sondern darüber hinaus für verschiedene andere Nationen zu sorgen, welche ausnahmslos stets auf Einfuhr angewiesen waren, teils von dieser Einfuhr lebten. Diese Einfuhr aber bleibt seit der Okkupation des betreffenden Landes durch die deutschen Heere aus und ist nicht mehr zu erwarten. Deutschland selbst konnte vor September 1939 aus eigenem Anbau bestenfalls rund 85 Prozent des innerdeutschen Volksbedarfs an Getreide decken. Diese Ziffer dürfte gestützt auf die polnischen Erwerbungen eine gewisse Verbesserung erfahren haben. Den immer noch fehlenden Rest jedoch, plus das, was Deutschland zur Ernährung der überwältigten Völker bedarf, sollte es importieren können, kann sich das Reich unter den neu gegebenen Verhältnissen aber nicht verschaffen. Denn auf die Ernten in Holland, Belgien und Frankreich ist nur sehr bedingt zu rechnen.

Ähnlich liegen die Dinge mit Bezug auf zahlreiche andere und unentbehrliche Lebensmittel wie Fett usw. Von allen andern Produkten wie Schmieröl usw. will ich gar nicht sprechen. Nun wissen wir aber, dass die deutschen politischen Befehlsstellen die Sicherung der Ernährung innert eigener Landesgrenzen als Grundlage der «Politik des tausendjährigen Reiches» betrachten. Sie vertreten des fernern die Auffassung, dass das deutsche Volk, verurteilt zum Volk der Mitte, sich auch in jeder andern Hinsicht von der Einfuhr der hauptsächlichsten Produkte unabhängig zu machen habe, wenn es nicht alle 20-30 Jahre um seine Existenz soll kämpfen müssen.

Den notwendigen Lebensraum für Deutschland aber sehen und sehen die derzeitigen deutschen Machthaber seit jeher *im Osten*. Ihr Ziel ist unverändert, sich dort festzusetzen. Von dieser ihrer Planung (ich schrieb darüber schon seit 1937 verschiedenste Exposéés) sind sie nie abgewichen. Der Krieg, welchen wir heute miterleben, ist für die deutsche Staatsführung nur eine Episode, *ein Umweg*. Er musste zurückgelegt werden, weil aufgezwungen, weil Deutschland des fernern, ständig von Frankreich und England bedroht, seine Ostpläne nicht hätte verwirklichen können. Nachdem Frankreich niedergedrungen ist, *nachdem die Alliierten auf dem Kontinent über keine Operationsbasis mehr verfügen*, nachdem also Deutschland zu Land keinerlei militärischer Gefährdung mehr ausgesetzt ist, kann es sich nunmehr dem zuwenden, worauf es der deutschen Staatsführung entscheidend ankommt: der Sicherung des als notwendig erkannten Lebensraumes im Osten.

Es ist zu erwarten, dass Deutschland diese Kehrtwendung schon sehr bald ausführt. Denn es bekommt nach Beendigung der Kämpfe in Frankreich eine grosse Zahl von Divisionen für andere Zwecke frei, *die es nicht nach Hause entlassen kann*. Es ist andererseits Deutschland geradezu gezwungen, nunmehr unverzüglich dafür zu sorgen, dass es die notwendigen Kornkammern rasch in seinen Einfluss bekommt. Die englische Blockade wird nach deutscher Auffassung nicht in erster Linie zur See pariert, sondern mit diesem Stoss nach Osten, wel-

cher das *Durchhalten* ermöglichen soll. Die Sicherstellung der Ernährung durch Gebietserweiterung im Osten ist für Deutschland eine wichtige Voraussetzung im noch bevorstehenden Kampf gegen England. Denn der ganze bisher siegreich verlaufene Feldzug würde zum Schlag ins Wasser, wenn es England gelänge, durch die womöglich noch verschärfte Blockade Deutschland auszuhungern. Die Blockade trifft aber nicht mehr nur ein ernährungsmässig übel daran befindliches Deutschland, sondern das womöglich noch schlechter dastehende Italien. Für dieses hat Deutschland nunmehr ebenfalls zu sorgen, und zwar fast in jeder Hinsicht. Vergegenwärtigt man sich dies und berücksichtigt man dabei, wie konsequent die deutsche Staatsführung je und je der grossen Linie nach den einmal vorgezeichneten Weg ging, dann weiss man, wo etwa der deutsch-italienische Plan einer Neuverteilung der Lebensräume hinzielt. Man ist sich aber auch klar, dass die deutsch-russische «Freundschaft» früher oder später, vielleicht schon rasch, in Brüche gehen wird.

Inzwischen wird deutscherseits alles getan werden, um auch den «Gegner England» in die Knie zu zwingen. Dieses Ziel zu erreichen, dürfte Deutschland schwerfallen, wenn es überhaupt ausführbar ist. Denn man vergesse nie: die englische Insel ist nicht das Imperium. Selbst wenn es Deutschland gelänge, die Insel zu überdecken, ist England damit bei Weitem noch nicht geschlagen. Die Dominions werden den Kampf weiterführen, werden alles tun, um die Achsenmächte abzuschneiden. Englands Flotte, wesentlich verstärkt durch zahlreiche Einheiten der amerikanischen Marine, ist noch längst nicht aktionsunfähig gemacht, auch wenn die englische Insel als Basis ausfallen sollte. Die weiteren Basen aber sind für Deutschlands Streitkräfte nicht erreichbar.

Mit Amerikas weitestgehender Unterstützung der englischen Sache ist absolut zu rechnen. Es dürfte nur noch Wochen gehen, dann werden wir etwa 40 Prozent der amerikanischen Atlantikflotte unter englischer, möglicherweise sogar amerikanischer Flagge kämpfen sehen. Zunehmen werden überdies die amerikanischen Lieferungen von Kriegsmaterial und Flugzeugen usw. Amerika finanzierte seit dem Herbst die polnische Armee in Frankreich. Die tschechische Armee in Frankreich ist ebenfalls mit amerikanischer Hilfe auf die Beine gestellt worden und lebt fast völlig von amerikanischen Krediten, ohne französisches und englisches Geld. Die Flugzeuge für eine Luftdivision wurden von den Amerikanern den Tschechen auf Kredit geliefert, in der festen Erwartung, dass diese das Darlehen nach Wiedererringung ihrer Freiheit zurückzahlen können und werden. (Nebenbei: Nur weil dem so war, weil die Tschechen dank der amerikanischen Hilfe völlig auf eigenen Füüssen stehen, konnte General Ingr den tschechisch-französischen Staatsvertrag abschliessen, von welchem kürzlich die Rede war). Amerika liefert aber auch den Engländern binnen Kurzem auf Kredit, weil die englischen Guthaben in Amerika bald aufgebraucht sein werden. Amerika hat sich also ein zweites Mal auf Seite der Westmächte in einer Weise finanziell engagiert, die es ihm verunmöglicht, eine Niederlage Englands zuzulassen. Wir werden gut tun, mit dem baldigen amerikanischen Eintritt in den Krieg zu rechnen.

Wir nehmen des fernern mit Vorteil an, es komme auch der ganze Balkan noch in Fluss. Es ist sogar wahrscheinlich, dass der Balkan zufolge deutsch-italienischer Aktionen zu brennen beginnen wird. Wenn Deutschland die Auseinandersetzung mit den Balkanländern vorausnehmen sollte, so ist dies wiederum nur ein Umweg, um sich für den Kampf mit Russland strategisch und wehrwirtschaftlich günstige Positionen zu sichern, um ferner die englische Blockade in ihrer Wirkung nach Möglichkeit zu entkräften. Operationen im Balkan sollen endlich aber auch dem italienischen Achsenpartner die Gelegenheit verschaffen, sich anzueignen, was ihm an Gebietserweiterungen zugeordnet ist. Weniger gelegen kommt Deutsch-

land, dass Italien für «seine eigenen Interessen kämpfend», in allererster Linie Tunesien mit dem Kriegshafen Bizerta besetzen will, damit die Seewege Englands nach Indien, Australien, Cypern unter seine Kontrolle nehmend.

Wenn Italien neben Sizilien und Pantelleria auch noch Bizerta besitzt, muss es nicht mehr den Engländer bitten, ob es auf seinem Weg nach den italienischen Kolonien den Suez passieren dürfe. Es ist dann vielmehr England im Verkehr mit Indien, Australien, Cypern usw. vom italienischen Wohlwollen und Gewährenlassen abhängig. Mit andern Worten: Wenn Italien ausser Sizilien und Pantelleria auch noch Bizerta besitzt, *beherrscht es das Mittelmeer*. Gibraltar sowohl wie der Suez verlieren damit für England ihren seestrategischen Sinn. Damit aber hat England seine Rolle als Weltmacht ausgespielt. Denn es ist seiner Dominions nur so lange sicher, als es die kürzesten Seewege zu ihnen beherrscht. Verliert es diese Herrschaft, so ist zu erwarten, dass über kurz oder lang beispielsweise die indischen, nach Unabhängigkeit strebenden Kräfte ihre Stunde wahrnehmen, wenn nötig im Zusammenspiel mit den Achsenmächten. Es ist Cypern nicht mehr zu halten usw. usf. Damit ist dann erreicht, was die Achsenmächte anstreben: England als Weltmacht gehört der Geschichte an.

Vergegenwärtigt man sich dies alles, dann lässt man den Gedanken sofort fallen, es könnte möglicherweise auch England noch kapitulieren. *England muss bis zum letzten Atemzug kämpfen*, wenn es nicht – dann und (im Gegensatz zu Frankreich) für alle Zeiten – verloren sein soll. Frankreich kann rechnen, zumindest auf dem Kontinent wieder zu erstehen. Für England gibt es diese Chance nicht mehr. Selbst wenn es ihm gelänge, die Herrschaft Italiens über das Mittelmeer in einem späteren Zeitpunkt wieder zu brechen, wären doch die Dominions unwiederbringlich verloren. England als Insel aber bietet dem englischen Volk zu wenig natürlichen Lebensraum und Möglichkeiten. Dies wiederum in Gegensatz zu Frankreich, das seinen natürlichen Lebensraum nur zu 50 Prozent bevölkert. Es müssten also starke Teile des englischen Volkes auswandern. England würde zwangsläufig verarmen. *England 'wäre – wir sagten es schon – unrettbar verloren!*

Da die Engländer dies ebenfalls wissen, werden sie kämpfend durchhalten, koste es was es wolle. Es wird ihnen kein Preis zu hoch sein, wenn sich damit Kräfte gegen die Achsenmächte mobilisieren lassen. *England ist aber in der Lage, die halbe Welt gegen die Achsenmächte zu mobilisieren*. Wie wird England den Krieg führen? Da es auf dem Kontinent keine Operationsbasis mehr besitzt, muss der Gedanke an eine baldige Entscheidung auf kontinentalem Schlachtfeld von Vorneherein gestrichen werden. Es steht damit aber auch für England die Bildung von Millionenheeren ausser Frage. England wird soviel Truppen bereitstellen müssen, als es zum Schutze seiner Insel und zum Kampf in seinen Kolonien braucht. Seine Hauptanstrengung aber wird der Verstärkung der Flotten zur See und in der Luft gelten. Abriegelung der Achsenmächte von jeglicher Zufuhr, Zermürbung des deutschen und des italienischen Volkes durch ständig sich wiederholende Luftangriffe und Propaganda (England dürfte so gut wie wir wissen, dass es um den Geist des deutschen Volkes trotz der Siege nicht zum Besten steht), Abdrosselung des italienischen Nachschubs in die Kolonien, Aufputschen der italienischen Kolonialvölker, Mobilisierung dritter Völker wie Amerika usw. gegen die Achsenmächte, Unterstützung der Südoststaaten in ihrem Widerstand gegen die Achsenmächte, Unterstützung Russlands in seinem Widerstand gegen das deutsche Vordringen nach Osten und Südosten: so etwa wird das englische Kriegsprogramm aussehen. Mit andern Worten: *wir haben nach dem raschen Zusammenbruch Frankreichs mit einem sehr langen Krieg zu rechnen!* Dessen Ende aber wird, nachdem es Deutschland nicht gelingen

kann, die Engländer in die Knie zu zwingen, die Niederlage Deutschlands sein, als Folge eines Rechenfehlers, welcher der deutschen politischen Leitung unterließ.

Es kam nicht von ungefähr, dass die deutsche Heeresleitung sich bis in die jüngste Zeit so sehr gegen den Eintritt Italiens in den Krieg sträubte. Die militärischen Befehlsstellen Deutschlands erwogen mit Recht, dass italienische Vorherrschaft im Mittelmeer Kampf mit England bis aufs Messer bedeuten werde. Sie sahen überdies richtig voraus, dass deutsche Kolonialpolitik nur dann auf die Dauer erfolgreich betrieben werden könne, wenn im Mittelmeer ein gewisser Gleichgewichtszustand erhalten bleibe.

Nicht von ungefähr war es auch alle vergangenen Jahre das Streben des Reichskanzlers, mit England in ein erträgliches Verhältnis zu kommen.

Durch alle diese deutschen Pläne, von denen mit Bezug auf Italien die *politische* Führung des Reiches erst in jüngster Zeit abwich, hat der italienische Kriegseintritt mit dem Kriegsziel Tunesien einen üblen Strich gemacht. Der italienische Kriegseintritt, erfolgt im Streben nach Vorherrschaft im Mittelmeer, durchkreuzt die ursprüngliche deutsche Absicht, England geschwächt, aber noch relativ gut gewillt an den Verhandlungstisch zu bringen, an welchem ein Teil der Welt nach folgenden Gesichtspunkten hätte neu eingeteilt werden sollen: Deutschland den Osten und Kolonien, Russland sein Riesenreich plus Bessarabien, Italien den Südosten, Frankreich seine Kolonien, England sein Empire.

Wir müssen uns über eines rechtzeitig klar werden: dass im weiteren Verlaufe des Krieges nicht mehr nur, ja sogar nicht mehr in erster Linie, die Waffen sprechen. Das rein Militärische wird stark in den Hintergrund gedrängt werden. Wollen wir weiterhin die uns zukommende Aufgabe auf bisheriger Höhe erfüllen, dann tun wir gut daran, das Schwergewicht rechtzeitig vom Militärischen auf das militärpolitische, wehrwirtschaftliche und politische Gebiet zu verlegen.

Ich kehre zum eigentlichen Thema meines Exposés zurück und will versuchen, die Lage der Schweiz unter den neu gegebenen Umständen zu umschreiben. Sie ist denkbar schlecht. Voraussichtlich für Jahre von Deutschland und Italien völlig eingeschlossen, wird die Schweiz stärkstem Druck ausgesetzt sein. Uns kann einzig noch retten, wenn wir fest entschlossen sind, diesem Druck um jeden Preis zu widerstehen, in keiner Position nachzugeben und eher kämpfend unterzugehen, als Konzessionen zu machen.

Voraussetzungen und Möglichkeiten der schweizerischen Landesverteidigung sind durch das Vorrücken der deutschen Armeen auf der Westseite des Jura grundsätzlich andere geworden. Zumindest so lange, als die Operationen der deutschen Truppen und deren Anwesenheit auf französischem Gebiet im Westen der Schweiz andauern, sind die Bedingungen einer wirksamen Landesverteidigung, die sich auf die befestigte Linie Zürichsee – Limmat – Hauenstein – Blauen stützt, nicht mehr gegeben. In Frage kommt nunmehr eine räumliche, streng begrenzte Verteidigung der inneren Schweiz, die historischen Vorbildern folgt und die Gunst der grossen natürlichen Hindernisse ausnützt, welche die zahlenmässige und materielle feindliche Übermacht nicht oder nur in einer auf lange Zeit verteilten Folge von Angriffshandlungen zur Entfaltung kommen lassen. Dieses für eine erfolgreiche Verteidigung unter den herrschenden Verhältnissen in Betracht kommende Gebiet dürfte ungefähr im Raume Sargans – Bündnerberge – Gotthard – Innerschweiz und Berner Alpen und Walliser Alpen liegen. Es kann mit den vorhandenen Kräften und Hilfsquellen der schweizerischen Armee ohne Zweifel sehr lange und mit verhältnismässig geringen eigenen Verlusten, ohne

Furcht vor dem ausserhalb des eigentlichen Alpengebietes erdrückenden Gewicht der modernen Grossstaatwaffen (Panzertruppen, motorisierte Artillerie, Luftwaffe) gehalten werden. Die organisatorischen Voraussetzungen für einen Einsatz der grössten und wichtigsten Teile der schweizerischen Armee zur Behauptung dieses Gebietes könnten in relativ kurzer Zeit geschaffen werden.

Der Entschluss, notfalls den grösseren und volkreichsten Teil des Landes zu opfern und dem Angriff auf die Freiheit des Landes mit Massnahmen zu begegnen, die jeden Gewinn für den Angreifer ausschliessen und diesem unverhältnismässig hohe Verluste *auf jeden Fall* als sicher erscheinen lassen, ist die *einzig reale Grundlage*, auf der auch weiterhin ein politischer und wirtschaftlicher Verkehr der Schweiz mit ihren Nachbarn möglich und eine einigermassen erträgliche Befriedigung der schweizerischen Lebensbedürfnisse zu erzielen ist. Es ist selbstverständlich, dass Deutschland, und unter seiner Führung auch Italien, eine überaus weitgehende Anpassung der Schweiz an ihre voraussichtlich gerade in der nächsten Zeit äusserst schwer zu befriedigenden Bedürfnisse verlangen und dieses Verlangen in *massiver Weise* zum Ausdruck bringen werden. Es ist indessen aber auch selbstverständlich, dass das Reich bei diesem seinem Vorgehen ausschliesslich auf seinen *Nutzen* bedacht ist und nichts unternimmt, was ihm Verlust und Schaden bringt. Unter diesen Umständen hängt die Freiheit der Schweiz im Verkehr mit seinen mächtigen Nachbarn ausschliesslich davon ab, ob Regierung, Volk und Armee der Schweiz auch jetzt und in Zukunft die *äusserste Entschlossenheit* an den Tag legen, lieber allen Besitz zu vernichten und das Leben aufzuopfern, als auf die Freiheit in der Verfügung über das eigene Leben zu verzichten. Es ist zu erwarten, dass schon im Laufe der nächsten Zeit von der Schweiz Konzessionen verlangt werden, deren Erfüllung der Preisgabe der unveräusserlichen Freiheitsrechte gleichkommen. Die Erfüllung solcher Konzessionen kann die Schweiz *mit Erfolg* verweigern, wenn sie für den Fall einer gegen sie gerichteten plötzlichen Gewaltanwendung folgende Massnahmen *vorbereitet* hat:

1. sofortige, ja fast augenblickliche Vernichtung der wirtschaftlichen und materiellen Reserven, Güter und Anlagen, an deren Besitz der Angreifer interessiert ist und die ausserhalb des innerschweizerischen Verteidigungsgebietes liegen;
2. militärische, wirtschaftliche, technische und moralische Organisation einer erbitterten und auf lange Sicht berechneten Verteidigung der Innerschweiz gegen feindliche Streitkräfte. (NB. Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist es *sehr dringend*, bei der Truppe der Gefahr der Demoralisierung durch augenblickliche Aufklärung über die Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsaussicht der Schweiz vorzubeugen. Dies ist eine der dringendsten Aufgaben, die keinen Aufschub duldet. Die Soldaten aller kleinen Staaten stehen unter dem Eindruck des sogenannten Zusammenbruchs der französischen Armee. Von hier aus ziehen sie leicht den Schluss, dass jede Verteidigung eines kleinen Staates zwecklos ist.)

Sind diese Vorbedingungen erfüllt, so wird die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz auch unter den erschwerten Bedingungen der neuen politischen und militärischen Gesamtlage von den Nachbarn möglicherweise respektiert werden. Diese werden dann selbst begrenzte und ihren Erwartungen nur zum kleinen Teil entsprechende materielle Konzessionen der Schweiz einer Gewaltlösung vorziehen, von der sie wissen, dass sie ihnen nur materielle Nachteile und den Verlust von Menschenleben einbringt.

Nur eine zum letzten Einsatz entschlossene Schweiz hat Chancen, weiterzubestehen. Lieber hungern, als etwas zuzugestehen, was wir früher nicht zugestanden hätten.

Es darf des fernern nicht demobilisiert werden, unter keinen Umständen, um keinen Preis, werde es uns auch von aussen her mit mehr oder minder sanftem Druck nahegelegt, koste es das ganze Volksvermögen, *trage es uns selbst den Krieg ein!!* Lieber unsere Söhne für das eigene Land bluten lassen, als für eine Achsenmacht auf fremden Schlachtfeldern. Wir dürfen überdies nur dann darauf rechnen, dass man uns helfe, bei Schluss des Krieges wieder zu erstehen, wenn wir dafür gekämpft, geopfert und gelitten haben. Tun wir das nicht, leisten wir gegebenenfalls keinen Widerstand oder lassen wir uns eventuell sogar kalt gleichschalten, *dann verdienen wir nichts anderes als unterzugehen*. Dann soll aber auch niemand erwarten, dass ein siegreiches England uns je zur Wiedererstehung ver helfe. Dann sind wir nicht mehr wert, als dass man uns irgendwelchen Nachbarn zum Frass überlässt. Wenn die Schweiz nicht untergehen soll, oder wenn sie wieder werden will, dann muss sie entschlossen sein zu jedem Opfer, zum Hungern und Frieren und zum Kämpfen. Auch wenn dieser Kampf schlussendlich zum Untergehen führt (was, wie ich dargetan habe, nicht zu sein braucht und keineswegs sicher ist, sofern wir uns entsprechend vorsehen), wenn dabei unsere Städte zertrümmert, unsere Felder verwüstet werden, es *lohnt* den Einsatz. Ich wiederhole: lieber für das eigene Land fallen, denn von den Achsenmächten zum Kampf gepresst, für fremde Ziele, auf fremden Schlachtfeldern. Dass wir aber bei Nachgiebigkeit zu gegebener Zeit zur Stellung von Truppen verhalten werden, damit müssen wir rechnen. Man wird uns andererseits möglicherweise leben lassen, wenn man draussen weiss, dass wir kämpfen, dass hundertprozentig sicher unsere Vorräte von uns vernichtet, unsere Bahnen vollständig demoliert, unsere Brunnen vergiftet, unsere Viadukte gesprengt, unsere Fabriken niedergebrannt, unsere Goldvorräte und Auslandsguthaben unerreichbar gemacht werden. Wir haben übrigens gute Messer in der Hand. Da ist beispielsweise der Schweizer Franken. Mit holländischen Gulden, belgischen oder französischen Francs, mit Mark und Lire, mit Pfunden und bald auch Dollars kann Deutschland nicht mehr bezahlen. Mit Schweizer Franken aber lässt sich noch allerhand machen. Nützen wir das uns gegebene Mittel, bringen wir den Nachbarn bei, dass dieses Zahlungsmittel zum Teufel geht, wenn man uns zu erpressen sucht, zeigen wir die Zähne, wo immer man in irgendwelcher Form über unsere Grenze greift, nehmen wir es auf uns, dass gewisse unserer Industrien zugrunde gehen, (nebenbei: ich ziehe dies der Abhängigkeit gewisser Industriezweige von ausländischem Diktat und damit dem sicheren Ruin, wenn auch langsamer und auf anderem Wege bewirkt, vor), leben wir letztendlich von Rüben und Kartoffeln und – das wichtigste nochmals: *demobilisieren wir niemals unsere Armee, solange nicht der Friede geschlossen ist*. Lassen wir uns von der auf dem Kontinent zu erwartenden Waffenruhe nicht täuschen. *Wenn wir unser Heer vor Schluss des Krieges demobilisieren, dann sind wir verloren!!* Dann werden wir früher oder später erwachen wie die Dänen erwachten – unter dem Schutze fremder Bayonette. Dann ist es *aus* mit der Schweiz. Wir dürfen aber auch aus innenpolitischen Gründen niemals demobilisieren. Denn wir haben unter den neu gegebenen Umständen und für die Dauer des Krieges schwerste Arbeitslosigkeit vor uns. Die Folgen kann sich jedermann selbst ausmalen. Wohin man kommt, wenn in einem Volk der Geist des Defaitismus um sich greift, das sehen wir heute in Frankreich. Wir hätten mit übelster Entwicklung zu rechnen, wenn wir unserer Jugend in heutiger Zeit Gelegenheit zum Grübeln geben. Behalten wir vorab die Jungen unter den Fahnen, bauen wir unsere Landesverteidigung sofort der neu gegebenen Lage angepasst weiter aus, ziehen wir schliesslich eine «chinesische Mauer» um den Kern unseres Landes, es ist dies immer noch

besser, als uns überraschen, unsere Jugend verludern zu lassen. Die Kosten dürfen dabei keine Rolle spielen. Nur wenn wir so verfahren, haben wir Aussicht, uns die Selbständigkeit zu erhalten, oder wieder zu erstehen.

Noch nie seit 1798 war die Lage unseres Landes so schwierig, wie nach den letzten Ereignissen seit Mitte Juni 1940. Meistern können wir diese nur mit äusserster Entschlossenheit. Es muss seitens der Armee verhindert werden, dass die Politik Konzessionen macht. *Jetzt kommt alles darauf an, dass Männer die Führung in der Hand behalten, bzw. in die Hand nehmen, welche zum letzten bereit und entschlossen sind.* Wir werden die weitere Entwicklung mit grösster Wachsamkeit verfolgen, den Gutgewillten unterstützen, den sich als Schwächling erweisenden rücksichtslos ausmerzen müssen. Was wir bis jetzt erlebten, wird ein Kinderspiel sein gegenüber dem, was uns noch bevorsteht. Sehen wir zu, dass für diese Zeit die Landesverteidigung entsprechend umgebaut ist, dass auf alle Posten die rechten Leute kommen. Wer von Nachgiebigkeit spricht, wer die ganz grossen Gefahren nicht sehen will, muss weg. Wer Kapitulation erwägt, gehört sofort ins tiefste Verlies. Es gibt jetzt nur noch ein Entweder-Oder. Dazwischen nichts. Stellen wir uns andererseits so ein, dann haben wir Aussicht, den Krieg unversehrt zu überleben, mindestens als Staat zu gegebener Zeit wieder zu erstehen. Ich sagte es einleitend: *diesem Ziel muss alles und jedes untergeordnet werden.*

2. Antwort an Oberstbrigadier R. Masson vom 16. August 1942: Darstellung der Gesamtlage (siehe Seite 180)

Herrn Oberstbrigadier R. Masson
Unterstabschef Gruppe Id Armeekommando

Im Felde, den 16. August 1942

Herr Oberstbrigadier!

Ihr Brief vom 13. ct. gelangte in meinen Besitz. Gestatten Sie mir dazu die folgenden Darlegungen:

Die Meldungen, dass Timoschenko noch über mehrere Armeen kaukasischer Truppen im Kaukasus verfügt, dass noch über 90 mot., erstklassig ausgerüstete und ausgebildete Div. als strategische Reserve *hinter der Wolga* stehen, stammen aus verschiedenen und allerersten Quellen. Sie sind mir zugekommen einmal auf funktelegr. Weg. Das war schon vor mehreren Monaten. Sowohl die Engländer, wie die Amerikaner, aber auch alle andern in Moskau akkreditierten alliierten Wehrmachtsvertreter haben hievon Kenntnis und kalkulieren diese russischen Streitkräfte in ihre Berechnungen mit ein.

Ebenfalls aus einer Militärmission der Alliierten weiss ich (funktelegr. Meldung), dass seit Juni 1941 und bis zum heutigen Tag aus zentralrussischen Standorten ununterbrochen Division um Division nach europäisch Russland heranrollt. Dazu wurde mir ergänzend berichtet, dass zufolge des dünnen Eisenbahn- und Strassennetzes im zentralrussischen Raum jede dieser Div. durchschnittlich 3 Wochen braucht, bis sie mit Tross, Munition und allem andern, was sie braucht, an der Wolga verfügbar ist. Diese Transporte gehen auch jetzt noch laufend weiter und man spricht von Heereseinheiten, die erst im Laufe des Jahres 1943 an der Wolga eintreffen können...

Abschliessend verweise ich auf meine diversen Berichte, wonach die Russen auf ihre hinter der Wolga stehenden strategischen Reserven weder im Sektor Leningrad, noch im Sektor Moskau, aber auch im Südsektor *nicht* gegriffen haben. *Die bis heute tobenden Kämpfe sind*

von russischen Armeen bestritten worden, welche planungsgemäss für die Kriegführung im europäischen Russland vorgesehen waren.

Vom russischen Oberkommando ist immer wieder Wert darauf gelegt worden, den alliierten Wehrmachtmissionen gegenüber zu betonen, dass die im Laufe des Winters und Frühjahrs durchgeführten russischen Offensivaktionen (auch der Angriff Timoschenkos gegen Charkow) als «örtliche Operationen» aufzufassen seien und nicht als russische strategische Offensive. *Die russische strategische Offensive hat noch nicht begonnen.* Überall da an der Ostfront, wo die Deutschen über die Linie Leningrad – Moskau – Woronesh – Stalingrad – Unterlauf der Wolga vorstossen wollen, treffen sie auf erbitterten und erfolgreichen Widerstand der Russen. Wo die Russen *nachhaltig abwehren wollen*, sind die Deutschen nirgends über eine von diesen gezeugene Linie hinaus vorwärts gekommen.

Im hohen Norden, im Sektor Leningrad ist die Front stabil. In den Abschnitten Nowgorod und Tschudowo sind die Russen offensiv, ebenso im Sabagebiet, westlich und nordwestlich Luga. Im Abschnitt Rshew macht die russische Offensive den Deutschen schwere Sorgen. Hinter der Front westlich von Moskau sind seit Kurzem neu herangebrachte, starke russische Armeen konzentriert, deren Bewegungen von den Deutschen mit grösstem Unbehagen beobachtet werden. Im Kampfgebiet von Woronesh kommen die Deutschen trotz riesigem Kräfteinsatz nicht nur nicht vorwärts, sondern sie müssen erleben, dass die Russen sich wieder über den Don vorschieben. Vor Stalingrad opfern die Deutschen seit Wochen gewaltige Mengen an Kriegsmaterial, greifen sie mit enormen Verlusten nunmehr schon über einen Monat ununterbrochen an, ohne ihr Ziel zu erreichen. Vorwärts gekommen sind die deutschen Heere nur in Richtung Kaukasus.

Was hat Timoschenko bis jetzt gemacht? Er verstand es (meisterhaft auch nach deutschem Urteil), überall da, wo er nicht nachhaltig Widerstand leisten wollte, seine Kräfte den Umfassungsoptionen von Bocks immer wieder zu entziehen, das Gros seiner Armeen aus den Kesseln heraus zu halten, *die deutsche Absicht, ihn zur Entscheidungsschlacht zu stellen, zu durchkreuzen.* Genau wie bei Woronesh, bei Stalingrad, hätte Timoschenko auch bei Rostow dem deutschen Vordringen einen Riegel schieben können, wenn dies seine Absicht gewesen wäre. Timoschenko opfert jedoch Truppen nur, wenn dies nach seinem strategischen Konzept oder Zeitkalender sein muss – an der Wolga, diesem enorm wichtigen und leistungsfähigen Verkehrsstrang, der Verschiebungen grössten Ausmasses ermöglicht und auf dem keine Schienen unterbrochen werden können, ferner, wenn es gilt, auf den kommenden Winter hin Zeit zu gewinnen, die Deutschen in einen weiteren Kriegswinter zu zwingen.

Während die deutschen Armeen, vergeblich sich bemühend, Timoschenkos Heer zum Entscheidungskampf zu stellen, Richtung Kaukasus vordringen, lässt Timoschenko das Gros seiner Truppen für die Deutschen quasi Spalier stehen. Was er in den Kampf schickt, wird geopfert, um die deutschen Verbände «abzunützen». Dabei ist Timoschenko in der Ausgabe seiner Heeresseinheiten äusserst haushälterisch. Er will das Gros seiner Armeen *dann* brauchen, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, zuzuschlagen, und dieser Zeitpunkt ist dann da, wenn die Angelsachsen begriffen haben, dass die Russen ihnen die Kastanien nicht gänzlich aus dem Feuer holen, dass es auch für die Angelsachsen nicht ohne gewaltige Kraftanstrengung, nicht ohne schweres Blutopfer abgeht. Moskaus Strategie ist es, die angelsächsischen Armeen – endlich – in den Kampf zu treiben, sei es im Westen des europäischen Kontinentes, oder aber im Nahen Osten – indem er den Deutschen den Kaukasus und damit das Tor

nach Iran – Irak öffnet, zu wichtigsten angelsächsischen Positionen, der Route nach Indien, wo die Deutschen den Japanern die Hand reichen könnten. Die Russen wissen, dass weder die Briten noch die Amerikaner diese Entwicklung zulassen dürfen, weil es für die Deutschen ein Weg auf den Lebensnerv der Briten und auf die Hauptverkehrsrouten der Amerikaner wäre. Gelänge den Deutschen, in den Persischen Golf zu gelangen, dann wäre es um das britische Weltreich geschehen, könnte den Amerikanern ihr Hauptverkehrsweg in die östliche Welt, dessen *Beherrschung* für sie lebenswichtig ist, durch die Japaner verlegt werden. Die Russen aber stünden nach wie vor ungebrochen hinter der Wolga (hinter welcher der grossen Linie nach gesehen, Russland erst beginnt) und sie könnten warten, bis die Deutschen das kapitalistische Grossbritannien zertrümmert und sich selber im Kampfe verbraucht hätten, dieweil die Russen in Ruhe und mit Hochdruck weiterrüsten, um dann im gegebenen Zeitpunkt über das verbrauchte Deutschland, den ausgepowerten und am Hungertuch nagenden europäischen Kontinent herzufallen, militärisch und – politisch!

Die Russen sind, kriegspolitisch und strategisch gesehen, keineswegs in bedrängter Lage. Sie sind es auch nicht wehrwirtschaftlich. Man lasse sich durch die politisch zu motivierenden russischen Klagerufe nicht täuschen. Wenn die Russen den Deutschen die Tore in den Kaukasus aufmachen, verlieren sie wohl vorübergehend gewisse kaukasische Ölfelder. Sie verfügen jedoch in innerrussischen Ölgebieten, die der deutschen Einwirkung entzogen sind, über genügend Reserven, um den Krieg weiterführen zu können. Ihre Fabriken sind aus europäisch Russland erwiesenermassen hinter Wolga und Ural verlegt und arbeiten dort bereits wieder.

Das Gesetz des Handelns liegt nach wie vor bei den Russen. Wenn sie angreifen wollen, dann können sie es, können sie ihre strategischen Reserven in Marsch setzen. Die Russen marschieren jedoch nicht für die Engländer und Amerikaner, sondern nur für ihre eigenen politischen und militärischen Ziele. Wenn die Angelsachsen es nicht endlich aufgeben, die Russen für sich kämpfen und bluten zu lassen in der heimlichen Hoffnung, es bleibe für sie dann noch, als lachende Dritte, frisch, munter, in der Vollkraft, ausgeruht, das Erbe anzutreten, dann werden wir erleben, dass der Russe den Achsenmächten den Weg freigibt und dass dann *er*, der Russe, entlang einer blutigen Grenze ruhig wartet, bis für ihn der Zeitpunkt zum Handeln wieder gekommen ist. Dies wird, wie bereits erwähnt, dann sein, wenn England auf den Knien, Amerika abgeriegelt, Deutschland ausgeblutet und müde, der europäische Kontinent dem Hungertod nahe ist. Russland heimst dann den Lohn für die gebrachten Opfer ein, ohne im Übrigen in der Verteilung noch auf seine jetzigen Waffengefährten Rücksicht nehmen zu müssen.

Es ist selbstverständlich, dass nicht nur wir über das russische kriegspolitische Erwägen Bescheid wissen, sondern vor allem auch die Angelsachsen. Diesen wird jetzt in Moskau der Marsch geblasen. Sie werden es keinesfalls dazu kommen lassen wollen, dass den Deutschen das Tor nach Iran aufgemacht wird, was zu tun Moskau gegenwärtig droht. Die Frage ist jetzt eigentlich nur noch, wo die Angelsachsen, die sich in einer kriegspolitischen Zwangslage befinden, ihren blutigen Tribut entrichten wollen: im Nahen Osten, oder im Westen.

Eine erste Abschlagszahlung machen gegenwärtig die *Amerikaner* auf den Salomoninseln und mit dem zu erwartenden amerikanischen Angriff auf Neu Guinea. Mit ihren Operationen erreichen die Amerikaner eine schwere Beeinträchtigung der Japaner in ihrer Bewegungsfreiheit. Es wird sich in der Folge erweisen, ob der amerikanische Vorstoss nicht sogar die Japaner davon abhält, in den japanischen Gewässern, d.h. also gegen Russland, offensiv zu werden.

Eine Abschlagszahlung der *Briten* an die Russen erwarte ich in den nächsten Tagen in Nordafrika, wo Auchinleck voraussichtlich wieder zum Grosskampf antritt. Beides wird jedoch den Russen nicht genügen. Britisch-amerikanische Leistungen in Verteidigung des Kaukasus zusammen mit den Russen, ferner die «zweite Front» im Westen, das dürften die Forderungen sein, vor welche sich die Herren Angelsachsen von den Russen gegenwärtig gestellt sehen, und es wird den Briten gar nichts anderes bleiben, als, um das Leben zu retten, den Aderlass im Westen des europäischen Kontinents auf sich zu nehmen, wenn es auch höchst unangenehm empfunden wird und ganz und gar nicht jahrhundertealter britischer Geflogenheit (den andern für sich bluten zu lassen) entspricht.

Es erhebt sich die Frage nach den deutschen Vorhaben im Osten. Wird Hitler seine Heere gegebenenfalls durch den von Timoschenko mehr oder weniger freigegebenen Kaukasus nach dem Iran, Irak, bis zum Persischen Golf vorwärtsstürmen lassen? Wird er die *Flucht in Raum und Zeit fortsetzen*? Den Russen könnte dies schlussendlich nur recht, mindestens einerlei sein. Denn sie erreichen so oder so ihr kriegspolitisches Ziel. Die Frage ist, ob im Führerhauptquartier jene Männer sich durchsetzen, welche die russische Denkweise ergründet haben und dringend davon abraten, der russischen quasi Einladung durch den Kaukasus zu folgen, oder ob wieder jener andere Kreis obenauf schwingt, der auf rücksichtslose Offensive plädiert.

Die deutsche Heeresleitung steht vor schwierigsten Entscheidungen. Hält sie die deutschen Marschsäulen herwärts des Kaukasus an, dann a) entgeht ihr die Möglichkeit, im persischen Golf den Japanern die Hand zu reichen, b) bleibt Grossbritannien das Weltreich, ein unversöhnlicher Gegner, mit allen kriegerischen Folgen für Deutschland, c) hat Deutschland an einer über 2'000 km langen Grenze einen ungebrochenen Feind, den Russen, gegenüber, der zu gegebener Zeit wieder offensiv wird, d) hat Deutschland zwar Ölfelder, diese jedoch in Reichweite russischer Bomber, e) kann Deutschland die im Osten eroberten Gebiete nur sehr eingeschränkt, d.h. nur soweit bewirtschaften, als das Reich auch in der Lage ist, sie militärisch zu sichern und vor immerwährender Zerstörung durch russische Partisanen zu bewahren usw.

Rücken die deutschen Heere durch Transkaukasien vor, dann kann passieren, dass Timoschenko sich denselben südl. der Linie Batum-Baku entgegenstellt (nämlich dann, wenn die Angelsachsen, durch das deutsche Vordringen und Timoschenkos Passivität erschreckt, in Marsch gebracht sind). Entwickelt sich *diese* Lage, dann bleibt Deutschland nichts anderes übrig, als über die Türkei auszuholen, was heisst, dass es, nachdem die Türkei von den Angelsachsen nicht abgeriegelt ist, sich einen neuen Feind auf den Hals lädt.

So oder so hat Deutschland kriegspolitisch nichts Entscheidendes gewonnen und kann es nichts mehr gewinnen als immer wieder Raum, Raum und nochmals Raum. Raum, der Kräfte frisst, in dem sich die deutschen Heere verlieren, der keinen Gewinn einbringt. Andererseits aber immer dichtere Luftangriffe der Angelsachsen auf deutsche Städte, ohne Möglichkeit, diese abzubremsen, im Westen eine «zweite Front», in Afrika keine Möglichkeit, Rommel die Luftstreitkräfte und terrestr. Truppen zu geben, deren er bedürfte, um die Engländer aus den östlichen Mittelmeerländern zu vertreiben, im Süden einen wackligen Achsenpartner, in allen Ländern des europäischen Kontinentes unzufriedene Völker, deren Niederhaltung gewaltige Kräfte absorbiert.

Für die deutsche Reichsführung ist die Lage ausweglos! Sie kann nichts anderes mehr, als sich zu Tode siegen. Kommt es in diesen Wochen zur Bildung einer «zweiten Front» im Westen, dann tritt der Zusammenbruch früher ein, bleibt die «zweite Front» im Westen aus,

dann später. Und dies alles nicht zuletzt deshalb, weil die Russen die Nerven gehabt haben, einen strategischen Plan strikte einzuhalten, Land zu opfern und *ihre strategischen Reserven aufzusparen*, für das Jahr 1943 oder gar 1944 – wie die Russen mit stoischer Ruhe sagen, *für die russische strategische Offensive*.

So, Herr Oberstbrigadier, sehe ich, in ein paar Sätzen zusammengefasst, gestützt auf alle hier vorliegenden Informationen, bei ständigem sorgfältigem Studium der Zusammenhänge, die Lage und den weiteren Ablauf des Geschehens. Ich hoffe, Ihnen mit meinen Darlegungen gedient zu haben.

Stets Ihr erg. Hausmann

3. 7. Oktober 1942: Ferner Osten

I. Allgemeine militärpolitische Lage

Was sich in den letzten 14 Tagen in militärpolitischer Hinsicht ereignet hat, ist wieder so gelagert, dass wir es für angebracht finden, unsere Darstellung mit einer Schilderung der Lage im Fernen Osten einzuleiten. Dort erweist sich einmal mehr, dass es nach wie vor die Beherrschung der Weltmeere ist, was den Kriegsablauf in entscheidender Weise mitbestimmt. Dass dem so ist, bekommen gegenwärtig die Japaner, direkt und indirekt aber auch die andern Dreimächtepaktstaaten, zunehmend zu spüren.

1. Durch die amerikanische Kräftezusammenballung im ganzen mittleren Pazifik, von Dutch Harbour bis zur Torresstrasse, ist die japanische Marine, Marineluftwaffe, See- und Seetransportsicherung in eine schwierige Lage geraten. Seit 2 bis 3 Monaten besteht ein faktisches und strategisches Übergewicht der amerikanischen See- und Luftstreitkräfte in der südwestpazifischen und in der Hawaii-Midway-Zone, ein faktisches und strategisches *Gleichgewicht* zur See und in der Luft, aber auch im Seegebiet der Aläuten. Dies ist die Folge der von Japan verlorenen Kämpfe um die Herrschaft im Korallenmeer und um die südlichen Salomonen, ferner der schweren Niederlage der japanischen Marine- und Marineluftwaffe bei den Midwayinseln. Der ständigen Zunahme der amerikanischen Schlagkraft in den drei pazifischen Hauptzonen kann schon gegenwärtig die japanische Führung *nur* unter äusserster Anspannung ihrer Kräfte und unter Inkaufnahme von Schiffsverlusten begegnen, welche die baldige Wiederherstellung der japanischen Seekampfstärke, wie sie noch vor der Niederlage bei den Midway-Inseln bestanden hat, in Frage stellen.

2. In den letzten 14 Tagen ist eine neue bedeutende Konzentration von Fernkampfstaffeln der amerikanischen Marineluftwaffe am und im nördlichen Korallenmeer erfolgt. «Fliegende Festungen», begleitet von Weistrecken-Kampfflugzeugen, operieren neuerdings von australischen Küstenbasen bei und nördlich Cooktown aus über die Milnebuch (New Guinea) hinweg und gefährden die japanischen Seetransporte und Flottenbewegungen zwischen dem Huon-Golf und allen weiter östlich gelegenen japanischen Stützpunkten, auf den Salomonen, auf Bougainville und im Nordosten von Neuguinea. Im Schutz dieses in Nord-Queensland organisierten amerikanischen Lufteinsatzes operieren gleichzeitig leichtere Kampfflugzeuge der amerikanischen Marine von Hilfsflugzeugträgern aus, welche im nördlichen Korallenmeer bis hart südlich des Louisiade-Archipels kreuzen. Die japanische Luftwaffe auf Bougainville und im Nordostteil von Neuguinea ist zu schwach, um diesem amerikanischen Lufteinsatz zu begegnen. *Der japanseitige Verlust von Bougainville, Neu Britannien, Neu Irland und Neuguinea an die Amerikaner bzw. Australier ist nach Lage der*

Dinge nur noch eine Frage der Zeit und der nach weiteren Erfolgen der Amerikaner zu erwartenden Aktivierung der australischen Armee im Angriff auf Huon-Golf und Vitiaz-Strasse.

3. Die Preisgabe der japanischen Eroberungen, insbesondere das japanische Zurückweichen von Neuguinea kann schlimmste *Rückwirkungen auf die gesamte Dreimächtekriegführung überhaupt* nach sich ziehen. Wenn Hitler in seiner letzten Sportpalastrede die Besetzung von Neuguinea vorangekündigt hat, trotzdem gerade er wissen muss, dass die Japaner kaum mehr Aussichten haben, ohne gewaltigen Kräfteinsatz, der dann nur zu Lasten anderer Kriegsschauplätze gehen kann, sich dort zu halten, so ist dies wohl nur damit zu erklären, dass Hitler in richtiger Beurteilung der Folgen nochmals versucht hat, auf die diesbezüglichen Dispositionen der japanischen Wehrmachtsführung Einfluss zu nehmen. Wie wir hier orientiert sind, ist andererseits die japanische Führung nach den Erfahrungen, die sie im Korallenmeer und auf den Salomonen gemacht hat, *nicht* bereit, mit den Amerikanern und Australiern einen entscheidenden See- und Luftkampf um Neuguinea und Rabaul aufzunehmen. Darauf deutet u.a. auch hin, dass die Japaner vor Kurzem den gesamten direkten japanischen Geleitschutzdienst Guam-Huon-Golf-Rabaul liquidiert haben. Alle japanischen Transporter werden jetzt weit westlich und entlang dem größten Teil der Nordküste von Neuguinea nach Rabaul bzw. zum Huon-Golf geführt. Diese Änderung ist durch die Verstärkung des Angriffs-Einsatzes der amerikanischen Fernkampfflieger im Seegebiet der Admiralitätsinseln und durch das vermehrte Auftreten amerikanischer U-Boote auf den Routen Tuam – Rabaul bzw. Guam – Madang bewirkt.
4. Die Bewegungsfreiheit der japanischen Streitkräfte ist angesichts der Entwicklung, wie wir sie im vorstehenden skizzierten, auf solche Kampfgebiete beschränkt, in denen der Einsatz der Armee- und Armeeluftwaffe ausschlaggebend ist, die nicht weit vom japanischen Mutterland liegen und in denen sich kombinierte Operationen grösseren Umfanges erübrigen. Die Einleitung von japanischen Operationen in Ost- und Nordchina ist durch die Entwicklung der Lage gezwungen, nicht frei gewählt. Unter diesem Gesichtspunkt ist zu betrachten, dass der Oberkommandierende der japanischen Armee in Nordchina, General Okamura, in Sui-Jünan jetzt mit zwei Kolonnen in Richtung auf Nin-Lsia vorstösst und eine Aktion zur Zerschneidung der russisch-chinesischen Transportwege, die von Ude nach Lantschou führen, eingeleitet hat.
5. Dies bedeutet aber nicht mehr und nicht weniger, als dass das japanische Oberkommando jetzt über eine der vier Armeen, welche in der russisch-ostasiatischen Zone (Ostsibirien und äussere Mongolei), *also gegen Russland*, bereitgestellt waren, in einer nicht vorgesehenen Weise auf *chinesischem* Boden, zur Schwächung der chinesischen Widerstandskraft, verfügt hat. Japan hat aber auch von einer eindrucksvollen Verstärkung der japanischen Armeen zwischen dem Südchinesischen und dem Bengalischen Meer in den entscheidenden letzten 8 Wochen völlig absehen müssen. Das japanische Oberkommando beschränkte sich auf die Bildung einer schlagkräftigen Armee unter General Yamashita zur *Verteidigung* von Burma, wofür Yamashita Truppen zur Verfügung gestellt werden mussten, welche bisher in Tonking lagen, was wiederum heisst, dass diese japanische Armee zu Offensivoperationen gegen Jünan und die Chinesen nicht mehr in der Lage ist.
6. Die vorstehend skizzierte militärpolitische Entwicklung im Fernen Osten ist derart, dass die europäischen Partner des Dreimächtepaktes zumindest für die nächsten 6 Monate auf

eine irgendwie ins Gewicht fallende Entlastung durch japanische Operationen nicht mehr rechnen dürfen. Andererseits ergibt sich für die Russen, dass durch die alliierte Machtverstärkung an der Peripherie der japanischen Machtzone die Gefahr, sich auch im Fernen Osten noch schlagen zu müssen, für eine Anzahl Monate behoben ist. Zwar stützen sich die fernöstlichen russischen Armeen auf Menschenreservoirs, welche für die Speisung der russischen Heere im Westen ohnehin nur beschränkt in Frage kämen, ferner auf eigene Rohstoffquellen und Rüstungszentren. Trotzdem bedeutet das japanische Unvermögen, Russland anzugreifen, für die Russen eine wesentliche Entlastung. Dies werden die deutschen und die Armeen der mit Deutschland verbündeten Staaten an der Ostfront in den kommenden Monaten auszukosten haben. Es dürften zufolge der völlig veränderten militärpolitischen Verhältnisse im Fernen Osten aber auch die deutschen, auf den gleichzeitigen japanisch-deutschen Waffeneinsatz gegen den britischen Orient Bezug habenden Pläne einer gründlichen Revision unterzogen werden müssen. In diesem Zusammenhang sind die Beratungen zu sehen, zu welchen die deutsche Reichsführung eine in Europa weilende japanische Sonderkommission demnächst in Potsdam erwartet. (Dass diese japanische Mission, die sich aus 7 Offizieren zusammensetzt, sich auf ihrem Weg nach Potsdam solange in den osteuropäischen Hauptstädten aufhält und dort eingehende Erhebungen über die wehrwirtschaftliche und Rüstungsstärke durchführt, wird deutscherseits mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen.) Ebenfalls in diesen Zusammenhang gehört, dass Generalfeldmarschall Rommel immer noch und programmwidrig lange in der Reichshauptstadt zurückgehalten wird.

7. Inzwischen haben sich Deutschland wie Italien genötigt gesehen, zufolge der Kursänderung in Spaniens Aussenpolitik (die sich u.a. auch darin äusserte, dass der neue spanische Innenminister die phalangistischen Kommandanten der Staatspolizei in Bilbao, Santander und Vigo durch Offiziere ohne politische Vergangenheit ersetzte, ferner darin, dass der Kommandant der spanischen Marinestation von Palma und mehrere höhere Offiziere im Stabe des spanischen Oberkommandierenden auf den Balearen ersetzt wurden) ihre in Spanien und sonstwie auf spanischem Boden errichteten Stützpunkte (von Spanien erzwungen) zu liquidieren. Deutschland hob u.a. seine U-Boot-Stützpunkte in Vigo und El Ferrol usw. auf und zog das auf den Kanarischen Inseln stationierte Marinepersonal, das aus Offizieren und Mannschaften der deutschen U-Boot-Waffe und aus Werkstättenpersonal der Marine bestand, zurück. Aus Santa Cruz und Las Palmas berief man den deutschen «Verbindungsstab Heimbrecht» ab, aus Rio de Oro das Personal der dort errichteten U-Boot-Stützpunkte. Vom deutschen Stabe des Generals Faupel in Spanien reisten die meisten Mitglieder nach Deutschland, von den Balearen die dort befindlichen italienischen Marine- und Luftbeauftragten nach Italien zurück. Es erübrigt sich, die Tragweite des Verlustes dieser Stützpunkte für die Kriegführung der Achse darzulegen. Diese ist für jedermann ersichtlich.
8. Abschliessend seien noch die Anordnungen erwähnt, welche deutscherseits verfügt wurden mit dem Ziel sofortiger Wiederherstellung der vollen Einsatzstärke der deutschen Luftwaffe auf Sardinien und Sizilien, so wie sie im Juni dieses Jahres bestanden hat. Die neue deutsche Einsatzorganisation wird ganz auf Seeflieger und Fernkampf und auf Operationen *entlang und über der französisch-nordafrikanischen Küste bis westwärts Port Say abgestellt*. Befohlen ist den schon auf Sardinien stationierten deutschen Seefliegern

die Sofortaufnahme der Tages- und Nachtaufklärung entlang der westalgerischen Küste und über dem Seegebiet zwischen Oran und Gibraltar. Gleichgeschaltet ist diesen Massnahmen eine durch gleiche Ziele und Aufgaben bestimmte Verstärkung des Einsatzes der italienischen Marineflieger. Die Einsatzorganisation der beiden Mächte (Deutschlands und Italiens) auf Sardinien soll sofort ausgebaut werden. Die vorstehend erwähnten Massnahmen deuten darauf hin, dass man deutscherseits anscheinend eine eventuelle britische und alliierte Aktion und Truppenlandung an der westalgerischen Küste nicht für ausgeschlossen hält. Wie ernst man achsenseits mit dieser Möglichkeit rechnet, geht nicht zuletzt auch daraus hervor, dass der Verstärkung der achsenseitigen Luftstreitkräfte auf Sardinien und Sizilien der Vorrang vor der Verstärkung der deutschen Luftwaffe an der ägyptischen Küste gegeben wurde.

9. Während wir die vorstehenden Darlegungen zu Papier bringen, gehen Informationen ein, dass seit 3. Oktober an nahezu allen Hauptkampfabschnitten der Ostfront neue und massive russische Kräftekonzentrationen oder Angriffseinsätze in Armeestärken festzustellen seien. Die deutschen Armeen Schmidt, Model, v. Weichs und Reinhardt stehen in schweren Kämpfen. Die ersten drei (Schmidt, Model, v. Weichs) melden schwerste Verluste und fordern Verstärkungen. Überall, mit Ausnahme von Stalingrad und im Terekbogen, ist der deutschseitige Lufteinsatz ungenügend. Gemeldet sind des fernern, ohne dass es bisher zu Kämpfen von Ausmass gekommen wäre, Frontbewegungen starker russischer Verbände im Ilmenseegebiet, im Raume Kalinin, am Don nördlich von Klezk. Weiter sind frische russische Truppenmassen von Wolokolamsk her Richtung Rshew und von Frolowo her Richtung Jlowlja im Anmarsch. Stärkster russischer Angriffseinsatz ist berichtet aus den Abschnitten nordwestlich von Rshew, an der Wolga und teilweise südlich der Wolga, zwischen Korotojak und der Woroneshmündung diesseits des Don, ferner im Kampfraum von Jlowlja. In allen drei Abschnitten sind die Russen seit 3. Oktober abends massiv im Angriff und auf grösserer oder kleinerer Frontbreite in die deutschen Abwehrstellungen eingebrochen. Auch im Olymabschnitt westlich Kursk hat sich der Angriffseinsatz waffenstarker russischer Verbände derart verstärkt, dass zur Abwehr immer mehr Truppen des deutschen SD Einsatzes zusammengezogen werden müssen. Im Kampfraum Jlowlja sind nach Durchbruch durch die deutsche Abwehr russische Panzer weit südwärts vorgestossen und vor Katschalino erschienen. Es sind schwerste deutsche Verluste gemeldet. Die neuesten Anforderungen an die Einsatzreserven von deutschem Heer und deutscher Luftwaffe übersteigen die deutscherseits organisierte Bereitstellung und erzwingen neue deutschseitige Dispositionen mit möglichen schweren Folgen für den deutschen Wehrmachtseinsatz vor Stalingrad. Ob es sich bei dem gemeldeten russischen Grosseinsatz um den Auftakt zur russischen *strategischen* Offensive handelt, von der in letzter Zeit in hier eingehenden Berichten des Öftern die Rede war, eventuell sogar um den Auftakt zur «zweiten Front», wird sich bald erweisen.

4. 1. November 1943: Europäischer Kriegsschauplatz

Was wir seit etwa 3 Wochen sich abzeichnen sehen, wofür wir jedoch bis jetzt noch keine ausreichenden Anhaltspunkte hatten, das glauben wir nunmehr weitergeben zu dürfen: es scheint, dass die norditalienischen Gebiete am Südfuss der Alpen von der deutschen Führung seit Kurzem in Aussicht genommen sind, im Laufe der nächsten Zeit zu einem Bereitstel-

lungsraum für eine bescheidene operative Reserve zu werden, welche gegebenenfalls in Italien selbst, gleicherweise aber auch in Südfrankreich und auf dem Balkan soll zum Einsatz gebracht werden können.

Betrachtet man die Ereignisse der letzten Wochen, dann kann man es verstehen, wenn die deutsche Führung sich zu dieser Aushilfe entschlossen haben sollte. Im Osten geht der kräfteverbrauchende Grosskampf mit unverminderter Heftigkeit weiter. Will das deutsche OKW den planwidrig abgelaufenen, aber trotzdem der grossen Linie nach *geführten* Rückzug der deutschen Wehrmachtteile weiterhin einigermaßen geordnet abwickeln, dann muss sie alles, was an noch nicht gebundenen Truppen erfassbar ist, in den Kampf werfen, um den Zusammenhang der kämpfenden Verbände einigermaßen zu wahren. Die Kämpfe im Raume Kiew, im Dnjeprknie (Kriemjentschug, Kriwoj Rog) und bis zum Asow'schen Meer haben in den letzten Tagen eine Entwicklung genommen, welche in Ernst und Tragweite gar nicht überschätzt werden können. Gelingt es den deutschen Befehlsstellen in diesem Kampfabschnitt nicht mehr, den Gang der Operationen durch eine grossangelegte Gegenaktion aufzuhalten, dann ist die Gefahr gross, dass dem OKW auf breiter Front die Zügel entgleiten. In diesem Fall wird der deutsche Rückzug über eine weite Distanz zur führungslosen Flucht und es kann nicht abgesehen werden, ob und wo es gelingt, die Entwicklung nochmals zu wenden.

Es ist klar, dass die deutsche Führung dies ebenfalls erkennt und da sie genau weiss, was auf dem Spiele steht, wird sie an Truppen in den gefährdeten Frontabschnitt verbringen, was irgendwie erfassbar ist. *Die deutsche Führung verfügt aber über keinerlei zentral placierte strategische Reserve mehr, auf welche sie greifen könnte.* Sie ist vielmehr gezwungen, Heereseinheiten dort zu holen, wo diese an sich dringend bleiben müssten: aus relativ ruhigen Frontsektoren im Osten, aus dem Westen, aus dem Süden und nach Massgabe des noch möglichen dem Südosten, dies auf jede Gefahr hin. Wir verweisen auf unsere Berichte über Abtransport deutscher Truppen aus Italien, welche gegen die Freischaren Titos hätten eingesetzt werden sollen, die man dann aber auf schnellstem Wege nach dem Südsektor der Ostfront weiterrollte.

Angesichts der Entwicklung, wie sie den Deutschen durch die Russen aufgezwungen ist, steht die deutsche Führung vor dem Problem, wie sie aus den für Südwest-Süd- und Südosteuropa verbleibenden Kräften noch möglichst viel herausholen kann. Man weiss deutscherseits zweifellos auch heute noch nicht, worüber wir informiert zu sein glauben: wo der angelsächsische Ansturm wirklich erfolgt, *mit dem unbedingt und bald gerechnet werden muss:* über den Balkan, über Italien, über Südfrankreich, Westeuropa, Nordeuropa, oder gar an mehreren Stellen, ob mit oder ohne gleichzeitigem Anspruch auch der Russen usw. Um allem Geschehen gewachsen zu sein, reichen die deutschen Kräfte längst und bei Weitem nicht mehr. Mag deutscherseits vorgekehrt werden was will, es ist und bleibt absolut unzulänglich. *In Anbetracht dessen, dass die deutschen Kräfte durchwegs gebunden und zudem überall absolut unzureichend sind, wird die deutsche Führung eine ernsthafte Offensive der Angelsachsen nicht erfolgreich abwehren können, wo immer auch die Angelsachsen demnächst zum Sprung ansetzen!*

Wir wiesen bereits darauf hin, dass bei den Gegebenheiten, vor welchen die deutsche Führung heute steht, dieser nichts anderes mehr bleibt, als eben aus den vorhandenen Mitteln noch möglichst das Beste herauszuholen. Aus solchem Gesichtswinkel beurteilt ist es dann gegeben, die kleine auf Südwest-Süd-Südost eingeteilte operative Reserve in Norditalien zu stationieren. So wird dann aber auch erklärlich, weshalb man deutscherseits überhaupt noch

eine immerhin nicht unbeträchtliche Anzahl Divisionen in Norditalien belässt, ausgerechnet in dem Sektor also, wo von der deutschen Führung der angelsächsische Generalangriff in letzter Linie erwartet wird. Bedenkt man, was im Osten auf dem Spiele steht, dann kann man das Belassen von rund 20 Divisionen in Italien nur verstehen, wenn man wie vorstehend skizziert erwägt.

In mehreren Berichten haben wir darauf hingewiesen, dass das langsame Vordringen der 5. und 8. angelsächsischen Armee nicht deutscherseits erzwungen, sondern nach Planung der Angelsachsen sei. Wir möchten dies gestützt auf neueste Informationen aus dem alliierten Lager auch heute nochmals unterstreichen. Es ist erwiesen, dass die deutschen im Süden Italiens kämpfenden Verbände nach einem sorgfältig erwogenen und bis in alle Details festgelegten und vorbereiteten Programm nach Norden zurückfallen. Bis in die letzten Tage konnte dieses deutscherseits ohne grosse Abweichungen eingehalten werden. Die Angelsachsen haben das erkannt und sie haben das Vorgehen der 5. und 8. Armee darauf abgestimmt. Was sich bis jetzt in Süditalien abspielte, war seitens der Angelsachsen mehr oder weniger ein grossangelegtes Geplänkel, welches möglichst geringe Verluste kosten sollte. *Die 5. und die 8. Armee warteten, bis eine weitere grössere angelsächsische Landungsaktion vorbereitet war.* Dies scheint jetzt soweit zu sein. Nachdem die 5. und 8. Armee nunmehr schärfer vorwärtsdrängen, dürften weitere Angriffe auf die «Festung Europa» nicht mehr lange auf sich warten lassen. Von der 5. und 7. amerikanischen und von der britischen 8. Armee wissen wir folgende Details:

Die 8. britische Armee setzt sich zusammen wie folgt:

1. Pz. Div.	46. Inf. Div.
6. Pz. Div.	50. Inf. Div.
7. Pz. Div.	51. Inf. Div.
1. Can. Div.	56. Inf. Div.
1. Inf. Div.	78. Inf. Div.
5. Inf. Div.	1. Luftinf. Div.

Die 5. amerikanische Armee setzt sich zusammen wie folgt:

1. Pz. Div.	45. Inf. Div.
2. Pz. Div.	zwei Inf. Div., deren Nummer wir nicht kennen,
3. Inf. Div.	82. Luftinf. Div.
36. Inf. Div.	

Auf Sizilien liegt die 7. amerikanische Armee. Diese setzt sich wie folgt zusammen:

a) Amerikanische Truppen:

1. Inf. Div.	34. Inf. Div.
5. Inf. Div.	104. Inf. Div.
8. Inf. Div.	11. Fallschirm-Div.

b) Ausser diesen amerikanischen Heeresseinheiten gehören zum Verband der 7. amerikanischen Armee drei oder vier britische Divisionen, über welche nähere Angaben jedoch noch fehlen.

DER BUNDESPRÄSIDENT
DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENÖSSENSCHAFT

Bern, den 2. März 1935.

Herrn Hptm. H. Hausmann,

Teufen

Appenzell.

Sehr geehrter Herr Hauptmann,

Das Schweizervolk hat am 24. Februar 1935 in einer für unsere Heimat und unsere Armes bedeutsamen und im Hinblick auf die Auswirkungen im Auslande hochwichtigen Abstimmung die Wehrvorlage angenommen.

Der gesunde Sinn unseres Volkes hat den Sieg davon getragen und das erfreuliche Ergebnis verdanken wir der Zusammenarbeit aller Outgesinnten. Vertrauensvoll dürfen wir in die Zukunft blicken.

An dem positiven Erfolg, den uns der Abstimmungstag brachte, haben Sie, Herr Hauptmann, einen hervorragenden Anteil. Mit unermüdlicher Fatkraft haben Sie zielbewusst auf einen glückhaften Enderfolg hingearbeitet und es ist nicht zuletzt Ihrer grossen Aufklärungs- und Werbsarbeit, insbesondere auch Ihren Filmvorführungen, zu verdanken, dass eine annehmende Mehrheit im Schweizervolke zustande gekommen ist.

Es drängt mich, Ihnen und allen Ihren Mitarbeitern hierfür meinen tiefempfundenen Dank auszusprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung.



Bundespräsident.

Dankbrief von Bundespräsident Rudolf Minger an Hauptmann Hans Hausmann. Es war dies die Anerkennung für die im Zusammenhang mit der «Wehrvorlage» vom Februar 1935 geleistete Arbeit.

Schweizerische Armee - Armée suisse - Esercito svizzero

Stab oder Einheit: - Etat-major ou unité:

Stato maggiore o unità:

Büro Ha



Ort und Datum: - Lieu et date:

Luogo e data:

Teufen, den 16. Juni 1939

An die 5. Sektion der Generalstabsabteilung

B e r n

Vorläufige Mitteilung

Nach soeben eingegangener Information polnischen Ursprungs ist das Hauptquartier des Generalobersten von Rundstedt neuerdings nach Küstrin verlegt worden. In Pressburg befindet sich das Generalkommando des XVI. Armeekorps. General der Infanterie von Bietersheim sei zum Kommandeur einer gegen Polen aufmarschierenden Armee ernannt worden.

Der Aufmarsch der für eine eventuelle Operation gegen Polen bestimmten Streitkräfte, einerseits im Raume von Küstrin, anderseits an den Grenzen gegenüber Krakau, scheine seiner Beendigung entgegenzugehen.

Aus Danzig: Die neuerlichen Zwischenfälle und vieles andere deuten daraufhin, dass das Reich weiterhin sein Möglichstes tut, die dortige Situation für ein Eingreifen in dieser oder jener Form reif zu machen.

Heinemann

Am 16. Juni 1939, also zweieinhalb Monate vor Kriegsausbruch, meldete das Büro Ha das Anlaufen deutscher Kriegsvorbereitungen gegen Polen.

GST. ABT. FUER HERRN OBERSTLEUTNANT MASSON PERSOENLICH----- WICHTIGE MELDUNG ---

--- NACH SOEBEN EINGEGANGENEM BERICHT VON ABSOLUT ZUVERLAESSIGER SEITE IST HOECHSTWAHRSCHEINLICH FUER HEUTE NACHT ODER MORGEN DER DEUTSCHE ANGRIFFSBEFEHL AUF POLEN ZU ERWARTEN, HAUSAMANN TEUFEN ----- GST. ABT. ----- VEVEVE ---- 1333 ----- ARAR

Oben: Am 29. August 1939 um 13.33 Uhr, zwei Tage, bevor der Krieg ausbrach, meldete das Büro Ha an das Armeekommando den bevorstehenden Beginn der deutschen Offensive gegen Polen.

Rechts: Diesen «Kassiber» ließ Hauptmann Hausamann am 6. August 1940 dem Untersuchungsrichter zur Ergänzung des Einvernahmeprotokolls zuleiten. Die näheren Umstände sind auf den Seiten 66 ff. geschildert.

Unten: Massons unmissverständliches Fernschreiben an Hausamann, mit dem die sofortige Ausschaffung Otto Strassers befohlen wurde. Hausamann weigerte sich, den Befehl auszuführen.

Herrn Hauptmann Hausamann
U. R. Tur. Kdo 8

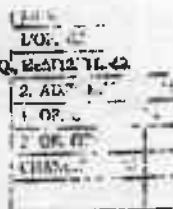
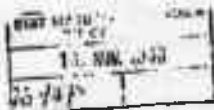
Ich möchte Sie bitten, meinem Einvernahmeprotokoll im Nachtrag noch folgenden Satz einzufügen:

Ich würde den Kampf befehlen und aufnehmen (wollen wir angegriffen werden) ob ich Befehl dazu besitze, ob ich keinen Befehl besitze, ob auch gegen Befehl.

In kühnster Absicht 6. VIII.

Hausamann

--- 10.11.39 --- 0900 CAPIT. HAUSAMANN, TEUFEN. PAR ORDRE DU DEPARTEMENT POLITIQUE ET DU CHEF DE LA POLICE DES ETRANGERS, JE VOUS PRIE DE FAIRE CONNAITRE IMMEDIATEMENT A M. STRASSER, OTTO QU'IL DOIT QUITTER VOLONTAIREMENT LA SUISSE DANS LE PLUS BREF DELAI, SI POSSIBLE ENCORE CE MATIN. CETTE DECISION EST IRREVOCABLE. JE VOUS EN DONNE L'ORDRE FORMEL. VOUS DONNERAS PLUS TARD PAR ECRIT DES EXPLICATIONS COMPLEMENTAIRES. VEUILLEZ ME FAIRE SAVOIR DES QUE POSSIBLE QUE LE PRESENT ORDRE EST EXECUTE IL S'AGIT DES INTERETS SUPERIEURS DE NOTRE PAYS. -- MASSON, --
VEVEAR



Tagesbefehl für den 15. November 1940.

Morgartenfeier.

Am 15. November 1315 haben am Morgarten einige hundert, schlecht bewaffnete Eidgenossen ein an Zahl vielfach stärkeres, aufs beste ausgerüstetes Ritterheer entscheidend geschlagen. Ihren Sieg verdankten jene Vorfahren der persönlichen Tapferkeit jedes Einzelnen und der Gunst des Geländes, das sie geschickt zu wählen und auszunützen verstanden.

Wie damals unsere Altvordern, stehen auch wir wieder auf unseren Bergen, dem Hort unserer Freiheit. Das Zentralmassiv der Alpen, als mächtiger Schutz unserer Heimat, festigt in uns das Vertrauen in die eigene Stärke.

Soldaten! Am 15. November 1915, 600 Jahre nach dem denkwürdigen Siege am Morgarten gedachten Armee und Volk unserer Vorfahren. Es geziemt sich, auch am heutigen Jahrestage der Schlacht der grossen Tat zu erinnern. Nach hartem Kampfe haben jene gesiegt.

Wir aber wollen weiterhin in zähem Ausharren uns bewähren. Beschliessen wir den heutigen Tag nicht, ohne — ein Jeder still für sich — uns daran zu erinnern, dass jene grosse Tat unserer Väter uns als leuchtendes Beispiel dienen soll.

General Guisan.

Wird bis zur Befehl.

(Zum Vorlesen vor der Truppe)

— A. H. Q., Bern 12. 11. 40 —
Le Hauptmann Hansmann
in Vertretung.

La Commandant en chef de l'Armée

Der Oberbefehlshaber der Armee

Q. G. A., le 12. 11. 40.

Ordre du jour pour le 15 novembre 1940.

Anniversaire du Morgarten.

Le 15 novembre 1315, au Morgarten, quelques centaines de Confédérés, médiocrement armés, mirent en déroute un ennemi très supérieur en nombre et doté d'un armement redoutable. Si nos aïeux obtinrent cette victoire, ce ne fut pas seulement par leur bravoure individuelle, mais aussi grâce aux avantages du terrain, qu'ils surent habilement utiliser.

A l'instar de nos ancêtres, nous nous retrouvons aujourd'hui dans nos montagnes, rempart de nos libertés. Le massif central de nos Alpes constitue la meilleure défense du Pays; il nous inspire le sentiment de notre force.

Soldats! Le 15 novembre 1915, six cents ans après la magnifique victoire du Morgarten, l'Armée et le peuple suisse tout entier rendirent un émouvant hommage à nos aïeux.

Aujourd'hui, en cet anniversaire de la bataille, honorons à nouveau les exploits de nos ancêtres, dont la victoire affirma la vertu. Ne laissons pas passer cette journée sans nous remémorer la grande leçon que nous donnèrent nos aïeux.

Général Guisan.

Vo jusqu'à l'heure

pour lire le à la troupe.

J H R E - A N F R A S E : A U F - H A R T N Ä C K I
 S I T U A T I O N : - J M G E N - R U S S I S C H E
 O S T E N : A M - 2 5 . 1 N - W I D E R S T A N D .
 1 . : S T A R K E R - D E D I E - D E U T S C H E
 U T S C H E R - D R U C K N - H A B E N - B I S - J
 - G E S E N - M O S K A U E T Z T - N O C H - N I C
 - G E F Ü H R T - V O N - H T - D I E - D I R E K T
 R I C H T U N G E N - T U E N - B E F E S T I G U N
 4 A - M A 4 0 Y A R O S 4 G E N - M O S K A U S - E
 A V E C - M O Z A J S K - R R E I C H T . D I E - E
 V O 4 0 K O 4 A M S K - U R N S T E - L A G E - I S
 - K L I N - S T Ö S S T - T - B E I - W O 4 0 K O 4

Links: Der Blick auf die großen Taten unserer Vorfahren, die sich trotz der Überlegenheit des Feindes zum Kampf stellten, sollte das Selbstbewusstsein, den Glauben an sich selbst in der Zeit eines gefährlich um sich greifenden Defaitismus stärken. Verfasser dieses Tagesbefehls war Hauptmann Hans Hausmann. Ihm widmete der Oberbefehlshaber General Guisan in Anerkennung ein Exemplar mit seiner Unterschrift.

Oben: Groß war die Zahl der Meldungen, welche über Funk im Büro Ha eingingen. Hier der Klartext eines aus einer alliierten Militärmission stammenden Funkpruchs vom November 1941, der sich mit der Lage an der Ostfront, vor allem mit Leningrad, befasst.

Bundesrat Karl Kobelt

Vorsteher des eidg. Militärdepartementes

Herr Major Hans am Anstoss Tuppen

Sehr geehrter Herr Major.

Sie haben mir gemeldet, dass Sie Ihre Tätigkeit als Nachschubchef einigermassen haben. Das ist der Anlass von Ihnen für Ihre grosse Arbeit, die Sie geleistet haben zu danken. Mit grossem Interesse haben ich Ihre

75850

Meldungen verfolgt und Ihre Mässigkeit bewundert. Ich hoffe gerne, dass Sie sich vermehren werden für die Erhaltung unserer Heerkraft mit der gleichen Mässigkeit einsegnen werden. Es macht den Anschein dass dieser Einsatz notwendig wird. Jetzt erachte ich eine Atempause aus psychologischen Gründen als notwendig mit Truppenaufgeboten, die nicht demgegenüber nötig sind, Mass für die Zukunft ungenutzten Schaden angerichtet werden.

Mit bestem frischem und grossem Dank für Ihre grosse Mitarbeit verbleibe ich Sie
KKobelt

Links oben: Die obenstehend wiedergegebene Anfrage Oberstbrigadier Massons, vom 13. August 1942, war Hauptmann Hausamann Anstoss zu seiner Lagebeurteilung vom 16. August 1942 (siehe Anhang zum Buch, Seite 302).

Links unten: Auch Angehörige der französischen Widerstandsbewegung gehörten zu den Informanten des Büros Ha. Die obenstehende Skizze aus diesem Kreis informiert über einen Abschnitt des Atlantikwalls.

Oben: Dieser handschriftliche Dank von Bundesrat Karl Kobelt, dem Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes, an Major Hans Hausamann bildete bei Kriegsende den Abschluss einer aufreibenden Tätigkeit im Dienste des Landes.

Benützte Literatur

Die Arbeit stützt sich in erster Linie auf die unveröffentlichten Berichte, die das Büro Ha von 1938 bis 1945 an das Armeekommando, teils auch an die höchste zivile Behörde weitergab.

Daneben wurden konsultiert:

EDGAR BONJOUR, *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Band III, Basel 1967,
HANS-ADOLF JACOBSEN, *1939-1945; der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten*.
5. Aufl., Darmstadt 1961.

K. S. KAROL, *Polen zwischen Ost und West*, Zürich 1962.

HANS RUDOLF KURZ (Hrsg.), *Dokumente des Aktivdienstes*, 2. Aufl., Frauenfeld 1966.

GÜNTER LACHMANN, *Der Nationalsozialismus in der Schweiz 1931-1945*, Berlin.

CARL LUDWIG, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart (1957)*,
Bern 1967.

ALICE MEYER, *Anpassung oder Widerstand*, Frauenfeld 1965.

HERBERT VON Moos / FRANZ CARL ENDRES, *Das grosse Weltgeschehen*, Band I-VI,
Bern 1940 ff.

OTTO PÜNTER, *Der Anschluss fand nicht statt*, Bern 1967.

REIMUND SCHNABEL, *Missbrauchte Mikrofone*. Deutsche Rundfunkpropaganda im 2.
Weltkrieg, Wien 1967.

WILHELM VON SCHRAMM, *Verrat im Zweiten Weltkrieg*, Düsseldorf 1967.

J. R. VON SALIS, *Weltgeschichte der Neuesten Zeit*, Band III, 2. Aufl., Zürich 1962.

WASILIJ TSCHUIKOW, *Das Ende des Dritten Reiches*, München 1966.

KURT ZENTNER, *Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, München 1963.

ERICH ZIMMERMANN / HANS-ADOLF JACOBSEN, *20. Juli 1944*, Bonn.

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit
von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939-
1945 (Motion Boerlin), Bern 1945/46.

Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939-1945 von General Henri
Guisan, März 1946.

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Bericht des Generals über den
Aktivdienst 1939-1945, Bern 1947.

Register

Die Stichwörter «Hausamann», «Bóro Ha», «Deutschland» und Schweiz» sind, weil sie zu häufig vorkommen, nicht ins Register aufgenommen worden.

- Abt, Roman 64
Abwehrstelle der Wehrmacht (Ast) 229
Afghanistan 226
Afrika, 77, 99, 305
«Aktion Nationaler Widerstand» 80, 81, 82
«Aktualis» 92
Albanien 26, 99, 103, 126
Alfieri, Dino 274, 275
«AMGOT» 205
Amiguet (Verleger) 91, 92
Ammann, Hektor 88, 168
Antonescu, Michael 244, 245, 247, 248
Arbeitslosigkeit 11, 19, 26
Ardennen 264, 266, 271
Argetoianu (rumän. Minister) 245
Auchinleck, Claude John Eyre 182, 305
Australien 298, 307
- Badoglio, Pietro 200, 202, 203, 206, 228
Balbo, Italo 36, 41
Balkan 60, 120, 297, 310
«Barbarossa» 95, 146
Bard (Admiral) 231
Basel 55, 100, 101, 111, 112
«Basler Nachrichten» 81, 88, 136, 178
Barth, Karl 135
Baumann, Jakob 13
Beck, Jozef 26, 217
Belgien 26, 43, 46, 48, 54, 57, 58, 61, 86, 135, 137, 211, 260, 296
Belgrad 126, 139, 140
Benesch, Eduard 23, 25, 215
Berlin 25, 42, 69, 75, 86, 91, 95, 98, 120, 162, 194, 195, 196, 226, 273, 278, 288, 289, 290
Bern 19, 100, 168, 195, 196, 231, 245, 254
Bessarabien 58, 249, 250, 299
Bibra, Sigismund von 33, 195
Bigelow, Frau 116, 131
Biglen (bei Bern) 193, 195
Bircher, Eugen 15
Bock, Fedor von 106, 303
«Bodenseerundschau» 197
Böhlhoff, Kurt 133
Bohle, Ernst Wilhelm 74, 75, 77, 78, 85, 86, 136, 156, 157, 160, 162, 187, 188, 189, 196
Bor-Komorowski, Tadeusz 252, 253
Bormann, Martin 288
Brauchitsch, Walther von 56
Braun, Eva 289
Breslau 278, 279
Bretscher, Willy 84
Brüssel 58, 86
Budapest 239
Büchergilde Gutenberg 191
Bührle, Emil 92
Bukarest 245
Bukowina 249, 250
Bulgarien 27, 122, 123, 124, 126, 144, 250, 253
Bundesrat 19, 33, 34, 37, 39, 48, 57, 71, 83, 85, 88, 89, 90, 91, 99, 103, 104, 105, 113, 128, 176, 188, 197, 244
Burckhardt, Carl J. 28, 53
Burri, Franz 159, 160, 165, 178, 184, 189

- Canaris, Wilhelm 204, 225, 226, 229
 Cartier, Raymond 26
 Casablanca Konferenz von 193
 Chamberlain, Neville 23, 56
 China 139, 153, 253, 307
 Churchill, Winston 42, 56, 58, 193, 204 222,
 223, 244, 266, 270, 271, 291
 Ciano, Galeazzo 26, 41
 —Mussolini, Edda 275
 Clark, Mark W. 206
 Compiègne 235
 Cooper, Duff 42
 Cot, Pierre 23, 72
 Coulondre, Robert 42, 104
 Curzonlinie 276
 Cypern 298
- Dänemark 43, 51, 54, 56, 61, 179, 290
 Däniker, Gustav 134, 135, 138, 164, 169 ff.
 Daladier, Edouard 23
 Danzig, 26, 27, 28, 32, 34, 35, 53
 «Das illustrierte Blatt» 119
 «Das Reich» 157
 Davos 100
 Déat, Marcel 98
 Déjean, Maurice 254
 «Der Bund» 88, 89
 «Der Reichsdeutsche» 13
 «Deutsche Arbeitsfront» 33
 «Deutsche Zeitung in der Schweiz» 188
 Deutsches Nachrichtenbüro (DNB) 73, 151,
 241
 «Die Nation» 88
 «Die österreichische Freiheitsfront» 238
 Dönitz, Karl 288, 290
 Dollfus, Ruggero 171, 172
 Dollfuss, Engelbert 281
 Donauföderation 254
 Dragutinovic, Z. 254, 255
 Dreimächtepakt 122
 Dresden 276, 277
 Dubois (Schweiz. Oberstdivisionär), 10
 14
 Dünkirchen 58
 «Duke of York» (Schlachtschiff) 208
 Dulles, Allen W. 226, 227
 Dumbarton Oaks 253
- Duttweiler, Gottlieb 197
- Eden, Anthony 42, 203
 Eggen, H. W. 166, 167, 184, 194, 227
 «Eidgenössische Korrespondenz» 164, 165,
 173
 «Eidgenössische Sammlung» 157
 Eidgenössisches Politisches Departement 70,
 103, 115, 117, 129, 131, 263, 285, 286,
 291
 «Eingabe der 200» 87 ff., 168
 Eisenhower, Dwight D. 199, 200, 204, 262,
 263, 266, 268, 291
 Elsass-Lothringen 136, 265
 «Epoque» 26 Ernst, Alfred 39, 65
 Estland 214
 Etter, Philipp 33, 89, 90, 92, 93, 115, 132
 Europa 71, 91, 120, 122, 135, 154, 157 170,
 195, 309
 Exchange Telegraph 92, 164
- Falkenhorst, Nikolaus von 54
 Fehr, Hans 53, 54
 Feldmann, Markus 51, 81
 «Felix» 147
 Ferner Osten 306 ff.
 Finnland 50, 51, 56, 107, 136, 144
 Flüchtlingspolitik 176, 284
 Forces Françaises de l'intérieur (FFI) 257,
 272
 Franco, Francisco 35, 36
 Frankfurter, David 13
 «Frankfurter Zeitung» 151 Frankreich 20,
 21, 23, 24, 25, 30, 36, 37, 40, 42, 43, 44,
 48, 50, 58, 59, 60, 61, 62, 71, 72, 73, 75,
 77, 80, 97, 104, 109, 110, 111, 113, 114,
 135, 136, 137, 146, 147, 169, 170, 174,
 177, 185, 191, 192, 193, 207, 209, 212,
 214, 217, 218, 219, 220, 230, 231, 234,
 235, 236, 241, 254, 256, 257, 258, 259,
 260, 265, 266, 274, 291, 295, 296, 297,
 298, 299, 300, 301, 310
 Freiburg im Breisgau 112, 285
 Frey, Oskar 134, 135
 Frick, Heinrich 88, 168

Frick, Wilhelm 18, 45
 Frölicher, Hans 86,136,137,154,285,286
 «Front» 163
 Funk, Walter 168

 Gabchick, Josef 175
 Gamelin, Maurice 72
 de Gaulle, Charles 59, 72, 98, 110, 111,
 147, 191, 193, 231, 236, 254, 258, 264,
 291
 Gawrilowitsch (jugosl. Gesandter) 126
 Gdingen 35, 43
 Georg (König von Griechenland) 34,141
 Gewerkschaften 105
 Gibraltar 146, 147, 298, 309
 Globernigg 238
 Goebbels, Joseph 30, 131, 132, 174, 241,
 267, 288, 289
 Göring, Hermann 18, 30, 44, 45, 79, 145,
 209, 288
 Grafencu, Grigore 244, 245
 Gran Sasso 201
 Grandi, Dino 36, 41
 Graziani, Rodolfo 202
 Griechenland 26, 27, 92, 93, 106, 107, 122,
 123, 125, 126, 127, 139, 140, 141, 253
 Grossbritannien 20, 23, 25, 27, 30, 31, 32,
 34, 36, 37, 40, 42, 56, 57, 58, 59, 60, 61,
 73, 78, 92, 93, 96, 99, 110, 111, 114,
 115, 126, 141, 146, 147, 154, 182, 193,
 202, 203, 204, 205, 206, 209, 215, 216,
 217, 219, 220, 234, 243, 245, 246, 248,
 251, 252, 253, 255, 262, 263, 266, 270,
 271, 274, 276, 285, 291, 296, 297, 298,
 299, 302, 303, 304, 305, 306, 308, 310,
 311, 312
 Guam 307
 Guderian, Heinz 106
 Guisan, Henri 9, 34, 37, 46, 47, 66, 68, 69,
 74, 81, 82, 83, 84, 90, 91, 99, 100 115,
 117, 128, 129, 133, 134, 155, 159, 160,
 161, 163, 164, 174, 193, 227, 236, 291
 Gustloff, Wilhelm 13
 Gutzwiller, Richard
 81

 Haakon (König von Norwegen) 58

 Hacha, Emil 25
 Halder, Franz 74, 95, 145
 «Heer und Haus» 47, 133
 Henderson, Neville 31, 32, 34, 40
 Henlein, Konrad 22
 Hess, Rudolf 13, 14, 18, 35, 85, 141
 Heydrich, Reinhard 167, 175
 Himmler, Heinrich 44, 45, 55, 175, 189,
 191, 194, 216, 229, 241, 256, 280, 288
 Hitler, Adolf 9, 10, 11, 14, 18, 22, 23, 24,
 25, 26, 27, 30, 31, 32, 36, 37, 44, 45, 46,
 54, 58, 63, 74, 79, 85, 95, 96,
 106, 107, 117, 141, 142, 147, 154, 173,
 174, 176, 183, 184, 186, 190, 191, 199,
 200, 201, 202, 204, 209, 214, 216, 240,
 241, 263, 268, 270, 271, 272, 280, 288,
 289, 290, 305, 307
 Hofmann, Ernst 70, 71
 Hohlenstein, Walter ob (Pseud.) 119
 Holenstein, Josef Anton 119
 Holland 25, 31, 32, 42, 43, 46, 48, 51, 54,
 55, 57, 58, 61, 135, 137, 211, 260, 262,
 290, 296
 Holzach, Paul 226, 227
 Hügel, Klaus 168
 Hull, Cordell 203
 Humbert-Droz, Julius 191
 Huntzinger, Charles 60, 111

 Indien 298, 304
 «Informationen der Woche» 81
 Innitzer, Theodor (Kardinal) 283
 Innsbruck 18, 22
 Intelligence Service 111
 «Internationale Presseagentur» 165, 184
 «Interradio AG.» 133, 175
 Invasion siehe unter «Zweite Front» Irak
 181, 226, 303, 305
 Iran 146, 151, 181, 226, 303, 304, 305
 «Italia» 149
 Italien 22, 23, 26, 30, 32, 35, 36, 40, 41,
 52, 58, 59, 60, 73, 75, 77, 85, 99, 106,
 107, 109, 122, 126, 127, 136, 146, 179,
 199 ff., 205, 206, 207, 228, 244, 274,
 275, 290, 297, 298, 299, 305, 306, 308,
 309, 310, 311

Jalta 276

- Japan 30, 36, 118, 122, 124, 140, 151, 153, 182, 304, 305, 306, 307, 308
 Jenny, Caspar 88, 168
 Jödl, Alfred 58, 183, 184, 209
 Juden 21, 105, 107, 177, 185, 238, 273, 280, 288
 Jugoslawien 27, 31, 93, 94, 120, 121, 122 ff., 139, 140, 206, 207, 218, 231, 232, 242, 243, 244, 253, 254, 256, 310
 «Kämpfer» 14
 Kanada 43
 Kaukasus 151, 180, 181, 182, 302, 303, 304, 305
 Keitel, Wilhelm 106, 183
 Keller, Max Leo 70, 71, 103
 Kiesinger, Kurt Georg 175
 Kiew 95, 310
 KIPA 149
 Kirche, katholische 21, 148
 Kleist, Ewald von 58, 140
 Kletschkowski, Karl Alois 225, 226
 Klöti, Emil 81
 Kluge, Günther von 256
 Knittel, John 133
 Kobelt, Karl 40, 163, 285, 291, 292
 Koch, Erich 150
 Köcher, Otto Carl 19, 75, 100, 195
 Kommunismus 14, 98, 148, 149
 «Konjunkturberichte» 165
 «Konjunkturforschungsstelle» 166
 Konzentrationslager 45, 258;
 (Auschwitz) 239
 Kordt, Erich 196
 Krakau 26, 43, 256, 270, 272
 Kreta 93, 141
 Kroatien 125, 126, 140
 Kubis, Jan 175
 Küstrin 26
 Kursk 176, 309
 Leeb, Wilhelm von 106
 «Legion Condor» 28
 Leiningen, Heinrich 133
 «Le jeune front» 98
 Le Mans 235
 «Le Mois Suisse» 91, 93
 Leningrad 95, 211, 213, 214, 302, 303
 Leonhardt, Ernst 157, 159, 160, 165, 173, 189
 Leopold (König von Belgien) 48
 Lidice (Böhmen) 176
 Lindt, August 65, 82
 Lipski, Jozef 35
 List, Wilhelm 106
 «L'Oeuvre» 98
 London 34, 37, 59, 202, 217, 251, 252
 Lothringen 98, 265
 «Lubliner Komitee» 252, 275
 «Lucie» (Deckname) 191
 Luxemburg 58, 61, 135, 159, 266
 Luzern 66, 67, 191
 Maas 260, 276
 Macek, Vladimir 254
 Madrid 195, 202
 Maginotlinie 54, 58
 Mange, Eduard 165
 Maniu, Iuliu 244
 Markovitsch (jugoslawischer Aussenminister) 122
 Marokko 190
 Marseille 110
 Masaryk, Jan 254
 Masson, Roger 10, 14, 15, 22, 24, 31, 32, 40, 41, 48, 49, 180, 184, 185, 189, 193, 194, 226, 227, 228, 302
 Matsuoka, Yasuke 140
 Meili (Gen. Direktor) 54
 Meyer, L. F. 64, 131
 Meyer, Karl 81
 Meyer-Schwertenbach, Paul 166, 187, 189, 194, 227
 Michael (rumän. König) 244, 245, 246, 248, 249
 Mihailovic, Draza 206, 207, 232, 242, 254
 Mikolajczyk, Stanislaw 241
 Minger, Rudolf 12, 19, 90
 Model, Walter 214, 309
 Mörgeli, Ernst 184
 Molotow, Wjatscheslaw 34, 95, 122, 126, 140, 143, 203
 Montgomery, Bernard 206, 262, 263, 276, 279
 Moskau 140, 176, 184, 191, 202, 203 210, 215, 216, 252, 282, 302, 303

«Mouvement synarchique» 168
 Münchner Konferenz 23
 Münzenberg, Willi 191
 Mussolini, Benito 22, 23, 36, 41, 85,
 106, 107, 200, 201, 202
 106, 107, 200, 201, 202, 287, 288
 Musy, Jean-Marie 53

 Nantes 235, 257
 Narwik 209
 «Nationale Bewegung der Schweiz»
 71, 100, 103, 104, 156, 197
 «Nationale Front» 158, 176
 Nationalkomitee des befreiten Jugoslawien
 204
 Nationalkomitee Freies Deutschland 199
 «Nationalsozialistische Bewegung in der
 Schweiz» 160, 173, 189
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-
 partei (NSDAP) 33
 «National-Zeitung» 71, 72, 88, 239
 «Neue Basler Zeitung» 64, 78, 79
 «Neue Berner Zeitung» 81
 «Neue Zürcher Nachrichten» 148
 «Neue Zürcher Zeitung» 84, 88, 197
 Neu Guinea 182, 304, 306, 307
 Neutralität 15, 51, 52, 56, 78, 87, 88,
 109, 113, 123, 193
 «News Chronicle» 23
 Nichtangriffspakt, sow.-deutscher 29,
 34, 35, 42
 Niculescu-Buzesti, Grigore 246
 Nordafrika 36, 305
 «Norfolk» (Kreuzer) 208
 Norwegen 51, 56, 58, 61, 211, 260, 261

 Oeri, Albert 51, 81, 136, 178
 Österreich 18 ff., 22, 130, 203, 237, 238,
 264, 270, 280, 281, 282, 283, 287, 288
 Offiziersbewegung, Schweizerische 82
 «Onkel Tom» (Deckname) s. unter
 Sedlacek
 «Operation Tannenbaum» 74
 Oprecht, Hans 19, 50, 131
 Oran 190, 309
 «Ostmark» 19

 Papen, Franz von 225
 Paris 31, 34, 97, 111, 218, 220, 229, 230,
 231, 257, 258, 259
 Paul (griech. Prinzregent) 126
 Paulus, Friedrich 186, 190, 266
 Pearl Harbour 153
 Pétain, Philippe 59, 110, 137, 231, 265
 Peter (griech. Kronprinz) 126, 127
 Peter II. (jugoslawischer König) 140, 242
 «Petit Journal» 72
 Pilet-Golaz, Marcel 62, 63, 70, 71, 90, 92,
 93, 103 ff., 116, 131, 132, 161, 168, 198
 Pilsudski, Jozef 217
 Pius XI. 148
 Pius XII. 148
 Polen 9, 26, 27, 31, 32, 34, 35, 36, 38, 40,
 45, 46, 50, 61, 113, 138, 141, 142, 211,
 213, 217, 218, 251 ff., 266, 275, 276,
 296, 297
 «Polnisches Komitee» 252
 Portugal 166, 212, 213, 225
 «Prawda» 282, 283
 Presse 43, 50, 51, 57, 62, 64, 71, 72, 76, 84,
 85, 86, 87, 88, 91, 92, 119, 129, 131,
 133, 134, 135, 138, 242, 260, 261, 273
 «Pro Helvetia» 91, 93
 Pünter, Otto 60

 Radio 72, 73, 97
 «Radio Mundial» 133
 Rado, Alexander 183
 Raeder, Erich 96
 Rastenburg (Ostpreussen) 240
 «Régénération de la France» 98
 Reilly, Henry J. 116, 117
 Reuter 92
 Reynaud, Paul 58, 72
 de Reynold, Gonzague 53
 Ribbentrop, Joachim von 18, 26, 30, 32, 34,
 35, 42, 106, 124, 141, 145, 195, 280
 Riedweg, Franz 189
 Rieter, F. 88
 Rimli, Eugen Th. 92
 Roessler, Rudolf 191

Rom 221, 234
 Rommel, Erwin 176, 190, 191, 209, 210, 214, 305, 308
 Roosevelt, Franklin Delano 117, 150, 153, 154, 193, 204, 216, 251, 283
 «Rote Kapelle» 191
 «Roter Adler» 238 Rothmund, Heinrich 49, 50, 177
 Rütli-Rapport 74, 117
 Rumänien 23, 27, 35, 43, 73, 94, 107, 122, 123, 144, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 253, 264, 296
 Rundstedt, Gerd von 26, 106, 230, 264, 266, 267, 270, 271
 Rydz-Smigly, Edward 26

 Salo 202
 Salomoninseln 182, 304, 306, 307
 «St. Galler Tagblatt» 76, 77
 Sardinien 308, 309
 Sargans 65, 299
 Sedlacek (tschechoslowak. Offizier) 219
 «Senner» (Deckname) 226, 227
 Seydlitz-Kurzbach, Walter von 214, 215, 266
 Seyss-Inquart, Arthur 18 «Signal» 130
 Simowitsch, Dusan 126, 127, 242
 Singen 159, 188
 «Sissy» (Deckname) 191
 Sizilien 199, 298, 308, 309, 311
 Skorzeny, Otto 201 Slowakei 125
 Slowenien 125, 126
 Sonderegger, H. K. 197, 198
 Sorge, Richard 151
 Sowjetunion 29, 36, 43, 50, 51, 56, 61, 73, 75, 79, 93, 95, 96, 98, 106, 107, 108, 123, 124, 125, 126, 130, 135, 138 ff., 154, 159, 171, 180, 182, 183, 184, 186, 190, 193, 199, 202, 203, 204, 208, 209, 210, 211, 213, 214, 215, 216, 217, 221, 236, 237, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 256, 263, 264, 266, 270, 271, 273, 274, 275, 276, 278, 279, 282, 283, 285, 287, 291, 298, 299, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310
 Sozialdemokratische Partei der Schweiz 17, 19, 178
 Sozial-faschistische Republik Italiens 202
 Spanien 28, 166, 195, 256, 308
 Spionage 55, 174, 191, 212, 225 ff.
 Sprecher, Andreas von 88, 168
 Sramek, Jan 254
 Subasic, Jovan 242, 243, 244, 254
 Suez 298
 Suner (span. Innenminister) 36
 Syrien 225, 226
 Schaffhausen 163, 222 ff., 285
 Schaffner, Jakob 70
 «Scharnhorst» (Panzerkreuzer) 208, 209,
 Schellenberg, Walter 184, 189, 193, 194 195, 204, 226
 Schenck, Ernst von 81, 82
 Schmidt (Gesandter, Sprecher des Reichsaussenministeriums) 189, 309
 Schumacher, Karl von 51, 81
 Schürch, Ernst 89
 Schuschnigg, Kurt von 18, 281
 «Schwarzes Korps» 164
 Schwarzwald 259, 260
 Schweden 43, 51, 136, 166, 209, 280
 «Schweizer Legion» 157
 Schweizerische Bundesbahnen 54
 Schweizerische Depeschenagentur 72, 73, 87
 «Schweizerische Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie» 159, 173
 «Schweizerische Industriegesellschaft» 167
 «Schweizerische Offiziersgesellschaft» 12, 14, 17
 «Schweizerische Studiengemeinschaft für europäische Fragen» 170
 Schweizerisch-Israelitischer Gemeindebund 177
 Schweizerisches Holzsyndikat 166
 Stämpfli (Bundesanwalt) 160
 Stalin, Josef 106, 107, 150, 204, 216, 217, 264, 270, 283, 291
 Stalingrad 183, 184, 186 ff., 303, 309
 Stämpfli, Walter 90
 Stauffenberg, Claus Graf Schenk von 240

Steiger, Eduard von 178
 Stoffel, Max 76, 77
 Strassburg 265, 272
 Strasser, Otto 48 ff.
 Stuttgart 91, 158, 285

 «Taylor» (Deckname) 191
 Teheran 204
 Teheran, Konferenz von 216, 217, 226
 Thürer, Georg 66
 «Thüringer Volkszeitung» 164
 «Thurgauer Zeitung» 135
 Timoschenko, Semjon K. 180, 181, 182,
 190, 302, 303, 305
 Tito, Josip Broz 204, 207, 231, 232, 243,
 244, 254, 255, 256, 310
 Tobler, Robert 157, 158, 176
 Tolbuchin, Fjodor 283
 Torgau 287
 Truman, Harry S. 283, 290
 Tschechoslowakei 20, 22, 23, 25, 51, 215,
 216, 217, 218, 219, 220, 254, 256, 297
 Tschuikow, Wassilij 273
 Türkei 107, 125, 126, 146, 183, 226, 248,
 305
 Tunesien 298, 299
 Tuttlingen 223, 224
 Tutzing am Starnberger See 285, 286

 Ukraine 20, 139, 150
 Ulm 158, 259
 Umberto (italienischer Kronprinz) 41, 235
 Ungarn 27, 29, 35, 41, 94, 112, 123, 239,
 250
 USA 60, 61, 79, 107, 108, 115, 116, 118,
 153 ff., 166, 182, 193, 202, 203, 204,
 205, 206, 215, 216, 220, 222, 223, 230,
 234, 245, 246, 247, 251, 252, 253, 262,
 263, 268, 285, 290, 291, 297, 298, 302,
 303, 304, 305, 306, 310, 311, 312

 Vatikan 185, 265
 «Verband polnischer Patrioten» 252
 Vereinigte Nationen 249, 291

 Vichy 98, 231, 258
 Victor Emanuel (König von Italien) 200,
 228, 235
 Villach 185, 238
 «Vita Nova»-Verlag 191
 Völkerbund 28, 50
 Völkerbundskommissar 53
 «Völkischer Beobachter» 150, 287
 Volksbund für die Unabhängigkeit der
 Schweiz 88, 168
 «Volksstimme» 13
 Volkssturm 263, 267, 278
 Volpi (Graf, ital. Politiker) 275
 Von der Schulenburg, Graf Werner 141

 Waibel, Max 39, 65, 194
 «Warenvertriebs GmbH.» 166, 194
 Warschau 31, 34, 43, 218, 252, 253, 256,
 272
 Wehle (Gauleiter) 290
 «Wehrvorlage» 12
 Weichs, Maximilian von 309
 Weidling, Hellmuth 290
 Weizsäcker, Ernst von 229
 Wellauer (Hauptmann) 66
 «Weltwoche» 50, 51, 81, 88, 198
 «Weserübung» 54
 Wetter, Ernst 90
 Wien 123, 165, 264, 281, 282, 283, 287
 «Wiking» 194
 Wilhelmine (Königin von Holland) 48, 57
 Wille, Ulrich 69
 Wolfsburg (Schloss) 189
 Wolga 180, 184, 302, 303, 304
 Woronesh 176, 303, 309

 Zeugin, Gottfried 168
 Zogu (König von Albanien) 26
 «Zürcher Illustrierte» 119
 Zürich 111, 187, 188, 191, 197
 «Zweite Front» 169, 179, 205, 208 ff.,
 220, 223, 233 ff., 234, 235, 236, 271,
 305, 309
 Zwetkowitzsch, Dragisa 122, 126, 127

Inhalt

	Seite
Wie kam es zum Büro Ha?	9
Vom Anschluss Österreichs bis zur Polenkrise	18
Letzte Kriegsvorbereitungen	29
Der Kriegsausbruch	39
Der «Fall Strasser» und Presseschwierigkeiten	48
Deutscher Einfall im Westen	56
Der Widerstand wird organisiert	65
Die Verbeugung vor Verrätern	70
Die «Aktion Nationaler Widerstand»	80
Die «Eingabe der 200»	87
Planung des deutschen Russlandfeldzuges	95
Pilet-Golaz im Kreuzfeuer	103
Verstärkter deutscher Einfluss auf die Schweiz	119
Jugoslawien fällt und erhebt sich zugleich	122
Die schweizerischen Anpasser rühren sich	129
Deutschland greift die Sowjetunion an	138
Die USA werden in den Krieg hineingezogen	153
Bedrohung der Schweiz von innen	155
Der «Fall Lindt» – Verurteilung von Burri und Leonhardt – Flüchtlingspolitik	169
Betrachtungen zum Russlandfeldzug	180
Die Schlacht um Stalingrad – «Landesgruppe Schweiz»	186
Wendung in Italien	199
Spekulationen um die «Zweite Front»	208
Bomben auf Schaffhausen	222
Der deutsche Nachrichtendienst	225
Die Invasion im Westen	233
Der «20. Juli» – Der rumänische Frontwechsel	240

Die Entwicklung in Polen und Jugoslawien	251
Der Krieg nähert sich der deutschen Westgrenze	257
Vorgänge im Osten	270
Berlin wird Frontgebiet	278
Der Tod der Tyrannen	287
Anhang:	
Lageberichte von Hans Hausamann	295
Abbildungen	313
Benützte Literatur	320
Register	321